

1 VORWORT

1.1 Gesetzauftrag und Inhalt des Berichtes über die öffentlichen Finanzen 2001

Der Staatsschuldenausschuss, der von 1970 bis Mai 1997 ein Gremium der Österreichischen Postsparkasse war, ist seit Inkraft-Treten des Bundesgesetzes über die Errichtung des Staatsschuldenausschusses am 14. Mai 1997 (BGBl. 742/1996) als eigenständiges Gremium rechtlich verankert und bei der Oesterreichischen Nationalbank angesiedelt. Die Agenden des Ausschusses und dessen Zusammensetzung sind per Gesetz festgelegt. Sie wurden vor kurzem durch eine Novelle des StA-Gesetzes (BGBl. 16/2002), die mit Anfang Jänner 2002 in Kraft trat, verändert. Die Novelle sieht neben einer Änderung der Zusammensetzung eine deutliche Ausweitung des Aufgabengebiets des Staatsschuldenausschusses vor. Ökonomische Analysen zu Fragen der Staatsverschuldung und Einschätzungen der finanzpolitischen Lage sollen im Gegensatz zu bisher nicht nur den Bund sondern alle öffentlichen Haushalte (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger) umfassen. Im Einzelnen definiert § 1 Abs. 1 des Staatsschuldenausschussgesetzes idgF folgende Agenden:

- 1) Einschätzung der finanzpolitischen Lage mit Vorschau. Dies vor dem Hintergrund der fiskalpolitischen Ziele Österreichs und den Entwicklungstendenzen des Geld- und Kapitalmarktes;
- 2) Analysen über volkswirtschaftliche Auswirkungen der Finanzoperationen im Zusammenhang mit der Finanzschuld der öffentlichen Haushalte auf der Basis der Ergebnisse von Untersuchungen gemäß Z 1;
- 3) Analyse der Nachhaltigkeit und Qualität der Budgetpolitik der öffentlichen Haushalte;
- 4) Abgabe von schriftlichen Empfehlungen zur Finanzpolitik öffentlicher Haushalte in Österreich unter Berücksichtigung konjunktureller Rahmenbedingungen;
- 5) jährliche Erstattung eines Berichtes über die dem Bundesminister für Finanzen gegebenen Empfehlungen unter Anschluss der Ergebnisse der Untersuchungen und Analysen gemäß Z 1 bis 3, den der Bundesminister für Finanzen dem Nationalrat und der Bundesregierung vorzulegen hat;
- 6) Mitwirkung bei der öffentlichen Meinungsbildung im Zusammenhang mit den Aufgaben des Staatsschuldenausschusses sowie Durchführung informativer Veranstaltungen.

Diese Aufgaben werden vom **Staatsschuldenausschuss** gemeinsam mit dessen **Arbeitsausschuss** wahrgenommen. Die Mitglieder des Staatsschuldenausschusses werden von der Bundesregierung, der Wirtschaftskammer Österreich im Einvernehmen mit der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern, der Bundesarbeitskammer, dem Österreichischen Gemeindebund, dem Österreichischen Städtebund und der Landeshauptmännerkonferenz entsandt (§ 1 Abs. 2 leg. cit.). Der vorliegende Bericht über die öffentlichen Finanzen 2001 trägt dem gesetzlichen Auftrag gemäß § 1 Abs. 1 Z 5 Rechnung.

Das **Kapitel zwei des Berichtes** beginnt mit einer Darstellung der **monetären und realökonomischen Rahmenbedingungen** im Jahr 2001. Die Zins- und Rentenmarktentwicklungen im Euroraum werden dabei ebenso wie die Konjunktursituation in Österreich beleuchtet.

Das **dritte Kapitel** widmet sich der **Fiskalposition des öffentlichen Sektors in Österreich** im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Neben methodischen Erläuterungen zum Verschuldungs- und Defizitbegriff laut Maastricht werden hier die Budget- und Verschuldungsentwicklung sowie die Einnahmen- und Ausgabenstruktur des Staates und seiner Teilsektoren (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger) in Österreich aufgezeigt und analysiert. Eine Zeitreihe über die Defizit- und Verschuldungsentwicklung seit 1983 befindet sich dazu im Anhang A 2.

Eine ausführliche Untersuchung der **Finanzschuldengebarung des Bundes** im Jahr 2001 ist Gegenstand des **vierten Kapitels**. Hier werden sowohl die Entwicklung, Struktur, Verzinsung und Fristigkeit der Finanzschuld als auch der Finanzschuldenaufwand des Bundes beleuchtet.

Einen **Vergleich der Staatsverschuldung wichtiger westlicher Industrieländer** bietet das **fünfte Kapitel**. Die Kennzahlen beziehen sich auf die Höhe der öffentlichen Verschuldung (in Relation zum BIP und zur Bevölkerung) und auf die Entwicklung der Verschuldung (Veränderung der Verschuldung innerhalb eines Jahres in % des Vorjahresstands und in % des BIP). Zudem wird der Durchschnittszinssatz der öffentlichen Verschuldung für die EU-12-Länder präsentiert. Zeitreihen für die letzten zehn Jahre sind im Anhang A 10 zu finden.

Das **sechste Kapitel** Finanzmärkte widmet sich den **grenzüberschreitenden Kapitalströmen 2001** und den **sektoralen Finanzierungsströmen in Österreich**. Die finanziellen Interdependenzen der Wirtschaftssektoren werden auf Grundlage der von der Oesterreichischen Nationalbank bereitgestellten Österreichischen Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung erstellt und liefern neben vorläufigen Ergebnissen für das Jahr 2001 auch Informationen über die voraussichtliche Entwicklung im Jahr 2002.

Im **Kapitel sieben** wird basierend auf dem **Stabilitätsprogramm der Bundesregierung** vom November 2001 die geplante Budget- und Schuldenentwicklung des öffentlichen Sektors in Österreich in den kommenden Jahren beleuchtet.

Eine **Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse** ist Gegenstand des **letzten Kapitels**.

Der **Anhang** enthält zunächst die seit dem vorjährigen Bericht beschlossenen **Empfehlungen an den Bundesminister für Finanzen** und danach **statistische Informationen**. Eine Zeitreihe über die Defizit- und Verschuldungsentwicklung des öffentlichen Sektors in Österreich befindet sich im Anhang A 2. Einen Überblick über die längerfristige Entwicklung der Finanzschuld und des Nettodefizits des Bundes geben Anhänge A 3 bis A 5. Danach werden die beiden Verschuldungsbegriffe "nicht fällige Finanzschuld des Bundes im engeren Sinn" und "nicht fällige Finanzschuld des Bundes" gegenübergestellt. Die Verschuldung der Länder und der Gemeinden in administrativer Betrachtung sowie der Unternehmen des Bundes und von marktbestimmten Betrieben der Gemeinden sind Gegenstand der Anhänge A 7 bis A 9. Zeitreihen über die internationale Verschuldung im Sinne von Maastricht enthält Anhang A 10. Den Abschluss des Berichts bilden Erläuterungen wichtiger Begriffe der Finanzschuld und des Rentenmarktes.

Der Staatsschuldenausschuss und dessen Arbeitsausschuss haben 2001/02 regelmäßig Sitzungen abgehalten, an denen Vertreter der Gebietskörperschaften, der Sozialpartner, des Kreditwesens und der Oesterreichischen Nationalbank sowie Experten aus dem Kreis der Kreditwirtschaft, der Sozialpartner, aus den Wirtschaftsforschungsinstituten und dem Finanzministerium einschließlich der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur teilnahmen.

1.2 Zusammensetzung des Staatsschuldenausschusses

1.2.1 Ausschuss für die Mitwirkung an der Verwaltung der Staatsschuld

Mitglieder:

Präsident: Univ.Prof.DDr. Helmut Frisch
Vizepräsident: Generaldirektor Dr. Rudolf Gruber (bis 8.1.2002)
Vizepräsident: Generaldirektor Mag.Dr. Walter Rothensteiner (seit 9.1.2002)
Vizepräsident: Dr. Günther Chaloupek

Ing. Erich Amerer (bis 8.1.2002)
Generalsekretär DI August Astl (bis 8.1.2002)
Dr. Fidelis Bauer
Univ.Do. Dr. Josef Christl (seit 9.1.2002)
Finanzdirektor Dr. Rudolf Ebner (seit 9.1.2002)
Generalsekretär wHR Dr. Robert Hink (seit 9.1.2002)
Univ.Prof. Mag.Dr. Herbert Kofler (seit 9.1.2002)
Mag. Georg Kovarik (bis 8.1.2002)
HonProf. Dkfm.Dr. Gerhard Lehner (seit 9.1.2002)
Leitender Sekretär Dr. Richard Leutner
Dr. Egon Mohr (seit 9.1.2002)
Syndikus Dr. Herbert Pichler (bis 8.1.2002)
Ministerialrat Dkfm.Dr. Anton Rainer (bis 8.1.2002)
Mag. Bruno Rossmann
Sektionsleiter Univ.Do. Dr. Gerhard Steger
Geschäftsführer Mag.Dr. Peter Takacs
Kommerzialrat Dr. Klaus Wejwoda (seit 9.1.2002)

Ersatzmitglieder:

Direktor Mag. Peter Brezinschek (bis 8.1.2002)
Dr. Josef Christl (bis 8.1.2002)
Univ.Prof. Dr. Bernhard Felderer (seit 9.1.2002)
Ministerialrat Dr. Eduard Fleischmann
Mag. Dietmar Griebler (seit 9.1.2002)
Mag. Gerald Hasler (bis 8.1.2002)
Mag. Hannes Hofer (seit 9.1.2002)
Vorstandsdirektor Kommerzialrat Helmut Jonas (bis 8.1.2002)
Dr. Peter Kaluza (seit 9.1.2002)
Mag. Georg Kovarik (seit 9.1.2002)
Mag. Erich Kühnelt
Mag. Robert Lehner
Direktor Mag. Heinz Peter
Ministerialrat Mag. Alfred Pichler
Syndikus Dr. Herbert Pichler (seit 9.1.2002)

entsendet von:

Bundesregierung
Wirtschaftskammer Österreich*)
Wirtschaftskammer Österreich*)
Bundesarbeitskammer

Bundesarbeitskammer
Wirtschaftskammer Österreich*)
Wirtschaftskammer Österreich*)
Bundesregierung
Österreichischer Städtebund
Österreichischer Gemeindebund
Bundesregierung
Bundesarbeitskammer
Bundesregierung
Bundesarbeitskammer
Landeshauptmännerkonferenz
Wirtschaftskammer Österreich*)
Bundesregierung
Bundesarbeitskammer
Bundesregierung
Bundesregierung
Wirtschaftskammer Österreich*)

entsendet von:

Wirtschaftskammer Österreich*)
Bundesarbeitskammer
Bundesregierung
Bundesregierung
Landeshauptmännerkonferenz
Bundesarbeitskammer
Bundesregierung
Wirtschaftskammer Österreich*)
Wirtschaftskammer Österreich*)
Bundesarbeitskammer
Wirtschaftskammer Österreich*)
Bundesarbeitskammer
Bundesarbeitskammer
Bundesarbeitskammer
Bundesregierung
Wirtschaftskammer Österreich*)

*) Im Einvernehmen mit der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs.

Landesgeschäftsführer-Stellvertreter Dietmar Pilz (seit 9.1.2002)	Österreichischer Gemeindebund
Generalsekretär Obersenatsrat Dkfm.Dr. Erich Pramböck (seit 9.1.2002)	Österreichischer Städtebund
Ministerialrat Dkfm.Dr. Anton Rainer (seit 9.1.2002)	Bundesregierung
Geschäftsführer DI Michael Ramprecht (bis 8.1.2002)	Bundesregierung
Dr. Franz Rudorfer (bis 8.1.2002)	Wirtschaftskammer Österreich*)
Generaldirektor Dkfm. Klaus Stadler (bis 8.1.2002)	Bundesarbeitskammer
Univ.Prof. Dr. Gerold Stoll (bis 8.1.2002)	Bundesregierung
Geschäftsführer Mag. Gilbert Trattner (seit 9.1.2002)	Bundesregierung
Kommerzialrat Dr. Klaus Wejwoda (bis 8.1.2002)	Wirtschaftskammer Österreich*)

1.2.2 Arbeitsausschuss für die Mitwirkung an der Verwaltung der Staatsschuld

Mitglieder:

entsendet von:

Vorsitzender: Univ.Prof. DDr. Helmut Frisch	Bundesregierung
1. stellv. Vorsitzender: Dr. Günther Chaloupek	Bundesarbeitskammer
2. stellv. Vorsitzender: Dr. Fidelis Bauer (seit 9.1.2002)	Wirtschaftskammer Österreich*)
2. stellv. Vorsitzender: Generaldirektor Mag.Dr. Walter Rothensteiner (bis 8.1.2002)	Wirtschaftskammer Österreich*)

Finanzdirektor Dr. Rudolf Ebner (seit 9.1.2002)	Österreichischer Städtebund
Ministerialrat Dr. Eduard Fleischmann (seit 9.1.2002)	Bundesregierung
Mag. Dietmar Griebler (seit 9.1.2002)	Landeshauptmännerkonferenz
Generalsekretär wHR Dr. Robert Hink (seit 9.1.2002)	Österreichischer Gemeindebund
HonProf. Dkfm.Dr. Gerhard Lehner (seit 9.1.2002)	Bundesregierung
Leitender Sekretär Dr. Richard Leutner	Bundesarbeitskammer
Ministerialrat Dkfm.Dr. Anton Rainer (bis 8.1.2002)	Bundesregierung
Kommerzialrat Dr. Klaus Wejwoda (seit 9.1.2002)	Wirtschaftskammer Österreich*)

Ersatzmitglieder:

entsendet von:

Univ.Prof. Dr. Bernhard Felderer (seit 9.1.2002)	Bundesregierung
Ministerialrat Dr. Eduard Fleischmann (bis 8.1.2002)	Bundesregierung
Dr. Peter Kaluza (seit 9.1.2002)	Wirtschaftskammer Österreich*)
Mag. Georg Kovarik (seit 9.1.2002)	Bundesarbeitskammer
Mag. Erich Kühnelt (seit 9.1.2002)	Wirtschaftskammer Österreich*)
Dr. Egon Mohr (seit 9.1.2002)	Landeshauptmännerkonferenz
Syndikus Dr. Herbert Pichler (bis 8.1.2002)	Wirtschaftskammer Österreich*)
Landesgeschäftsführer-Stellvertreter Dietmar Pilz (seit 9.1.2002)	Österreichischer Gemeindebund
Generalsekretär Obersenatsrat Dkfm.Dr. Erich Pramböck (seit 9.1.2002)	Österreichischer Städtebund
Ministerialrat Dkfm.Dr. Anton Rainer (seit 9.1.2002)	Bundesregierung
Mag. Bruno Rossmann	Bundesarbeitskammer
Generaldirektor Dkfm. Klaus Stadler (bis 8.1.2002)	Bundesarbeitskammer
Univ.Prof.Dr. Gerold Stoll (bis 8.1.2002)	Bundesregierung
Geschäftsführer Mag.Dr. Peter Takacs (seit 9.1.2002)	Bundesregierung
Kommerzialrat Dr. Klaus Wejwoda (bis 8.1.2002)	Wirtschaftskammer Österreich*)

*) Im Einvernehmen mit der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs.

Experten:

Direktor Mag. Peter Brezinschek (seit 9.1.2002)
Direktor Dkfm.Dr. Helmut Dorn (bis 8.1.2002)
Geschäftsführer Ministerialrat Dr. Helmut Eder
Ministerialrat Dr. Eduard Fleischmann (bis 8.1.2002)
Dr. Ernest Gnan (seit 9.1.2002)
Mag. Hannes Hofer (seit 9.1.2002)
Ministerialrat Mag.Dr. Karl Jaros (seit 9.1.2002)
Geschäftsführer Mag. Günther Klöckl (bis 8.1.2002)
Geschäftsführer Mag. Paul Kocher
Hon.Prof. Dkfm.Dr. Gerhard Lehner (bis 8.1.2002)
Vorstand DI Dr. Johann Maurer (bis 8.1.2002)
Dkfm. Helga Mramor (bis 8.1.2002)
Dkfm.Dr. Helmut Pech (bis 8.1.2002)
Ministerialrat Dkfm.Dr. Anton Rainer (seit 9.1.2002)
Geschäftsführer DI Michael Ramprecht (bis 8.1.2002)
Mag. Bruno Rossmann
Direktor Mag. Erich Weiss

1.2.3 Vertreter der Oesterreichischen Nationalbank

Dr. Peter Mooslechner

1.2.4 Büro des Staatsschuldenausschusses und Mitarbeiter der Oesterreichischen Nationalbank

Mag. Eva Hauth
Silvia Szamuhely
Michael Andreasch
Mag. Walter Waschiczek
DI Isabel Winkler

Anfragen können an die Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, Frau Mag. Eva Hauth, Tel. 404 20-DW 7471, Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien, gerichtet werden. Bestellungen des Finanzberichts Österreichs unter Tel.: 404 20-DW 7472, Fax: 404 20-DW 7499 oder e-Mail: Silvia.Szamuhely@oenb.co.at.

Der „Bericht über die öffentlichen Finanzen 2001“ ist unter der Internet-Homepage des Staatsschuldenausschusses (<http://www.staatsschuldenausschuss.at>) abrufbar.

2 MONETÄRE UND REALÖKONOMISCHE RAHMENBEDINGUNGEN IM JAHR 2001

2.1 Internationale Zinsentwicklung

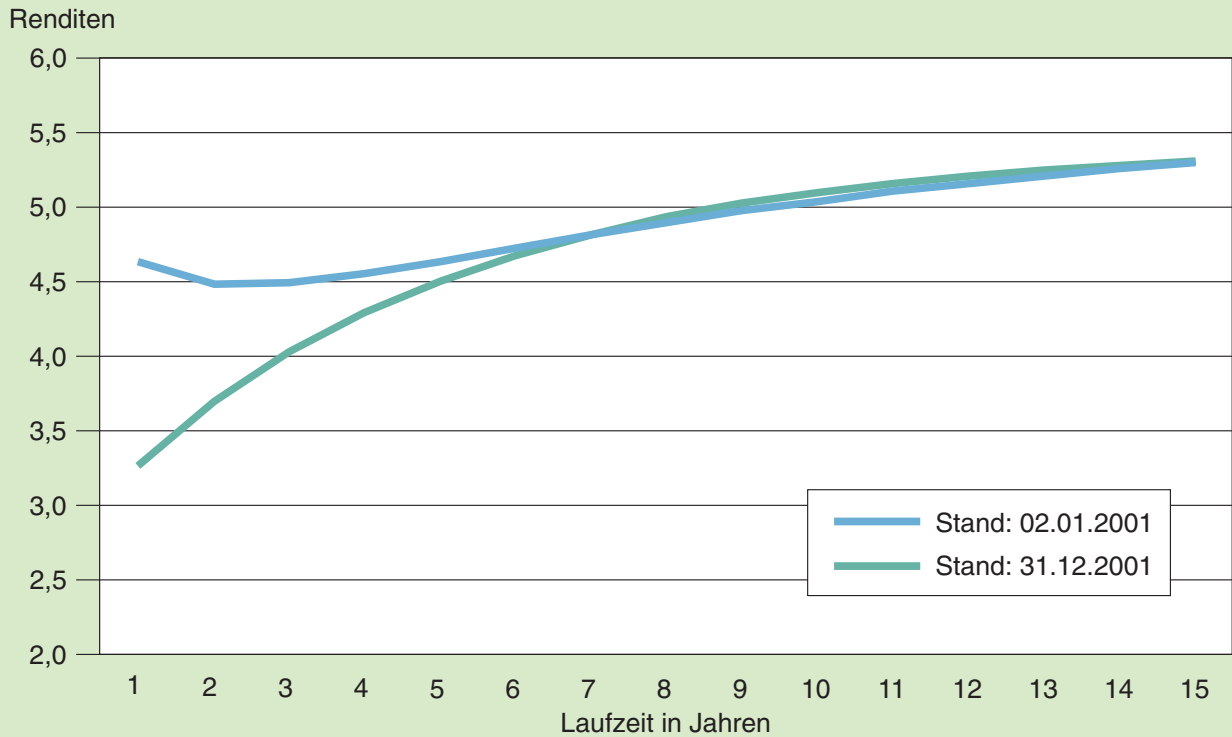
Die internationale Zinsentwicklung des Jahres 2001 war von einer merklichen Lockerung der Geldpolitik und in der Folge von sinkenden Renditen geprägt. Da der Rückgang bei den langfristigen Anleihen wesentlich geringer ausfiel als auf dem Geldmarkt, kam es im Verlauf des vergangenen Jahres insbesondere in den USA, aber auch im Euroraum zu einem steileren Verlauf der Zinsstrukturkurve. Die US-Notenbank verfolgte angesichts des Wachstumseinbruchs bereits seit Beginn des Jahres 2001 einen ausgeprägt expansiven geldpolitischen Kurs, und auch die Europäische Zentralbank (EZB) begann ab Mai auf die Konjunkturabschwächung mit Zinssenkungen zu reagieren.

Tabelle 1: Renditen und Zinssätze auf den internationalen Finanzmärkten 1997 bis 2001 (Periodenmittelwerte in %)

	1997	1998	1999	2000	2001
Leitzinssätze					
Euroraum: Tendersatz ¹⁾	3,20	3,00	3,00	4,75	3,25
USA: Fed Funds Rate	6,25	4,63	6,00	6,63	1,63
Japan: Diskontsatz	0,50	0,50	0,50	0,50	0,10
Sätze für Drei-Monats-Geld					
Euroraum ²⁾	4,24	3,83	2,96	4,39	4,26
USA	5,74	5,56	5,41	6,53	3,78
Japan	0,64	0,77	0,28	0,29	0,16
Renditen von Staatsanleihen (10 Jahre)					
Euroraum ³⁾	5,99	4,71	4,66	5,44	5,03
USA	6,33	5,26	5,64	6,03	5,02
Japan	2,11	1,29	1,76	1,76	1,34
<p>1) Bis 1998 Tendersatz der OeNB, 1999 Mengentendersatz der EZB; 2000 und 2001 Zinstendersatz der EZB (Mindestbietungssatz); Periodenendwerte. 2) Bietungssätze für Interbankeinlagen bis 1998, ab 1999 EONIA bzw. EURIBOR. 3) Bis 1998 anhand harmonisierter mit dem BIP gewichteter nationaler Staatsanleiherenditen berechnet. Quelle: EZB, OeNB. Rundungen können in allen Tabellen Rechendifferenzen ergeben.</p>					

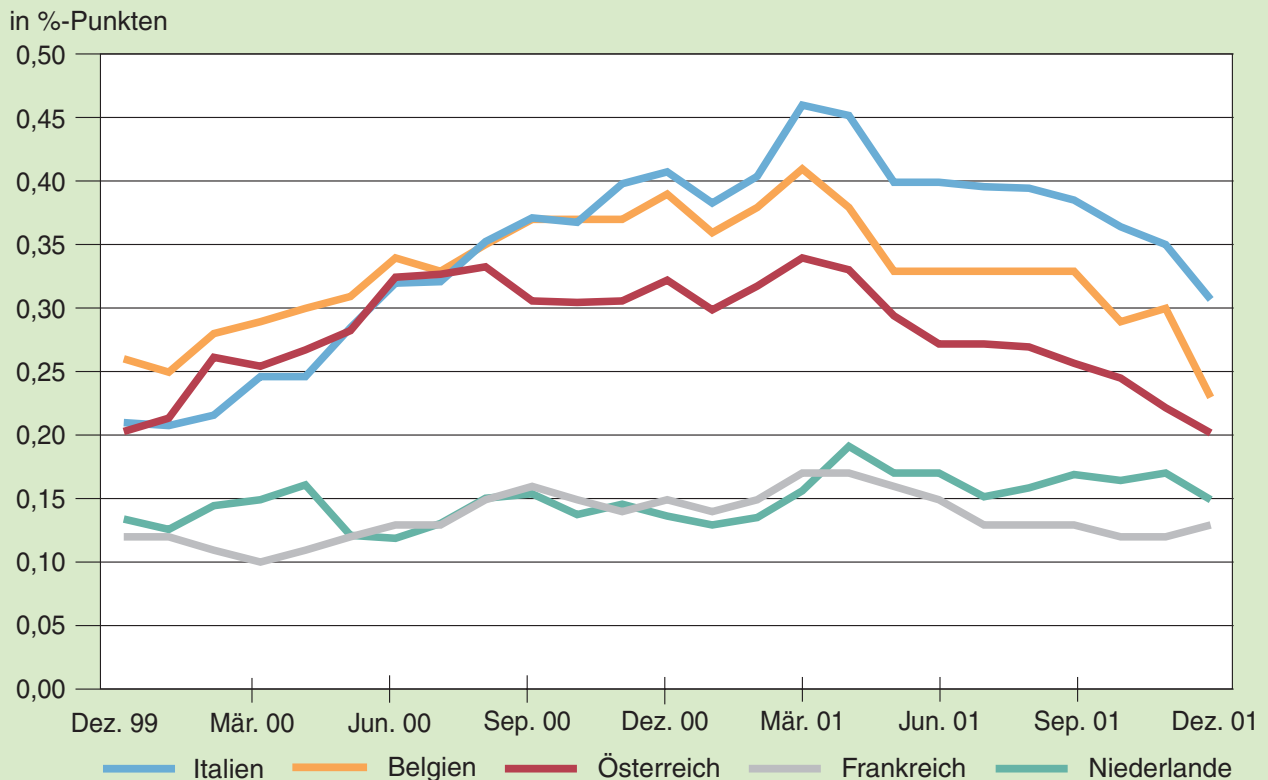
Die EZB ließ den **Leitzins** für das Hauptrefinanzierungsgeschäft bis Anfang Mai 2001 unverändert bei 4,75%. Am 10. Mai setzte der EZB-Rat die Leitzinsen um ¼ Prozentpunkt herab, da sich das Wachstum des Geldmengenaggregats M3 zunehmend abgeschwächt hatte. In Anbetracht der nachlassenden konjunkturellen Dynamik und der damit verbundenen preisdämpfenden Effekte hat der EZB-Rat die Notenbankzinsen Ende August, Mitte September und im November um ¼ und anschließend zweimal um ½ Prozentpunkt gesenkt. Der Zinsschritt vom September war Teil einer konzertierten Aktion mit anderen Notenbanken im Anschluss an die terroristischen Angriffe in den USA. Durch die Senkung der Leitzinsen und die Zuführung von Liquidität konnte die durch die Terroranschläge auf den Märkten entstandene Nervosität rasch herausgenommen und wieder normale Verhältnisse hergestellt werden. Seit Mitte November lag damit der Mindestbietungssatz bei den Hauptrefinanzierungsgeschäften bei 3,25%.

Grafik 1
Zinsstrukturkurve*) im Euroraum 2001



*) Verzinsung von Anleihen mit einem Mindestvolumen von 500 Mio EUR nach Laufzeit.
 Quelle: EUROSTAT.

Grafik 2
Renditenabstände 9- bis 10-jähriger Staatsanleihen zu Deutschland
 Monatsdurchschnitte



Angesichts des anhaltenden Wirtschaftsabschwungs verbunden mit einem gemäßigten Inflationsdruck – und darüber hinaus als Reaktion auf die von Unsicherheit geprägte wirtschaftliche Situation nach den Terroranschlägen vom 11. September – lockerte das Federal Reserve System die geldpolitischen Zügel erheblich: im Jahresverlauf 2001 wurde der Zielzinssatz der Federal Funds Rate sukzessive um insgesamt 475 Basispunkte auf 1,75% gesenkt, was den tiefsten Stand seit vier Jahrzehnten darstellte.

Nach zwei Leitzinssenkungen im Februar 2001 setzte die japanische Notenbank ab März 2001 auf eine quantitative Lockerung der Geldpolitik, um sich der Spirale aus Deflation und Vertrauenskrise auf den Finanzmärkten bzw. in der Wirtschaft entgegenzustemmen, und legte die Höhe der Einlagen der Geschäftsbanken bei der Bank of Japan als geldpolitische Zielgröße fest. Ihre Geldpolitik zielte darauf ab, über eine großzügigere Liquiditätsversorgung die Geldmenge zum Wachsen zu bringen und gleichzeitig das kurzfristige Zinsniveau nahe bei null Prozent zu halten.

Als Reaktion auf die Senkung der EZB-Leitzinsen um insgesamt 150 Basispunkte im Jahr 2001 verringerten sich die **Geldmarktzinsen** im Euroraum und setzten damit den seit Herbst 2000 zu beobachtenden Trend fort. Im ersten Halbjahr 2001 war bei den Geldmarktzinsen über das gesamte Laufzeitenspektrum hinweg ein etwas stärkerer Rückgang als bei den EZB-Leitzinsen zu verzeichnen, da zunehmend mit einer Lockerung der geldpolitischen Zügel gerechnet wurde, bis sich nach dem Zinsschritt vom 10. Mai die Geldmarktsätze für Laufzeiten von bis zu einem Monat im Großen und Ganzen stabilisierten. Ab August stand die Entwicklung der Zinssätze generell erneut im Zeichen eines Abwärtstrends. Nachdem sich ein Nachlassen des mittelfristigen Inflationsdrucks immer deutlicher abzeichnete, rechneten die Marktteilnehmer verstärkt mit einer weiteren Leitzinssenkung seitens der EZB. Nach der letzten Zinssenkung im November kam der Abwärtstrend der Zinssätze am kurzen Ende zum Stillstand, während die Geldmarktsätze bei den längeren Laufzeiten tendenziell zunahmen, worin sich die Finanzmarkterwartungen einer allmählichen Erholung im Euroraum widerspiegelten.

In den USA sanken die Geldmarktzinsen – parallel zu den geldpolitischen Maßnahmen der Federal Reserve Bank (Fed) – im Jahr 2001 noch deutlich stärker als im Euroraum. Der Drei-Monats-Satz lag zu Jahresende 2001 um rund 4 Prozentpunkte unter dem entsprechenden Vorjahreswert. In Japan verharrten die Geldmarktzinsen das ganze Jahr über auf ihrem schon seit einigen Jahren zu beobachtenden tiefen Niveau nahe bei null Prozent.

Die langfristigen **Anleihezinsen** im Eurogebiet und in den USA unterlagen im Berichtsjahr beachtlichen Schwankungen, änderten sich aber insgesamt zwischen Ende 2000 und Ende 2001 nur geringfügig. Im Eurowährungsgebiet und in den USA beliefen sich die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen im Dezember 2001 auf 5,0% bzw. 5,1%. Nachdem der Abstand zwischen den US-amerikanischen Renditen zehnjähriger Staatsanleihen und vergleichbaren Anleihen im Euroraum im Jahr 2000 stark geschrumpft war, pendelte er sich 2001 auf etwa null ein, obwohl er im Gefolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 in den negativen Bereich rutschte und zeitweise auf einen Tiefstand von ½ Prozentpunkt fiel.

In den USA waren die Einschätzungen der Anleger hinsichtlich der Rezessionsstärke und -dauer im Lauf des Jahres 2001 und damit die Anleiherendite erheblichen Schwankungen unterworfen. Zwischen Mitte März und Ende Mai stiegen die Anleiherenditen als die Marktteilnehmer zunehmend optimistischer wurden, dass die Konjunktur – und damit auch die Inflation – bald wieder anziehen könnte. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 veränderten die Konjunktüreinschätzungen. Maßgeblich für den nach den Anschlägen erfolgten Zinseinbruch am langen Ende waren nicht zuletzt Portfolioumschichtungen von Aktien zu langfristigen Staatsanleihen infolge der vorübergehend gestiegenen Präferenz für relativ sichere und liquide Anlageformen. Nach einer Normalisierung der Marktverhältnisse und der Veröffentlichung positiver Daten zur Wirtschaftslage in den USA zogen auch die Renditen gegen Jahresende wieder an.

Die Entwicklung der Anleiherenditen im Eurogebiet war im Jahr 2001 mit jener in den USA vergleichbar. Dies deutet darauf hin, dass globale Faktoren – insbesondere die weltweite Konjunkturabkühlung und die Unsicherheit nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 – für die Zinsentwicklung im langfristigen Laufzeitensegment in beiden Volkswirtschaften den Ausschlag gaben. Allerdings war die Entwicklung der langfristigen Zinssätze im Euroraum weniger volatil, was auf stabilere Markterwartungen für das Wachstum und die Inflation im Eurogebiet hindeutet.

In Japan entwickelten sich die Renditen langfristiger Staatsanleihen im Berichtsjahr – wohl auf Grund der besonderen wirtschaftlichen Lage – mehr oder weniger losgelöst von den Zinsentwicklungen im Ausland. Insgesamt gingen die Renditen zehnjähriger japanischer Staatsanleihen zwischen Ende 2000 und Ende 2001 um etwa 30 Basispunkte auf rund 1,4% zurück. Dieser Rückgang stand im Zeichen der Konjunkturschwäche sowie der anhaltenden Deflationstendenzen in Japan, die offenbar die langfristigen Wachstums- und Inflationserwartungen der Marktteilnehmer beeinträchtigten.

Im Laufe des Jahres 2001 wurden die **Zinsstrukturkurven**, gemessen an der Differenz zwischen Renditen zehnjähriger Anleihen und dem Drei-Monats-Geldmarktsatz, sowohl in den USA als auch im Eurogebiet steiler. Dieser Anstieg kann zum einen auf die Zinssenkungen der Notenbanken und die negativen Beurteilungen der aktuellen Konjunkturlage zurückgeführt und zum anderen als Ausdruck der optimistischen Grundhaltung der Marktteilnehmer gesehen werden, dass sich die Wirtschaft in den USA und im Euroraum relativ schnell von der Rezession erholen könnte. So nahm die Steigung der Zinsstrukturkurve im Euroraum von einem nahezu flachen Verlauf im Dezember 2000 auf einen Stand von rund 180 Basispunkten Ende 2001 zu. In den USA war der Anstieg deutlich ausgeprägter und betrug am Ende des Jahres 2001 mehr als 3 Prozentpunkte.

Tabelle 2: Renditenabstände 9- bis 10-jähriger staatlicher Schuldverschreibungen im Euroraum zu Deutschland 1997 bis 2001 (Periodenmittelwerte in %-Punkten)

	1997	1998	1999	2000	2001
Belgien	0,11	0,18	0,26	0,33	0,33
Finnland	0,32	0,22	0,23	0,22	0,25
Frankreich	-0,06	0,07	0,12	0,13	0,14
Griechenland	4,28	3,91	1,81	0,84	0,51
Irland	0,65	0,23	0,22	0,25	0,21
Italien	1,22	0,31	0,24	0,31	0,39
Niederlande	-0,06	0,06	0,14	0,14	0,16
Österreich	0,04	0,14	0,19	0,29	0,28
Portugal	0,72	0,30	0,29	0,34	0,37
Spanien	0,76	0,26	0,24	0,26	0,32
EU-11-Aggregat ¹⁾	0,41	0,20	0,21	0,25	0,27
EU-12-Aggregat ²⁾	0,80	0,57	0,37	0,31	0,30
1) Ohne Luxemburg, ohne Griechenland. 2) Ohne Luxemburg. Quelle: EZB.					

Der **Renditeabstand** für 9- bis 10-jährige Schuldverschreibungen zu Deutschland erhöhte sich im Jahr 2001 im Jahresdurchschnitt in sechs WWU-Teilnehmerstaaten. Dennoch war in der zweiten Jahreshälfte in fast allen Ländern des Euroraums eine Verringerung des Spreads zu beobachten, was auf ein gestiegenes Angebot an deutschen Bundesanleihen in diesem Zeitraum zurückzuführen sein könnte. Ohne Zweifel stellt allerdings die Marktliquidität weiterhin einen wichtigen Grund bei der Erklärung der Renditenunterschiede von staatlichen Anleihen im Euroraum dar. Hohe Anleihevolumina sind für Länder mit einer vergleichsweise geringen heimischen Platzierungskraft und einem relativ geringen jährlichen Finanzierungsvolumen schwer zu erreichen. Innerhalb der AAA-Schuldner des Euroraums wies Österreich 2001 weiterhin die höchsten Zinsdifferenzen zu Deutschland auf, wenngleich sich der Renditeabstand im Jahresverlauf 2001 vermindert und zu Jahresende 2001 wieder das Niveau von Ende 1999 erreicht hatte. Im Jahresdurchschnitt blieb die Zinsdifferenz zu Deutschland jedoch nahezu unverändert.

2.2 Rentenmarkt im Euroraum

Der Euro hat als Anlage- und Finanzierungswährung auf den internationalen Finanzmärkten im Jahr 2001 weiter an Bedeutung gewonnen. Gemäß den Statistiken der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich erreichten **auf EUR lautende internationale Wertpapiere**¹ per Dezember 2001 einen Marktanteil von 44%, rund 48% waren in USD denominated. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich damit die Akzeptanz des EUR als Währung für Neuemissionen auf den internationalen Finanzmärkten weiter erhöht; zum Ultimo 2000 war der EUR-Anteil bei 39% gelegen.

Tabelle 3: Entwicklung von auf EUR lautenden Wertpapieren¹⁾ nach Emittentengruppen 2001 (in Mrd EUR)

	Stand 31.12.2000	Anteil in %	Brutto- emissionen	Nettoveränderung		Stand 31.12.2001	Anteil in %
				absolut	in %		
Von Ansässigen im Euroraum							
Finanzielle Kapitalgesellschaften	2.429	41,2	699	247	10,2	2.676	41,9
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	288	4,9	96	58	20,0	346	5,4
Zentralstaat	3.075	52,1	544	163	5,3	3.238	50,7
Sonstige öffentliche Haushalte	107	1,8	33	24	22,5	131	2,0
Summe	5.899	100,0	1.373	492	8,3	6.391	100,0
Von Ansässigen außerhalb des Euroraums							
Finanzielle Kapitalgesellschaften	396	55,1	179	121	30,5	517	59,1
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	68	9,5	42	42	61,1	100	11,5
Zentralstaat	102	14,2	15	15	15,1	92	10,5
Sonstige öffentliche Haushalte	35	4,9	21	17	48,1	52	5,9
Internationale Organisationen	117	16,3	13	-4	-3,7	113	12,9
Summe	718	100,0	269	155	21,6	874	100,0
Insgesamt							
Finanzielle Kapitalgesellschaften	2.825	42,7	878	368	13,0	3.192	43,9
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	357	5,4	138	90	25,2	447	6,1
Zentralstaat	3.177	48,0	560	153	4,8	3.331	45,8
Sonstige öffentliche Haushalte	141	2,1	54	41	28,9	182	2,5
Internationale Organisationen	117	1,8	13	-4	-3,7	113	1,6
Summe	6.617	100,0	1.642	647	9,8	7.264	100,0
1) Verzinsliche Wertpapiere mit einer Ursprungslaufzeit von über 1 Jahr. Quelle: EZB.							

Wie im Jahr zuvor nahmen 2001 **Ansässige des Eurowährungsgebiets** über 90% ihres Bruttoemissionsvolumens (mit Laufzeiten von über 1 Jahr) in EUR auf. Insgesamt erreichte das EUR-Wertpapieremissionsvolumen von Ansässigen im Euroraum brutto 1,4 Billionen EUR (2000: 1,2 Billionen EUR). Zwar prägten die öffentlichen Haushalte und die finanziellen Kapitalgesellschaften (Banken und andere finanzielle Unternehmen) weiterhin den Euro-Rentenmarkt, der Zuwachs ging 2001 allerdings von der dynamischen Entwicklung der Emissionen der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften aus.

1 Außerhalb des Heimatlands begebene Bonds und Notes in EUR.

Tabelle 4: Bruttoemissionen von auf EUR lautenden Wertpapieren ¹⁾ nach Verzinsungsmodalität 1999 bis 2001 (%-Anteile)

	1999	2000	2001
Festverzinst	67,8	66,8	68,2
Variabel verzinst	-	19,1	18,0
Nullkuponanleihen	-	12,7	11,9
Sonstige	32,2	1,4	1,9
	100,0	100,0	100,0
1) Verzinsliche Wertpapiere mit einer Laufzeit von mehr als 1 Jahr, Mindestemissionsvolumen 50 Mio EUR. Quelle: EU-Kommission.			

Mehr als zwei Drittel der in EUR aufgenommenen Schuldverschreibungen waren in den letzten Jahren fest verzinst, weniger als ein Fünftel wiesen eine variable Verzinsung auf. Diesbezüglich ergaben sich für 2001 nur geringfügige Änderungen. Der Anteil der fest verzinsten Papiere nahm zu, während variabel verzinsten Emissionen anteilmäßig in etwas geringerem Umfang aufgenommen wurden. Das deutet darauf hin, dass eine steigende Zahl von Emittenten keine weiteren Zinssenkungen mehr erwarteten und sich daher das im Jahr 2001 vorherrschende relativ niedrige Zinsniveau auf längere Sicht zu sichern versucht haben dürften. Vor allem in den ersten Monaten des abgelaufenen Jahres und unmittelbar nach den Terroranschlägen in den USA war der Anteil fix verzinsten Anleihen überdurchschnittlich hoch.

Tabelle 5: Bruttoemissionen von auf EUR lautenden Wertpapieren ¹⁾ nach Ursprungslaufzeit 1999 bis 2001 (%-Anteile)

	1999	2000	2001
1 bis 3 Jahre	25,9	25,5	24,6
3 bis 7 Jahre	35,9	35,1	38,1
7 bis 11 Jahre	28,2	29,4	27,9
Über 11 Jahre	10,0	10,1	9,4
	100,0	100,0	100,0
1) Verzinsliche Wertpapiere mit einer Laufzeit von mehr als 1 Jahr, Mindestemissionsvolumen 50 Mio EUR. Quelle: EU-Kommission.			

Die durchschnittliche **Laufzeit** der Bruttoemissionen von EUR-Anleihen hat sich im Jahr 2001 leicht verringert. Vor allem der Anteil von 7- bis 11-jährigen Emissionen aber auch jener der Schuldverschreibungen mit mehr einer Laufzeit von mehr als 11 Jahren war rückläufig, während sich der Anteil des 3- bis 7-jährigen Laufzeitensegments merklich erhöhte. Der Anteil langfristiger Anleihen war vor allem im ersten Quartal überdurchschnittlich hoch und nahm anschließend im Jahresverlauf sukzessive ab; lediglich im Schlussquartal stieg er wieder merklich an.

Die bedeutendste **Emittentengruppe von Ansässigen im Eurowährungsgebiet** stellten wiederum die **finanziellen Kapitalgesellschaften** (Banken und andere finanzielle Unternehmen) mit einem Anteil von 51% am gesamten EUR-Bruttoemissionsvolumen und von 50% am gesamten EUR-Nettoemissionsvolumen dar, wenngleich ihr Emissionsvolumen im

Vergleich zum Vorjahr rückläufig war. Diese Reduktion dürfte weitgehend der konjunkturbedingt nachlassenden Kreditnachfrage des privaten nichtfinanziellen Sektors sowie dem höheren Einlagenaufkommen zuzuschreiben sein.

Das Wachstum des Gesamtumlaufs der vom **öffentlichen Sektor** (Zentralstaat und sonstige öffentliche Haushalte) begebenen Schuldverschreibungen beschleunigte sich 2001 auf 5,9% (2000: 2,8%). Diese Entwicklung stand im Zusammenhang mit dem gestiegenen öffentlichen Finanzierungsbedarf infolge der konjunkturellen Abschwächung und auf Grund von Steuersenkungen in einigen Teilnehmerstaaten (Deutschland, Italien, Irland, Finnland). In einigen Ländern war überdies der Mittelbedarf infolge von Zusatzeinnahmen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen im Jahr 2000 atypisch niedrig gewesen. Der Anteil des Zentralstaats am Finanzierungsvolumen auf dem Euro-Anleihemarkt hat sich 2001 vermindert, während die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, deren Mittelaufnahme deutlich anstieg, markante Zuwächse verzeichneten. Vor allem die deutschen Bundesländer finanzierten sich in deutlich höherem Umfang auf dem Rentenmarkt. In Summe verringerte sich 2001 der Anteil der von öffentlichen Haushalten begebenen, auf EUR lautenden Schuldverschreibungen von 54 auf 53%.

Bei den privaten **nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften** nahm der Umlauf an auf EUR lautenden Schuldverschreibungen im Jahr 2001 trotz der Konjunkturabschwächung sowie einer Vergrößerung der Spreads bei den Unternehmensanleihen – vor allem bei Emittenten mit niedrigerem Rating – um etwa 20% zu. Eine zunehmende Anzahl von Branchen und Unternehmen finanzierte sich 2001 über die Emission von Schuldverschreibungen, wenngleich insbesondere der Telekommunikationssektor sowie die Automobilbranche nach wie vor die größten Emittenten sind. Die rege Emissionstätigkeit diente zum einen der Finanzierung von Umstrukturierungsmaßnahmen im Unternehmenssektor, obwohl etwas weniger ausgeprägt als 1999 und im ersten Halbjahr 2000, und könnte zum anderen teilweise auch auf einen leichten Rückgang der Unternehmensgewinne sowie eine Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen auf dem Aktienmarkt zurückzuführen sein. Überdies hat sich durch die Einführung des Euro die Tiefe und Liquidität des Rentenmarktes erhöht. Dadurch hat sich auch die Attraktivität des Marktes und die Zahl der Emittenten erhöht.

Auch für internationale Emittenten blieb der Euro eine attraktive Währung; der Umlauf der von **Ansässigen außerhalb des Eurowährungsgebiets** begebenen EUR-Schuldverschreibungen erhöhte sich 2001 um etwa 10%. Mehr als die Hälfte des Emissionsvolumens entfiel auf finanzielle Kapitalgesellschaften.

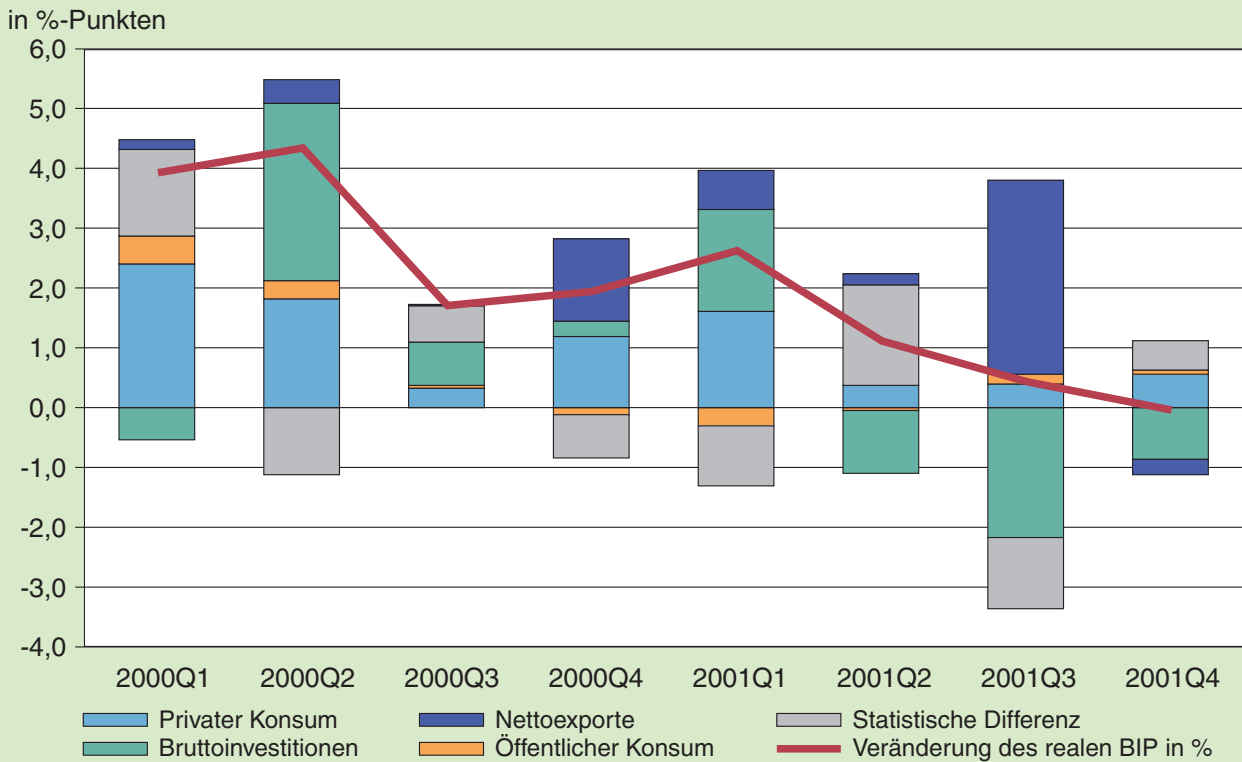
Österreichische Emittenten nahmen den Euro-Rentenmarkt 2001 etwas weniger stark in Anspruch als der Durchschnitt der WWU-Länder. Der Umlauf an Wertpapieren österreichischer Emittenten stieg im Berichtsjahr um 6%, während sich der Gesamtmarkt von Ansässigen im Eurowährungsgebiet um 8% erhöhte. Wie auf dem europaumweiten Rentenmarkt waren der öffentliche Sektor und die Kreditinstitute die wichtigsten Emittentengruppen. Im Vergleich zum Vorjahr haben die nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften 2001 zwar ein deutlich höheres Volumen an Anleihen begeben, der Umlauf war jedoch rückläufig. Außerdem muss hier berücksichtigt werden, dass der Bund seit 1998 Finanzierungen für Dritte (insbesondere in Form von Anleihen) durchführt und diese an staatsnahe Unternehmen weiterleitet („Rechtsträgerfinanzierungen“).² Ende 2001 erreichte das Volumen, das der Bund für staatsnahe Unternehmen über Anleiheemissionen und Bundesschatzscheine aufbrachte, mit 9,6 Mrd EUR einen neuen Höchststand. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen absoluten Zuwachs von rund 2 Mrd EUR. Der tatsächliche Anteil der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften am gesamten Umlauf österreichischer Emittenten ist daher deutlich höher.

² Siehe dazu Kapitel 4 Finanzschuld des Bundes.

Grafik 3

Wachstumsbeiträge zum realen BIP 2000 und 2001

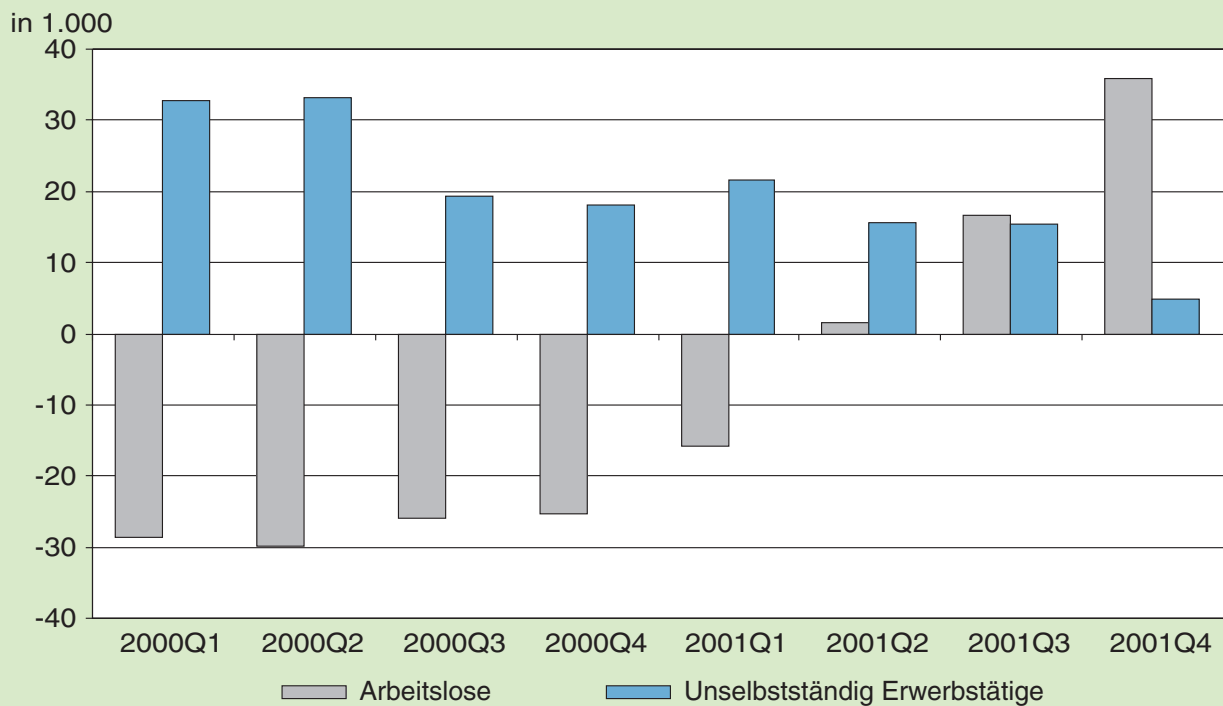
Beiträge in Prozentpunkten auf Quartalsbasis im Vorjahresvergleich



Grafik 4

Unselbstständig Erwerbstätige und vorgemerkte Arbeitslose 2000 und 2001

Veränderung absolut auf Quartalsbasis im Vorjahresvergleich



2.3 Österreichische Konjunktursituation

Das Berichtsjahr 2001 war von einem deutlichen, in dieser Stärke nicht erwarteten internationalen Konjunkturabschwung gekennzeichnet, der von den USA ausging und in der zweiten Jahreshälfte im Euroraum voll zum Tragen kam. Das Wachstum der österreichischen Wirtschaft schwächte sich ab dem zweiten Quartal 2001 ab und sollte die Talsohle im vierten Quartal 2001 mit einer Stagnation gegenüber dem Vorjahresquartal erreicht haben. Im Jahresdurchschnitt ergab sich ein Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion von real 1,0%. Das war der niedrigste Wert seit 1993. Die Frühindikatoren sprechen zwar für eine spürbare Wirtschaftsbelebung in Europa, die zunehmend an Schwung gewinnen sollte. Infolge der ungünstigen Ausgangslage kann jedoch für 2002 nur mit einem moderaten, unter dem Trend liegenden Wirtschaftswachstum in Europa sowie in Österreich im Jahresdurchschnitt ausgegangen werden.

Im Jahr 2001 wiesen so gut wie alle **Nachfrageaggregate** eine rückläufige Dynamik auf. Während das Wachstum zu Beginn des Jahres 2001 sowohl hinsichtlich des privaten Konsums, der Investitionen als auch in Bezug der Nettoexporte rege war, wendete sich das Bild ab dem zweiten Quartal. Der Wachstumsbeitrag³ des privaten Konsums verringerte sich von 1,6 Prozentpunkten im ersten Quartal auf 0,4 Prozentpunkte im zweiten Quartal. Der Wachstumsbeitrag der Bruttoinvestitionen wurde mit -1,0 Prozentpunkten im zweiten Quartal negativ. Die Reduktion des Wachstumsbeitrags der Nettoexporte von 0,7 Prozentpunkten im ersten Quartal auf 0,2 Prozentpunkte im zweiten Quartal fiel im Zuge der Verschlechterung des außenwirtschaftlichen Umfelds ebenso merklich aus. Betrachtet man das Jahr 2001 insgesamt, so stützten der Konsum der privaten Haushalte, der trotz rückläufiger Nettoealeinkommen um 1,3% im Jahresdurchschnitt anstieg, und die Nettoexporte die Konjunktorentwicklung. Die Exporte stiegen real um 5,5% gegenüber dem Vorjahr, während die Importe real nur um 3,6% zunahmen. Eine rückläufige Entwicklung zeigten die Investitionen - insbesondere jene des Hochbaus - und der öffentliche Konsum. Die Bruttoinvestitionen nahmen real gegenüber dem Jahr 2000 um 2,6% und der öffentliche Konsum um 0,2% ab.

Für den **Arbeitsmarkt** brachte das Jahr 2001 Veränderungen. Die Beschäftigungsentwicklung reagiert zwar auf eine Änderung der Produktion erfahrungsgemäß mit einer zeitlichen Verzögerung, dennoch war bereits im Mai 2001 erstmals seit Februar 1999 die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen wieder höher als im Jahr 2000 und die Zahl der unselbstständig Beschäftigten nahm nur noch moderat zu. Im vierten Quartal 2001 waren im Schnitt rund 36.000 Personen mehr als in der Vergleichsperiode des Vorjahres arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote lag im Jahresdurchschnitt laut nationaler Definition bei 6,1% (2000: 5,8%) bzw. laut EUROSTAT-Definition bei 3,6% (2000: 3,7%). Der Zuwachs an unselbstständig Beschäftigten (einschließlich Präsenzdiener und Karenzgeldbezieher) verminderte sich im Jahresdurchschnitt von rund 26.000 Personen im Jahr 2000 auf rund 14.000. Eine Erholung der angespannten Arbeitsmarktlage ist trotz mittlerweile positiver Wachstumsperspektiven für das Jahr 2002 nicht zu erwarten.

Die **Teuerungsrate** lag im Jahr 2001 - gemessen am nationalen Verbraucherpreisindex (VPI) - bei 2,7% und war so hoch wie seit sieben Jahren nicht mehr. Gemäß dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) betrug sie 2,3%. Im Mai 2001 erreichte die Inflation mit +2,9% (HVPI) bzw. 3,4% (VPI) ihren Höchstwert. Seither verringert sich der Preisauftrieb wieder; im Dezember nahm der VPI um 1,9%, der HVPI um nur noch 1,8% zu. Wesentlich zum Preisauftrieb trugen im Jahr 2001 indirekte Effekte der Erdölpreiserhöhung, die Preisentwicklung im Dienstleistungsbereich und bei den Lebensmitteln bei. Für den hohen Inflationsbeitrag der Dienstleistungen zeichneten einerseits diskretionäre Maßnahmen des öffentlichen Sektors, wie die Einführung der Ambulanzgebühren im April 2001 und der Studiengebühren ab dem Wintersemester 2001, andererseits Teuerungen bei medizinischen Dienstleistungen und im Tourismussektor verantwortlich. Der Preisauftrieb bei Lebensmitteln war eine Folge der BSE-Krise und der Maul- und Klauenseuche.

Auf die **Einnahmenentwicklung des Staates** wirkte sich 2001 die markante Konjunkturertrübung auf Grund von steuerrechtlichen Änderungen, nominellen Effekten (relativ starker Preisauftrieb), der verhältnismäßig robusten Konsumnachfrage

3 Wachstum der Nachfragekategorie in Prozentpunkten der gesamten Wirtschaftsleistung (reales BIP) einer Periode.

Tabelle 6: Konjunkturindikatoren für Österreich 1997 bis 2001¹⁾

	1997	1998	1999	2000	2001 ¹⁾
	Veränderung zum Vorjahr in % (sofern nicht anders angegeben)				
Bruttoinlandsprodukt					
Nominell	+2,5	+4,1	+3,5	+4,2	+2,9
Real	+1,6	+3,5	+2,8	+3,0	+1,0
Nachfragekomponenten, real					
Konsumausgaben	+0,8	+2,8	+2,6	+2,1	+0,9
Private Haushalte ²⁾	+1,7	+2,8	+2,7	+2,5	+1,3
Staat	-1,5	+2,8	+2,2	+0,9	-0,2
Bruttoinvestitionen	+3,1	+3,6	+2,2	+3,6	-2,6
Ausrüstungen	+6,5	+6,4	+4,3	+11,1	-0,8
Bauten	-1,0	+1,3	-0,7	+0,3	-2,2
Exporte i. w. S.	+12,4	+7,9	+8,7	+12,2	+5,5
Importe i. w. S.	+12,0	+5,9	+8,8	+11,1	+3,6
Preise					
HVPI ³⁾	+1,2	+0,8	+0,5	+0,2	+2,3
BIP-Deflator	+0,9	+0,5	+0,7	+1,2	+1,8
Einkommen					
Brutto, real je Arbeitnehmer ⁴⁾	-0,8	+2,5	+1,2	+1,0	+0,4
Netto, real je Arbeitnehmer ⁴⁾	-2,4	+2,3	+4,3	+1,7	-0,2
Arbeitsmarkt					
Unselbstständig Beschäftigte (in 1.000) ⁵⁾	+8,3	+21,1	+31,2	+25,8	+14,4
Vorgemerkte Arbeitslose (in 1.000) ⁶⁾	+2,8	+4,4	-16,1	-27,4	+9,6
Arbeitslosenquote in % der Erwerbspersonen ⁷⁾	4,4	4,5	3,9	3,7	3,6
Leistungsbilanzsaldo in % des BIP	-3,2	-2,5	-3,2	-2,5	-2,2
Budgetsaldo des Staates in % des BIP⁸⁾	-1,9	-2,4	-2,3	-1,5	+0,1
1) Vorläufige Ergebnisse gemäß WIFO-Prognose vom April 2002. 2) Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck. 3) Harmonisierter Verbraucherpreisindex. 4) Beschäftigungsverhältnisse. 5) Veränderung zum Vorjahr in 1.000 laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. 6) Veränderung zum Vorjahr in 1.000 laut Arbeitsmarktservice Österreich. 7) Gemäß internationalem Konzept (EUROSTAT). 8) Im Sinne der budgetären Notifikation, Stand: März 2002. Quelle: Statistik Austria, Arbeitsmarktservice Österreich, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO.					

der privaten Haushalte sowie dem Umstand, dass für einen Teil der Steuern (veranlagte Steuern) nicht die aktuelle sondern die Entwicklung der Steuerbasis der vorangegangenen Jahre maßgeblich ist, kaum aus. Weiters führte die neu eingeführte Verzinsung von Steuerrückständen (Anspruchsverzinsung) sowie die erhöhten Vorauszahlungen zu deutlich über den Erwartungen liegenden Einnahmen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer. So wurde im Jahr 2001 - nach derzeitigen Berechnungen - erstmals seit 1974 ein **ausgeglichener Haushalt für den öffentlichen Sektor** (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger) in Summe erreicht. Allerdings dürfte sich die Konjunkturabschwächung sowohl einnahmenseitig bei den veranlagten Steuern, der Lohnsteuer und den Sozialversicherungsbeiträgen als auch ausgabenseitig durch die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit zeitverzögert auswirken und die Erreichung der Budgetziele vor allem im Jahr 2002 aber auch 2003 erschweren.

Die **Leistungsbilanz** verbesserte sich 2001 unter anderem durch das schwache Importwachstum um 0,5 auf -4,6 Mrd EUR bzw. -2,2% des BIP. Das im Verhältnis zum Vergleichszeitraum 2000 geringere Defizit war im Wesentlichen auf die Verringerung des Defizits in der Teilbilanz Güter und Dienstleistungen zurückzuführen (2001: -0,2 Mrd EUR; 2000: -1,2 Mrd EUR). Der Saldo des Reiseverkehrs, die bedeutendste Einzelkomponente der Dienstleistungen, stagnierte in etwa auf dem Niveau des Vorjahres (2001: +2,4 Mrd EUR). Weiter deutlich verschlechtert hat sich hingegen die Einkommensbilanz. Gegenüber dem Vergleichszeitraum 2000 stieg das Defizit von 2,4 Mrd EUR auf 3,0 Mrd EUR. Diese Entwicklung ist auf die zunehmenden Einkommensströme aus Portfolioinvestitionen an das Ausland zurückzuführen.⁴

⁴ Die Entwicklungen der österreichischen Zahlungsbilanz werden im Detail im Kapitel 6.1 Finanzierungsströme Österreichs mit dem Ausland dargestellt.

3 FISKALPOSITION DES ÖFFENTLICHEN SEKTORS IN ÖSTERREICH GEMÄSS STABILITÄTS- UND WACHSTUMSPAKT

Der EG-Vertrag zur Gründung der Europäischen Union⁵ (EU) verpflichtete die EU-Staaten, „übermäßige“ Defizite zu vermeiden. Diese Auflagen wurden mit dem im Juli 1997 verabschiedeten „Stabilitäts- und Wachstumspakt“⁶ noch verstärkt. Der **Stabilitäts- und Wachstumspakt** verpflichtet die Teilnehmerländer der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), ihre Budgetpolitik so auszurichten, dass mittelfristig ein „**nahezu ausgeglichener Haushalt oder Budgetüberschuss**“ erreicht wird. Nahezu ausgeglichene Staatshaushalte in normalen Konjunkturlagen sollen den erforderlichen haushaltspolitischen Spielraum schaffen, um die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen und um gegebenenfalls antizyklische Maßnahmen setzen zu können, ohne die Obergrenze für das öffentliche Defizit von 3% des BIP zu überschreiten. Dazu sind „Stabilitätsprogramme“ von den Teilnehmerländern der WWU jährlich bis Ende des ersten Quartals vorzulegen, die über das vorangegangene Jahr, die zu erwartende Wirtschaftsentwicklung und die Budgetziele des laufenden und der folgenden drei Jahre Auskunft geben.⁷ Ferner werden in den „Grundzügen der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten und der Gemeinschaft“⁸ die wirtschaftspolitischen Ziele der EU konkretisiert.

Zusätzlich zu den Stabilitätsprogrammen sind die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, ihren Budgetsaldo und ihren Schuldenstand der EU-Kommission und dem EUROSTAT (Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften) zweimal jährlich (vor dem 1. März und vor dem 1. September) in Rahmen der so genannten „**budgetären Notifikation**“ bekannt zu geben. Alle diese Informationen unterliegen einem multilateralen Prüfverfahren auf EU-Ebene und sollen sicherstellen, dass die Verpflichtungen des EG-Vertrages und des Stabilitäts- und Wachstumspaktes eingehalten werden. Die Gesamtheit dieser rechtlichen Bestimmungen wird als „Excessive Deficit Procedure (EDP)“ bezeichnet.

Die **ökonomischen Notwendigkeiten** für die Gewährleistung einer stabilitätsorientierten Budgetpolitik im Euroraum sind vielfältig: Solide Haushaltsgebarung stützt die Geldpolitik in ihrer Aufgabe, die Preise stabil und das Zinsniveau niedrig zu halten. Durch Budgetrestriktionen kann vermieden werden, dass sich hohe Budgetdefizite in einigen Ländern der WWU negativ auf den gesamten Währungsraum auswirken. Zudem kommt insbesondere der Finanzpolitik die Aufgabe zu, asymmetrische Schocks in der WWU abzufedern bzw. bei nationalen Konjunkturschwankungen zu stabilisieren. Durch eine Verringerung der öffentlichen Verschuldung kann weiters Spielraum geschaffen werden, um verstärkt wachstums- und beschäftigungsfördernde Akzente in der Finanzpolitik, wie Investitionen in die Infrastruktur und Humankapital sowie Steuerreduktionen, zu setzen.

Die Daten zur Defizit- und Verschuldungsentwicklung des öffentlichen Sektors sind auf Basis des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 95) sowie der EU-Verordnungen zur budgetären Notifikation⁹ zu ermitteln und weichen von jenen der traditionellen **administrativen** Finanzstatistiken (Bund, Länder, Gemeinden) und damit auch von den Gebarungsübersichten der Statistik Austria¹⁰ und den Ergebnissen über die Finanzschuld des Bundes (siehe dazu Kapitel 4 des gegenständlichen Berichts) ab. Die methodischen Grundsätze des ESGV 95 sowie wesentliche Abweichungen zu den administrativen Daten werden im Folgenden erläutert.¹¹

5 Vertrag über die Europäische Union, "EUROPE"/Dokument Nr. 1759/60, Agence Internationale d'Information pour la Presse, Brüssel 1992. Art. 104c und 109j EG-Vertrag und Protokoll 5 über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit.

6 Verordnung über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken (Nr. 1466/97), Verordnung über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit (Nr. 1467/97) und Entschließung des Europäischen Rates vom 17. Juni 1997 über den Stabilitäts- und Wachstumspakt.

7 Das aktuelle Stabilitätsprogramm für die Jahre 2001 bis 2005 ist Gegenstand des Kapitels 7 des gegenständlichen Berichts.

8 Gemäß Art. 99 Abs. 2 des EG-Vertrages zur Gründung der Europäischen Union.

9 Verordnung (EG) Nr. 3605/93 geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 475/2000 und Nr. 351/2002.

10 Statistik Austria, Beiträge zur Österreichischen Statistik, Gebarungsübersichten 20.. (Gebietskörperschaften und sonstige öffentliche Rechtsträger).

11 Methodische Details zur Ermittlung des Budgetsaldos des Staates sind im „Leitfaden Maastricht-Defizit“, 2. Auflage, Statistik Austria, Wien, 2002, nachzulesen.

3.1 Exkurs: Methodische Erläuterungen zum Budgetsaldo und zur öffentlichen Verschuldung im Sinne von Maastricht

Sektorabgrenzung

Der **Sektor Staat laut ESVG 95** deckt nicht nur jene Einheiten ab, die in den Budgets der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger enthalten sind, sondern auch andere institutionelle Einheiten, die sich primär mittels Zwangsabgaben finanzieren. Dazu zählen „außerbudgetäre Einheiten“, wie rechtlich selbstständige Fonds (z. B. Insolvenzausgleichsfonds, Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, Krankenanstaltenfonds) ebenso wie die Bundes- und Landeskammern. Gleichzeitig werden staatsnahe oder in den öffentlichen Budgets subsumierte Einheiten ausgeklammert, die grundsätzlich marktmäßige (kommerzielle) Tätigkeiten erbringen und neben der Entscheidungsfreiheit in ihrer Hauptfunktion auch über eine vollständige Rechnungsführung verfügen (z. B. Bahn, Post, Wiener Stadtwerke, ASFINAG, Landes-Krankenanstalten-Betriebsgesellschaften¹², Gebührenhaushalte¹³). Für die Unterscheidung, ob es sich um Einheiten des Staates oder des Unternehmenssektors handelt, ist neben anderen Kriterien insbesondere die „50-Prozent-Regel“ im ESVG, maßgeblich. Die Prozentregel besagt, dass eine Einheit Marktproduzent ist, wenn die laufenden Kosten (Vorleistungen, Personalkosten, Abschreibungen, nicht jedoch Schuldzinsen) mindestens zu 50% durch Produktionserlöse (Verkaufserlöse, Entgelte, Gebühreneinnahmen für konkrete Leistungen)¹⁴ gedeckt werden.

Saldenbegriff im Sinne von Maastricht und ESVG 95

Der **Salden-** bzw. **Defizitbegriff** des ESVG 95 (Finanzierungssaldo), weicht konzeptiv vom administrativen Salden- bzw. Nettodefizitbegriff ab, indem er nicht nur die Entwicklung der Verbindlichkeiten, sondern auch von Forderungen berücksichtigt. Ein negativer Finanzierungssaldo (Defizit) bedeutet, dass sich das **Nettofinanzvermögen** des Staates innerhalb des Beobachtungszeitraums reduziert hat. Im Gegensatz zum administrativen Defizit führt weder die Deckung von Ausgaben durch den Abbau von finanziellen Forderungen (Rücklagenentnahmen, Veräußerung von Beteiligungen, etc.) zu einem geringeren Defizit im Sinne von Maastricht, noch steigt das Defizit durch budgetäre Ausgaben an, die dazu verwendet werden, das Finanzvermögen zu erhöhen. Dazu zählen beispielsweise die Darlehensvergaben der Länder im Rahmen der Wohnbauförderung, die im Sinne des ESVG 95 nicht defizitwirksam sind. Diese konzeptionellen Unterschiede zwischen dem administrativen und dem ESVG-Saldenbegriff sind dafür verantwortlich, dass die Länder und Gemeinden in der Regel zwar Defizite in den administrativen Budgets, nicht jedoch im Sinne des ESVG 95 aufweisen.

Seit März 2002 weicht überdies der **Maastricht-Saldenbegriff** vom **ESVG-Saldenbegriff** in einem Punkt ab. Während Zinsströme von derivativen Finanztransaktionen (Swaps, Forward-Rate-Agreements) im ESVG 95 nach neuer Rechtslage¹⁵ als reine finanzielle Transaktionen ohne Auswirkungen auf das Vermögen zu betrachten und daher nicht bei der Ermittlung des Zinsaufwandes bzw. in weiterer Folge des Budgetsaldos des Staates zu berücksichtigen sind, fließen solche derivativen Transaktionen bei der Berechnung des Zinsaufwandes bzw. bei der Ermittlung des Budgetsaldos im Sinne von Maastricht weiterhin ein. Der **Maastricht-Zinsaufwand** (Memo-ESVG-Code: EDP¹⁶ D4) spiegelt - in dem er die schlussendlich zu bedienenden Zinsleistungen des Staates für die öffentliche Verschuldung erfasst - die Sicht des Schuldners wider und war im Berichtsjahr 2001 in Österreich um rund 0,3 Mrd EUR oder 0,2% des BIP geringer als der ESVG-95-Zinsaufwand (ESVG-Code: D4). Die hier präsentierten Ergebnisse zur Budgetentwicklung des öffentlichen Sektors in Österreich folgen der Maastricht-Abgrenzung bzw. den EU-Verordnungen zur budgetären Notifikation.

12 Seit der Umstellung auf die leistungsorientierte Spitalsfinanzierung 1997.

13 Unternehmen und Betriebe der Gemeinden mit marktbestimmter Tätigkeit (Wasser-, Abwasserversorgung und Wohnungswirtschaft).

14 Nicht zu den Produktionserlösen zählen Zwangsabgaben, Subventionen, Zinseinnahmen, Schuldaufnahmen oder Transferzahlungen.

15 Verordnung (EG) Nr. 2558/2001.

16 Excessive Deficit Procedure (EDP).

Periodengerechte Zuordnung der Transaktionen

Laut ESVG 95 erfolgt die Verbuchung der Transaktionen grundsätzlich nach dem „**Accrual-Prinzip**“, d. h. nach dem Zeitpunkt der Entstehung einer Forderung bzw. einer Verbindlichkeit. Im Gegensatz dazu herrscht bei den administrativen Statistiken das „**Kassenprinzip**“ vor, was insbesondere beim Steueraufkommen (z. B. Mehrwertsteuer) und beim Zinsaufwand für die öffentliche Verschuldung zu unterschiedlichen Ergebnissen führen kann. Während auf Cash-Basis (administratives Budget) Zinszahlungen für Schuldaufnahmen des Jahres t im Regelfall erst im Jahr $t+1$ zu leisten sind, fällt nach der periodenbereinigten Zuordnung (Accrual-Prinzip) ein Teil des Zinsaufwands, nämlich jener vom Zeitpunkt der Schuldaufnahme bis zum Jahresende, bereits im Jahr t an. Parallel dazu reduziert sich der Zinsaufwand im Tilgungsjahr um diesen Betrag. Das Ausmaß der Abweichung im jeweiligen Jahr hängt von mehreren Faktoren ab (Höhe der Neuverschuldung, Zeitpunkt, Höhe und Zinssatz der jeweils zu tilgenden sowie Zeitpunkt und Zinssatz der zu refinanzierenden Schuld) und kann sowohl zu höheren als auch niedrigeren Ergebnissen als bei der Cash-Betrachtung führen. Bei den Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen wird in Österreich das „**Time-Adjusted-Cash-Verfahren**“ angewandt (zeitliche Anpassung der tatsächlich geleisteten Beträge an den Transaktionszeitpunkt ohne uneinbringliche Forderungen).

Verschuldungsbegriff im Sinne von Maastricht

Der **Verschuldungsbegriff im Sinne von Maastricht**¹⁷ beruht auf den EU-Verordnungen zur budgetären Notifikation und entspricht im Wesentlichen jenem der nationalen Finanzstatistiken der Gebietskörperschaften (Bruttokonzept¹⁸, Nominalwertkonzept¹⁹, Stichtagsbetrachtung zum Jahresende). Zu den Schulden des Staates im Sinne von Maastricht zählen Darlehen von Finanzintermediären, auf den Finanzmärkten direkt aufgenommene Schuldtitel (titrierte Schuldkategorien). Nicht einzu beziehen sind Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (kurz- und langfristige Handelskredite), Anzahlungen auf begonnene oder bestellte Arbeiten sowie schwebende Posten (Erläge). Differenzen zu den administrativen Informationen ergeben sich vor allem durch die abweichende Sektorabgrenzung, die den ESVG-95-Vorgaben folgt, und durch die Konsolidierung von innersektoralen Verpflichtungen. Intergovernmentale Schulden (Verbindlichkeiten bzw. Forderungen zwischen den öffentlichen Rechtsträgern) bleiben außer Ansatz, da sie sich in Summe ausgleichen. Derivative Finanztransaktionen (Cross-Currency-Swaps und Forward-Rate-Agreement) sind seit dem Inkraft-Treten der EU-Verordnung zur budgetären Notifikation vom 28. Februar 2000 (Verordnung (EG), Nr. 475/2000) bei der Berechnung der öffentlichen Verschuldung analog zum Zinsaufwand zu berücksichtigen.

3.2 Budgetentwicklung des öffentlichen Sektors und seiner Subsektoren in Österreich

3.2.1 Gesamtentwicklung

Die an die EU-Institutionen übermittelten **aktuellen Ergebnisse für die Budgetentwicklung des öffentlichen Sektors** (Stand: März 2002) ergeben, dass Österreich bereits 2001 - ein Jahr früher als geplant - das gesetzte Budgetziel eines Nulldefizits für den öffentlichen Sektor erreicht hat. Allerdings illustrieren die Revisionen des Budgetsaldos (siehe Tabelle 7), dass dieser keine fixe Größe darstellt. Die Gründe dafür liegen zum einen darin, dass die Verfügbarkeit der administrativen Budgetdaten unterschiedlich ist und endgültige Ergebnisse über die Budgetgebarung aller öffentlichen Haushalte im Sinne des ESVG 95 derzeit mit einer zeitlichen Verzögerung von über einem Jahr vorliegen (endgültige Ergebnisse für das Jahr 2000 waren mit Ende März 2002 verfügbar). Zum anderen trägt das multilaterale Überwachungsverfahren dazu bei, dass länderspezifische Besonderheiten und Buchungskonventionen hinterfragt werden, die in manchen Fällen eine Änderung der bisherigen Verbuchungspraxis erforderlich machen. So legte EUROSTAT beispielsweise nach einem Prüfprozess im Jänner 2002 fest, dass die Immobilienverkäufe des Bundes an die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) nicht als ein Verkauf auf dem

¹⁷ Die öffentliche Verschuldung wird auf Basis von Monetärstatistiken im Rahmen der „Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung“ der OeNB ebenfalls erfasst, die den ESVG-95-Vorgaben folgt und in mehreren Punkten (insbesondere in Bezug auf die Bewertung, die zu Marktwerten erfolgt) vom Verschuldungsbegriff im Sinne von Maastricht abweicht. Siehe dazu Beilagen zu den „Statistischen Monatsheften“ der OeNB, 9/1999, 1/2000, 9/2000 und 9/2001.

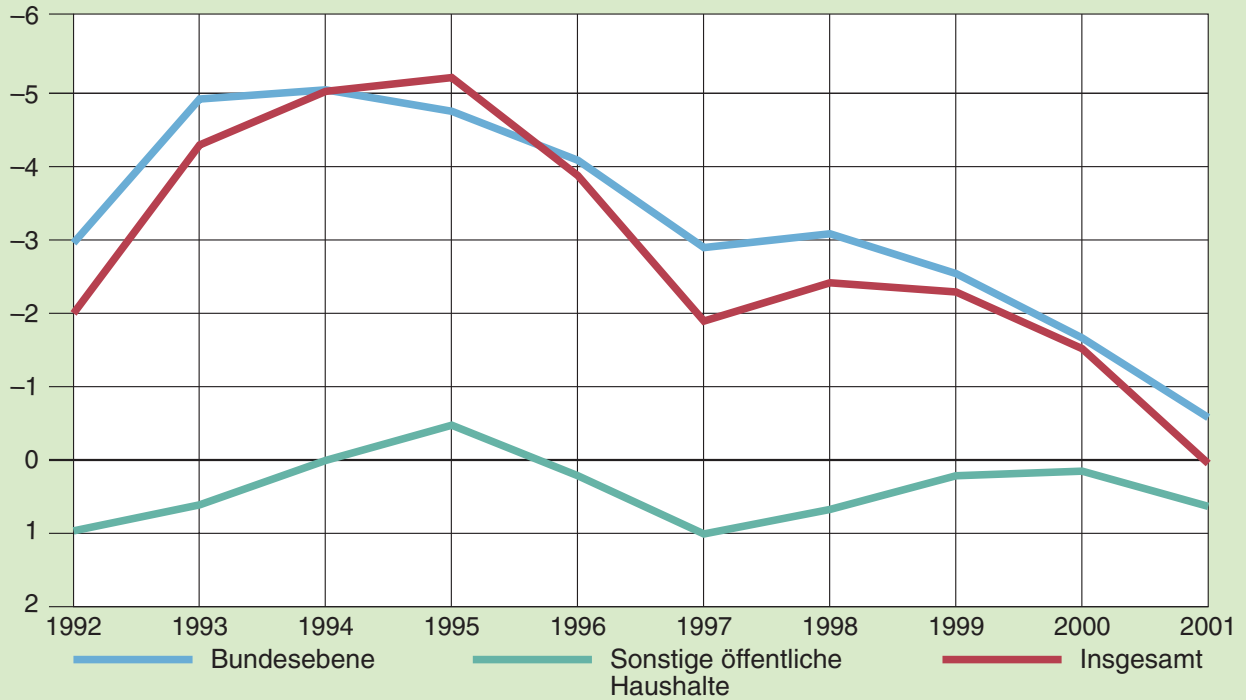
¹⁸ Erfassung des aushaftenden Volumens an finanziellen Verbindlichkeiten; keine Bereinigung um finanzielle Aktiva.

¹⁹ Bewertung der Verbindlichkeiten zum Nominalwert und nicht zum jeweiligen Marktwert.

Grafik 5

Öffentliches Defizit laut Maastricht 1992 bis 2001*)

in % des BIP

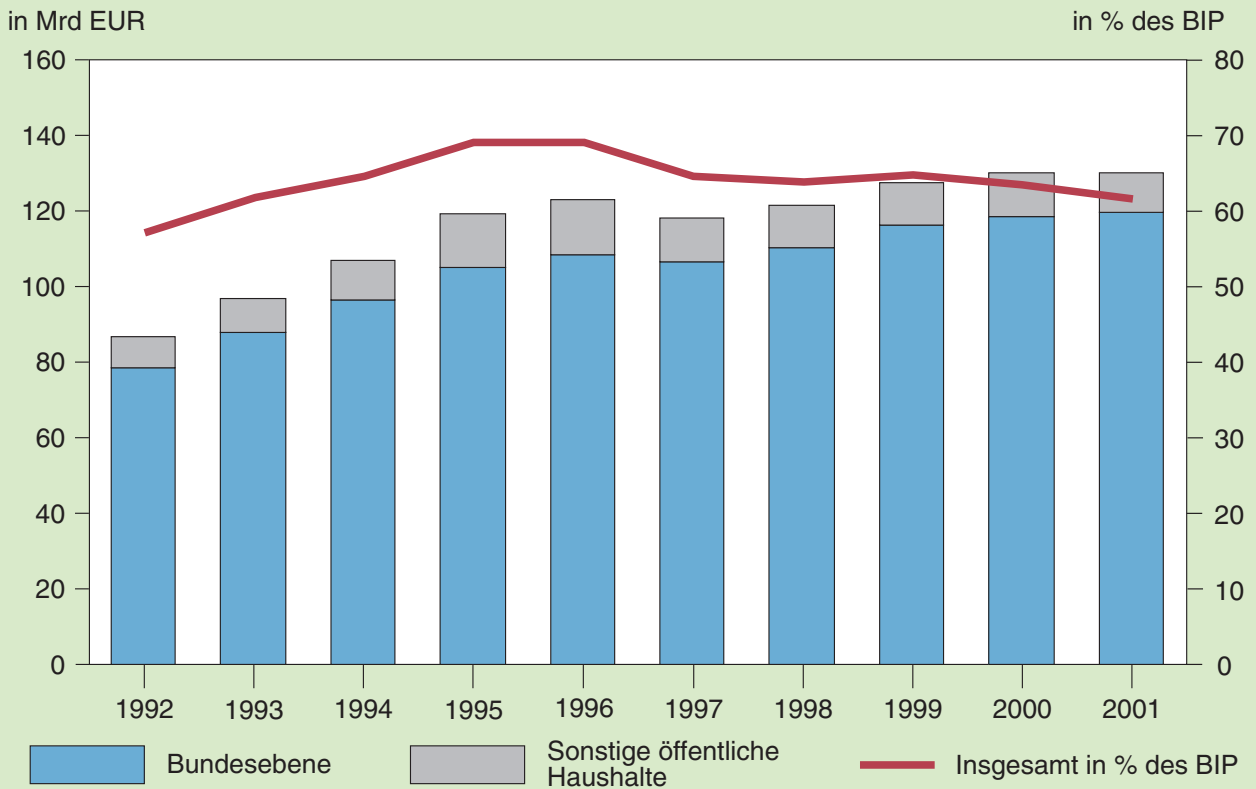


*) Gemäß ESVG 95 im Sinne der budgetären Notifikation (Verordnung Nr. 3605/93 idgF des Rates).

Grafik 6

Öffentliche Verschuldung laut Maastricht 1992 bis 2001*)

Jahresendstände



*) Gemäß Verordnung Nr. 3605/93 idgF des Rates.

Tabelle 7: Einschätzungen zur Budgetentwicklung des Staates für 2000 und 2001

	Budgetsaldo ¹⁾ 2000		Budgetsaldo ¹⁾ 2001	
	in Mrd EUR	in % des BIP	in Mrd EUR	in % des BIP
Ende Februar 2001 Budgetäre Notifikation ²⁾	-2,4	-1,1	-1,6	-0,7
Ende August 2001 Budgetäre Notifikation ²⁾	-2,3	-1,1	-1,4	-0,6
Ende November 2001 Stabilitätsprogramm ³⁾	.	-1,1	.	0,0
Ende Februar 2002 Budgetäre Notifikation ²⁾	-3,0	-1,5	+0,1	+0,1
Ende März 2002 Meldung an EUROSTAT ⁴⁾	-3,1	-1,5	+0,1	+0,1
1) Budgetsaldo des Staates im Sinne der Budgetären Notifikation (Zinsaufwand unter Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen). 2) Meldepflichtung an die EU-Kommission gemäß EU-Verordnung Nr. 3605/93 zuletzt geändert durch Nr. 351/2002; Quelle: Statistik Austria (2000) und BMF (2001). 3) Österreichisches Stabilitätsprogramm für die Jahre 2001 bis 2005; Quelle: BMF. 4) Meldepflichtung an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (EUROSTAT). Quelle: Statistik Austria.				

Markt anzusehen sind und daher als keine defizitmindernden Transaktionen gemäß ESVG 95 bzw. Maastricht verbucht werden dürfen. Durch diese Entscheidung erhöhte sich der Budgetsaldo des Bundes des Jahres 2000 um 0,5 Mrd EUR. Insgesamt veränderten die Datenrevisionen den Budgetsaldo des Jahres 2000 von -2,4 Mrd EUR oder -1,1% des BIP (Stand: Februar 2001) auf -3,1 Mrd EUR oder -1,5% des BIP (Stand: März 2002).

Die derzeit verfügbaren Ergebnisse der Budgetentwicklung im Berichtsjahr 2001 sind ebenfalls als vorläufig anzusehen, da insbesondere die Länder- und Gemeindedaten auf Schätzungen beruhen. Die vorliegenden Informationen lassen aber klar erkennen, dass im Jahr 2001 abermals ein deutlicher Fortschritt beim Konsolidierungsprozess erzielt wurde (Budgetsaldo 2001: +0,1 Mrd EUR bzw. +0,1% des BIP).

Die Verbesserung des Budgetsaldos des Staates im Berichtsjahr 2001 geht auf eine Vielzahl von Maßnahmen der Gebietskörperschaften zurück, die hier nicht alle im Einzelnen behandelt werden können. Für die Gesamtentwicklung wesentlich erscheinen folgende Einflussfaktoren und Reformschritte:

- Das **Steueraufkommen** wies trotz der ungünstigen Wirtschaftslage eine äußerst dynamische Entwicklung auf.²⁰ Hier wirkten sich die umfangreichen steuerrechtlichen Maßnahmen der Konsolidierungspakete 2000 und 2001²¹ sowie der Umstand, dass konjunkturelle Einflüsse auf Grund von zeitlichen Verzögerungen bei der Veranlagung von Steuern und bei der Beschäftigungsentwicklung über zwei bis drei Jahre verteilt den Abgabenerfolg tangieren, aus. Bei den steuerrechtlichen Änderungen führten vor allem die im Jahr 2001 eingeführte Verzinsung von Steuerrückständen (Anspruchs-

20 Der Bruttoabgabenerfolg des Bundes (einschließlich gemeinschaftlicher Abgaben) stieg im Jahr 2001 gegenüber dem Vorjahr um 5,8 Mrd EUR oder 11,6%.

21 Zu nennen sind dabei vor allem die Erhöhung der Elektrizitätsabgabe, der motorbezogenen Versicherungsteuer, der Tabaksteuer und der Gebühren ab Mitte 2000 sowie die Reduktion der Arbeitnehmerabsetzbeträge, die Aufhebung der Steuerfreiheit von Unfallrenten, die erhöhten Steuervorauszahlungen, die Verzinsung von Steuerrückständen, die Abschaffung des Investitionsfreibetrags, die Begrenzung des Verlustvortrags sowie die Verlängerung der Gebäudeabschreibungen ab Anfang 2001.

verzinsung) und die erhöhten Vorauszahlungen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer zu Mehreinnahmen, die deutlich über dem Bundesvoranschlag lagen.

- Der Bund, die Länder und die Gemeinden verabschiedeten rückwirkend mit 1. Jänner 2001 einen **innerösterreichischen Stabilitätspakt**²², über dessen Grundsätze im Zuge des Finanzausgleichs für die Jahre 2001 bis 2004, der im Herbst 2000 beschlossen wurde, bereits Einigkeit erzielt wurde. Dieser Vertrag stellt durch festgelegte Grenzen für die Budgetsalden der Jahre 2001 bis 2004 und Sanktionsvereinbarungen sicher, dass gemeinsam ein ausgeglichener Budgethaushalt gemäß den EU-Kriterien in den Jahren 2002 bis 2004 erreicht wird und schafft durch wechselseitige Informationspflichten, abgestimmte Budgetpläne und Koordinationsgremien²³ die Voraussetzungen für eine deutlich verbesserte Abstimmung der Haushaltsführung der Gebietskörperschaften. Der Bund verpflichtete sich, sein Budgetdefizit im Jahr 2001 auf maximal 2,05% des BIP und in den Folgejahren 2002 bis 2004 auf 0,75% des BIP zu begrenzen. Der Stabilitätsbeitrag der Länder (einschließlich Wien) wurde für die Jahre 2001 bis 2004 mit einem Budgetüberschuss von 0,75% des BIP bzw. mindestens 1,67 Mrd EUR jährlich festgelegt. Die Gemeinden verpflichteten sich landesweise dazu, einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen. Vorübergehende geringe Unterschreitungen der Zielvorgaben sind ohne Sanktionen zulässig. Den Gebietskörperschaften steht es weiters frei, bei Übererfüllung der Zielvorgaben, den Mehrbetrag in Form von schriftlichen Vereinbarungen an andere Einheiten zu übertragen.
- Die Konsolidierungspakte 2000 und 2001 der Bundesregierung sahen Maßnahmen vor, die die Ausgabenentwicklung des **Bundes** und der **Sozialversicherungsträger** bremsen. Hier zu erwähnen sind insbesondere die Pensionsreform 2000 und Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Verwaltung, die auch ein verstärktes Personal- und Budgetcontrolling einschließen. Die etappenweise Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters für die vorzeitige Alterspension um 1½ Jahre gemeinsam mit moderaten jährlichen Anpassungen der Pensionshöhe trugen zu einer Verringerung des Anstiegs der Pensionsleistungen der Sozialversicherungsträger bei.²⁴ Für den Bundesdienst wurde ein Personalabbau von 15.000 Beschäftigten (davon 4.000 durch Ausgliederungen) bis zum Jahr 2003 im Vergleich zum Jahr 2000 festgelegt. Der Personalstand des Bundes ist vom 31. Dezember 1999 bis 31. Dezember 2001 um 7.193 Vollbeschäftigtenäquivalente oder 4,3% (davon 577 Personen durch Ausgliederungen) gesunken. Zudem beschränkte sich 2001 die Erhöhung der Gehälter auf 500 Schilling (36,3 Euro).
- Die **Länder einschließlich Wien** dürften ihren vereinbarten Stabilisierungsbeitrag im Jahr 2001 im Wesentlichen erbracht haben. Der merklich höhere Budgetüberschuss der Länder und Wiens (gemäß ESVG zählt Wien als Gemeinde) ist schwerpunktmäßig durch Veränderungen des Förderungswesens, durch Ausgliederungen und durch einen restriktiven Budgetvollzug erzielt worden. Die Aufhebung der Zweckwidmung der Wohnbauförderung in Höhe von rund 1,8 Mrd EUR ermöglichte die Mittel für andere Bereiche zu verwenden. Zur Finanzierung der Wohnbauförderung, zur Tilgung von eigenen Schulden sowie zur Veranlagung von Mitteln²⁵ ist insbesondere auf Rücklagenentnahmen und Darlehensverwertungen (Verkauf der Wohnbaudarlehen an Finanzintermediäre) zurückgegriffen worden, die den Maastricht-Budgetsaldo nicht negativ beeinflussen. Auch wurden die Erlöse aus der Verwertung der Darlehensforderungen für vorzeitige Tilgungen eigener Schulden oder Veranlagungen herangezogen. Darüber hinaus wurden marktbestimmte Einheiten wie Krankenanstalten ausgegliedert, die ihren Finanzierungsbedarf nunmehr durch Fremdmittelaufnahmen auf den Finanzmärkten oder durch Landesdarlehen decken, sowie Landesimmobiliengesellschaften (LIG) gegründet.

22 Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über eine Verstärkung der stabilitätsorientierten Budgetpolitik (Österreichischer Stabilitätspakt 2001); BGBl. Nr. 39/2002.

23 Für die Haushaltskoordinierung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wurde beim BMF ein „österreichisches Koordinationskomitee“ errichtet. Für die Haushaltskoordinierung in den einzelnen Ländern im Verhältnis zwischen Land und Gemeinde sind zudem Länder-Koordinationskomitees vorgesehen.

24 Allerdings fällt der Mengeneffekt ab Oktober 2002 mit der Zielerreichung, das Antrittsalter um 1½ Jahre zu erhöhen, wieder weg.

25 Zinserträge aus Veranlagungen sind ebenso wie Zinsaufwendungen Einnahmen- und Ausgabenpositionen für die eigene Verschuldung im Sinne des ESVG 95 und daher auch defizitrelevant.

Tabelle 8: Öffentlicher Budgetsaldo, Zinszahlungen und Primärsaldo 1998 bis 2002 ¹⁾

	Budgetsaldo		Zinszahlungen		Primärsaldo	
	in Mrd EUR	in % des BIP	in Mrd EUR	in % des BIP	in Mrd EUR	in % des BIP
1998	-4,5	-2,4	7,2	3,8	2,6	1,4
1999	-4,5	-2,3	7,0	3,5	2,5	1,3
2000	-3,1	-1,5	7,2	3,5	4,2	2,0
2001 ²⁾	0,1	0,1	7,1	3,4	7,3	3,4
2002 ³⁾	0,0	0,0	7,1	3,3	7,1	3,3

1) Zinsaufwand unter Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen im Sinne der Budgetären Notifikation.
2) Vorläufige Daten.
3) Budgetäre Notifikation (Schätzung: BMF vom Februar 2002).
Quelle: Statistik Austria (Stand: März 2002) und BMF; BIP 2001 und 2002: WIFO-Prognose vom April 2002.

Tabelle 9: Öffentliche Budgetsalden der Teilsektoren des Staates 1998 bis 2002 ¹⁾

	Bundesebene		Landesebene (ohne Wien)		Gemeindeebene (mit Wien)		Sozialversicherungsträger		Staat	
	in Mrd EUR	in % des BIP	in Mrd EUR	in % des BIP	in Mrd EUR	in % des BIP	in Mrd EUR	in % des BIP	in Mrd EUR	in % des BIP
1998	-5,8	-3,1	0,8	0,4	0,3	0,1	0,2	0,1	-4,5	-2,4
1999	-4,9	-2,5	0,5	0,3	-0,0	-0,0	-0,0	-0,0	-4,5	-2,3
2000	-3,4	-1,6	0,5	0,2	0,1	0,0	-0,2	-0,1	-3,1	-1,5
2001 ²⁾	-1,2	-0,6	1,2	0,6	0,3	0,1	-0,1	-0,1	0,1	0,1
2002 ³⁾	-1,7	-0,8	1,3	0,6	0,3	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0

1) Zinsaufwand unter Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen im Sinne der Budgetären Notifikation.
2) Vorläufige Daten.
3) Budgetäre Notifikation (Schätzung: BMF vom Februar 2002).
Quelle: Statistik Austria (Stand: März 2002) und BMF; BIP 2001 und 2002: WIFO-Prognose vom April 2002.

Tabelle 10: Staatsquoten: Einnahmen, Ausgaben und Abgaben des Staates 1997 bis 2001 in % des BIP

	1997	1998	1999	2000	2001
Staatseinnahmenquote ¹⁾	52,1	51,9	51,8	51,2	52,4
Staatsausgabenquote ¹⁾	54,1	54,4	54,2	52,8	52,5
Abgabenquote (mit EU-Beiträgen) ²⁾	44,7	44,6	44,5	44,0	45,9

1) Laut Verordnung (EG) Nr. 1500/00; Zinsaufwand ohne Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen.
2) Steuereinnahmen des Staates und tatsächlich gezahlte Sozialversicherungsbeiträge (ESVG-Codes: D2+D5+ D611+D91) einschließlich EU-Eigenmittel.
Quelle: Statistik Austria (Stand: März 2002); BIP 2001: WIFO-Prognose vom April 2002.

- Nähere Informationen über budgetäre Maßnahmen der **Gemeinden** im Berichtsjahr 2001 (abgesehen von Wien) standen bei der Erstellung des gegenständlichen Berichts nicht zur Verfügung. Allerdings dürfte die seit 1997 verfolgte Praxis, marktbestimmte Dienste auszugliedern, fortgeführt worden sein. Es handelt sich dabei um die „Gebührenhaushalte“ (Wasser-, Abwasserversorgung, Müllbeseitigung, Wohnungswirtschaft, Kongresshäuser etc.) mit in der Regel hohem Kostendeckungsgrad, die dem Unternehmenssektor zugerechnet werden.

Insgesamt beliefen sich im Jahr 2001 die **Einnahmen des Gesamtstaates** auf 110,4 Mrd EUR oder 52,4% des BIP und die **Ausgaben** auf 110,5 Mrd EUR oder 52,5% des BIP.²⁶ Die Zunahme der Ausgaben des Staates lag leicht unter dem nominalen BIP-Wachstum, sodass ein moderat rückläufiger Verlauf der Staatsausgabenquote erreicht wurde (2000: 52,8% des BIP; 2001: 52,5% des BIP). Diese Entwicklung ist insofern erfreulich, als im Vorjahr das Ausgabenvolumen durch den Erlös für den Verkauf der UMTS-Lizenzen (Universal Mobile Telecommunication System) in Höhe von 0,8 Mrd EUR oder 0,4% des BIP vermindert war (Erlöse aus dem Verkauf von nichtfinanziellen Aktiva sind gemäß ESVG 95 als negative Ausgabenposition unter dem Code K2 „Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern“ zu verbuchen.). Die deutliche Verbesserung des Budgetsaldos wurde 2001 jedoch vorrangig durch die dynamische Entwicklung des Steueraufkommens, das zum Teil erheblich über den Erwartungen lag, erreicht. Dies zog sowohl einen deutlichen Anstieg der Abgabenquote (2000: 44,0% des BIP; 2001: 45,9% des BIP) als auch der Staatseinnahmenquote im Berichtsjahr nach sich (2000: 51,2% des BIP; 2001: 52,4% des BIP).

Die **sektorale Verteilung der Salden** der öffentlichen Haushalte in Österreich zeigt, dass der Konsolidierungsprozess im Jahr 2001 von allen Sektoren ausging.²⁷ Das Defizit des Bundessektors wurde von 1,6% des BIP (2000) auf 0,6% des BIP (2001) rückgeführt und die Überschüsse der Länder und Gemeinden dürften von 0,2% des BIP (2000) auf 0,7% des BIP (2001) gestiegen sein. Auch bei den Sozialversicherungsträgern sollte sich der Budgetsaldo nach vorläufigen Ergebnissen leicht verbessert haben (2000: -0,2 Mrd EUR; 2001: -0,1 Mrd EUR). Bei sektoralen Analysen des öffentlichen Sektors ist allerdings generell zu beachten, dass diese stark von den institutionellen und rechtlichen Gegebenheiten (Aufgabenverteilung, Steuerkompetenzen, Finanzausgleichsregeln) innerhalb des öffentlichen Sektors abhängen.

Der **Primärsaldo** des öffentlichen Sektors in Österreich, der über die aktuellen budgetären Einnahmen- und Ausgabenrelationen Aufschluss gibt und Aufwendungen für Budgetdefizite der Vergangenheit²⁸ außer Acht lässt, erhöhte sich im Berichtsjahr abermals deutlich. Nach Primärüberschüssen von 2,6 bzw. 2,5 Mrd EUR in den Jahren 1998 und 1999, stieg der Primärüberschuss im Jahr 2000 auf 4,2 Mrd EUR und erreichte im Jahr 2001 7,3 Mrd EUR. Dieser Betrag, der gemessen an der Wirtschaftsleistung 3,4% des BIP betrug, war unter den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen²⁹ mehr als ausreichend, um die Schuldenquote bezogen auf das BIP zu senken (siehe Kapitel 3.3 Schuldenentwicklung laut Maastricht).

Im **internationalen Vergleich** hat sich die Fiskalposition Österreichs im Berichtsjahr erheblich verbessert: Nachdem im Jahr 1999 Österreich gemeinsam mit Portugal noch die höchsten öffentlichen Defizitquoten im Euroraum mit jeweils 2,2% des BIP aufwiesen, rangierte Österreich im Jahr 2001 mit einem leicht positiven Finanzierungssaldo von 0,1% des BIP nunmehr im Mittelfeld. Budgetdefizite wiesen im Jahr 2001 Portugal und Deutschland mit jeweils 2,7% des BIP sowie Italien und Frankreich mit jeweils 1,4% des BIP auf. Deutlich höhere Budgetüberschüsse als Österreich erreichten Irland (+1,7% des BIP), Finnland (+4,9% des BIP) und Luxemburg (+5,0% des BIP).³⁰

²⁶ Die Berechnung der Staatseinnahmen und -ausgaben folgt den aktuellen ESVG-Vorgaben, die den Zinsaufwand ohne Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen ausweisen.

²⁷ Die Daten der Länder und Gemeinden sowie der Sozialversicherungsträger für 2001 beruhen weitgehend auf Schätzungen.

²⁸ Konkret sind darunter die Zinszahlungen für die Staatsschuld zu verstehen.

²⁹ Das Zinswachstumsdifferenzial betrug im Jahr 2001 rund 1,3% (nominaler BIP-Anstieg: 4,2%; Durchschnittszinssatz der öffentlichen Schuld: 5,5%).

³⁰ Siehe dazu auch Kapitel 5 Staatsverschuldung im internationalen Vergleich.

3.2.2 Einnahmen- und Ausgabenstruktur

Während die EU-Empfehlungen zur Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten sich in der Vergangenheit auf die Erreichung der im Maastricht-Vertrag sowie im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegten Kenngrößen zur Budgetdisziplin (Budgetsaldo und öffentliche Verschuldung) konzentrierten, sind in jüngster Zeit zunehmend auch Koordinierungsbestrebungen im Hinblick auf die Einnahmen- und Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte zu beobachten, die zu einer Verbesserung der „Qualität und langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen“³¹ führen sollen. Diese Entwicklung trägt der Vernetzung der Fiskalpolitik mit allgemeinen wirtschaftspolitischen Zielen ebenso Rechnung, wie dem Erfordernis, die erreichten Konsolidierungsfortschritte der EU-Staaten nachhaltig abzusichern. Ferner ist dieser Prozess vor dem Hintergrund des im März 2000 in Lissabon vereinbarten wirtschaftspolitischen Ziels der Europäischen Union zu sehen. Der Europäische Rat in der Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs setzte sich zum Ziel, „die EU bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“.

Im Folgenden werden nun die **Einnahmen- und Ausgabenstruktur** sowie die **föderale Struktur** des öffentlichen Sektors in Österreich auf Basis von ESVG-95-Transaktionskategorien, die zu Sachgruppen zusammengefasst wurden, beleuchtet.

Tabelle 11 zeigt, dass in etwa 60% der **Ausgaben des Staates** für **Transferleistungen an Dritte** (Sozialleistungen an private Haushalte und Subventionen an Unternehmungen), in etwa 30% für die **öffentliche Verwaltung** (Löhne- und Gehälter, Sachaufwand) und in etwa 7% für **Zinszahlungen** der öffentlichen Verschuldung aufgewendet werden. Für **Investitionsausgaben** (Bruttoinvestitionen) werden lediglich in etwa 3% verwendet.

Innerhalb der **Transferleistungen** dominieren die „**monetären Sozialleistungen**“, die 2001 einen %-Anteil an den Gesamtausgaben von 36% aufwiesen und ein Ausgabenvolumen von insgesamt 39 Mrd EUR verzeichneten. Von diesem Volumen entfallen rund 60% auf Geldleistungen der Sozialversicherungsträger (vor allem Pensionen) und etwa 20% auf Pensionsleistungen der Gebietskörperschaften³². Weitere wichtige Ausgabenkomponenten der monetären Sozialleistungen sind die Familienbeihilfen, die Arbeitslosengelder, das Karenzgeld und das Pflegegeld.³³ Ein relativ hohes Ausgabenvolumen erreichen ebenfalls die „**sozialen Sachleistungen**“ mit einem %-Anteil von 8,8% an den Gesamtausgaben im Jahr 2001. Hier handelt es sich um von staatlichen Stellen gekaufte Waren oder Dienstleistungen, die kostenlos oder gegen einen pauschalen Kostenbeitrag (Selbstbehalt) an private Haushalte weitergeleitet werden (u. a. Arztleistungen³⁴, Medikamente, Schülerfreifahrten, Gratisschulbücher).

Die geringe Bedeutung und der stetige Rückgang der **öffentlichen Investitionen** in Österreich dürften in erster Linie statistische Ursachen haben, nämlich die „Flucht aus dem Budget“. So werden große Investitionen im Bereich Straße, Schiene (ASFINAG, SCHIG) und kommunaler Infrastruktur (Kläranlagen, Wasser- und Abwasserversorgung, Krankenanstalten) sowie im Bauwesen (BIG, LIG) mittlerweile fast ausschließlich von ausgegliederten Einheiten, die nicht mehr in der öffentlichen Sektor Statistik aufscheinen, erbracht und über Leasing (Sachaufwand), Vermögenstransfers an die ausgegliederten Einheiten und/oder durch außerbudgetäre Schuldaufnahmen finanziert.³⁵ Allerdings signalisieren Spezialuntersuchungen, wie der jährliche Gemeindefinanzbericht des Sparkassenverbandes, jedoch auch, dass die Rückführung der Budgetdefizite zu einer Einschränkung der Investitionstätigkeit geführt haben dürfte.

31 Unter dem Begriff „Qualität und langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen“ wird eine stabilitätsorientierte, beschäftigungs- und wachstumsfördernde Fiskalpolitik verstanden (siehe dazu u. a. Empfehlung der Kommission für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft im Jahr 2002; ECFIN/210/02, Brüssel, 24.4.2002).

32 Beamtenpensionen einschließlich der Zahlungen von Familienbeihilfen im Rahmen der Selbstträgerschaft.

33 Im Jahr 2001 betrug der Aufwand für die Familienbeihilfen 2,7 Mrd EUR, die Arbeitslosenunterstützung 1,5 Mrd EUR, das Karenzgeld 0,5 Mrd EUR und für das Pflegegeld 1,3 Mrd EUR (Quelle: BMF; Österreichische Wirtschafts- und Budgetzahlen 2001/2002, Februar 2002).

34 Seit der Einführung der „leistungsbezogenen Krankenanstaltenfinanzierung“ im Jahr 1997 kaufen die Landes-Krankenanstaltenfonds, die zum Subsektor „Länder“ bzw. bei Wien zum Subsektor „Gemeinden“ zählen, die Spitalsleistungen der Krankenanstalten ein. Die Krankenanstalten sind seitdem Marktproduzenten (Produktionserlöse decken mehr als 50% der Produktionskosten) und zählen zunehmend nicht mehr zum öffentlichen Sektor (Krankenanstalten in Form von Betriebsgesellschaften sind als Einheiten des Unternehmenssektors klassifiziert).

35 Siehe dazu Anhang A7: Langfristige Verbindlichkeiten von Unternehmen des Bundes und von marktbestimmten Betrieben der Gemeinden.

Tabelle 11: Struktur der Staatsausgaben und Staatseinnahmen 1997 bis 2001 (konsolidiert) ¹⁾

ESVG-Codes	Ausgaben- und Einnahmenkategorien	1997		1998		1999		2000		2001 ²⁾	
		in Mio EUR	Anteil in %	in Mio EUR	Anteil in %	in Mio EUR	Anteil in %	in Mio EUR	Anteil in %	in Mio EUR	Anteil in %
	Ausgaben										
P2	Vorleistungen	10.118	10,2	10.819	10,5	11.645	10,9	11.430	10,6	10.761	9,7
D1	Arbeitnehmerentgelt	20.953	21,2	21.553	20,9	22.398	21,0	22.923	21,2	21.837	19,8
D2+D5	Gezahlte Steuern ³⁾	477	0,5	514	0,5	500	0,5	647	0,6	579	0,5
Summe	Sach- und Personalaufwand	31.549	32,0	32.886	31,8	34.543	32,4	35.000	32,3	33.177	30,0
D62	Monetäre Sozialleistungen	34.556	35,0	35.272	34,1	36.829	34,6	38.316	35,4	39.354	35,6
D631	Soziale Sachleistungen ⁴⁾	8.549	8,7	8.978	8,7	9.277	8,7	9.547	8,8	9.744	8,8
D7	Sonstige laufende Transfers ¹⁾	4.563	4,6	5.173	5,0	5.457	5,1	5.326	4,9	4.917	4,4
Summe	Transfers an priv. Haushalte	47.668	48,3	49.424	47,8	51.662	48,4	53.189	49,1	54.016	48,9
D3	Subventionen	4.678	4,7	5.267	5,1	5.068	4,8	5.014	4,6	5.938	5,4
D9	Vermögenstransfers ¹⁾	4.019	4,1	4.789	4,6	4.788	4,5	5.210	4,8	7.330	6,6
Summe	Transfers an Marktproduzenten	8.697	8,8	10.057	9,7	9.856	9,2	10.224	9,4	13.268	12,0
D4	Zinsen für die Staatsschuld ⁵⁾	7.331	7,4	7.404	7,2	7.201	6,8	7.580	7,0	7.439	6,7
P5	Bruttoinvestitionen	3.588	3,6	3.528	3,4	3.441	3,2	3.155	2,9	2.731	2,5
K2	Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern ⁶⁾	-116	-0,1	34	0,0	-50	0,0	-898	-0,8	-91	-0,1
Summe	Sonstige Ausgaben	10.803	10,9	10.966	10,6	10.592	9,9	9.837	9,1	10.079	9,1
	Ausgaben insgesamt	98.717	100,0	103.332	100,0	106.553	100,0	108.250	100,0	110.539	100,0
	Einnahmen										
D2	Produktions- und Importabgaben	27.127	28,5	28.313	28,7	29.546	29,0	30.234	28,8	31.101	28,2
D5	Einkommen- und Vermögenst.	24.616	25,9	25.950	26,3	26.340	25,9	27.433	26,2	32.113	29,1
Summe	Steuern	51.743	54,4	54.264	55,1	55.886	54,9	57.667	55,0	63.214	57,3
D611	Tatsächliche Sozialbeiträge	27.935	29,4	28.887	29,3	29.936	29,4	30.818	29,4	31.716	28,7
D612	Unterstellte Sozialbeiträge ⁷⁾	3.742	3,9	3.874	3,9	4.004	3,9	4.200	4,0	4.317	3,9
Summe	Sozialbeiträge	31.677	33,3	32.762	33,2	33.940	33,3	35.018	33,4	36.033	32,7
P11+P12 + P131	Produktionserlöse ⁸⁾	5.878	6,2	6.215	6,3	5.802	5,7	6.040	5,8	4.873	4,4
D4	Vermögenseinkommen	2.645	2,8	2.341	2,4	2.669	2,6	2.692	2,6	3.115	2,8
D7+D9	Transfers ^{1) 9)}	3.122	3,3	2.987	3,0	3.552	3,5	3.435	3,3	3.126	2,8
Summe	Sonstige Einnahmen	11.646	12,2	11.543	11,7	12.023	11,8	12.168	11,6	11.114	10,1
	Einnahmen insgesamt	95.066	100,0	98.568	100,0	101.849	100,0	104.853	100,0	110.361	100,0
	Memorandum										
EDP D4	Zinsen für die Staatsschuld (nach Swaps)	7.075		7.154		6.955		7.234		7.133	
EDP B9	Budgetsaldo ¹⁰⁾	-3.396		-4.514		-4.457		-3.052		128	

- 1) Ohne Transfers zwischen den öffentlichen Rechtsträgern (intergovernmentale Transfers).
 - 2) Vorläufige Daten.
 - 3) Produktions- und Importabgaben (D2) und Einkommen- und Vermögensteuern (D5).
 - 4) Von Marktproduzenten erbrachte soziale Sachleistungen. Die übrigen sozialen Sachleistungen sind in P2 (Vorleistungen) enthalten.
 - 5) Zinsaufwand für die Staatsschuld ohne Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen.
 - 6) Erwerb minus Verkauf von Liegenschaften.
 - 7) Unterstellter Pensionsbeitrag des Staates für die Beamten.
 - 8) Marktproduktion (P11), Nichtmarktproduktion (P12) und Zahlungen für sonstige Nichtmarktproduzenten (P131).
 - 9) Sonstige laufende Transfers (D7) und Vermögenstransfers (D9) ohne intergovernmentale Transfers.
 - 10) Budgetsaldo unter Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen.
- Quelle: Statistik Austria – Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (Stand: März 2002).

Die jüngsten institutionellen Veränderungen im Sektor Staat (Ausgliederungen von Krankenanstalten, Errichtung von LIG) tragen maßgeblich dazu bei, dass für das Jahr 2001 ein Rückgang der Personalkosten erwartet wird und sich im Jahr 2001 der %-Anteil der „**Arbeitnehmerentgelte**“ (Bruttolöhne und -gehälter einschließlich Sozialversicherungsbeiträge) an den Gesamtausgaben des Staates vergleichsweise deutlich von über 21 auf unter 20% vermindert. Parallel dazu dürften die Landes- und Gemeindeebene höhere „**Vermögenstransfers**“ (Investitionszuschüsse in Form von Sachtransfers oder Geld) - zumindest vorübergehend - zu leisten haben. Die eingeleiteten effizienzsteigernden Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Verwaltung der Gebietskörperschaften³⁶ im Jahr 2001 werden sich auf die Ausgabenentwicklung erst sukzessive positiv auswirken.

Auf der **Einnahmenseite** tragen entscheidend die **Steuern und Sozialversicherungsbeiträge** zur Finanzierung der öffentlichen Ausgaben bei. Sie decken in Summe rund 88 bis 90% aller Einnahmen des Staates ab. Bei den „**Steuern**“ mit einem %-Anteil von rund 55 bis 57% der öffentlichen Gesamteinnahmen können zwei Hauptgruppen unterschieden werden:

- die „**Produktions- und Importabgaben**“ (indirekte Steuern), die Gütersteuern, wie z. B. Umsatzsteuer, Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Versicherungssteuern ebenso wie so genannte „sonstige Produktionssteuern“ (Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfe, Kommunalsteuer) enthalten sowie
- die „**Einkommen- und Vermögensteuern**“ (direkte Steuern), zu denen vor allem die Lohnsteuer, die veranlagte Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer und die Kapitalertragsteuern zählen.³⁷

Obwohl es in Österreich mehr als 100 Steuerarten gibt, beträgt der Anteil der hier separat angeführten zehn Steuerkategorien in etwa 90% der direkten und indirekten Steuern. Die weitaus größte Einzelsteuer ist die Umsatzsteuer, die rund die Hälfte der indirekten Steuern ausmacht.³⁸ Im Zeitvergleich verlieren die indirekten Steuern zugunsten der direkten Steuern an Bedeutung und dürften nach derzeitigen Berechnungen im Berichtsjahr 2001 mit einem %-Anteil von 28% an den Gesamteinnahmen unter jenen der direkten Steuern mit 29% zu liegen kommen. Allerdings war das Steueraufkommen der direkten Steuern – wie bereits erläutert – in Folge von Sondereffekten (Vorauszahlungen, Anspruchsverzinsung) im Jahr 2001 atypisch hoch. Mit einer Fortsetzung dieser Entwicklung ist im Jahr 2002 daher nicht zu rechnen.

Zu den Steuern im weiteren Sinn bzw. den Abgaben zählen die **Sozialversicherungsbeiträge** mit einem %-Anteil an den Gesamteinnahmen von rund 33%. In ihnen sind die „**tatsächlichen Sozialbeiträge**“ der Arbeitgeber und Arbeitnehmer (v. a. Pensionsbeiträge, Krankenversicherungsbeiträge, Unfallversicherungsbeiträge) und die „**unterstellten Sozialbeiträge**“ enthalten. Letztere Einnahmenkategorie umfasst die unterstellten (nicht tatsächlich zu leistenden) Dienstgeberbeiträge des Staates für die Beamtenpensionen und die direkt ausbezahlten Familienbeihilfen im Rahmen der Selbstträgerschaft der Gebietskörperschaften. Der Anteil der „Sozialversicherungsbeiträge“ an den Gesamteinnahmen geht im Berichtsjahr 2001 - im Gegensatz zu den „Steuern“ - zurück (Steuern: 2000: 55,0%; 2001: 57,3%; Sozialversicherungsbeiträge: 2000: 33,4%; 2001: 32,7%). Während sich bei den Sozialversicherungsbeiträgen die markante Konjunkturuntrübung und ihre negativen Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt 2001 widerspiegeln, wurden diese negativen ökonomischen Einflussfaktoren im Bereich der Steuern durch diskretionäre Maßnahmen überlagert.

Weitere Finanzierungsquellen stellen „**Produktionserlöse**“ (Leistungsentgelte), „**Vermögenseinkommen**“ (Zinsen, Dividenden, Konzessionsentgelte) sowie „**Transfers**“ (z. B. Studiengebühren, Gerichtsgebühren) des Staates dar, die gemessen an ihrem %-Anteil an den Gesamteinnahmen jedoch vergleichsweise unbedeutend sind. Innerhalb dieser als „sonstige Einnahmen“ bezeichneten Gruppe mit einem Anteil von 10 bis 12% sind die „**Produktionserlöse**“ (v. a. Entgelte für Dienstleistungen, wie beispielsweise Spitalsleistungen, Pflegeheime oder kommunale Versorgungseinrichtungen) jene, die den höchsten Finanzierungsbeitrag liefern. Ihr Anteil nimmt auf Grund der Ausgliederungen marktnaher Einheiten mit relativ hohem Kostendeckungsgrad jedoch sukzessive ab (%-Anteil an den Gesamteinnahmen 1997: 6%; 2001: 4%).

36 Verwaltungsreformgesetz (Ministerratsbeschluss vom Oktober 2001, BGBl. 65/2002).

37 Steuern, die auf Vermögenswerte in unregelmäßigen Abständen eingehoben werden, sind als Subkategorie „Vermögenswirksame Steuern“ (ESVG-Code: D91) verbucht. In Österreich ist dies ausschließlich die Erbschafts- und Schenkungssteuer mit einem geringen Volumen von rund 0,2 Mrd EUR.

38 Eine detaillierte Liste aller Steuerarten und Aufkommen findet sich in W. Stübler, Statistische Nachrichten Heft 11/2001; Statistik Austria.

Die **föderale Struktur der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben** ist von der **Tabelle 12** abzulesen. Sie zeigt, dass das Gewicht der einzelnen staatlichen Ebenen an den jeweiligen Ausgaben- und Einnahmenkategorien sowie an den Ausgaben und Einnahmen in Summe sehr unterschiedlich ist. Über den weitaus größten Anteil der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben verfügt die Bundesebene mit einem ausgabenseitigen Gewicht von 45% und einem einnahmenseitigen Gewicht von 44% im Jahr 2001. Die Ausgaben bzw. Einnahmen der Sozialversicherungsträger machen jeweils rund 27% der Gesamtausgaben bzw. -einnahmen aus. Das Gewicht der Länder (ohne Wien) deckt sich in etwa mit den Gemeinden (einschließlich Wien). Ihre Anteile belaufen sich ausgabenseitig auf 15 bzw. 14% und einnahmenseitig auf 16 bzw. 14%.

Zwischen den vier Teilssektoren des Staates bestehen enge Verflechtungen, die sich empirisch durch das hohe Volumen an „**intragovernmentalen Transfers**“ zeigen. Obwohl die Steueranteile der einzelnen Gebietskörperschaften, die im Finanzausgleichsgesetz geregelt sind, direkt als Steuereinnahmen des jeweiligen Rechtsträgers (Empfängers) verbucht sind, decken die intergovernmentalen Transfereinnahmen der Länder rund die Hälfte und jene der Gemeinden rund ein Fünftel der jeweiligen Gesamteinnahmen ab. Bei den Sozialversicherungsträgern bedingt insbesondere der Bundesbeitrag zu den Pensionen eine intergovernmentale Einnahmenquote von mehr als 25%. Betrachtet man die Ausgabenseite, so wird ersichtlich, dass im Wesentlichen die Bundesebene Leistungen finanziert, die von anderen öffentlichen Rechtsträgern erbracht werden (z. B. Landeslehrer, Wohnbauförderung, Bundesbeitrag zur Krankenanstaltenfinanzierung). Im Jahr 2001 erreichten die gesamten Transferzahlungen zwischen Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern rund 28 Mrd EUR, wovon rund 20 Mrd EUR auf Zahlungen des Bundes entfielen. Es bestehen allerdings auch umfangreiche Verflechtungen zwischen den Ländern und Gemeinden und hier in beiden Richtungen. Die intergovernmentalen Transferzahlungen der Länder beliefen sich 2001 auf rund 3 Mrd EUR und jene der Gemeinden auf über 2 Mrd EUR.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Ausgaben- und Einnahmenstruktur des öffentlichen Sektors in Österreich stark von diskretionären Maßnahmen sowie institutionellen Veränderungen geprägt ist. In Zusammenhang mit der „Qualität“ der öffentlichen Finanzen signalisieren die vorliegenden Ergebnisse - neben den zu erwartenden ökonomischen und budgetären Implikationen, die sich durch die Verschiebung der Bevölkerungsstruktur ergeben – Herausforderungen in Bezug auf die Abgabenquote, den Verlauf der Bruttoinvestitionen sowie der Budgetentwicklung von ausgegliederten Einheiten. Eine Verstärkung der beschäftigungs- und wachstumsfördernden Elemente in den öffentlichen Budgets in Österreich erscheint ohne weitere Reformschritte im Bereich der öffentlichen Verwaltung mit einer Entflechtung der Zuständigkeiten und Kostentragung kaum realisierbar.

Tabelle 12: Struktur der Staatsausgaben und Staatseinnahmen des Jahres 2001 nach Teilsektoren (unkonsolidiert) ¹⁾

ESVG-Codes	Ausgaben- und Einnahmenkategorien	Bundesebene		Landesebene		Gemeinden		SV-Träger		Staat	
		in Mio EUR	Anteil in %	in Mio EUR	Anteil in %	in Mio EUR	Anteil in %	in Mio EUR	Anteil in %	in Mio EUR	Anteil in %
	Ausgaben										
P2	Vorleistungen	3.634	33,8	1.626	15,1	3.669	34,1	1.831	17,0	10.761	100,0
D1	Arbeitnehmerentgelt	9.866	45,2	5.911	27,1	4.648	21,3	1.412	6,5	21.837	100,0
D2+D5	Gezahlte Steuern ²⁾	164	28,3	135	23,4	235	40,5	45	7,8	579	100,0
Summe	Sach- und Personalaufwand	13.664	41,2	7.672	23,1	8.552	25,8	3.288	9,9	33.177	100,0
D62	Monetäre Sozialleistungen	11.748	29,9	1.826	4,6	1.573	4,0	24.207	61,5	39.354	100,0
D631	Soziale Sachleistungen ³⁾	377	3,9	2.871	29,5	937	9,6	5.559	57,1	9.744	100,0
D7	Sonstige laufende Transfers ⁴⁾	2.439	49,6	986	20,1	937	19,1	555	11,3	4.917	100,0
Summe	Transfers an priv. Haushalte	14.564	27,0	5.682	10,5	3.448	6,4	30.322	56,1	54.016	100,0
D3	Subventionen	3.113	52,4	1.341	22,6	1.412	23,8	73	1,2	5.938	100,0
D9	Vermögenstransfers ⁴⁾	3.725	50,8	2.120	28,9	1.485	20,3	0	0,0	7.330	100,0
Summe	Transfers an Marktproduzenten	6.837	51,5	3.461	26,1	2.897	21,8	73	0,5	13.268	100,0
Summe	Intergovernmentale Transfers	19.720	70,3	2.916	10,4	2.301	8,2	3.122	11,1	28.059	100,0
D4	Zinsen für die Staatsschuld ⁵⁾	6.898	92,7	264	3,6	211	2,8	65	0,9	7.439	100,0
P5	Bruttoinvestitionen	724	26,5	407	14,9	1.483	54,3	116	4,3	2.731	100,0
K2	Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern ⁶⁾	-46	50,7	23	-24,8	-67	74,1	0	0,0	-91	100,0
Summe	Sonstige Ausgaben	7.577	75,2	694	6,9	1.627	16,1	182	1,8	10.079	100,0
	Ausgaben insgesamt	62.362	45,0	20.426	14,7	18.824	13,6	36.987	26,7	138.599	100,0
	Einnahmen										
D2	Produktions- u. Importabgaben	22.387	72,0	2.554	8,2	6.160	19,8	0	0,0	31.101	100,0
D5	Einkommen- und Vermögenst.	23.362	72,7	4.222	13,1	4.530	14,1	0	0,0	32.113	100,0
Summe	Steuern	45.748	72,4	6.776	10,7	10.689	16,9	0	0,0	63.214	100,0
D611	Tatsächliche Sozialbeiträge	5.369	16,9	345	1,1	394	1,2	25.608	80,7	31.716	100,0
D612	Unterstellte Sozialbeiträge ⁷⁾	2.231	51,7	1.269	29,4	618	14,3	200	4,6	4.317	100,0
Summe	Sozialbeiträge	7.599	21,1	1.614	4,5	1.012	2,8	25.808	71,6	36.033	100,0
Summe	Intergovernmentale Transfers	3.614	12,9	10.882	38,8	3.649	13,0	9.914	35,3	28.059	100,0
P11+P12 + P131	Produktionserlöse ⁸⁾	389	8,0	1.467	30,1	2.319	47,6	698	14,3	4.873	100,0
D4	Vermögenseinkommen	1.748	56,1	366	11,8	855	27,5	145	4,7	3.115	100,0
D7+D9	Transfers ^{4) 9)}	1.762	56,4	520	16,6	554	17,7	291	9,3	3.126	100,0
Summe	Sonstige Einnahmen	3.899	35,1	2.353	21,2	3.728	33,5	1.134	10,2	11.114	100,0
	Einnahmen insgesamt	60.861	44,0	21.625	15,6	19.079	13,8	36.856	26,6	138.420	100,0
	Memorandum										
EDP D4	Zinsen für die Staatsschuld (nach Swaps)	6.592		264		211		65		7.133	100,0
EDP B9	Budgetsaldo ¹⁰⁾	-1.195		1.199		254		-131		128	100,0

- 1) Vorläufige Daten.
2) Produktions- und Importabgaben (D2) und Einkommen- und Vermögensteuern (D5).
3) Von Marktproduzenten erbrachte soziale Sachleistungen. Die übrigen sozialen Sachleistungen sind in P2 (Vorleistungen) enthalten.
4) Ohne Transaktionen zwischen den öffentlichen Rechtsträgern (intergovernmentale Transfers).
5) Zinsaufwand für die Staatsschuld ohne Berücksichtigung von derivativen Geschäften (Swaps).
6) Erwerb minus Verkauf von Liegenschaften.
7) Unterstellter Pensionsbeitrag des Staates für die Beamten.
8) Marktproduktion (P11), Nichtmarktproduktion (P12) und Zahlungen für sonstige Nichtmarktproduzenten (P131).
9) Sonstige laufende Transfers (D7) und Vermögenstransfers (D9) ohne intergovernmentale Transfers.
10) Budgetsaldo unter Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen.
Quelle: Statistik Austria – Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (Stand: März 2002).

3.3 Schuldenentwicklung laut Maastricht

Die Tabelle 13 illustriert die Überleitung von der Finanzschuld des Bundes über die Verschuldung der Länder und Gemeinden zum Verschuldungsbegriff der EU. Die wichtigsten Bereinigungen betreffen die Sektorabgrenzung und intergovernmentale Schulden (Verbindlichkeiten bzw. Forderungen zwischen den öffentlichen Rechtsträgern, die konsolidiert werden). Währungstauschverträge (Cross-Currency-Swaps, Forward-Rate-Agreements) sind seit dem In-Kraft-Treten der EU-Regelung (EU-Verordnung über die Excessive Deficit Procedure vom 28. Februar 2000 (Nr. 475/2000)) bei der Berechnung der öffentlichen Verschuldung zu berücksichtigen.³⁹

Tabelle 13: Ableitung der öffentlichen Verschuldung 2000 und 2001 (in Mrd EUR)

	2000	2001 ¹⁾
Finanzschuld des Bundes laut Bundesrechnungsabschluss	127,0	129,4
+ SWAP-Schulden	10,9	13,5
- SWAP-Forderungen	10,9	14,0
- Eigene Bundestitel	6,3	7,5
Bereinigte Finanzschuld des Bundes	120,7	121,4
- Bundesanleihen im Besitz von öffentlichen Rechtsträgern	3,1	2,6
- Darlehen öffentlicher Rechtsträger	0,0	0,0
+ Bundesfonds ²⁾	1,1	0,9
Verschuldung der Bundesebene ³⁾	118,7	119,7
Finanzschuld der Länder ohne Wien	4,4	3,3
- Länder: Darlehen von öffentlichen Rechtsträgern	0,0	.
- Landesanleihen im Besitz von Bundesfonds und SV-Trägern	0,0	.
+ Landesfonds	0,6	.
+ Landeskammern	0,0	.
Verschuldung der Landesebene ³⁾	5,0	3,9
Finanzschuld der Gemeinden ohne Wien	9,6	.
- Gemeinden: Darlehen von öffentlichen Rechtsträgern	0,0	.
- Gemeinden: UA 85 (Betriebe...)	5,7	.
Verschuldung der Gemeinden ohne Wien	3,8	3,9
Finanzschuld von Wien	2,0	.
- Wien: Für sonstige (nicht-öffentliche) Rechtsträger	0,0	.
- Wien: Darlehen von öffentlichen Rechtsträgern	0,0	.
- Wien: Unterabschnitt 85 (Betriebe...)	0,2	.
Verschuldung von Wien	1,8	1,6
+ Gemeindefonds	0,0	.
Verschuldung der Gemeindeebene ³⁾	5,7	5,5
Verschuldung der Sozialversicherungsträger ³⁾	0,9	1,0
Öffentliche Verschuldung insgesamt ³⁾	130,2	130,1
1) Vorläufige Daten, teilweise geschätzt. 2) Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, Bundeswohnbaufonds. 3) Ohne Verbindlichkeiten und Forderungen gegenüber öffentlichen Rechtsträgern. Quelle: Statistik Austria.		

Bei den **intergovernmentalen Schulden bzw. intergovernmentalen Forderungen** in Österreich handelt es sich zum einen um Darlehensvergaben des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds (UWWF) und der Länder an die Gemeinden, zum anderen

³⁹ Die hier und im Anhang A 2 ausgewiesenen Daten über die öffentliche Verschuldung entsprechen der aktuellen Rechtslage.

um titrierte öffentliche Schuldtitel (v. a. Bundesanleihen aber auch Landesanleihen) im Besitz von öffentlichen Haushalten (v.a. Bund, UWWF, ERP-Fonds, Katastrophenfonds und Sozialversicherungsträger). Das Volumen an intergovernmentalen Verbindlichkeiten stieg in den letzten Jahren deutlich an. So wurden einerseits die Erlöse aus dem Verkauf von Darlehensforderungen des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds an den privaten Sektor, die in den Jahren 1996 bis 1998 stattfanden, überwiegend in Bundstiteln (Anleihen) veranlagt, und andererseits baute der Bund sein Asset-Portefeuille an eigenen Schuldtiteln deutlich aus (siehe dazu Kapitel 4 Finanzschuld des Bundes). Im Berichtsjahr dürften die intergovernmentalen Verbindlichkeiten die Höhe von in etwa 10 Mrd EUR oder 8% des öffentlichen Schuldenstands erreicht haben.

Tabelle 14: Entwicklung der öffentlichen Verschuldung nach Sektoren 1998 bis 2002

	Bundesebene		Landesebene (ohne Wien)		Gemeindeebene (mit Wien)		Sozialversicherungs- träger		Staat	
	in Mrd EUR	in % des BIP	in Mrd EUR	in % des BIP	in Mrd EUR	in % des BIP	in Mrd EUR	in % des BIP	in Mrd EUR	in % des BIP
1998	110,1	58,0	5,0	2,6	5,7	3,0	0,6	0,3	121,4	63,9
1999	116,4	59,2	4,9	2,5	5,6	2,8	0,7	0,3	127,5	64,9
2000	118,6	57,9	5,0	2,4	5,7	2,8	0,9	0,4	130,2	63,6
2001¹⁾	119,6	56,8	3,9	1,9	5,5	2,6	1,0	0,5	130,1	61,7
2002 ²⁾	130,1	60,3

1) Vorläufige Daten.
2) Schätzung: BMF.
Quelle: Budgetäre Notifikation vom Februar 2002; BIP 2001 und 2002: WIFO-Prognose vom April 2002.

Die **öffentliche Verschuldung in Österreich im Sinne von Maastricht** dürfte sich im Berichtsjahr – erstmals wieder nach 1997 - in absoluten Zahlen vermindert haben. Sie erreichte Ende 2001 nach vorläufigen Ergebnissen 130,1 Mrd EUR und lag damit um 0,2 Mrd EUR unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Davon entfielen 119,6 Mrd EUR oder 92,0% auf die Bundesebene, die neben der Verschuldung des Bundes die Verbindlichkeiten des UWWF, des Bundeswohnbaufonds und des Insolvenzausgleichsfonds enthält, 9,4 Mrd EUR oder 7,2% auf Länder und Gemeinden und 1,0 Mrd EUR oder 0,8% auf Sozialversicherungsträger. Die rückläufige Entwicklung im Jahr 2001 geht auf Maßnahmen der Länder einschließlich Wiens im Vermögensbereich zurück (siehe Abschnitt 3.2). Zudem war auch der Finanzierungsbedarf des Bundes 2001 geringer als der Maastricht-Budgetsaldo. So legte EUROSTAT nach einem Prüfprozess im Jänner 2002 zwar fest, dass Immobilienverkäufe des Bundes an die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) nicht als ein Verkauf auf dem Markt anzusehen sind und daher als keine defizitmindernden Transaktionen gemäß ESVG 95 bzw. Maastricht verbucht werden dürfen. Diese nicht defizitmindernden Erlöse im Jahr 2001 in Höhe von 0,8 Mrd EUR oder 0,4% des BIP reduzierten jedoch die Zunahme der Verschuldung des Bundes ebenso wie buchmäßige Nettokursgewinne bei der Finanzschuld (siehe Abschnitt 4.1.3) in Höhe von 0,4 Mrd EUR oder 0,2% des BIP.

Dem im Maastricht-Vertrag geforderten rückläufigen Verlauf der Verschuldungsquote (Anteil der öffentlichen Verschuldung am BIP) wurde wie bereits im Jahr 2000 auch im Berichtsjahr entsprochen. Nach einer beachtlichen Verminderung der Verschuldungsquote von 69,2% des BIP Ende 1995 auf 63,9% des BIP Ende 1998, die durch zusätzliche Maßnahmen im Vermögensbereich⁴⁰ und durch Umstrukturierungen⁴¹ unterstützt wurde, stieg die Verschuldungsquote des Gesamtstaates im Jahr 1999 auf 64,9% des BIP und konnte bis Ende 2001 - nach vorläufigen Ergebnissen – auf 61,7% des BIP rückgeführt werden⁴².

40 Zum Beispiel: Veräußerung der Bundesbeteiligungen an der Creditanstalt AG.

41 Ausgliederung der ASFINAG, der Gebührenhaushalte und Verkauf von Darlehensforderungen des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds an den privaten Sektor.

42 Für den Anstieg der Verschuldungsquote im Jahr 1999 waren insbesondere die hohen buchmäßigen Kursverluste der Finanzschuld des Bundes von 2,2 Mrd EUR infolge der Aufwertung des JPY verantwortlich.

4 FINANZSCHULD DES BUNDES

Das folgende Kapitel analysiert die Verschuldung des Bundes. Informationen über die Finanzierungsaktivitäten im Jahr 2001, über die Verschuldungsstruktur sowie über den Zinsaufwand der Verschuldung sollen Einblick in die Debt-Management-Ausrichtung des Bundes geben und eine Einschätzung des Risikoprofils des Schuldenportefeuilles⁴³ insbesondere auch im Hinblick auf die Zinssensitivität ermöglichen. Die Finanzschuld des Bundes macht über 90% der gesamten öffentlichen Verschuldung im Sinne von Maastricht aus. Strukturdaten über die Verschuldung des Bundes liefern daher auch wichtige Hinweise über die Finanzierungsstruktur der öffentlichen Gesamtverschuldung in Österreich. Zeitreihen zu Indikatoren der Finanzschuld des Bundes sind im Anhang des Berichts enthalten (A3 bis A7).

Die hier präsentierten Ergebnisse basieren auf Datenquellen, die nach nationalen (administrativen) Verbuchungsvorschriften erstellt wurden. Sie weichen von jenen, die den EU-Regeln zur Ermittlung der öffentlichen Verschuldung folgen, leicht ab (siehe dazu Kapitel 3.3, Tabelle 13: Ableitung der öffentlichen Verschuldung 2000 und 2001).

4.1 Entwicklung und Schuldenstand Ende 2001

4.1.1. Finanzierungsinstrumente und Gläubigerstruktur der Finanzschuld insgesamt

Die Finanzierungsaktivitäten des Bundes können im Berichtsjahr 2001 trotz einer geringen Zunahme der Verschuldung als rege bezeichnet werden. Sie werden immer stärker zur Feinsteuerung des Schuldenportefeuilles (Portfoliomanagement) in Bezug auf Laufzeit, Verzinsungsmodalität und Währungsstruktur eingesetzt und beschränken sich nicht auf die Deckung des erforderlichen Kapitalbedarfs (Neufinanzierungsbedarf und Refinanzierungsvolumen auf Grund von Tilgungen). Dies zeigt sich insbesondere im Anstieg der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Swap-Verträgen (Tabelle 17), aber auch in den relativ hohen Konversionsvolumina (Tabelle 16) und bei der dynamischen Entwicklung des Asset-Portefeuilles an eigenen Schuldtiteln.

Die **bereinigte Finanzschuld des Bundes**⁴⁴ (ohne Eigenbesitz) stieg im Jahr 2001 um 0,7 Mrd EUR oder 0,6% und erreichte damit zu Jahresende die Höhe von 121,4 Mrd EUR oder 57,6% des BIP (2000: 120,7 Mrd EUR oder 58,9% des BIP). Der **Anteil der Fremdwährungsschuld** betrug Ende 2001 13,3% (2000: 13,9%).

Der Zuwachs der Finanzschuld des Bundes weicht aus methodischen Gründen (zeitliche Abgrenzungsunterschiede, Bewertungsänderungen bei der Fremdwährungsschuld, Kassenbestandsveränderungen) vom **Nettodefizit des Bundes im Sinne des BHG**⁴⁵ in der Regel etwas ab. Das Nettodefizit belief sich im Berichtsjahr auf 1,4 Mrd EUR. Die Abweichung von der ausgewiesenen Schuldzunahme in Höhe von 0,7 Mrd EUR betrug somit -0,7 Mrd EUR und war auf buchmäßige Kursgewinne, die den Schuldenstand im Jahr 2001 um 0,4 Mrd EUR reduzierten, und auf die Inanspruchnahme von ultimoübergreifenden Transaktionen⁴⁶ zurückzuführen.

Das **Asset-Portefeuille** an eigenen Schuldtiteln (Bundesanleihen, Bundesschatzscheine) expandierte abermals kräftig (2001: +1,2 Mrd EUR; 2000: +1,4 Mrd EUR). Der Bund behält sich bei jeder Emission eine Eigenquote zurück und kauft darüber hinaus illiquide Bundesanleihen zurück. Der Besitz des Bundes an eigenen Papieren wird für Pensionsgeschäfte⁴⁷ (Re-

43 Risikograd des Schuldenportefeuilles in Bezug auf Marktpreisrisiken, Kreditrisiken, Liquiditätsrisiken und operationale Risiken, der infolge der Sonderstellung des Staates auf den Finanzmärkten gleichzeitig auch in Bezug auf systemische Finanzmarktrisiken von Relevanz ist.

44 Finanzschuld des Bundes im Sinne des BHG unter Einschluss der Währungstauschverträge und abzüglich der im eigenen Besitz befindlichen Schuldkategorien.

45 Bundshaushaltsgesetz 1986 in der geltenden Fassung.

46 Höhere Kassenveranlagungen über den Jahresultimo im Wege von unechten Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäften und Konversionsaufnahmen zur Tilgung im Folgejahr.

47 Unter Pensionsgeschäften versteht man die befristete Übertragung von Wertpapieren des Pensionsgebers an den Pensionsnehmer. Der Pensionsgeber erhält für die Dauer des Pensionsgeschäfts Liquidität im Wert der Anleihe, während der Pensionsnehmer im Gegenzug eine mit dem Wertpapier abgesicherte Veranlagung zu Geldmarktkonditionen tätigt. Echte Pensionsgeschäfte sind in der Bilanz des Pensionsgebers, unechte in der Bilanz des Pensionsnehmers auszuweisen.

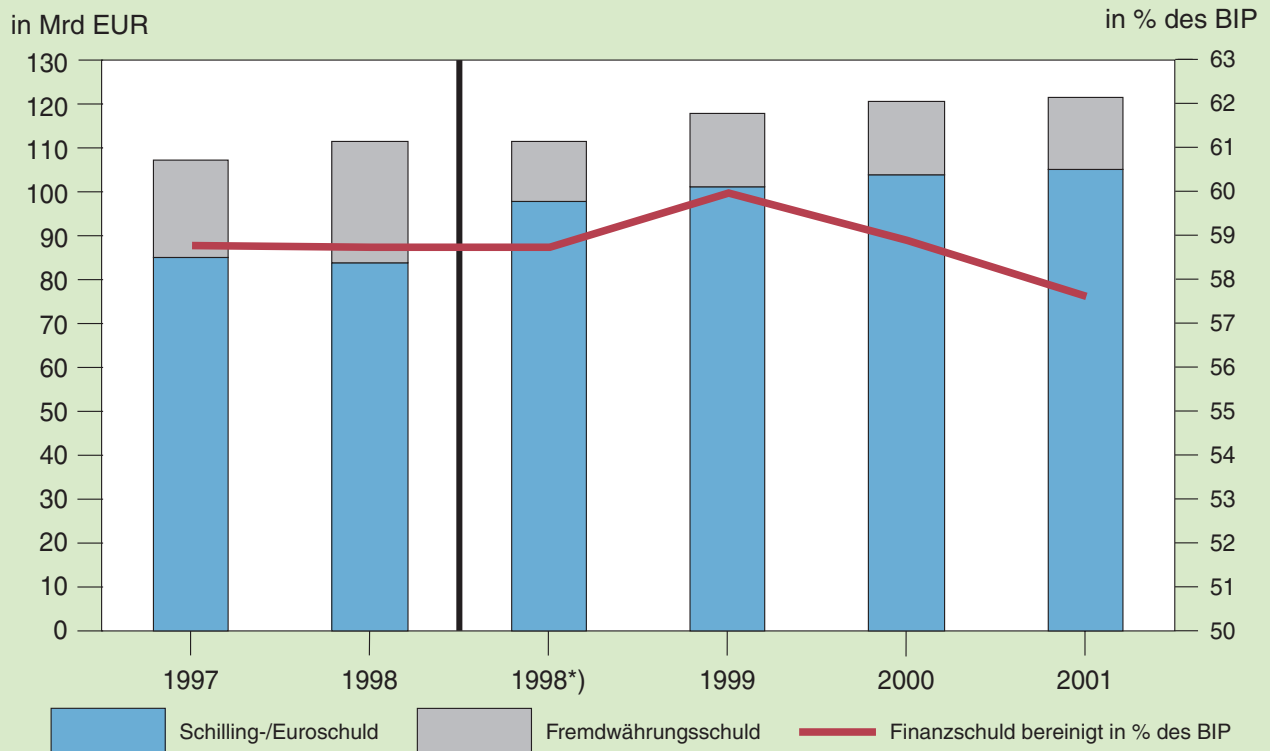
po-Geschäfte), für Wertpapierleihegeschäfte⁴⁸ sowie für die Marktpflege herangezogen. Insgesamt erreichte Ende 2001 das Asset-Portefeuille des Bundes an eigenen Schuldtiteln 7,5 Mrd EUR. Der in der Tabelle 1 ausgewiesene Betrag von 128,9 Mrd EUR für die **Finanzschuld** stellt die Verschuldung des Bundes einschließlich dieser im eigenen Besitz befindlicher Bundespapiere dar.

Tabelle 15: Bereinigte Finanzschuld 2001 nach Schuldformen ¹⁾

	Stand 31.12.2000		Zunahme ²⁾	Abnahme ³⁾	Nettoveränderung		Stand 31.12.2001	
	in Mio EUR	%-Ant.	in Mio EUR		in Mio EUR	in %	in Mio EUR	%-Ant.
Euroschuld								
Anleihen	79.796	66,1	11.015	5.278	+5.737	+7,2	85.532	70,4
Bundesobligationen	856	0,7	617	12	+605	+70,7	1.461	1,2
Bundesschatzscheine	5.241	4,3	5.050	8.706	-3.656	-69,8	1.585	1,3
Titrierte Euroschuld	85.892	71,2	16.682	13.996	+2.686	+3,1	88.578	73,0
Versicherungsdarlehen	8.928	7,4	0	627	-627	-7,0	8.302	6,8
Bankendarlehen	9.161	7,6	170	992	-822	-9,0	8.339	6,9
Sonstige Kredite	2	0,0	283	283	-0	-16,4	2	0,0
Nicht titrierte Euroschuld	18.092	15,0	453	1.902	-1.449	-8,0	16.642	13,7
Euroschuld	103.984	86,1	17.135	15.898	+1.236	+1,2	105.220	86,7
Fremdwährungsschuld ⁴⁾								
Anleihen	14.717	12,2	1.896	2.257	-361	-2,5	14.356	11,8
Schuldverschreibungen	892	0,7	7	95	-87	-9,8	805	0,7
Titrierte Fremdwährungsschuld	15.609	12,9	1.903	2.352	-448	-2,9	15.161	12,5
Kredite und Darlehen	1.113	0,9	0	81	-81	-7,3	1.032	0,8
Fremdwährungsschuld	16.722	13,9	1.903	2.433	-529	-3,2	16.193	13,3
Finanzschuld bereinigt	120.705	100,0	19.038	18.331	+707	+0,6	121.413	100,0
in % des BIP	58,9		9,0	8,7	0,3		57,6	
<i>Memorandum:</i>								
<i>Eigenbesitz in EUR</i>	6.239	.	2.067	856	+1.212	+19,4	7.451	.
<i>Eigenbesitz in Fremdwährung</i>	38	.	-	3	-3	-7,9	35	.
<i>Eigenbesitz insgesamt</i>	6.277	.	2.067	858	+1.209	+19,3	7.486	.
<i>Euroschuld inklusive Eigenbesitz ⁵⁾</i>	110.223	86,8	19.202	16.754	+2.448	+2,2	112.671	87,4
<i>FW-Schuld inklusive Eigenbesitz ⁵⁾</i>	16.760	13,2	1.903	2.436	-532	-3,2	16.228	12,6
<i>Finanzschuld inklusive Eigenbesitz ⁵⁾</i>	126.983	100,0	21.105	19.189	+1.916	+1,5	128.898	100,0
<p>1) Finanzschulden unter Berücksichtigung der Cross-Currency-Swaps (CCS), des Eigenbesitzes sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern zu Nominalwerten; Fremdwährungsschuld bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresultimos. Monatliche Informationen sind auf der Internet-Homepage der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur zu finden (http://www.obfa.co.at).</p> <p>2) Aufnahmen, Konversionen, nachträgliche Transaktionen und Kursverluste.</p> <p>3) Tilgungen, Konversionen, nachträgliche Transaktionen und Kursgewinne.</p> <p>4) Auf Nicht-WWU-Währungen lautende Finanzschulden.</p> <p>5) Eigenbesitz; im eigenen Besitz befindliche Bundesschuldarten.</p> <p>Quelle: BMF und eigene Berechnungen (soweit keine anderen Quellen angegeben sind, gilt dies für alle Tabellen in Kapitel 4).</p>								

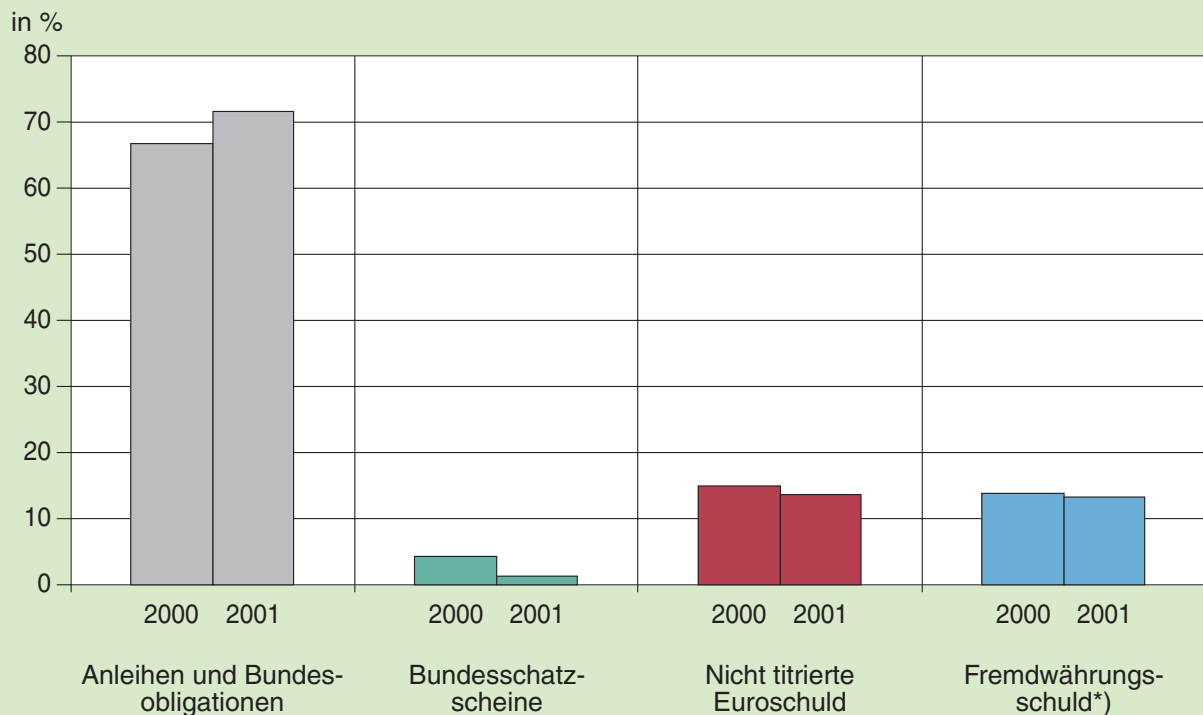
48 Bei der Wertpapierleihe werden Wertpapiere für einen befristeten Zeitraum gegen ein Nutzungsentgelt überlassen; die Übertragungsvorgänge des Wertpapiers erfolgen allerdings ohne Zahlungen.

Grafik 7
**Entwicklung der bereinigten Finanzschuld des Bundes
 1997 bis 2001**



*) Rückrechnung: Euroschuld umfasst auf EUR und nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden; Fremdwährungsschuld umfasst Nicht-WWU-Währungen.

Grafik 8
Anteile an der bereinigten Gesamtschuld des Bundes 2000 und 2001



*) Nicht-WWU-Währungen.

Neuaufnahmen erfolgten 2001 vorrangig in Form von EUR-Bundesanleihen. Dabei wurden durch Anleihe-Aufstockungen die aushaftenden Volumina von österreichischen Bundesanleihen weiter erhöht, um den Zinsabstand zu den „Benchmarkanleihen“ im Euroraum möglichst gering zu halten. „Benchmarkanleihen“, die den Preis für andere Euroanleihen vorgeben,

- weisen ein Anleihenominale von deutlich mehr als 5 Mrd EUR auf,⁴⁹
- sind in den wichtigen internationalen Anleiheindizes⁵⁰ vertreten,
- dienen als Underlying (Basisinstrument) für Derivatgeschäfte auf den Future- und Repo-Märkten und
- werden entsprechend eines fixierten Emissionskalenders regelmäßig begeben.

Zudem verfügen die Emittenten von „Benchmarkanleihen“ im Euroraum (Deutschland und Frankreich) über einen breiten und tiefen heimischen Finanzplatz sowie einen breit gestreuten institutionellen Investorenkreis.

Öffentliche Emissionen von kleineren Ländern, wie Österreich, werden auch in Zukunft kaum den Preis für andere Euroanleihen vorgeben. Das öffentliche Debt-Management kann jedoch, wie in Österreich, durch liquiditätsfördernde Maßnahmen (Konzentration der Mittelaufnahme auf Anleihen, Anleiheaufstockung, Teilnahme an internationalen Handelsplattformen⁵¹, internationales Bieterkonsortium⁵²) die Liquidität⁵³ und Attraktivität ihrer Wertpapiere erhöhen. Das Debt-Management des Bundes in Österreich begann bereits 1998 im Vorfeld der WWU ihre Finanzierungsstrategie an die zu erwartenden Marktgegebenheiten des Euroraums anzupassen (siehe dazu Berichte über die Finanzschuld des Bundes 1998, 1999 und 2000). Die im Berichtsjahr 2001 getätigten Maßnahmen sind als eine Fortsetzung dieses Kurses zu sehen.

Als Maßnahme zur Erhöhung der Liquidität von Bundesanleihen ist weiters die Ausweitung des Aufgabengebiets des Debt-Managements des Bundes zu sehen. Zu den Aufgaben des Debt-Managements des Bundes zählen nicht nur die Durchführung der Finanztransaktionen des Bundes sondern auch **Finanzierungen für Dritte**. Seit 1998 übernimmt der Bund Finanzierungen für so genannte „sonstige Rechtsträger“ (im wesentlichen ÖBB, ÖIAG, ASFINAG und SCHIG)⁵⁴. Seit Ende 2000 können zudem auch die Bundesländer das Debt-Management des Bundes in Anspruch nehmen, um ihren Finanzierungsbedarf zu decken. Das Kapital wird vom Bund vorwiegend in Form von Bundesanleihen aufgebracht und in weiterer Folge an die Auftraggeber (verbucht als Darlehensvergaben des Bundes an Dritte) weitergeleitet. Der Schuldendienst (Zinsen, Tilgungen) ist zur Gänze von den Auftraggebern (sonstige Rechtsträger, Länder) zu bedienen. Dem Bund kommt hier ausschließlich eine Intermediärfunktion zu. Die Verbindlichkeiten zählen nicht zur Finanzschuld des Bundes. Ende 2001 betragen diese Darlehensforderungen des Bundes (einschließlich Swaps) bereits 10,0 Mrd EUR (Ende 2000: 8,0 Mrd EUR), wovon 2,1 Mrd EUR oder 21,0% auf Fremdwährungsforderungen entfielen. Die Fremdwährungsforderungen bestanden zu 45% aus CHF-, zu 20% aus USD-, zu 19% aus JPY-, zu 16% aus GBP-, und zu 0,5% aus ZAR⁵⁵-Titeln.

Der **Zinsabstand** Österreichs zu Deutschland konnte im Berichtsjahr verringert werden.⁵⁶ Nach einem Anstieg des Zinsabstands österreichischer Bundesanleihen gegenüber jenen von Deutschland im 10-Jahressegment auf über 30 Basispunkte im Jahr 2000, verminderte sich dieser insbesondere im zweiten Halbjahr 2001 wieder und lag im Dezember 2001 bei 20 Basispunkten. Im Jahresdurchschnitt erreichte die Renditendifferenz zu Deutschland bei 10-jährigen Anleihen 28 Basispunkte (2000: 29 Basispunkte). Die Zinsdifferenz der meisten WWU-Staaten gegenüber Deutschland ging im zweiten Halbjahr ebenfalls zurück (WWU-Durchschnitt Juli 2001: 27 Basispunkte; Dezember 2001: 22 Basispunkte (ohne Griechenland und Luxemburg)). So dürfte die positive Entwicklung in Bezug auf die Zinsdifferenz österreichischer Bundesanleihen - neben den

49 Nur Anleihen mit einem aushaftenden Volumen von zumindest 5 Mrd EUR gelten sowohl bei internationalen elektronischen Handelsplattformen (z. B. Euro-MTS (Multi National Trading System)) als auch bei Termin- und Future-Börsen (MATIF (Marché A Terme International de France) bzw. EUREX (EUROPEAN EXCHANGE)) als handelbar bzw. lieferbar.

50 Darunter fallen insbesondere Indizes von Salomon Smith Barney, J.P. Morgan und Lehman Brothers.

51 Österreichische Bundesanleihen sind sowohl an der internationalen Handelsplattform Euro-MTS als auch an elektronischen Plattformen für institutionelle Investoren wie Trade-Web und Trade-Vision gelistet.

52 Das Bieterkonsortium für Bundesanleihen (Primary Dealer Group) bestand Ende 2001 aus 24 Institutionen (Finanzintermediären), das sich aus 6 österreichischen, 5 deutschen, 4 französischen, 3 US-amerikanischen und jeweils 2 schweizerischen, holländischen und asiatischen Häusern zusammensetzt.

53 Eine Anleihe wird als liquid bezeichnet, wenn sie laufend gehandelt wird. Liquide Papiere kennzeichnen sich gewöhnlich durch einen geringen Bid-Ask-Spread und geringe Kursschwankungen auf Grund von An- und Verkäufen aus.

54 Österreichische Bundesbahnen; Österreichische Industrieholding AG; Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft, Wien; Schieneninfrastrukturfinanzierungs-GmbH.

55 Südafrikanische Rand (ZAR).

56 Siehe dazu auch Tabelle 2: Renditenabstände 9- bis 10jähriger staatlicher Schuldverschreibungen im Euroraum zu Deutschland 1997 bis 2001.

liquiditätsfördernden Maßnahmen des Debt-Managements und generellen Rahmenbedingungen - auch Folge des strikten Konsolidierungskurses der Bundesregierung gewesen sein. Insgesamt scheinen die Teilnehmer auf den Finanzmärkten allerdings geringere Bonitäts- als Liquiditätsunterschiede innerhalb der WWU-Staaten zu sehen, so dass die Zinsabstände zwischen den WWU-Staaten bislang primär von finanzmarktrelevanten Faktoren geprägt waren.

Tabelle 16: Zunahme und Abnahme der Finanzschuld 2000 und 2001 ¹⁾ (in Mio EUR)

	Zunahme			Abnahme	
	2000	2001		2000	2001
Aufnahmen	16.611	12.771	Tilgungen	12.210	10.310
Konversionen	9.718	8.117	Konversionen	9.373	8.109
Rückkauffinanzierungen	1.105	-	Rückkauffinanzierungen	1.105	-
Nachträgliche Transaktionen mit Rechtsträgern	-	-	Nachträgliche Transaktionen mit Rechtsträgern	492	90
Devisentermingeschäfte ²⁾	-186	-	Devisentermingeschäfte ²⁾	-13	25
Nachträgliche CCS und WB ³⁾	5	1	Nachträgliche CCS und WB ³⁾	-	-
Kursverluste ⁴⁾	433	216	Kursgewinne ⁴⁾	373	655
Summe	27.686	21.105	Summe	23.540	19.189

1) Inklusive Eigenbesitz von Bundesschuld kategorien.
2) Transaktionsvolumina zu Nominalwerten.
3) Umschuldungen von bestehenden Verbindlichkeiten durch Cross-Currency-Swaps (netto) und Wertberichtigungen.
4) Buchmäßige Bewertung.

Die **Veränderung der einzelnen Komponenten der Finanzschuld** weisen zwar im Berichtsjahr merklich geringere Volumina als in der Vergangenheit auf, bewegen sich aber weiterhin auf hohem Niveau: Die reinen Schuldaufnahmen (ohne Konversionen und nachträgliche Transaktionen) des Bundes beliefen sich im Jahr 2001 auf 12,8 Mrd EUR und lagen um 3,8 Mrd EUR oder 23,1% unter dem Vorjahreswert. Tilgungen erfolgten im Ausmaß von 10,3 Mrd EUR (2000: 12,2 Mrd EUR). Auch das Konversionsvolumen verminderte sich infolge der geringen Inanspruchnahme von kurzfristigen Finanzierungen (Bundesschatzscheinen) von über 9 Mrd EUR (Zunahme 9,7 Mrd EUR; Abnahme 9,4 Mrd EUR) im Jahr 2000 auf 8,1 Mrd EUR im Jahr 2001. Zur Umstrukturierung bereits aushaftender Verbindlichkeiten des Bundes wurden neben den Konversionsvereinbarungen abermals auch nachträgliche Währungstauschverträge (Cross-Currency-Swaps und Zinsswaps) sowie Devisentermingeschäfte zur Absicherung von Wechselkursrisiken abgeschlossen. Das Neuvolumen an nachträglichen Cross-Currency-Geschäften betrug im Jahr 2001 1,8 Mrd EUR, jenes an Devisentermingeschäfte 0,4 Mrd EUR.⁵⁷ Wertpapierrückkäufe wurden im Gegensatz zum Vorjahr nicht getätigt.

Eine äußerst dynamische Entwicklung verzeichnete abermals der Bestand an **Forderungen und Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen**⁵⁸. Der Einsatz von Swaps erhöht die Flexibilität des Debt-Managements (Anpassung der Verschuldungsstruktur im Hinblick auf Zins- und Wechselkursentwicklungen, Nutzung von Arbitragemöglichkeiten, Steuerung der durchschnittlichen Kapitalbindungsdauer (Duration⁵⁹) des Schuldenportefeuilles losgelöst von den Schuldaufnahmen) und wird seit der WWU insbesondere auch dazu genutzt, die Zinszahlungsstruktur in EUR zu diversifizieren. Ende 2001 erreichten die Verbindlichkeiten aus Cross-Currency-Swaps ein Nominalvolumen von 13,5 Mrd EUR (2000: 10,9 Mrd EUR) und der Nominalwert der Zinsswaps 16,3 Mrd EUR (2000: 8,4 Mrd EUR). Zwar konzentrieren sich die Kapitalaufnahmen auf klassische mittel- bis langfristige EUR-Bundesanleihen mit fixer Verzinsung, um den Marktgegebenheiten im Euroraum zu ent-

57 Diese Beträge sind von der Tabelle 16: Zunahme und Abnahme der Finanzschuld nicht ablesbar, werden jedoch regelmäßig im Bundesrechnungsabschluss (Tabellen: C.7.2 und C.7.3) veröffentlicht. Derivative Finanztransaktionen tangieren die Entwicklung der Finanzschuld nur in Form des Differenzbetrages zwischen den Verbindlichkeiten und Forderungen aus derivativen Geschäften.

58 Einschließlich Devisentermingeschäften.

59 Die Duration-Kennziffer berücksichtigt auch die laufenden Zinszahlungen, entspricht bei einer Nullkuponanleihe der Restlaufzeit und dient als Kenngröße für die Zinssensitivität eines Portefeuilles.

sprechen. Die Ausstattungsmerkmale dieser Bundesanleihen werden jedoch im Wege von Swaps zum Teil modifiziert. Dabei tauscht der Bund vorwiegend Schuldkategorien mit fixer Verzinsung gegen Verbindlichkeiten mit variabler Verzinsung ein. Da Derivatgeschäfte (im wesentlichen Swaps, aber auch Devisentermingeschäfte) prinzipiell mit einem zusätzlichen Risiko, nämlich dem Ausfallrisiko des Vertragspartners, behaftet sind, werden zur Reduktion dieses Risikos - neben strengen Auswahlkriterien in Bezug auf die Bonität des Swappartners und Limitvorgaben - Swaptransaktionen seit dem Jahr 2000 mit Collaterals (Besicherungsinstrumenten) unterlegt. Zudem ist, obwohl die Umsätze von Zinsswaps in den letzten Jahren auf den Finanzmärkten des Euroraums stark zugenommen haben und ein relativ liquider Markt entstanden ist, eine Rücksichtnahme auf die Liquidität der Märkte erforderlich.

Tabelle 17: Forderungen und Verbindlichkeiten aus Cross-Currency-Swaps 2001¹⁾

	Finanzschuld i.e.S. Stand 31.12.2001			Verbindlichkeiten aus CCS-Verträgen (+)		Forderungen aus CCS-Verträgen (-)		Finanzschuld (inklusive EB) ²⁾ Stand 31.12.2001		
	in Mio FW	in Mio EUR	in %	in Mio FW	in Mio EUR	in Mio FW	in Mio EUR	in Mio FW	in Mio EUR	in %
USD	5.164	5.859	43,9	120	136	5.284	5.995	-	-	-
CHF	3.500	2.360	17,7	8.435	5.689	-	-	11.935	8.049	49,6
CAD	550	391	2,9	-	-	550	391	-	-	-
JPY	461.000	3.997	29,9	494.829	4.291	12.525	109	943.305	8.179	50,4
GBP	450	740	5,5	392	644	842	1.383	-	-	-
FW-Schuld	.	13.347	100,0	.	10.759	.	7.878	.	16.228	100,0
EUR	.	116.003	89,7	.	2.746	.	6.078	.	112.671	87,4
Finanzschuld	.	129.350	100,0	.	13.505	.	13.956	.	128.898	100,0

1) Unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern zu Nominalwerten.
2) Inklusive Eigenbesitz von Bundesschuldkategorien.

Die Verwirklichung der WWU ging mit einem Wegfall der traditionellen Rolle der heimischen Finanzintermediäre als Hauptinvestoren für die Verschuldung des Bundes einher. Die Käufer der in EUR denominierten Bundesanleihen sind seit der WWU fast ausschließlich ausländische Primärhändler (Banken), die diese Papiere auch im Ausland (vorwiegend im WWU-Raum) platzieren. Von dem im Berichtsjahr emittierten Anleihevolumen des Bundes in Höhe von 13,0 Mrd EUR (ohne 10%-Eigenanteil und einschließlich Rechtsträgerfinanzierungen) übernahmen über 95% die im Bieterkonsortium teilnehmenden ausländischen Primärhändler (2000: 87%). Weiters zeigten inländische Investoren auch auf dem Sekundärmarkt kein großes Interesse EUR-Bundesanleihen zu erwerben. Berücksichtigt man zusätzlich diese Sekundärtransaktionen, so erwarben ausländische Gläubiger 88% des Emissionsvolumens des Bundes im Berichtsjahr. Diese Entwicklung fördert zwar die Diversifikation des Investorenkreises von österreichischen Bundespapieren, bedeutet aber gleichzeitig eine dynamische Entwicklung der **Auslandsverschuldung des Bundes** mit Auswirkungen auf die Ertragsbilanz der österreichischen Zahlungsbilanz (siehe dazu Kapitel 6.1 Finanzierungsströme Österreichs mit dem Ausland). Mit Jahresende 2001 befanden sich bereits 54,0% der Verbindlichkeiten des Bundes in EUR im Besitz von Ausländern (Ende 2000: 47,6%). Die Auslandsverschuldung des Bundes insgesamt - unter Einbeziehung der Fremdwährungsverbindlichkeiten, die traditionell von Ausländern gehalten werden - erreichte die Quote von 58,6% (Ende 2000: 52,8%).

Tabelle 18: Auslandsverschuldung des Bundes 1998 bis 2001 (%-Anteile¹⁾)

	Titrierte Finanzschuld			Nicht titr. Finanzschuld			Euro - Schuld	FW - schuld	Schuld Gesamt
	Euroschuld	FW-Schuld	Summe	Euroschuld	FW-Schuld	Summe			
1998 ²⁾	34,6	96,3	42,1	11,1	97,1	15,0	29,9	96,3	37,0
1999	46,6	94,7	53,4	12,5	100,0	17,9	40,8	95,1	47,8
2000	54,0	93,0	58,8	12,7	100,0	17,6	47,6	93,5	52,8
2001 ³⁾	60,0	94,0	64,1	16,9	100,0	21,6	54,0	94,4	58,6

1) In ausländischem Besitz befindliche Verbindlichkeiten des Bundes gemessen an der Finanzschuld im engeren Sinn (vor Swaps) einschließlich Rechtsträgerfinanzierungen. Die Quoten der Teilergebnisse liefern Informationen über den Auslandsanteil der jeweiligen Kategorie.
2) 1998 Rückrechnung: Euroschuld umfasst Verbindlichkeiten in EUR und in nationalen Währungseinheiten des EUR, Fremdwährungsschuld umfasst Nicht-WWU-Währungen.
3) Vorläufige Daten.
Quelle: OeNB - Devisenstatistisches Meldesystem.

4.1.2 Finanzierungsaktivitäten im Bereich der Euroschuld

Die **Struktur der Finanzschuld des Bundes** in Österreich verschob sich im Jahr 2001 trotz der deutlichen Abnahme des Bestandes an Bundesschatzscheinen weiter in Richtung titrierte Euroschuldformen. Von der bereinigten Finanzschuld des Bundes entfielen zu Jahresende 2001 auf EUR-Bundesanleihen 70,4% (2000: 66,1%) und auf alle **titrierten Schuldformen in EUR** 73,0% (2000: 71,2%).

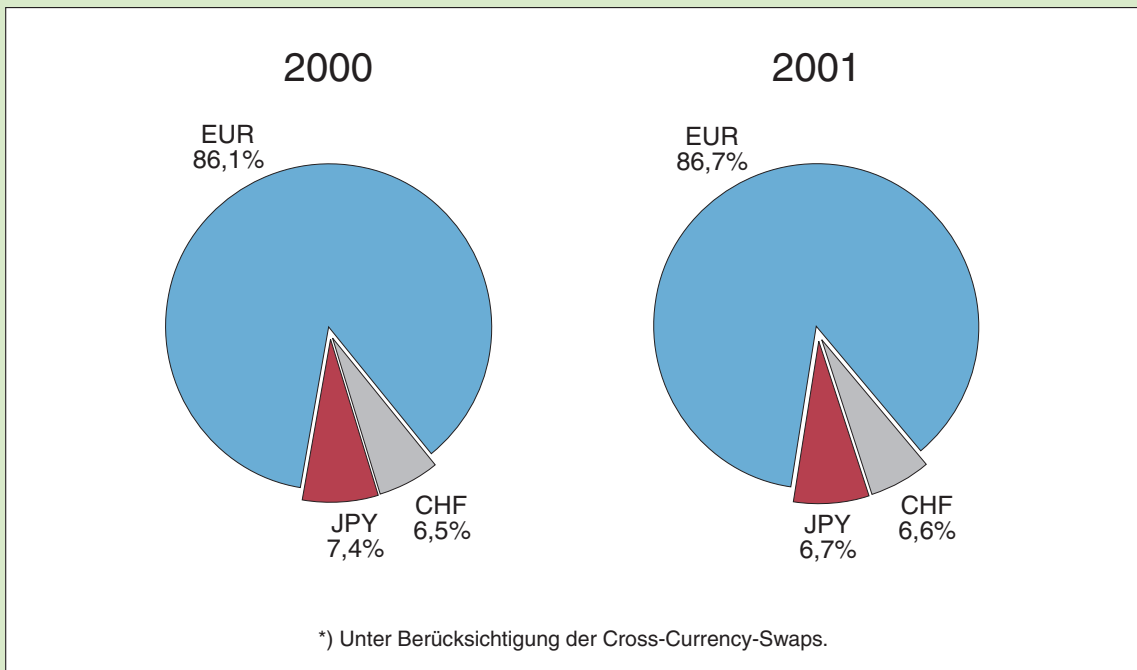
Von den im Berichtsjahr durchgeführten elf **EUR-Bundesanleiheemissionen** wurden zehn dazu genutzt, bereits emittierte Anleihen unter Beibehaltung der Ausstattungsmerkmale (Nominalzins sowie Zins- und Tilgungstermin) aufzustocken. Diese in den Vorjahren bereits praktizierte Methode stellt einerseits eine kontinuierliche Marktpräsenz sicher und ermöglicht andererseits die Generierung von möglichst hohen Umlaufvolumina. Zu Jahresende 2001 verfügte Österreich über zehn Bundesanleihen mit Restlaufzeiten zwischen 3 und 26 Jahren, die ausstehende Volumina von 5 Mrd EUR oder mehr aufwiesen (Ende 2000: 8 Bundesanleihen; Ende 1999: 3 Bundesanleihen). Die für Österreich sehr hohen Volumina stellen im Euroraum eher das untere Limit dar. Der Umlauf von **Anleihen** in EUR (einschließlich WTV, ohne Eigenquote und ohne Rechtsträgerfinanzierungen) stieg mit 5,7 Mrd EUR oder 7,2% abermals deutlich stärker als die Euroschuld insgesamt, die um 1,2 Mrd EUR oder 1,2% ausgeweitet wurde.

Für das Debt-Management waren im Berichtsjahr Geldmarktpapiere angesichts einer eher flachen Zinsstrukturkurve und der zunehmenden Möglichkeit, längerfristige Finanzierungsformen (Anleihen) durch Zinsswaps in Schuldformen mit Geldmarktkonditionen überzuführen, wenig attraktiv. Darüber hinaus zeigten die Investoren insbesondere im zweiten Halbjahr - trotz instabiler Rahmenbedingungen (Terroranschläge in den USA) - kein großes Interesse an Geldmarktpapieren. So wurde im Jahr 2001 der Bestand an **Bundesschatzscheinen** mit Finanzierungsformen, die vorrangig Laufzeiten von unter einem Jahr aufweisen, äußerst stark rückgeführt (-3,7 Mrd EUR oder -69,8%). Geldmarktpapiere (Austrian Treasury Bills (ATB's)) werden im Auktionsverfahren (ATB-Programm nach englischem Recht mit Hauptzahlstelle in London und Teilnahme von 4 österreichischen und 6 ausländischen Banken) und in Form von Direktübernahmen begeben. Sie werden nicht nur in EUR sondern auch in Fremdwährungen (insbesondere in USD) emittiert, allerdings mittels Devisentermingeschäften (Forward-Rate-Agreements) überwiegend in EUR-Verbindlichkeiten transferiert. Das aushaftende Volumen der Bundesschatzscheine belief sich Ende 2001 auf 1,6 Mrd EUR (Ende 2000: 5,2 Mrd EUR).

Insgesamt betrug zu Jahresende 2001 die bereinigte Verschuldung in EUR (ohne Eigenbesitz) 105,2 Mrd EUR, wovon 84,2% auf titrierte Bundespapiere und 15,8% auf Kredit- und Darlehensverträge entfielen.

Grafik 9

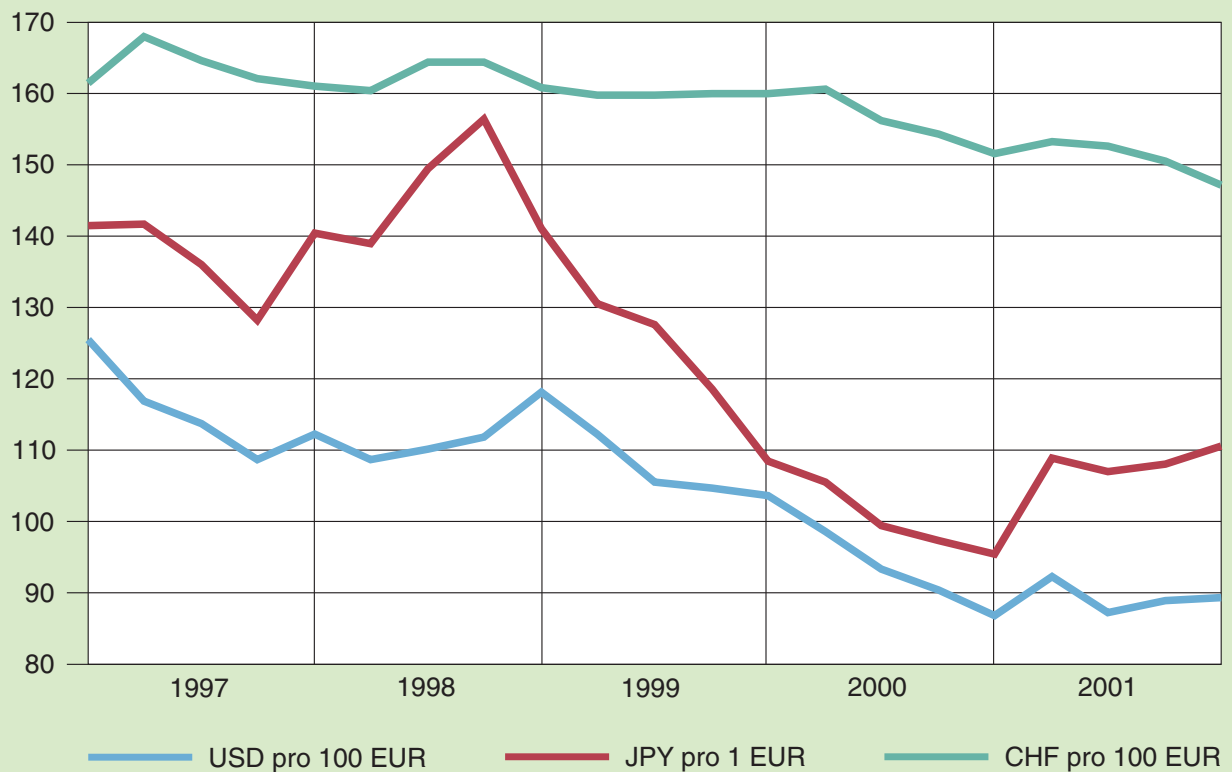
Währungsanteile an der bereinigten Finanzschuld des Bundes 2000 und 2001*)



Grafik 10

Entwicklung der Devisenmittelkurse 1997 bis 2001

Quartalsdurchschnitte, nationale Währungseinheiten pro EUR



4.1.3 Finanzierungsaktivitäten im Bereich der Fremdwährungsschuld

Im Bereich der Fremdwährungsverschuldung des Bundes werden seit der WWU fällige Verbindlichkeiten durch Neuaufnahmen im Regelfall lediglich refinanziert. Ausschlaggebend dafür sind sowohl die attraktiven Finanzmarktgegebenheiten des Euroraums, die dem Bund ermöglichen, das breite Angebot eines internationalen Finanzmarktes in heimischer Währung zu nützen, als auch das Bestreben des Debt-Managements, das Wechselkursrisiko durch Limitvorgaben über die maximale Höhe der Fremdwährungsverschuldung in Grenzen zu halten. Die Strategie der Fremdwährungsfinanzierung ist grundsätzlich langfristig ausgelegt. Da Zinseinsparungen als Folge der niedrigen Nominalzinssätze jährlich (potentiell) anfallen und über Zinseszinsseffekte einen entsprechend hohen kumulierten Betrag ergeben, nimmt die Wahrscheinlichkeit, dass bereits erzielte Zinsersparnisse infolge von ungünstigen Wechselkursrelationen aufgehoben werden, mit der Laufzeit der Verschuldung ab.

Tabelle 19: Bereinigte Fremdwährungsschuld ¹⁾ im Jahr 2001: Eurogegenwerte und Währungsanteile

	Stand			Nettoveränderung				Stand		
	31.12.2000			insgesamt		davon durch		31.12.2001		
	in Mio FW	in Mio EUR	%-An- teil	in Mio EUR	in %	Aufnahmen/ Tilgung ²⁾	Bewertungs- änderung	in Mio FW	in Mio EUR	%-An- teil
CHF	11.935,1	7.835,6	46,9	+213,2	+2,7	+0,4	+212,8	11.935,5	8.048,7	49,7
JPY	950.128,5	8.886,3	53,1	-742,5	-8,4	-93,3	-649,2	939.224,6	8.143,8	50,3
FW-Schuld ¹⁾	.	16.721,9	100,0	-529,4	-3,2	-92,9	-436,5	.	16.192,6	100,0

1) Unter Berücksichtigung der Cross-Currency-Swaps, des Eigenbesitzes des Bundes sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern, bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresultimos.
2) Einschließlich Konversionen, Rückkauffinanzierungen und nachträglichen Cross-Currency-Swaps.

Tabelle 20: Wechselkurse im Jahr 2001

	Devisenmittelkurs 29.12.2000 in EUR	Devisenmittelkurs 31.12.2001 in EUR	Änderung in %
1 USD	1,07	1,13	+5,58
1 CAD	0,72	0,71	-0,80
1 GBP	1,60	1,64	+2,56
100 CHF	65,65	67,44	+2,72
100 JPY	0,94	0,87	-7,29

Quelle: OeNB, ÖBFA.

Das Volumen an Fremdwährungsverbindlichkeiten (unter Berücksichtigung des Eigenbesitzes) erreichte Ende 2001 16,2 Mrd EUR (2000: 16,7 Mrd EUR). Die Veränderung des Bestands war im Wesentlichen das Ergebnis von buchmäßigen **Nettokursgewinnen** (0,4 Mrd EUR). Im Berichtsjahr waren buchmäßige Kursgewinne bei den JPY-Verbindlichkeiten in Höhe von

0,6 Mrd EUR zu verzeichnen, denen buchmäßige Kursverluste bei der CHF-Schuld von 0,2 Mrd EUR gegenüberstanden.⁶⁰ Der Anteil der Fremdwährungsschuld an der bereinigten Finanzschuld des Bundes insgesamt belief sich zu Jahresende auf 13,3% (2000: 13,9%).

Schuldaufnahmen erfolgten im Jahr 2001 primär in USD, die durch Einsatz von Währungstauschverträgen in CHF- und JPY-Verbindlichkeiten transformiert wurden. Der Anteil der CHF-Schuld an der bereinigten Fremdwährungsschuld nahm infolge der Kursverluste etwas zu, während sich jener der JPY-Schuld infolge der Kursgewinne verminderte. Die Quote der bereinigten Fremdwährungsschuld in JPY betrug zu Ende des Berichtsjahres 50,3% (2000: 53,1%).

4.2 Fristigkeit der Finanzschuld

Die Gestion des Laufzeitprofils der Verschuldung zählt neben der Auswahl des Verschuldungsinstruments, der Währungszusammensetzung und der Verzinsungsart zum Kern der Portfeuillesteuerung. Eine nicht diversifizierte Fristigkeitsstruktur der Verschuldung führt zu einer Kumulierung der Tilgungserfordernisse und erhöht das Refinanzierungsrisiko. Das Refinanzierungsrisiko besteht zwar bei entwickelten Finanzmärkten - wie den Euroraum - kaum darin, dass keine Kapitalaufbringung möglich ist, jedoch darin, dass Schuldaufnahmen bei ungünstigen Marktverhältnissen (bei hohem Marktzinsebene oder Marktengpässen) erfolgen müssen.

Tabelle 21: Durchschnittliche Restlaufzeit der Finanzschuld 2000 und 2001¹⁾

	2000		2001	
	Stand 31.12. in Mio EUR	Restlaufzeit in Jahren	Stand 31.12. in Mio EUR	Restlaufzeit in Jahren
Euroschuld	110.223	5,9	112.671	5,7
Fremdwährungsschuld²⁾	16.760	4,7	16.228	4,7
d a v o n				
CHF	7.836	4,7	8.049	4,1
JPY	8.925	4,7	8.179	5,2
F i n a n z s c h u l d	126.983	5,8	128.898	5,5

1) Finanzschulden (inklusive Eigenbesitz) unter Berücksichtigung der Cross-Currency-Swaps sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern, bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresresultimos.
2) Auf Nicht-WWU-Währungen lautende Finanzschulden.

Die durchschnittliche **Restlaufzeit**⁶¹ des **gesamten Schuldenportefeuilles** (Finanzschuld des Bundes) lag Ende 2001 mit 5,5 Jahren relativ deutlich unter dem Vorjahreswert von 5,8 Jahren. Ausschlaggebend dafür war primär die gewählte Fristigkeitsstruktur der EUR-Anleiheemissionen⁶², die im Berichtsjahr den überwiegenden Teil des gesamten Finanzierungsvolumens abdeckten. Bei der Fremdwährungsschuld veränderte sich die Restlaufzeit nicht (2000 und 2001: 4,7 Jahre).

60 Die Umrechnung der Fremdwährungsschuld des Bundes in EUR erfolgt zu den Devisenmittelkursen des jeweils letzten Börsentages des Jahres. Buchmäßige Kursgewinne oder -verluste ergeben sich für die bestehende Fremdwährungsschuld aus der Differenz zwischen den beiden Jahresendkursen, bei im Laufe des Jahres aufgenommenen Verbindlichkeiten durch die Differenz zwischen dem Kurs am Tag der Umrechnung und dem Jahresendkurs und für die während des Jahres getilgten Beträge durch die Differenz zwischen dem Jahresendkurs des Vorjahres und dem Tilgungskurs.

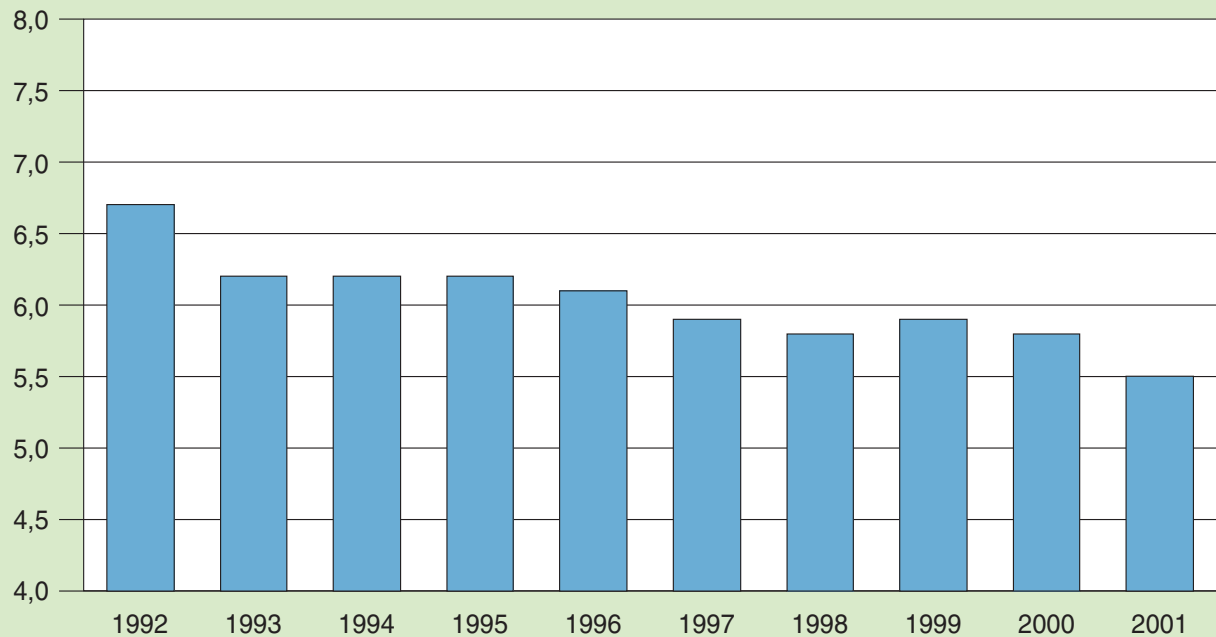
61 Bei den Berechnungen der Restlaufzeit werden vertraglich festgelegte Konversionsvereinbarungen berücksichtigt (Sicht des Schuldners), was insbesondere bei der Analyse der Fristigkeit von Bundesschatzscheinen zu beachten ist.

62 Die im Berichtsjahr durchgeführten Emissionen und Aufstockungen von EUR-Bundesanleihen (Bruttoaufnahmen) wiesen eine Fristigkeit von durchschnittlich 8,2 Jahren auf (2000: 8,9 Jahre) mit Laufzeiten von 4 bis zu 26 Jahren.

Grafik 11

Durchschnittliche Restlaufzeit der Finanzschuld 1992 bis 2001*)

in Jahren

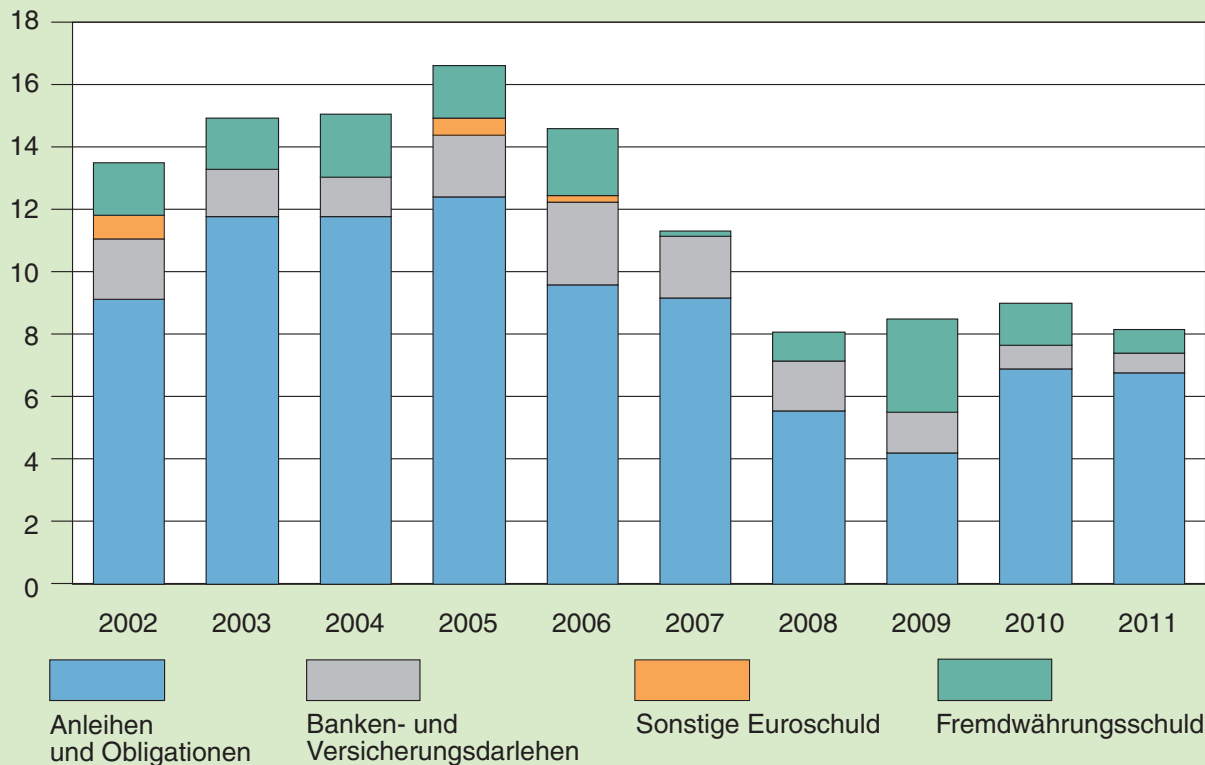


*) Unter Berücksichtigung der Cross-Currency-Swaps sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

Grafik 12

Tilgungsplan der Finanzschuld 2001 nach Schuldformen*)

in Mrd EUR



*) Unter Berücksichtigung der Cross-Currency-Swaps sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

Tabelle 22: Fristigkeitsprofil der bereinigten Finanzschuld 1999 bis 2001 ¹⁾

	1 9 9 9		2 0 0 0		2 0 0 1	
	in Mio EUR	%-Anteil	in Mio EUR	%-Anteil	in Mio EUR	%-Anteil
Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	10.537	8,9	11.341	9,4	13.112	10,8
Mittelfristig (zwischen 1 und 5 Jahren)	49.036	41,6	53.242	44,1	56.642	46,7
Langfristig (ab 5 Jahren)	58.401	49,5	56.123	46,5	51.658	42,5
Bereinigte Finanzschuld	117.974	100,0	120.705	100,0	121.413	100,0

1) Unter Berücksichtigung der Cross-Currency-Swaps, des Eigenbesitzes des Bundes sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

Tabelle 23: Tilgungsplan der Finanzschuld 2001 nach Schuldformen ¹⁾ (in Mio EUR)

	2002 BVA	2003	2004	2005	2006	2007-2011
E u r o s c h u l d						
Anleihen	9.048	11.472	11.542	12.408	9.457	31.988
Bundesschatzscheine	60	315	234	1	142	622
Bundesschatzscheine	535	-	-	555	210	-
Titrierte Euroschuld	9.642	11.788	11.776	12.964	9.809	32.610
Versicherungsdarlehen	698	755	806	1.155	1.813	2.999
Bankendarlehen	1.264	726	444	823	810	3.252
Sonstige Kredite	196	-	-	-	-	-
Nicht titrierte Euroschuld	2.158	1.481	1.251	1.978	2.622	6.251
Euroschuld	11.800	13.269	13.027	14.943	12.431	38.861
F W - S c h u l d ²⁾						
Anleihen	1.686	1.658	1.742	1.495	1.774	5.450
Schuldverschreibungen	-	-	-	-	280	438
Titrierte Fremdwährungsschuld	1.686	1.658	1.742	1.495	2.054	5.887
Kredite und Darlehen	-	12	307	186	99	322
Fremdwährungsschuld	1.686	1.671	2.049	1.681	2.153	6.209
F i n a n z s c h u l d	13.486	14.940	15.076	16.623	14.584	45.070

1) Tilgungsplan der Finanzschuld des Bundes bis 2011 unter Berücksichtigung der Cross-Currency-Swaps sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern; ohne Tilgungen im Zuge von Konversionen.
2) Auf Nicht-WWU-Währungen lautende Finanzschulden.

Das Laufzeitenprofil der bereinigten Finanzschuld des Bundes verschob sich parallel dazu abermals in Richtung **mittelfristige Finanzierungen**. Ende 2001 waren 13,1 Mrd EUR oder 10,8% (2000: 11,3 Mrd EUR oder 9,4%) der ausstehenden Verbindlichkeiten des Bundes mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr, 56,6 Mrd EUR oder 46,7% (2000: 53,2 Mrd EUR oder 44,1%) mit einer Bindungsdauer von einem bis fünf Jahre und 51,7 Mrd EUR oder 42,5% (2000: 56,1 Mrd EUR oder 46,5%) mit einer Fristigkeit von mehr als fünf Jahren versehen.

Die **Tilgungsverpflichtungen der Finanzschuld** steigen in den nächsten Jahren weiter an und werden Volumina von 13,5 Mrd EUR (2002) bis 16,6 Mrd EUR (2005) erreichen. Die für 2002 budgetierten Tilgungen von 13,5 Mrd EUR sind zu 87,5% in heimischer Währung zu leisten, wobei der weitaus höchste Tilgungsbetrag (9,0 Mrd EUR) auf EUR-Bundesanleihen entfällt, mit Nominalzinssätzen, die sowohl unter als auch über den im ersten Quartal 2002 zu beobachtenden Marktzinsniveau liegen. Gemessen an der Finanzschuld des Bundes per Ende 2001 sind in den ersten 5 Jahren 58% und binnen 10 Jahren 93% der aushaftenden Verbindlichkeiten des Bundes (inklusive Eigenbesitz) zurückzuzahlen.

4.3 Verzinsung, Zinssensitivität und Zinsaufwand der Finanzschuld

Die Zinsentwicklung war 2001 im Euroraum rückläufig und dürfte am Ende des Jahres die Talsohle erreicht haben. Die Drei-Monats-Zinssätze auf dem Geldmarkt (EURIBOR⁶³) erreichten am Jahresanfang mit 4,8% ihre höchsten Werte und reduzierten sich im weiteren Jahresverlauf auf 3,3% (Dezember). Im Jahresdurchschnitt lagen sie mit 4,3% um 0,1%-Punkte unter jenen im Jahr 2000. Der 10-Jahres-Zinssatz, der im Berichtsjahr zwischen 5,3 und 4,7% schwankte, wies primär im zweiten Halbjahr einen Abwärtstrend auf. Die Sekundärmarktrendite des Bundes im 10-Jahres-Bereich betrug im Jahresdurchschnitt 5,1% und unterschritt damit den Vergleichswert des Vorjahres um 0,5 %-Punkte. Die Zinsstrukturkurve zeigte im ersten Halbjahr einen eher flachen Verlauf auf, der im weiteren Jahresverlauf steiler wurde. Der Abstand zwischen den 10-Jahres-Zinsen und den Drei-Monats-Zinsen belief sich im Jahresdurchschnitt auf rund 80 Basispunkte.

Diese monetären Rahmenbedingungen sprachen dafür, dass im Berichtsjahr vorrangig Finanzierungen mit fixer Verzinsung und langen Laufzeiten gewählt wurden, um die relativ niedrigen Zinskosten über einen möglichst langen Zeitraum zu halten.

Der Bestand an fix verzinsten Verbindlichkeiten des Bundes (unter Berücksichtigung der Zinsswaps) erhöhte sich um 5,6 Mrd EUR oder 5,0%, während die Verschuldung in variabler Verzinsung (einschließlich sprungfixer Verzinsung) um 3,7 Mrd EUR oder 22,6% abgebaut wurde. Von den aushaftenden Verbindlichkeiten des Bundes waren Ende des Berichtsjahres 90,3% mit einem **fixen Zinssatz** ausgestattet (2000: 87,2%%). Der Anteil an Titeln mit **variabler oder sprungfixer Verzinsung**, deren Zinssätze von der Entwicklung der **Kapitalmarktrenditen** (Sekundärmarkt, Primärmarkt) abhängen, verminderte sich von 4,5 auf 4,1% und Finanzierungsinstrumente mit **Geldmarktkonditionen** stellten Ende 2001 5,6% der Verbindlichkeiten des Bundes (2000: 8,2%) dar.

63 Euro Interbank Offered Rate: Referenzzinssatz für kurzfristige Ausleihungen zwischen den Banken der WWU.

Tabelle 24: Variabel und fix verzinste Finanzschuld 2000 und 2001 ¹⁾

2000	fix		sprungfix		variabel			
					sekundärmarkt-orientiert		geldmarkt-orientiert	
	in Mio EUR	Anteil in %	in Mio EUR	Anteil in %	in Mio EUR	Anteil in %	in Mio EUR	Anteil in %
Euroschuld								
Anleihen	82.748	96,3	-	-	-	-	3.137	3,7
Bundesobligationen	856	100,0	-	-	-	-	-	-
Bundesschatzscheine	647	12,0	-	-	-	-	4.743	88,0
Titrierte Euroschuld	84.251	91,4	-	-	-	-	7.880	8,6
Versicherungsdarlehen	6.344	71,1	674	7,5	1.910	21,4	-	-
Bankendarlehen	5.686	62,1	1.901	20,7	1.323	14,4	251	2,7
Sonstige Kredite	2	100,0	-	-	-	-	-	-
Nicht titrierte Euroschuld	12.033	66,5	2.575	14,2	3.233	17,9	251	1,4
Euroschuld	96.284	87,4	2.575	2,3	3.233	2,9	8.131	7,4
FW - Schuld								
Anleihen	13.077	88,6	-	-	-	-	1.678	11,4
Schuldverschreibungen	619	69,4	-	-	-	-	273	30,6
Titr. Fremdwährungsschuld	13.697	87,5	-	-	-	-	1.951	12,5
Kredite und Darlehen	795	71,4	-	-	-	-	318	28,6
Fremdwährungsschuld	14.492	86,5	-	-	-	-	2.269	13,5
Finanzschuld	110.775	87,2	2.575	2,0	3.233	2,5	10.399	8,2
2001	fix		sprungfix		variabel			
					sekundärmarkt-orientiert		geldmarkt-orientiert	
	in Mio EUR	Anteil in %	in Mio EUR	Anteil in %	in Mio EUR	Anteil in %	in Mio EUR	Anteil in %
Euroschuld								
Anleihen	89.670	96,5	-	-	-	-	3.295	3,5
Bundesobligationen	1.456	98,5	-	-	22	1,5	-	-
Bundesschatzscheine	-	-	-	-	-	-	1.585	100,0
Titrierte Euroschuld	91.127	94,9	-	-	22	0,0	4.880	5,1
Versicherungsdarlehen	5.885	70,9	557	6,7	1.860	22,4	-	-
Bankendarlehen	5.192	62,3	1.762	21,1	1.134	13,6	251	3,0
Sonstige Kredite	2	100,0	-	-	-	-	-	-
Nicht titrierte Euroschuld	11.078	66,6	2.319	13,9	2.994	18,0	251	1,5
Euroschuld	102.205	90,7	2.319	2,1	3.016	2,7	5.131	4,6
FW - Schuld								
Anleihen	12.892	89,6	-	-	-	-	1.499	10,4
Schuldverschreibungen	524	65,2	-	-	-	-	280	34,8
Titr. Fremdwährungsschuld	13.416	88,3	-	-	-	-	1.780	11,7
Kredite und Darlehen	737	71,4	-	-	-	-	295	28,6
Fremdwährungsschuld	14.153	87,2	-	-	-	-	2.074	12,8
Finanzschuld	116.358	90,3	2.319	1,8	3.016	2,3	7.205	5,6
1) Finanzschulden inklusive Eigenbesitz und unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge (Cross-Currency-Swaps bzw. Zinsswaps) sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern; bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresresultimos.								

Die durchschnittliche **Nominalverzinsung** der Finanzschuld des Bundes verminderte sich im Berichtsjahr von 5,4% (Ende 2000) auf 5,2% (Ende 2001). Diese Entwicklung wurde durch umfangreiche Tilgungen von Schuldkategorien mit deutlich höherer Nominalverzinsung ausgelöst. Der Rückgang des Marktzinzniveaus im Jahr 2001 wirkte sich auf die Nominalverzinsung der Verschuldung des Bundes auf Grund des hohen Fixzinsanteils der Finanzschuld, geringer Geldmarktfinanzierungen und infolge der Anleiheaufstockungen dagegen kaum aus. Hier muss erwähnt werden, dass die Kenngröße Nominalverzinsung infolge der in jüngster Zeit verfolgten Praxis, bestehende Anleihen aufzustocken, den tatsächlichen Durchschnittszinssatz (Rendite) für die Finanzschuld des Bundes nur noch eingeschränkt widerspiegelt. Die tatsächliche Rendite dürfte zwar über der Nominalverzinsung liegen, aber ebenfalls einen rückläufigen Verlauf aufweisen.

Tabelle 25: Durchschnittliche Nominalverzinsung der Finanzschuld 2000 und 2001 ¹⁾ (in %)

	2000	2001
Euroschuld	5,7	5,5
Fremdwährungsschuld ²⁾	3,9	3,5
d a v o n		
CHF	4,2	4,0
JPY	3,5	3,0
F i n a n z s c h u l d	5,4	5,2
1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge (Cross-Currency-Swaps bzw. Zinsswaps) sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.		
2) Auf Nicht-WWU-Währungen lautende Finanzschulden.		

Bei der **Fremdwährungsschuld** lag die Nominalverzinsung der JPY-Verbindlichkeiten mit 3,0% unter jener der CHF-Schuld-kategorien mit 4,0%. Daraus leitete sich für die Fremdwährungsschuld ein durchschnittlicher Nominalzinssatz von 3,5% (2000: 3,9%) ab. Die Nominalverzinsung lässt jedoch Wechselkurseffekte beim Zinsaufwand der Fremdwährungsschuld außer Acht.

Analysiert man die Struktur der Finanzschuld des Bundes im Hinblick auf ihre **Zinssensitivität**, so zeigt sich, dass das Debt-Management des Bundes durch eine starke Nutzung von längerfristigen Fixzinsschuldformen bestrebt ist, die Zinszahlungen im Budget weiterhin kontinuierlich verlaufen zu lassen, wenngleich die Verschiebung des Fristigkeitsprofils in Richtung mittelfristige Finanzierungen (siehe Kapitel 4.2) ein etwas höheres Zinsänderungsrisiko infolge von Refinanzierungen in den kommenden Jahren impliziert. Diese prinzipiell auch vom Staatsschuldenausschuss forcierte stabilitätsorientierte Ausrichtung des Debt-Managements kann jedoch auch nachteilig sein. Portefeuilles mit langer Duration (Kennzahl für die durchschnittliche Kapitalbindung unter Einbeziehung der Zins- und Tilgungsströme) sind zwar robust in Hinblick auf die Variabilität der Zinskosten, gleichzeitig aber sensitiv bezüglich ihres Marktwertes. Der Marktwert gewinnt im Zuge einer aktiven Portefeuillesteuerung sowie bei Budgetüberschüssen an Bedeutung, da Transaktionen wie vorzeitige Tilgungen, Rückkäufe, Umschuldungen sowie nachträgliche Swaps zu Marktwerten und nicht zum Nominalwert getätigt werden (siehe dazu Empfehlung des Staatsschuldenausschusses vom 14. Dezember 2001). Die Kennzahl für die relative Veränderung des Marktwertes des Schuldenportefeuilles der Finanzschuld des Bundes (Modified Duration) betrug Ende 2001 3,9. Welchen Stellenwert die Markt- bzw. Barwertrisiken des Portefeuilles bei der Orientierung des Debt-Managements einnehmen sollten, ist international in Diskussion und dürfte primär davon abhängen, in welchem Umfang eine aktive Steuerung der Portefeuillestruktur angestrebt wird.

Tabelle 26: Überleitungstabelle: Aufwand für die bereinigte Finanzschuld ¹⁾ 1998 bis 2002 (in Mio EUR)

	1998	1999	2000	2001	2002 BVA
Ausgaben Kapitel 58 ²⁾					
Zinsaufwand der Finanzschuld i. e. S. ³⁾	6.982	7.214	7.591	7.309	7.326
Währungstauschverträge ⁴⁾	408	439	553	673	751
Sonstiger Aufwand ⁵⁾	269	373	533	213	639
Ausgaben insgesamt gemäß Kapitel 58	7.659	8.027	8.678	8.195	8.715
Einnahmen Kapitel 58 ³⁾					
Zinseinnahmen der Finanzschuld i. e. S. ³⁾	183	327	548	449	290
Währungstauschverträge ⁴⁾	658	685	834	973	1.181
Sonstige Einnahmen ⁵⁾	564	369	302	310	0
Einnahmen insgesamt gemäß Kapitel 58	1.404	1.381	1.685	1.732	1.471
Aufwand, netto ⁶⁾	6.254	6.646	6.993	6.463	7.244

1) Unter Berücksichtigung der Swaps (Cross-Currency-Swaps sowie Zinsswaps), des Eigenbesitzes sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.
2) Ausgaben und Einnahmen gemäß Bundesbudget (Budgetkapitel 58 „Finanzschuld, Währungstauschverträge“) brutto.
3) Zinsaufwand ohne Berücksichtigung der Swaps und des Eigenbesitzes einschließlich Stückzinsen und Devisentermingeschäfte (Ausgaben) bzw. Zinseinnahmen aus dem Bundesbesitz, Stückzinsen und Devisentermingeschäfte.
4) Zinsaufwand für Verbindlichkeiten aus Swaps (Ausgaben) bzw. Zinseinnahmen aus Swap-Forderungen (Einnahmen).
5) Emissionsverluste, Wertpapierkursverluste sowie Spesen (Ausgaben) bzw. Emissionsgewinne, Wertpapierkursgewinne sowie Leihentgelte (Einnahmen).
6) Ausgaben gemäß Kapitel 58 abzüglich Einnahmen gemäß Kapitel 58 Bundesbudget.
Quelle: Bis 2000 Bundesrechnungsabschluss, für 2001 vorläufiger Gebarungserfolg, für 2002 Bundesvoranschlag.

Tabelle 27: Aufwand für die bereinigte Finanzschuld 1998 bis 2002 (in Mio EUR)

	Zinsen			Sonstiger Aufwand ²⁾			Summe		
	Euro	Fremdwährung	Summe	Euro	Fremdwährung	Summe	Euro	Fremdwährung	Summe
1998	5.423	1.126	6.549	-105	-190	-295	5.318	936	6.254
1999 ³⁾	6.034	607	6.641	0	4	4	6.034	612	6.646
2000	6.025	736	6.761	211	20	231	6.237	756	6.993
2001	5.911	649	6.560	-88	-9	-96	5.823	640	6.463
2002 (BVA)	6.015	591	6.606	638	0	639	6.653	591	7.244

1) Zinsen und sonstiger Aufwand unter Berücksichtigung des Eigenbesitzes, der Ausgaben und Einnahmen aus Swaps sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.
2) Insbesondere Spesen (Emissionskosten), Nettoemissionsverluste und Wertpapierkursverluste netto.
3) Zeitreihenbruch: Euroschuld umfasst auf EUR und nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden; Fremdwährungsschuld Nicht-WWU-Währungen.
Quelle: Bis 2000 Bundesrechnungsabschluss, für 2001 vorläufiger Gebarungserfolg, für 2002 Bundesvoranschlag.

Für den **Aufwand der Finanzschuld** gemäß Kapitel 58 „Finanzschuld, Währungstauschverträge⁶⁴“ des Bundesbudgets, der neben den Zinszahlungen auch sonstige Aufwendungen, wie Emissionskursverluste bzw. –gewinne (Disagio bzw. Agio), Provisionen und Spesen umfasst, wird in den Berichten des Staatsschuldenausschusses traditionell eine so genannte Nettodarstellung gewählt, da diese die tatsächliche Zinsenbelastung (einschließlich Spesen) des Bundes auf Grund der Finanzschuld relativ gut widerspiegelt. Die Nettodarstellung leitet sich aus den Ausgaben abzüglich der Einnahmen des Budgetkapitels 58 ab (siehe Tabelle 26) und berücksichtigt dadurch vor allem die Zinskosteneffekte, die sich durch den Einsatz von derivativen Finanzierungsformen (vor allem Währungstauschverträgen) ergeben.⁶⁵ Derivative Finanzinstrumente werden zur Steuerung des Schuldenportefeuilles eingesetzt und ermöglichen die Zinskosten zu vermindern. Allerdings stellt auch die hier präsentierte Nettodarstellung - gemäß den Verbuchungsnormen des Bundeshaushaltsrechtes - auf eine reine Zahlungsstrombetrachtung (Cash-Betrachtung) ab, die im Gegensatz zu den internationalen Vorgaben keine Periodenabgrenzung der Zinskosten vornimmt (siehe dazu Kapitel 3.2 Budgetentwicklung, ESVG 95-Verbuchungsnormen).

Der **Zinsaufwand** für die bereinigte Finanzschuld (ohne der Ausgabenkategorie „sonstiger Aufwand“) konnte im Jahr 2001 gegenüber dem Vorjahr um netto 0,2 Mrd EUR oder 3,0% (2000: +0,1 Mrd EUR oder +1,8%) reduziert werden und erreichte damit 6,6 Mrd EUR. Maßgeblich für die rückläufige Entwicklung waren die geringe Neuverschuldung (Defizit), der Umstand, dass Schuldkategorien mit deutlich höherer Nominalverzinsung als das gegenwärtige Zinsniveau in größerem Umfang fällig wurden und Debt-Management-Aktivitäten zur Umstrukturierung der Finanzschuld (nachträgliche Swaps, Konversionen, vorzeitige Tilgungen). Dabei anzumerken ist allerdings, dass die Ausgabenkategorie „Zinsaufwand“ (ohne sonstiger Aufwand) ausschließlich die Kosten umfasst, die sich aus der Nominalverzinsung (Kupon) der Schuldkategorien der Finanzschuld unter Berücksichtigung der derivativen Geschäfte ableiten.

Die Budgetkomponente **sonstiger Aufwand**, in der die Transaktionskosten, die Ausgaben bzw. Einnahmen bei Unter- bzw. Über-pari-Emissionen (Disagio bzw. Agio) und die Kursdifferenzen von Wertpapieren infolge von Rückkäufen oder Konversionen subsumiert sind, weist in den letzten Jahren einen sehr instabilen Verlauf auf. Dies erklärt sich daraus, dass infolge der Aufstockungen von EUR-Bundesanleihen keine Anpassung des Nominalzinssatzes an das jeweilige Marktzinsniveau erfolgen kann, sodass die Zinsdifferenz durch einmalige „Ausgleichszahlungen“ bzw. durch so genannte Agios- oder Disagios bei der Emission ausgeglichen wird.

Im Berichtsjahr 2001 reduzierte die Position sonstiger Aufwand den Gesamtaufwand für die Finanzschuld des Bundes leicht. Den Ausgaben in Höhe von 0,2 Mrd EUR standen Einnahmen in Höhe von 0,3 Mrd EUR gegenüber. Dieser Einnahmenüberhang von 0,1 Mrd EUR ist primär das Ergebnis von Über-pari-Emissionen, die sich bei den Aufstockungen von EUR-Bundesanleihen ergeben haben.⁶⁶ Im Einzelnen setzten sich die Ausgaben des sonstigen Aufwands aus Provisionen in Höhe von 0,12 Mrd EUR, aus Disagios bei Emissionen und nachträglichen Transaktionen in Höhe von 0,07 Mrd EUR und aus sonstigen Kosten (insbesondere Swapkosten) in Höhe von 0,01 Mrd EUR zusammen. Bei den Einnahmen betragen die Agios 0,29 Mrd EUR und die sonstigen Einnahmen (insbesondere Swapzahlungen) 0,02 Mrd EUR.⁶⁷

Für das **Jahr 2002** sieht der Bundesvoranschlag für den Zinsaufwand der Finanzschuld einen geringfügig höheren Betrag von gerundet 6,6 Mrd EUR und für den sonstigen Aufwand einen Betrag von 0,6 Mrd EUR vor, der deutlich die Ergebnisse der vorangegangenen Jahre überschreitet. Insgesamt ergibt sich dadurch ein Gesamtaufwand für die Finanzschuld von netto 7,2 Mrd EUR, der um 0,8 Mrd EUR oder 12,1% über den Vergleichswert des Vorjahres (6,5 Mrd EUR) liegt. Berücksichtigt man die Tilgungen im heurigen Jahr, die zum Teil höhere Nominalzinssätze als das gegenwärtige Marktzinsniveau aufwei-

64 Tilgungen sind, da es sich um Finanztransaktionen handelt, nicht Gegenstand des Allgemeinen Budgethaushaltes des Bundes. Auf die Ausgabenentwicklung des Bundesbudgets wirken sich diese Finanztransaktionen ausschließlich indirekt in Form von veränderten Zinszahlungen sowie Transaktionskosten aus. Bei den im Jahr 2001 durchgeführten Tilgungen handelte es sich vorwiegend um Schuldkategorien mit vergleichsweise hohem Nominalzinssatz (Kupon), was den Anstieg des Zinsaufwands bei steigendem Schuldenstand bremste.

65 Betrachtet man nur die Budgetausgaben des Kapitels 58 und nicht den Nettoaufwand, so erhält man Informationen über den Zinsaufwand der Finanzschuld im engeren Sinn (vor Swaps und einschließlich der im eigenen Besitz befindlichen Schuldkategorien) ohne Einnahmen aus Stückzinsen.

66 Die Nominalzinssätze der aufgestockten Anleihen im Berichtsjahr lagen durchwegs über den jeweiligen aktuellen Marktzinssätzen.

67 Der Überhang der sonstigen Einnahmen über die sonstigen Ausgaben im Jahr 1998 von 0,3 Mrd EUR ist auf die Auflösung des Nullkuponfonds zurückzuführen.

sen, und die bisherige Marktzinsentwicklung mit einem leicht ansteigenden Verlauf, so sollten die veranschlagten Ausgaben für den Gesamtaufwand der Finanzschuld im Budgetvollzug jedoch unterschritten werden können.

Tabelle 28: Gesamtwirtschaftliche Kenngrößen zum Zinsendienst 1998 bis 2002 ¹⁾

	Zinsendienst in % des Brutto- inlandsprodukts	Zinsendienst in % des Netto- abgabenerfolgs ²⁾
1998	3,3	18,7
1999	3,4	20,3
2000 ³⁾	3,4	21,2
2001	3,1	17,0
2002 (BVA)	3,4	19,1

1) Zinsaufwand einschließlich sonstiger Aufwand netto.
2) Nettosteureinnahmen laut Kapitel 52 Bundesfinanzgesetz.
3) Zeitreihenbruch: Nettoabgabenerfolg abzüglich Ausgaben für Gesundheits- und Sozialbereichs-Beihilfengesetz.
Quelle: Bis 2000 Bundesrechnungsabschluss und Statistik Austria, für 2001 vorläufiger Gebarungserfolg und WIFO, 2002 Bundesvoranschlag und WIFO-Prognose (April 2002).

Der **Zinsendienst** für die Finanzschuld des Bundes stellt weiterhin eine bedeutende Ausgabenposition des Bundes dar, wenngleich diese Ausgaben im Berichtsjahr 2001 den Vorjahresbetrag sogar unterschritten. Die Zinsen (einschließlich sonstiger Aufwand) binden in etwa ein Fünftel des Nettoabgabenerfolgs des Bundes (Budgetkapitel 52 „Öffentliche Abgaben“). 2001 reduzierte sich die **Zinsen-Steuer-Quote** insbesondere auch durch die dynamische, durch Sonderfaktoren (Anspruchsverzinsung⁶⁸) beeinflusste Entwicklung des Abgabenerfolgs (2000: 21,2%; 2001: 17,0%). **Gemessen am BIP** lag 2001 die Zinsendienstquote bei 3,1 nach 3,4% im Vorjahr.

Der **administrative Primärüberschuss** im Jahr 2001 (Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben des Bundes ohne Zinszahlung und sonstiger Finanzschuld aufwand) erreichte 5,0 Mrd EUR oder 2,4% des BIP (2000: 4,1 Mrd EUR oder 2,0% des BIP). Primärüberschüsse dienen als eine wichtige Kenngröße für den Konsolidierungspfad des Bundeshaushalts und sind unter den seit Anfang der Achtzigerjahre herrschenden ökonomischen Rahmenbedingungen (Zinsniveau über dem nominellen BIP-Wachstum) eine notwendige Voraussetzung, um den Schuldenstand gemessen am BIP zu stabilisieren. Im Berichtsjahr wurde zum zweiten Mal in Folge ein Rückgang der Schuldenquote des Bundes erreicht (2000: 58,9% des BIP; 2001: 57,6% des BIP).

Mit den Finanztransaktionen für die Finanzschuld des Bundes im Zusammenhang steht weiters auch die **Kassengebarung des Bundes**. Es handelt sich dabei um Finanztransaktionen, die zur Liquiditätssteuerung innerhalb des Jahres eingesetzt werden und vor Jahresende getilgt werden.⁶⁹ Die diesbezüglichen Aufwendungen infolge von unterjährigen Schuldaufnahmen (Zinsen und sonstiger Aufwand) sowie Einnahmen infolge der vorübergehenden Veranlagung von überschüssigen Geldmitteln (Zinsen und sonstige Einnahmen) werden im Bundesbudget im Kapitel 51 „Kassenverwaltung“ verbucht. In Nettobetrachtung (Einnahmen abzüglich Ausgaben) zeigt sich innerhalb des gesamten Beobachtungszeitraums – abgesehen vom Bundesvoranschlag 2002 – ein Überschuss, der insbesondere im Berichtsjahr 2001 mit 0,1 Mrd EUR vergleichsweise hoch ausfiel. Das Ergebnis der Kassengebarung hängt allerdings sowohl stark von der zeitlichen Gestion der Schuldaufnahmen für die Finanzschuld als auch von der zeitlichen Verteilung der Einnahmen und Ausgaben im Bundesbudget insgesamt

68 Siehe dazu Kapitel 3.1 Budgetentwicklung.

69 Laut §65 Abs. 2 BHG handelt es sich dabei um Geldverbindlichkeiten zur vorübergehenden Kassenstärkung, die noch im Jahr ihrer Aufnahme getilgt werden. Sie zählen nicht zu den Finanzschulden des Bundes.

ab, sodass auf Basis der hier präsentierten Ergebnisse keine Schlussfolgerungen über die Performance der Kassengebarung gezogen werden sollten.

**Tabelle 29: Einnahmen und Ausgaben der Kassengebarung des Bundes 1998 bis 2002 ¹⁾
(in Mio EUR)**

	Zinsen			Sonstiger Aufwand ²⁾			Summe		
	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
1998	76	7	69	2	4	-2	77	10	67
1999	64	48	16	0	0	0	64	48	17
2000	207	186	21	0	0	-0	207	186	21
2001	199	97	103	0	0	-0	199	97	103
2002 (BVA)	104	211	-108	0	4	-4	104	215	-111

1) Ausgaben und Einnahmen gemäß Bundesbudget (Budgetkapitel 51 „Kassenverwaltung“, Ansätze 510 und 519) brutto.
2) Emissionsverluste, Wertpapierkursverluste sowie Spesen (Ausgaben) bzw. Emissionsgewinne, Wertpapierkursgewinne sowie Leihentgelte (Einnahmen).
Quelle: Bis 2000 Bundesrechnungsabschluss, für 2001 vorläufiger Gebarungserfolg, für 2002 Bundesvoranschlag.

5 STAATSVerschuldung IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Das vorliegende Kapitel skizziert die Entwicklung der öffentlichen Verschuldung der Mitgliedstaaten der EU, der Schweiz, der USA und Japans. Die Kennzahlen beziehen sich auf die Höhe der öffentlichen Verschuldung (in Relation zum BIP und zur Bevölkerung) und auf die Entwicklung der Verschuldung (Veränderung der Verschuldung innerhalb eines Jahres in % des Vorjahresstands und in % des BIP). Zudem wird in Tabelle 31 der Durchschnittszinssatz der öffentlichen Verschuldung für die EU-12-Länder präsentiert, der indirekt, auf Basis der ESGV-95-Daten über den gesamtstaatlichen Zinsaufwand und den öffentlichen Schuldenstand im Sinne von Maastricht ermittelt wurde.

Einleitend muss hier jedoch angemerkt werden, dass ein internationaler Vergleich über die öffentliche Verschuldung mehreren Limitationen unterliegt. Während für die öffentliche Verschuldung der Mitgliedsländer der EU in Hinblick auf die Konvergenzkriterien von Maastricht einheitliche Vorgaben existieren, beruhen die Basisdaten der Nicht-EU-Länder (Schweiz, USA und Japan) auf nationalen Berechnungsmethoden. Abweichungen ergeben sich hier insbesondere bei der Abgrenzung des Sektors „Staat“. So sind für die USA und Japan mangels verlässlicher Informationen über die Verschuldung des Gesamtstaates (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger) ausschließlich die offiziellen Daten über die Verschuldung des Zentralstaates (Treasury) in Tabelle 30 ausgewiesen. Ferner können die Kenngrößen zur öffentlichen Verschuldung durch Wechselkursänderungen beeinflusst sein. Dieser Aspekt kommt insbesondere bei der Pro-Kopf-Verschuldung von Nicht-WWU-Ländern sowie bei den Ergebnissen des EU-15-Aggregats zum Tragen. Darüber hinaus ist bei den Ergebnissen des Jahres 2001 zu berücksichtigen, dass diese teilweise noch auf Schätzungen beruhen (für Österreich siehe dazu Kapitel 3.3.).

Die **Verschuldungsdynamik in den EU-Staaten** verlangsamte sich vor dem Hintergrund der Budgetrestriktionen (Konvergenzkriterien, Stabilitäts- und Wachstumspakt) seit 1997 beachtlich: Im Jahr 1996 expandierte der Schuldenstand der EU-15 gegenüber dem Vorjahresendstand um 8,0%, 1997 nur noch um 3,9% und im Berichtsjahr 2001 um 1,1%. Ein ähnlicher Verlauf zeigt sich auch für den Euroraum, wenngleich die Zunahme des EU-12-Aggregats in der Regel über dem EU-Durchschnitt lag. Im Berichtsjahr 2001 kam der Konsolidierungsprozess in den meisten EU-Staaten allerdings zum Stillstand. So erhöhte sich der Schuldenstand des EU-12-Aggregats im Jahr 2001 mit 2,3% stärker als im Vorjahr mit 1,3%. Einen Abbau des Verschuldungsniveaus erzielten 2001 nur Großbritannien und Dänemark sowie in geringem Umfang auch Österreich mit einer Veränderung des Schuldenstandes um -0,1%.

In Relation zum BIP betrug 1996 die **Zunahme der öffentlichen Verschuldung** (Nettoneuverschuldung) im Euroraum 5,5% des BIP, im Jahr 2000 0,9% des BIP und im Jahr 2001 1,5% des BIP. Diese Quoten weichen aus konzeptiven Gründen (Stock-Flow-Adjustments⁷⁰) von den Defizitquoten im Sinne des Maastrichtvertrags bzw. des Stabilitäts- und Wachstumspakts in der Regel ab (siehe dazu Abschnitt 3.2), stellen aber gleichfalls einen Indikator für die laufende Budgetgebarung dar. Die höchsten Zuwächse der Verschuldung in Relation zum BIP wiesen im Jahr 2001 Portugal (5,5%), gefolgt von Italien (3,5%) und Griechenland (2,9%) auf. Österreich war 2001 das einzige Land des Euroraums, das eine negative Neuverschuldungsquote aufwies (-0,1% des BIP).

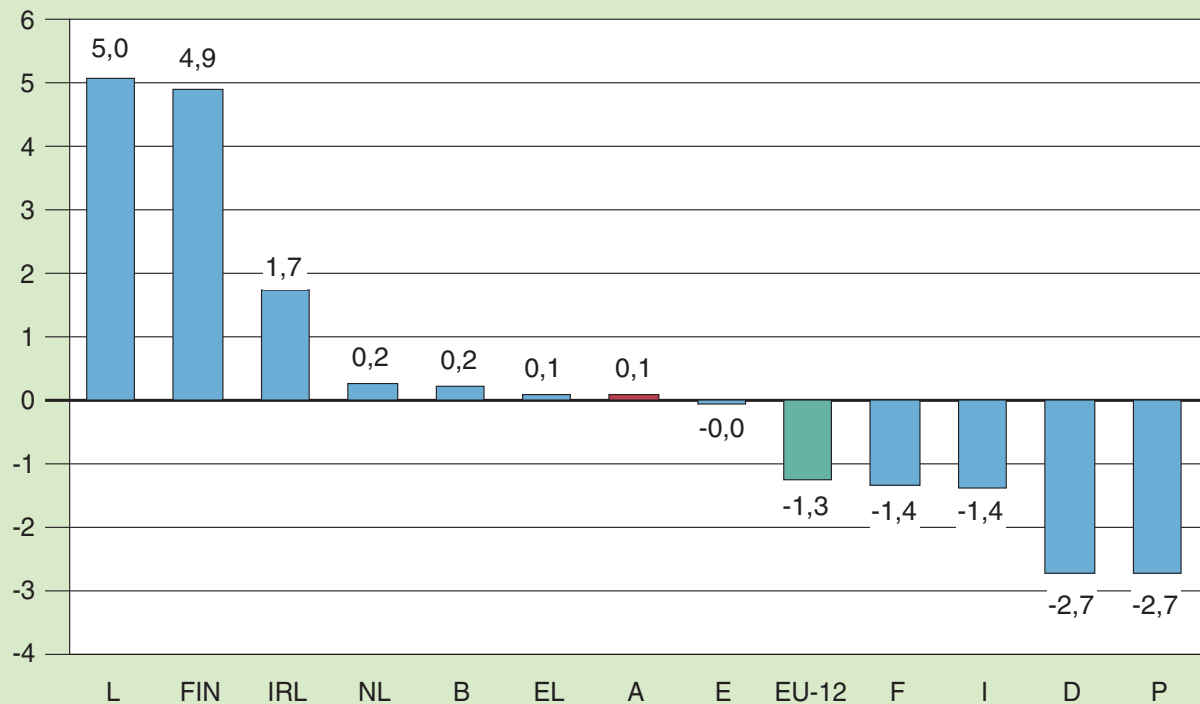
Die fiskalische Kenngröße im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumspaktes „**öffentliches Defizit in % des BIP**“ (siehe Grafik 13) verschlechterte sich im Berichtsjahr in den EU-12-Ländern ebenfalls. Im Durchschnitt war 2001 - nach derzeit vorliegenden Daten - ein negativer Budgetsaldo der EU-12-Länder von 1,3% des BIP zu verzeichnen, nachdem im Jahr 2000 noch ein leichter Budgetüberschuss von 0,2% des BIP erzielt wurde. Verantwortlich für die Verschlechterung der öffentlichen Finanzen im Euroraum waren nicht nur konjunkturelle Faktoren (Wirken der automatischen Stabilisatoren) sondern auch diskretionäre Maßnahmen sowie Sondereinflussfaktoren. So erfolgten in mehreren Ländern erhebliche Steuersenkungen (Deutschland,

⁷⁰ Stock-Flow-Adjustments ergeben sich insbesondere durch nicht defizitwirksame Transaktionen im Sinne des ESGV 95 wie Vermögensstransaktionen oder Rücklagenbewegungen, die ausschließlich den Finanzierungsbedarf verändern, durch intergovernmentale Veranlagungen, die den Schuldenstand verringern, durch zeitliche Abgrenzungsunterschiede (Accrualprinzip in Bezug auf das Defizit; Kassenprinzip in Bezug auf den Schuldenstand) sowie durch Wechselkursschwankungen.

Grafik 13

Öffentliche Finanzierungssalden der EU-12-Länder im Jahr 2001

in % des BIP

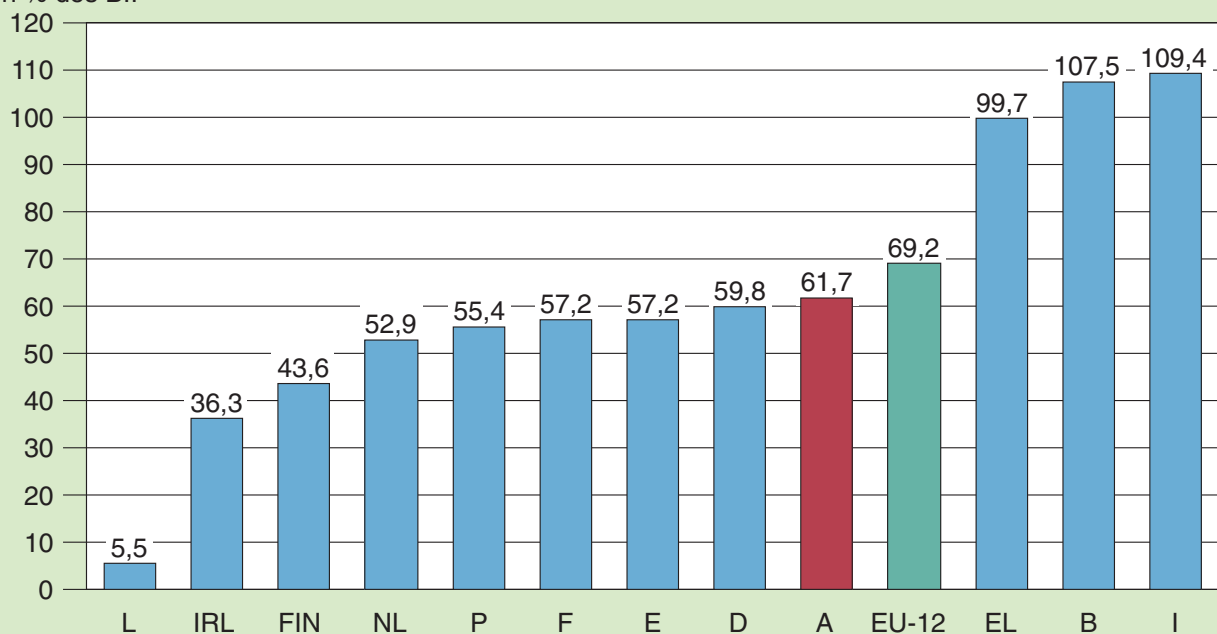


Quelle: EU-Kommission; Österreich: nationale Daten; EU-12: eigene Berechnung.

Grafik 14

Öffentliche Verschuldung der EU-12-Länder im Jahr 2001

in % des BIP



Quelle: EU-Kommission; Österreich: nationale Daten; EU-12: eigene Berechnung.

Tabelle 30: Kennzahlen zur öffentlichen Verschuldung 2000 und 2001

	Zu- / Abnahme der Verschuldung				Schuldenstand		Verschuldung pro Kopf	
	in % des Vorjahresstandes		in % des BIP		in % des BIP		der Bevölkerung (in EUR) ¹⁾	
	2000	2001	2000	2001	2000	2001	2000	2001
Belgien	0,2	1,9	0,2	2,0	109,3	107,5	26.500	26.900
Deutschland	0,9	0,9	0,6	0,5	60,3	59,8	14.900	15.000
Finnland	2,3	2,0	1,0	0,9	44,0	43,6	11.100	11.300
Frankreich	2,6	3,3	1,5	1,8	57,4	57,2	13.800	14.200
Griechenland	3,1	3,0	3,1	2,9	102,8	99,7	12.000	11.900
Irland	-8,6	4,4	-3,7	1,5	39,0	36,3	10.700	11.000
Italien	1,5	3,3	1,6	3,5	110,6	109,4	22.300	23.000
Luxemburg	4,5	3,4	0,2	0,2	5,6	5,5	2.600	2.700
Niederlande	-4,8	0,6	-2,8	0,3	56,0	52,9	14.100	14.100
Österreich	2,1	-0,1	1,3	-0,1	63,6	61,7	16.100	16.000
Portugal	4,8	10,9	2,5	5,5	53,4	55,4	6.100	6.800
Spanien	3,0	1,2	1,8	0,7	60,4	57,2	9.200	9.200
EU-12-Aggregat	1,3	2,3	0,9	1,5	70,3	69,2	15.200	15.500
Dänemark	-5,2	-1,1	-2,6	-0,5	46,8	44,7	15.300	15.100
Großbritannien	-1,8	-3,5	-0,8	-1,4	42,4	39,0	11.000	10.600
Schweden	-11,0	4,5	-6,8	2,4	55,3	55,9	14.100	14.700
EU-15-Aggregat	1,5	1,1	0,9	0,7	64,3	62,9	14.500	14.600
USA ²⁾	0,3	2,3	0,2	1,3	57,8	57,2	23.400	23.700
Japan ²⁾	9,3	11,6	8,6	12,0	101,7	115,7	35.700	39.700
Schweiz	1,3	2,3	0,6	1,1	50,0	49,6	18.900	19.200

1) Die öffentlichen Verschuldungsdaten der USA, Japans und der Schweiz sowie der Nicht-WWU-Länder wurden zu durchschnittlichen Devisenmittelkursen des Jahres 2001 in EUR umgerechnet und auf 100 EUR gerundet.

2) USA und Japan: Zentralstaat einschließlich intergovernmentaler Verbindlichkeiten; USA: Fiskaljahr (September).

Quelle: Österreich, USA, Japan, Schweiz: nationale Daten; EU-Länder: EU-Kommission; EU-12 und EU-15: eigene Berechnung.

Italien, Irland, Finnland). Zudem wurde der Budgetüberschuss im Euroraum im Jahr 2000 durch beachtliche Einnahmen aus dem Verkauf von UMTS-Lizenzen erzielt. Der Beitrag der UMTS-Lizenzversteigerungen zur Verbesserung des Budgetsaldos des Euroraums belief sich im Jahr 2000 im Schnitt auf 1,0% des BIP, wobei insbesondere Deutschland und Italien hohe Erträge (2,5% des BIP bzw. 1,3% des BIP) erzielten. Österreich lukrierte Einnahmen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen in Höhe von 0,4% des BIP.

Im Berichtsjahr 2001 konnte Österreich mit einem leicht positiven Budgetsaldo von 0,1% des BIP seine Position gegenüber den anderen WWU-Staaten deutlich verbessern. Merklich höhere Überschüsse erzielten nur Luxemburg (+5,0% des BIP), Finnland (+4,9% des BIP) und Irland (+1,7% des BIP). Einen in etwa ausgeglichenen Budgetsaldo verzeichneten 2001 neben Österreich noch die Niederlande, Belgien, Griechenland und Spanien mit Finanzierungssalden von +0,2% des BIP bis -0,1% des BIP. In den restlichen vier WWU-Ländern (Portugal, Deutschland, Italien, Frankreich) waren relativ hohe Budgetdefizite von bis zu 2,7% des BIP zu verzeichnen.

Der im Vertrag über die Europäische Union festgelegte Referenzwert für die **Verschuldung des öffentlichen Sektors** in Höhe von 60% des BIP wurde Ende 2001 bereits von elf EU-Ländern unterschritten. (Luxemburg: 5,5%; Irland: 36,3%; Großbritannien: 39,0%; Finnland: 43,6%; Dänemark: 44,7%; Niederlande: 52,9%; Portugal: 55,4%; Schweden: 55,9%; Frankreich: 57,2%; Spanien: 57,2% und Deutschland: 59,8%). Im Schnitt lag Ende 2001 die öffentliche Verschuldung der EU-Länder bei 62,9% des BIP (2000: 64,3% des BIP) und jene des Euroraums bei 69,2% des BIP (2000: 70,3% des BIP). Der Rückgang fiel 2001 mit durchschnittlich 1,4%-Punkten für die EU-Länder und 1,1%-Punkten für den Euroraum allerdings geringer als im

Vorjahr aus (EU-Länder: -3,1%-Punkte; WWU-Länder: -2,4%-Punkte). Die Verschuldungsquote von Österreich lag Ende 2001 mit 61,7% des BIP zwar über dem EU-Referenzwert von 60%, der Abbau der Verschuldungsquote wurde jedoch im Gegensatz zu den meisten anderen EU-Staaten beschleunigt (2000: -1,3%-Punkte; 2001: -1,8%-Punkte).

Das Verschuldungsniveau Europas gleicht sich infolge der rückläufigen Entwicklung zunehmend an jenes der USA, aber auch der Schweiz an. Die Verschuldungsquote der Gebietskörperschaften in der Schweiz betrug Ende 2001 49,6% des BIP und die Verschuldung des Bundes in den USA 57,2% des BIP. Ein gänzlich anderes Bild ergibt sich für Japan. Die Verschuldung Japans steigt seit Beginn der Neunzigerjahre ständig. Eine Trendwende des sehr dynamischen Verlaufes ist angesichts der äußerst schwierigen Wirtschaftslage zurzeit nicht in Sicht. Die Verschuldungsquote des Bundes von Japan erhöhte sich 2001 um 14%-Punkte und erreichte Ende des Jahres 115,7% des BIP.

Vergleicht man die beiden Verschuldungskennzahlen „Verschuldung in % des BIP“ und „Pro-Kopf-Verschuldung“, so zeigen sich insbesondere für die Schweiz und für Japan stark abweichende Ergebnisse. So weist 2001 die Schweiz mit 19.200 EUR die fünfthöchste Pro-Kopf-Verschuldung der hier betrachteten 18 Staaten auf, während die Verschuldungskenngröße im Verhältnis zum BIP eine eher niedrige Verschuldung anzeigt (6. Stelle ausgehend von der geringsten Verschuldung). Die Pro-Kopf-Verschuldung Japans mit 39.700 EUR überstieg jene von Belgien (26.900 EUR) und Italien (23.000 EUR) markant. Gemessen am BIP differierten die Verschuldungsquoten der drei Länder demgegenüber kaum. Wenngleich die Pro-Kopf-Verschuldung in Tabelle 30 präsentiert wird, so muss hier dennoch darauf hingewiesen werden, dass sich dieser Indikator für ökonomische Analysen nur sehr eingeschränkt eignet.

Tabelle 31: Durchschnittsverzinsung der Verschuldung des öffentlichen Sektors

	1998	1999	2000	2001
Belgien	6,3	6,1	6,2	6,1
Deutschland	6,0	5,9	5,6	5,4
Finnland	7,2	6,6	6,5	6,3
Frankreich	6,2	5,7	5,7	5,6
Griechenland	7,4	7,3	6,9	6,3
Irland	5,9	4,9	5,1	4,3
Italien	6,9	6,0	5,9	5,9
Luxemburg	6,0	5,5	5,3	5,1
Niederlande	7,3	7,1	6,9	6,4
Österreich	6,0	5,6	5,6	5,5
Portugal	6,3	6,1	5,9	5,8
Spanien	6,7	5,7	5,5	5,5
EU-12-Aggregat	6,5	6,0	5,8	5,7

1) Zinsaufwand im Sinne der budgetären Notifikation im Verhältnis zum durchschnittlichen Schuldenstand der Beobachtungsperiode.
Quelle: Europäische Kommission und eigene Berechnung.

Die **Durchschnittsverzinsung der öffentlichen Verschuldung** im Euroraum weist innerhalb des Beobachtungszeitraums einen rückläufigen Verlauf auf und betrug im Jahr 2001 im Schnitt 5,7%. Der Ländervergleich zeigt innerhalb des gesamten Beobachtungszeitraums ein relativ positives Bild für Österreich. Lässt man Luxemburg außer Acht, so finanzierte sich nur Irland merklich günstiger als Österreich. Ähnliche Ergebnisse wie für Österreich sind seit dem Beginn der WWU für Spanien und in jüngster Zeit auch für Deutschland zu beobachten. Diese Entwicklungen signalisieren, dass Zinsnachteile auf den Rentenmärkten durch ein aktives Portefeuillemanagement, den Einsatz von Derivativen und/oder durch Fremdwährungsfinanzierungen mit niedriger Nominalverzinsung wettgemacht werden können. Die im Vergleich zu allen anderen Ländern merklich niedrigere Durchschnittsverzinsung Irlands erklärt sich neben dem Einsatz von modernen Finanzierungsformen (vor allem Swaps) und Controllinginstrumenten insbesondere durch ein höheres Gewicht kurz- bis mittelfristiger Finanzierungs-

formen sowie variabel verzinsten Schuldkategorien. Fremdwährungsfinanzierungen werden - im Gegensatz zu Österreich - weder in Irland noch in den meisten anderen WWU-Ländern in nennenswertem Umfang in Anspruch genommen. Im EU-12-Durchschnitt betragen 2001 die öffentlichen Schulden in Nicht-WWU-Währungen unter 2% des BIP. Das Fremdwährungsvolumen von Österreich belief sich auf über 8% des BIP. Dabei ist jedoch anzumerken, dass eine Verschuldungsstruktur mit relativ niedriger Duration (Restlaufzeit des Schuldenportefolles unter Einschluss der Zinsströme) wie in Irland mit einem erhöhten Zinsänderungsrisiko einhergeht, das bei steigendem Marktzinsniveau die Kosten der öffentlichen Verschuldung erheblich anheben kann.

Im Berichtsjahr 2001 lagen die Durchschnittsverzinsungen der öffentlichen Schuld in Irland mit 4,3%, gefolgt von Deutschland mit 5,4%, Österreich und Spanien mit jeweils 5,5% sowie Frankreich mit 5,6% unter dem EU-12-Durchschnitt. Vergleichsweise hohe Finanzierungskosten hatten vor allem die Niederlande (6,4%), sowie Finnland und Griechenland (jeweils 6,3%).

6 FINANZMÄRKTE

6.1 Finanzierungsströme Österreichs mit dem Ausland

Die **österreichische Leistungsbilanz** ergab im Jahr 2001 ein Defizit von 4,6 Mrd EUR oder 2,2% des Bruttoinlandsprodukts. Das Leistungsbilanzdefizit war damit um knapp $\frac{1}{2}$ Mrd EUR geringer als im Jahr zuvor. Für diese erfreuliche Entwicklung waren eine Reihe von Gründen maßgeblich: Die gute Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Unternehmen, die trotz schwachem Welthandel Exportzuwächse und damit auch Marktanteile gewinnen konnten. Positiv beeinflusst wurde das Leistungsbilanzergebnis auch durch die Entwicklung der Erdölpreise, die nach dem starken Anstieg des Jahres 2000 im abgelaufenen Jahr gesunken sind. Weiters trug im Jahr 2001 die schwache Inlandsnachfrage zur Verringerung des Defizits bei. Diese Faktoren in Summe verbesserten den Saldo in der **Güter- und Dienstleistungsbilanz**, der erstmals seit 1994 wieder annähernd ausgeglichen war. Das Defizit der **Bilanz der laufenden Transfers** war 2001 mit 1,4 Mrd EUR etwas niedriger als im Jahr 2000. Eine wesentliche Einflussgröße dieser Teilbilanz sind die Beitragszahlungen Österreichs an die EU.

Die **Einkommensbilanz** wird zunehmend ein bestimmender Faktor der österreichischen Leistungsbilanz mit Bruttoströmen von über 13 Mrd EUR. Der negative Saldo in der Einkommensbilanz - primär als Folge der Leistungsbilanzdefizite der vergangenen Jahre - erreichte 2001 mit 3,0 Mrd EUR einen neuen Höchstwert. Entscheidend für die Nettoabflüsse in der Einkommensbilanz ist die Entwicklung der Nettozinsaufwendungen aus Portfolioinvestitionen, insbesondere aus langfristig festverzinslichen Wertpapieren. Staat und Banken sind gegenüber dem Ausland Nettoschuldner und zahlen deutlich mehr Zinsen an das Ausland als sie erhalten. Von den gesamten Zinszahlungen der in Wertpapieren verbrieften Verschuldung Österreichs gegenüber dem Ausland in Höhe von 8,4 Mrd EUR entfallen 48% auf den Staat. Die Währungsbehörde sowie private Haushalte und Investmentfonds sind dagegen Nettogläubiger und damit Nettoempfänger von Zinseinkommen.

Die österreichische **Kapitalbilanz** schloss 2001 mit einem Nettokapitalimport im Ausmaß von 3,8 Mrd EUR. Die Volumina der grenzüberschreitenden Kapitaltransaktionen sind im Berichtsjahr stark zurückgegangen: Sowohl die österreichischen Investitionen im Ausland als auch jene des Auslands in Österreich haben sich halbiert. Die Reduktion war im gesamten Jahresverlauf zu beobachten, sie war daher keine Folge der Ereignisse des 11. September. Vielmehr dürften folgende Ursachen für die Entwicklung der Kapitalströme Österreichs wirksam gewesen sein: An erster Stelle ist der geringere Finanzierungsbedarf auf Grund der deutlichen Konjunkturabkühlung zu nennen. Außerdem waren die grenzüberschreitenden Investitionen Österreichs in den Jahren 1999 und 2000 durch die Euroeinführung dominiert: Anleger aus Österreich und dem Euroraum waren mit einem wesentlich größeren „heimischen“ Kapitalmarkt konfrontiert und haben ihre Portefeuilles regional diversifiziert. Dieser Prozess dürfte nun zumindest teilweise abgeschlossen sein.

Die **Direktinvestitionen** Österreichs im Ausland lagen im Jahr 2001 bei 3 Mrd EUR, das war zwar nur halb so viel wie der Maximalwert des Jahres 2000, aber immer noch der dritthöchste bisher verzeichnete Jahreswert. Vier Fünftel der aktiven Direktinvestitionen entfielen auf Mittel- und Osteuropa. Der Rückgang der ausländischen Direktinvestitionen in Österreich fiel weniger stark aus als erwartet (5,9 nach 9,1 Mrd EUR). Die Fusion der Bank Austria AG mit der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG hatte im Jahr 2000 mit 6,3 Mrd EUR zu einem außergewöhnlichen Ergebnis von über 9 Mrd EUR beigetragen. Eine Wiederholung dieses Ergebnisses war nicht zu erwarten. Die regionale Konzentration ist bei passiven Direktinvestitionen wesentlich höher als bei aktiven. Mehr als 90% der passiven Direktinvestitionsflüsse kamen aus nur fünf Ländern. Größter Investor war im abgelaufenen Jahr das Vereinigte Königreich, gefolgt von Deutschland, den Niederlanden, den USA und der Schweiz.

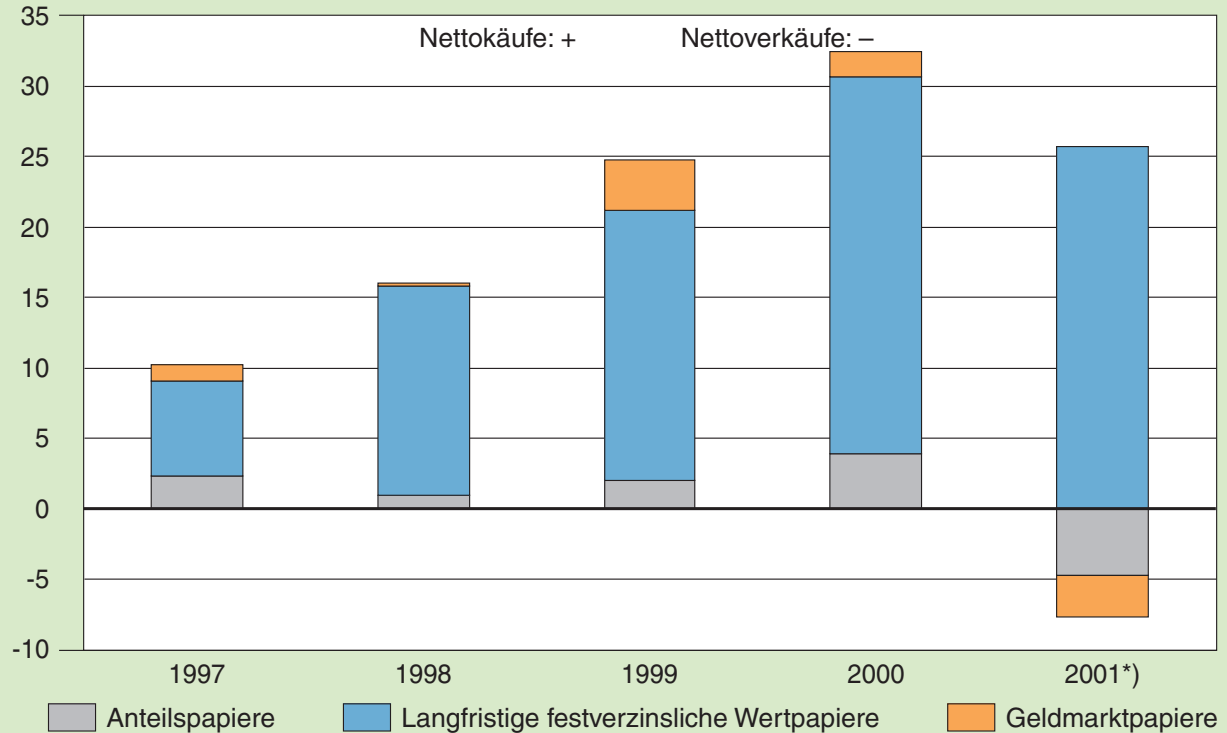
Die **Portfolioinvestitionen**, also die Veranlagung in Aktien, Anleihen und Geldmarktpapieren, dominieren weiterhin den grenzüberschreitenden Kapitalverkehr. Allerdings war sowohl der Erwerb ausländischer Wertpapiere durch Österreicher als auch der Kauf inländischer Wertpapiere durch ausländische Investoren geringer als 2000. Innerhalb der Portfoliotransaktionen war nur die grenzüberschreitende Veranlagung in langfristige Rentenwerte im Jahr 2001 in beiden Richtungen ähnlich hoch wie im Jahr 2000, während Veranlagungen in Aktien, Investmentfonds und Geldmarktpapiere abnahmen bzw. teilweise

Grafik 15

Aufbau österreichischer Wertpapierportefeuilles durch ausländische Anleger 1997 bis 2001

in Mrd EUR

Erwerb österreichischer Wertpapiere nach Wertpapierarten

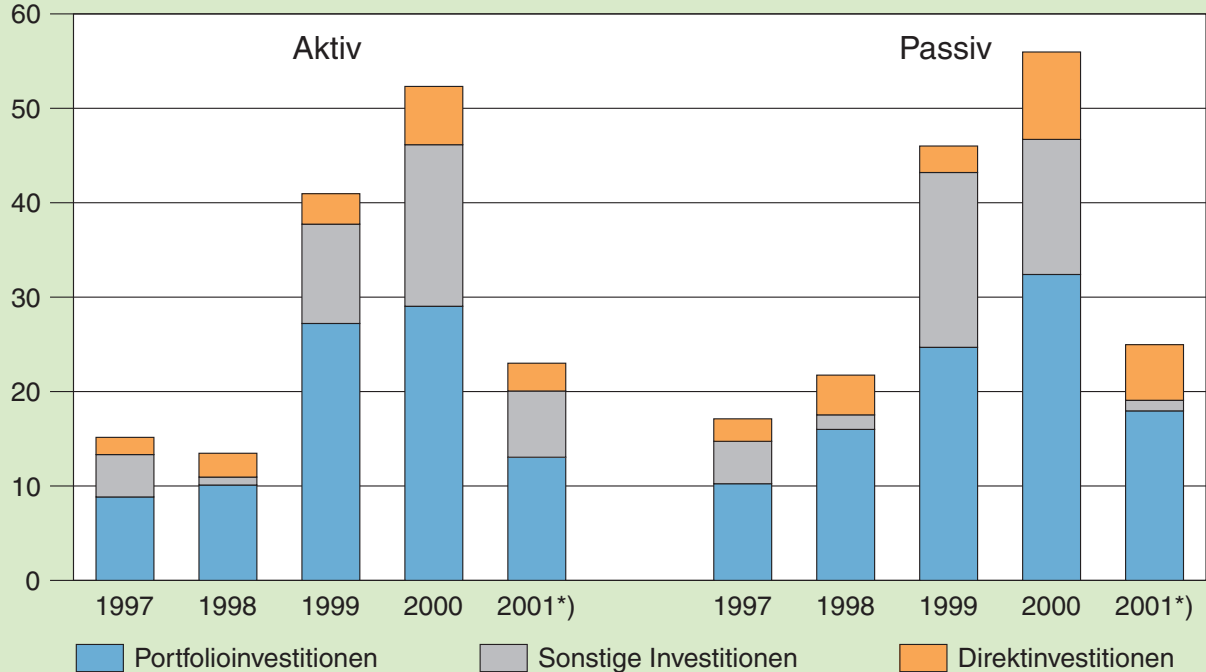


*) Vorläufige Daten. Quelle: OeNB.

Grafik 16

Komponenten der Kapitalbilanz Österreichs 1997 bis 2001

in Mrd EUR



*) Vorläufige Daten. Quelle: OeNB.

gegenläufige Entwicklungen zeigten. Insgesamt führten 2001 die Portfoliotransaktionen zu einem Nettokapitalimport von knapp 5 Mrd EUR.

Das **Auslandsengagement österreichischer Anleger** (Aktivseite) stand 2001 im Zeichen folgender Entwicklungen: Bei einer generell schwachen Performance der Aktienmärkte war der Erwerb von ausländischen Aktien durch österreichische Anleger - auch wenn man den Aktientausch der Bank Austria/Hypo- und Vereinsbank außer Acht lässt - im Jahr 2001 deutlich geringer als 2000. Demgegenüber blieb das Interesse an ausländischen Schuldverschreibungen lebhaft. Das Engagement ging von allen Sektoren der österreichischen Volkswirtschaft aus, besonders aber von institutionellen Anlegern und Banken. Auch die Veranlagung des Staats in ausländische Wertpapiere konzentrierte sich - anders als 2000 - überwiegend auf langfristige Rentenwerte. Das Engagement aller Sektoren erfolgte hauptsächlich in Emissionen aus dem Euroraum; mit großem Abstand folgten US-Papiere. Aber auch Emissionen aus Beitrittskandidatenländern stießen bei Anlegern auf wachsendes Interesse, was sich in einem Anteil von 6% am gesamten Nettoerwerb niederschlug. Erwähnenswert ist, dass die Papiere dieser Länder auch häufig schon in deren eigener Währung denominated sind.

Die **Investitionen von Ausländern in Österreich** (Passivseite) blieben volumenmäßig ebenso wie die Aktivseite unter den Vergleichswerten 2000: Das Interesse ausländischer Anleger galt auch im abgelaufenen Jahr vor allem langfristigen festverzinslichen Wertpapieren, während im kurzfristigen Bereich die Tilgungen bzw. Verkäufe überwogen. Ausländer kauften zwar weiterhin in erster Linie Staatspapiere, der Absatz von Bankenemissionen erreichte allerdings bereits ein annähernd gleich großes Volumen. Insgesamt erreichte im Jahr 2001 der Absatz an österreichischen Schuldverschreibungen im Ausland eine Höhe von 25,7 Mrd EUR. Der Erwerb von durch die Republik Österreich emittierten oder aufgestockten Anleihen im Jahr 2001 (13 Mrd EUR) durch Ausländer betrug 11,3 Mrd EUR bzw. 88% des Emissionsvolumens.

Die Entwicklung der Position Aktien war wesentlich vom Aktientausch Bank Austria/Hypo- und Vereinsbank geprägt: Die Aktien der Bank Austria wurden im Verhältnis 1:1 gegen Aktien der HVB getauscht. Mehr als die Hälfte der Bank Austria-Aktien war im Besitz von ausländischen Investoren gewesen und demzufolge zeigte die Zahlungsbilanz beim Umtausch hohe Rückflüsse inländischer Aktien aus dem Ausland.

Die in den Jahren 1999 und 2000 zu beobachtende starke Erhöhung der Transaktionsvolumina in der **Teilbilanz sonstige Investitionen** (hauptsächlich Einlagen und Kredite) setzte sich 2001 nicht fort. Die geringere Ausweitung dürfte primär Teil einer spiegelbildlichen Folge der ebenfalls geringeren Bruttoströme in den Bereichen Portfolioinvestitionen und Direktinvestitionen sein. Per saldo ergab sich ein Kapitalexport von netto 5,9 Mrd EUR (2000: 2,7 Mrd EUR).

Die **österreichischen Währungsreserven** verringerten sich im Jahr 2001 transaktionsmäßig um 2,1 Mrd EUR. Das Volumen an österreichischen Währungsreserven belief sich per Ende 2001 auf 17,7 Mrd EUR.

Tabelle 32: Zahlungsbilanz Österreichs 2000 und 2001 (Nettowerte in Mio EUR)

	2000 ¹⁾	2001 ²⁾
Leistungsbilanz	-5.041	-4.570
Güter und Dienstleistungen	-1.229	-189
Einkommen	-2.364	-3.011
Laufende Transfers	-1.448	-1.370
Vermögensübertragungen	-476	-561
Kapitalbilanz		
Forderungen	-52.009	-21.302
Verbindlichkeiten	56.159	25.064
Saldo	4.149	3.762
Gliederung nach Funktionen		
Direktinvestitionen		
Im Ausland	-6.244	-2.951
Im Inland	9.223	5.942
Saldo	2.979	2.991
Portfolioinvestitionen		
Ausländische Wertpapiere	-29.081	-13.065
Inländische Wertpapiere	32.371	17.957
Saldo	3.290	4.892
Sonstige Investitionen		
Forderungen	-16.994	-6.918
Verbindlichkeiten	14.297	1.057
Saldo	-2.697	-5.861
Finanzderivate	-261	-327
Offizielle Währungsreserven ³⁾	839	2.067
<i>Nachrichtlich: Zinstragende Investitionen</i>		
<i>Forderungen</i>	-29.619	-16.886
<i>Verbindlichkeiten</i>	43.131	24.771
Saldo	13.512	7.886
Sektorale Gliederung		
OeNB und Banken	17.938	-477
Forderungen	-16.941	-11.026
Verbindlichkeiten	34.879	10.549
Saldo	17.938	-477
Öffentlicher Sektor		
Forderungen	-4.140	-1.220
Verbindlichkeiten	11.413	10.156
Saldo	7.273	8.936
Sonstige Sektoren		
Forderungen	-30.928	-9.056
Verbindlichkeiten	9.867	4.359
Saldo	-21.061	-4.698
Statistische Differenz	1.368	1.369
1) Revidierte Daten. 2) Vorläufige Daten. 3) Oesterreichische Nationalbank: Gold, Devisen, IWF-Position, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +. Quelle: OeNB.		

6.2 Finanzierungsströme des Jahres 2001 und Vorschau für das Jahr 2002

Dieses Kapitel widmet sich den finanziellen Transaktionen der Wirtschaftseinheiten in Österreich und bildet in Form der „**Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung**“ das Anlageverhalten sowie die Änderungen der Vermögenspositionen von Sektoren und deren Refinanzierung nach Höhe und Struktur ab. Für Österreich liegt nunmehr eine von der OeNB erstellte Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung für die Jahre 1995 bis 2001⁷¹ vor, die konzeptiv auf der Ratsverordnung Nr. 2223/96 über das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 95) aufbaut. Die Ergebnisse für das Jahr 2001 beruhen zum Teil noch auf Schätzungen. Vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) wurde auf Basis dieser Informationen die Vorschau der Finanzierungsströme für das Jahr 2002 bereitgestellt.

Kernstück des ESVG 95 aus Sicht der Finanzierungsrechnung ist die EU-einheitliche Systematik und Definition von Finanzierungsinstrumenten und Sektoren. Die Sektorgliederung differenziert zwischen folgenden Wirtschaftsbereichen:

- Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften
- Finanzielle Kapitalgesellschaften
- Staat
- Private Haushalte
- Ausland

Der Begriff „**Kapitalgesellschaft**“ ist dabei nicht ausschließlich juristisch zu verstehen; er umfasst vielmehr etwa in Zusammenhang mit den „nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften“ in der vorliegenden Abgrenzung der OeNB-Finanzierungsrechnung neben den Kapitalgesellschaften im engeren Sinn auch selbstständig Erwerbstätige und freie Berufe sowie Personengesellschaften. Darin weicht das Konzept der österreichischen Finanzierungsrechnung vom ESVG 95 ab, das grundsätzlich selbstständig Erwerbstätige, freie Berufe und Personengesellschaften den „privaten Haushalten“ zuordnet. Aus Datengründen war eine getrennte Erfassung und damit eine ESVG 95 konforme Zurechnung dieser Teilsektoren zu den „privaten Haushalten“ nicht möglich. Ebenfalls aus Datengründen mussten die „privaten Organisationen ohne Erwerbszweck“ - entgegen dem Zuordnungsschlüssel des ESVG 95 - dem Sektor „private Haushalte“ zugerechnet werden.

Der Sektor „**finanzielle Kapitalgesellschaften**“ umfasst entsprechend der Abgrenzung im ESVG 95 die Teilsektoren Zentralbank, Kreditinstitute, sonstige Finanzinstitute (z. B. Investmentfonds), Kredit- und Versicherungshilfstätigkeiten sowie Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen. Die Abgrenzung des Sektors „Staat“ und seiner Teilsektoren (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung) erfolgt ebenfalls im Wesentlichen gemäß ESVG 95. Der Bundessektor wird in weiterer Folge wegen seiner Bedeutung für das heimische Finanzmarktsystem gesondert dargestellt (siehe Tabellen 32 und 33).⁷²

Die berücksichtigten Finanzierungsinstrumente folgen in der Abgrenzung und im Konzept dem Gliederungs- und Klassifikationssystem gemäß ESVG 95. Aus Datengründen können die vorliegenden Berechnungen für das Jahr 2001 und die Vorschau 2002 lediglich auf Ebene der Hauptgruppen „Währungsgold und Sonderziehungsrechte“, „Bargeld und Einlagen“, „Wertpapiere und Finanzderivate“, „Kredite“, „Anteilsrechte“, „versicherungstechnische Rückstellungen“ sowie „sonstige Forderungen bzw. Verbindlichkeiten“ vorgenommen werden. Darüber hinaus erforderten die bekannten Erfassungs- und Bewertungsprobleme in der Geldvermögens- und Kreditstatistik (z. B. große Datenlücken bei Aktien und sonstigen Anteilsrechten, Vermengung von Nominal- und Marktbewertung) zum Teil weit reichende Ergänzungen der Primärdaten durch Annahmen, Hochrechnungen und Schätzungen.

⁷¹ Siehe dazu Beilagen zu den „Statistischen Monatsheften“ der OeNB, 9/1999, 1/2000, 9/2000 und 9/2001.

⁷² Auf einen Ausweis des Teilsektors „sonstige öffentliche Haushalte (Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger)“ wurde angesichts statistischer Unschärfen und der Heterogenität verzichtet.

Tabelle 33: Finanzierungsströme 2001 ¹⁾ (Nettowerte in Mrd EUR)

	Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaftsch.		Finanzielle Kapitalgesellschaftsch.		Staat		Private Haushalte		Inland		Ausland		Insgesamt	
	Kapitalgesellschaftsch.		Kapitalgesellschaftsch.		Insgesamt		Bundessektor		Inland		Ausland		Insgesamt	
	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben
Währungsgold und SZR	-	-	-0,16	-	-	-	-	-	-0,16	-	-0,16	-	-0,16	-0,16
Währungsgold	-	-	-0,27	-	-	-	-	-	-0,27	-	-0,27	-	-0,27	-0,27
Sonderziehungsrechte (SZR)	-	-	+0,12	-	-	-	-	-	+0,12	-	+0,12	-	+0,12	+0,12
Bargeld und Einlagen	+1,99	-	+16,88	+25,45	+2,91	-	+0,51	-	+25,89	+25,45	+6,54	+6,97	+32,43	+32,43
Bargeld	-1,11	-	+0,10	-3,98	-0,00	-	-0,00	-3,00	-4,01	-3,98	-	-0,03	-4,01	-4,01
Sichteinlagen	+0,54	-	+4,65	+3,33	+0,36	-	-0,46	+1,86	+7,41	+3,33	-3,09	+0,99	+4,31	+4,31
Sonstige Einlagen	+2,56	-	+12,13	+26,11	+2,55	-	+0,97	+5,26	+22,49	+26,11	+9,64	+6,02	+32,13	+32,13
Wertpapiere und Finanzderivate	+0,09	+2,49	+5,68	+10,78	+0,38	+5,17	+0,38	-0,48	+5,68	+18,45	+23,04	+10,27	+28,72	+28,72
Geldmarkt- und Kapitalmarktpapiere	+0,09	+2,49	+5,67	+10,78	+0,38	+4,83	+0,38	-0,48	+5,66	+18,10	+22,70	+10,26	+28,36	+28,36
Finanzderivate	-	-0,00	+0,01	-0,00	-	+0,35	-	-	+0,01	+0,34	+0,35	+0,01	+0,36	+0,36
Kredite	+1,49	+9,67	+13,90	+0,40	-1,12	-2,69	+2,03	-0,05	+14,21	+11,18	+3,03	+6,06	+17,23	+17,23
Anteilsrechte	+6,21	+8,53	+7,51	+5,35	+0,14	-	+0,14	+3,84	+17,70	+13,87	+0,14	+3,97	+17,84	+17,84
Anteilsrechte	+5,39	+8,53	+2,14	-3,89	-0,15	-	-0,15	+0,92	+8,29	+4,64	-0,92	+2,74	+7,38	+7,38
Investmentzertifikate	+0,82	-	+5,38	+9,24	+0,29	-	+0,29	+2,92	+9,41	+9,24	+1,05	+1,22	+10,46	+10,46
Versicherungstechn. Rückstellung	-	-	-	+3,48	-	-	-	+3,48	+3,48	+3,48	-	-	+3,48	+3,48
Sonst. Forderungen/Verbindlichk.	-0,20	-0,45	+0,03	-0,22	+0,00	+0,00	+0,00	-0,00	-0,17	-0,66	-0,61	-0,12	-0,78	-0,78
Sektorsumme	+9,57	+20,24	+43,85	+45,24	+2,31	+2,49	+3,06	+10,90	+66,63	+71,77	+32,14	+27,00	+98,77	+98,77
Finanzierungssaldo	-10,67		-1,39		-0,18		-0,33	+7,09	-5,14		+5,14		-	

1) Vorläufige Ergebnisse.
Quelle: OeNB.

6.2.1 Umfang und Struktur der Finanzierungsströme im Jahr 2001

Im Berichtsjahr 2001 war die **Geldvermögensbildung** (Bargeld, Veranlagungen in Einlagen, festverzinsliche Wertpapiere, Aktien, Investmentzertifikate und Versicherungsprodukte sowie Kreditvergaben) ebenso wie der **Finanzierungsbedarf** (Kreditaufnahmen, Hereinnahme von Einlagen sowie Wertpapieremissionen einschließlich Anteilsrechte) der **gesamten österreichischen Volkswirtschaft** vor dem Hintergrund der ausgeprägten Konjunkturabkühlung deutlich schwächer als im Jahr 2000.

Nach ersten vorläufigen Berechnungen betrug der **Vermögensaufbau**⁷³ im Jahr 2001 66,6 Mrd EUR gegenüber 87,7 Mrd EUR im Jahr 2000. Die Geldvermögensbildung erreichte damit 31% des BIP (2000: 43%). Die Gliederung nach Finanzierungsinstrumenten zeigt eine Präferenz der Veranlagung in liquide und relativ risikoarme Einlagen (insbesondere bei inländischen Banken) während sich die Zuwachsraten bei den Finanzierungsprodukten Wertpapiere, Anteilsrechte und Kredite im Vergleich zum Jahr 2000 nahezu halbiert haben. Die Vermögensbildung war auch von der zu Jahresbeginn 2002 durchgeführten Euroeinführung spürbar beeinflusst. Der Bargeldumlauf reduzierte sich im Berichtsjahr 2001 um knapp 4 Mrd EUR auf rund 11,7 Mrd EUR.

Das **Neufinanzierungsvolumen**⁷⁴ in Österreich erreichte im Jahr 2001 ein Ausmaß von insgesamt 71,8 Mrd EUR im Vergleich zu 93,2 Mrd EUR im Jahr davor. Das Mittelaufkommen stammte vor allem aus der Hereinnahme von Einlagen, während die Aufnahme von Fremdkapital in Form von Wertpapieren und Krediten unter den Zuwachsraten des Vergleichsjahres 2000 lag.

Der **Finanzierungssaldo** (Saldo aus Geldvermögensbildung und Finanzierungen bzw. Leistungsbilanzsaldo einschließlich Vermögensübertragungen) der **österreichischen Volkswirtschaft** betrug -5,1 Mrd EUR. Der Nettofinanzierungsbedarf gegenüber dem Ausland fiel 2001 angesichts vergleichsweise hoher Vermögensübertragungen nur etwas geringer als im Jahr 2000 aus (2000: -5,4 Mrd EUR).

Die seit Beginn der WWU beobachtbare internationale Diversifizierung der Finanzierungsströme wurde im Berichtsjahr weit weniger stark fortgesetzt. Die Auslandsveranlagungen Österreichs gingen ebenso deutlich zurück wie die Finanzierungen durch das Ausland. Von der gesamten Geldvermögensbildung im Jahr 2001 wurden rund 41% im Ausland veranlagt (2000: 55%), während der Finanzierungsbedarf Österreichs zu rund 45% (2000: 58%) vom Ausland abgedeckt wurde.

Die finanziellen Verflechtungen zwischen und innerhalb der einzelnen Sektoren ergaben folgendes Bild: Die **finanziellen Kapitalgesellschaften** (Finanzintermediäre) investierten von ihrer gesamten Geldvermögensbildung in Höhe von 43,8 Mrd EUR beinahe die Hälfte (18,9 Mrd EUR) im eigenen Sektor. Dies betraf vor allem die Finanzierungsinstrumente Einlagen, Bankaktien und Investmentfonds. Auch wurde der Vermögensaufbau gegenüber dem privaten nichtfinanziellen Sektor (private Haushalte und Unternehmungen) weiter erhöht, während die Gläubigerposition gegenüber dem Staatssektor netto reduziert wurde. Dieses Ergebnis resultierte vor allem aus dem Verkauf von Staatskrediten durch Versicherungen sowie durch Nettotilgungen von festverzinslichen Wertpapieren des Staates. Die **nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften** (Unternehmen) investierten ihr Geldvermögen vor allem beim finanziellen Sektor, im Ausland und zu einem erheblichen Anteil auch im eigenen Sektor, während die **privaten Haushalte** de facto ausschließlich bei den Finanzintermediären und im Ausland ihr Geldvermögen veranlagten.

Der Sektor **Staat** erreichte 2001 einen nahezu ausgeglichenen Finanzierungssaldo (-0,18 Mrd EUR gemäß ESVG-Abgrenzung⁷⁵). Der Finanzierungsbedarf belief sich auf 2,5 Mrd EUR. Der Staat ging dabei eine zusätzliche Verschuldung in Form von Wertpapieremissionen in Höhe von 4,8 Mrd EUR ein, während Kredite in Höhe von 2,7 Mrd EUR zurückgezahlt

73 Veränderung der Finanzaktiva in der Beobachtungsperiode ohne Bewertungsänderungen.

74 Veränderung der Finanzpassiva in der Beobachtungsperiode ohne Bewertungsänderungen.

75 Im Unterschied zum Finanzierungssaldo laut budgetärer Notifikation werden zinsbasierte Swaps in dieser Darstellungsform als Finanztransaktion betrachtet (siehe Kapitel 3.1).

wurden. Im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere wurden kurzfristige Wertpapiere reduziert und das Umlaufvolumen der langfristigen Wertpapiere (inklusive der Rechtsträgerfinanzierung und der Eigenquote des Bundes) um 7,1 Mrd EUR erhöht. Die Mittelverwendung wurde im Jahr 2001 in Form von Einlagen bei Banken getätigt bzw. wurden Kredite an den Unternehmenssektor gewährt. Die Rechtsträgerfinanzierung belief sich im Jahr 2001 auf 2,0 Mrd EUR. Ferner verkauften einzelne Bundesländer ihre Wohnbaudarlehen. In Bezug auf die in Tabelle 33 ausgewiesenen Ergebnisse der Teilsektoren des Staates (Bundessektor, sonstiger öffentlicher Sektor) muss angemerkt werden, dass die primärstatistischen Informationen gegenwärtig eine klare Trennung nur teilweise zulassen.

Die **Geldvermögensbildung** der **privaten Haushalte** war 2001 schwach. Die privaten Haushalte (inklusive private Organisationen ohne Erwerbszweck) als Nettogläubiger innerhalb der inländischen volkswirtschaftlichen Sektoren erhöhten ihr Geldvermögen (ohne Berücksichtigung von Bewertungseffekten) im Jahr 2001 um 10,9 Mrd EUR im Vergleich zu 14,0 Mrd EUR im Jahr 2000. Zum Jahresende 2001 betrug das gesamte Geldvermögen 280,9 Mrd EUR, das entspricht 220% des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stieg geringer als der private Konsum und verminderte die volkswirtschaftliche Sparquote der privaten Haushalte. Ferner wurde von den privaten Haushalten die Zusammensetzung der Mittel, die für finanzielle Investitionen herangezogen wurden, geändert: Die Einführung des Euro als physisches Zahlungsmittel führte dazu, dass die Bargeldhaltung deutlich gesenkt wurde (Rückgang um rund 3 Mrd EUR). Die Bargeldbestände wurden zum Teil für Konsumzwecke verwendet bzw. in kurzfristige Einlagen bei Banken investiert. Der Zuwachs bei den Bankeinlagen war im Vergleich zu den Vorjahren überdurchschnittlich hoch und erreichte einen Wert von 7,1 Mrd EUR. Die direkte Veranlagung in festverzinslichen Wertpapieren wurde im Gegensatz zum Vorjahr nicht mehr fortgesetzt; netto wurden sogar Wertpapiere im Jahr 2001 verkauft. Maßgebliche Gründe für diese Desinvestitionen sind das Abreifen von Wertpapieren und die Umschichtungen aus anonymen Depots. Zuwächse verzeichneten lediglich die steuerlich begünstigten Wohnbauanleihen. Die privaten Haushalte erwarben 2001, nicht zuletzt durch Umschichtungen in risikoärmere Produkte, weniger Aktien und Investmentzertifikate als im Vergleichszeitraum 2000. Insgesamt machten die Investitionen in Aktien und Anteilsrechte 3,8 Mrd EUR aus, wovon 2,9 Mrd EUR auf inländische Investmentzertifikate entfielen. Im Vergleich zum Jahr 2000 war der Zuwachs in Anlagen bei Versicherungen und Pensionskassen relativ konstant. Der vorläufige Wert machte für das Jahr 2001 3,5 Mrd EUR aus (2000: 4,2 Mrd EUR).

Auch die **Neuverschuldung der privaten Haushalte** war 2001 niedriger als 2000. Das Volumen an Bankkrediten wurde 2001 um insgesamt 3,7 Mrd EUR erhöht (2000: 4,5 Mrd EUR). Zudem kam es durch die Verkäufe von Wohnbaudarlehen einzelner Bundesländer an Banken zu einer Umschichtung der Gläubigerstruktur bei der Position „Kredite“. Der **positive Finanzierungssaldo** (Geldvermögensbildung abzüglich Finanzierungen) der privaten Haushalte reduzierte sich im Jahr 2001 auf 7,1 Mrd EUR gegenüber 9,4 Mrd EUR im Jahr 2000.

Die **nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften** (Unternehmen) verringerten ihren **negativen Finanzierungssaldo** im Jahr 2001 auf 10,7 nach 11,1 Mrd EUR im Jahr 2000. Vor allem die deutlich verschlechterte Konjunkturlage, aber auch die Streichung des Investitionsfreibetrags mit Anfang 2001, die Vorzieheffekte im Jahr 2000 nach sich zog, dämpften die Investitionsbereitschaft der Unternehmen 2001 merklich. Gleichzeitig dürfte der Eigenfinanzierungsgrad infolge der schlechteren Ertragslage zurückgegangen sein. Die wesentlichsten Finanzierungsquellen für die Unternehmen stellten 2001 neben den traditionellen Bankkrediten auch Beteiligungen und Kredite aus Direktinvestitionsbeziehungen dar. Das Volumen der neu aufgenommen Bankkredite machte 2001 4,3 Mrd EUR aus. Einen großen Anteil an den Finanzierungen der Unternehmen hatte im Jahr 2001 das Ausland mit 7,7 Mrd EUR, wobei die Kapitalzuflüsse aus Direktinvestitionen 4,9 Mrd EUR ausmachten. Die neu gewährten Kredite aus dem Titel der „Rechtsträgerfinanzierung“ machten im Jahr 2001 2,0 Mrd EUR aus. Insgesamt hatten die Unternehmen in Österreich im Jahr 2001 einen Finanzierungsbedarf von 20,2 Mrd EUR (2000: 22,2 Mrd EUR). Andererseits erhöhten die Unternehmen ihr Geldvermögen um 9,3 Mrd EUR im Jahr 2001 gegenüber 11,1 Mrd EUR im Jahr davor. Die wesentlichste Veranlagungsform stellte der Erwerb zusätzlicher Anteilsrechte mit 6,2 Mrd EUR dar, wovon 2,2 Mrd EUR aus zusätzlichen Kapitalverflechtungen in Zusammenhang mit Direktinvestitionen resultierten.

6.2.2 Vorschau auf die Finanzierungsströme 2002

Die deutliche Verbesserung des Wirtschaftsklimas in den USA und Europa seit Beginn 2002 begünstigt die zügige Erholung der heimischen Konjunktur. Obgleich sich die Güterproduktion in den USA und Europa im 1. Halbjahr 2002 etwas verhaltener belebt hat als noch zu Jahresbeginn angenommen wurde, bestätigen nahezu alle vorseilenden Indikatoren die optimistischen Wachstumserwartungen für das laufende Jahr. Die heimische Wirtschaftsleistung wird von Quartal zu Quartal kräftiger expandieren und zu Jahresende ein reales Wirtschaftswachstum von mehr als 2 1/2% erreichen. Im Jahresdurchschnitt wird die österreichische Wirtschaft 2002 nach der jüngsten WIFO-Prognose (Juni 2002) - wegen dem niedrigen Ausgangsniveau zu Jahresbeginn - real jedoch nur um 1,2% wachsen.

Die WIFO-Prognose basiert unter anderem auf der Annahme, dass die politischen Turbulenzen im Nahen Osten zu keinem markanten Anstieg der Rohölpreise und die anhaltend hohe Unsicherheit auf den internationalen Finanzmärkten zu keinem nachhaltigen Attentismus bei den Investoren führt. Für die Prognose der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme sind jedoch vor allem Annahmen bzw. endogene Ergebnisse der realwirtschaftlichen Wachstumsprognose von Bedeutung, die sich auf das Investitionsverhalten der Unternehmen, auf die Budgetpolitik des Staates, auf die Einkommensentwicklung und Konsumneigung der privaten Haushalte, die Zinsentwicklung auf den Geld- und Kapitalmärkten sowie auf die Veranlagungs- bzw. Finanzierungspräferenzen von Investoren bzw. Emittenten beziehen.

Die Vorschau auf die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme 2002 (Tabelle 35) basiert im Wesentlichen auf den nachstehenden Annahmen, die - von einigen wenigen finanzierungstechnischen Anpassungen abgesehen - mit den Grundlagen und Ergebnissen der WIFO-Prognose zur Jahresmitte übereinstimmen. Die konjunkturell bedingte unterdurchschnittliche Kapazitätsauslastung sowie die mäßige Gewinnentwicklung im Vorjahr und auch noch im laufenden Jahr lässt für 2002 keine deutliche Verbesserung der Investitionsbereitschaft der Unternehmen erwarten. Die Investitionsbereitschaft der Unternehmen hat sich laut WIFO-Investitionstest schon seit Mitte 2001 deutlich verschlechtert und verharrt seither auf niedrigem Niveau. Für 2002 rechnet das WIFO mit keinem realen Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen. Besondere Zurückhaltung üben die Unternehmen bei Bauinvestitionen, die in der Regel zu einem erheblichen Teil durch Bankkredite finanziert werden.

Der **Staatshaushalt** war 2001 zum ersten Mal seit 1974 nahezu ausgeglichen. Dieses Ergebnis ist überwiegend auf einen starken Anstieg der Abgabenquote zurückzuführen. Der Haushaltssaldo nach Maastricht-Definition wird 2002 laut WIFO-Prognose wegen der verzögerten Effekte der vorjährigen Konjunkturabschwächung geringfügig negativ sein, jedoch näher bei der Null- als der 1%-Marke liegen. Vor allem ausgabenseitig wird mit einer höheren Belastung durch die Zunahme der Arbeitslosigkeit gerechnet; auf der Einnahmenseite erschwert die unterdurchschnittliche Entwicklung der Einkommens- und Körperschaftssteuern die Fortsetzung des Konsolidierungskurses.

Die Nachfrage der **privaten Haushalte** stützt die Erholung der heimischen Konjunktur im laufenden Jahr. Der private Konsum stieg im Vorjahr real um mehr als 1%, obgleich die realen verfügbaren Einkommen stagnierten. Die Sparquote der privaten Haushalte sank daher 2001 deutlich, was unter anderem auch auf die höhere Steuerbelastung zurückzuführen war. Heuer werden die realen verfügbaren Einkommen um etwa 1 1/2% wachsen. Die Konsumenten werden jedoch in einem ähnlich hohen Ausmaß mehr ausgeben, sodass 2002 mit keinem signifikanten Anstieg der Sparquote gerechnet werden kann.

Die **Inflation** im Euroraum erwies sich auch während der jüngsten Konjunkturabschwächung als relativ hartnäckig. Die Europäische Zentralbank wird deshalb ihre Leitzinssätze - auch in Anbetracht der sich abzeichnenden Konjunkturerholung - heuer voraussichtlich nicht weiter senken.

Das **Zinsniveau** auf den Geldmärkten wird laut WIFO-Prognose 2002 mit 3,5% deutlich unter dem Durchschnitt der letzten zwei Jahre liegen und erst im nächsten Jahr kräftig steigen. Die langfristigen Zinsen werden schon heuer deutlich anziehen, obgleich der kräftige Anstieg in den ersten drei Monaten auf Grund des labilen internationalen Marktgefüges und der pessimistischen Erwartungshaltung vieler Investoren sich nicht weiter fortsetzte. Risikoaversion und Unsicherheit über die Nachhal-

tigkeit des Aufschwungs hält die internationale Nachfrage nach Rentenwerten hoch. Auf den Märkten für festverzinsliche Anleihen waren kurzzeitig wiederum Kursgewinne bzw. rückläufige Renditen zu beobachten. Mit zunehmender Festigung des internationalen Konjunkturaufschwungs werden sich jedoch die Aktienmärkte erholen, und die Renditen auf den Rentenmärkten weiter steigen. Das WIFO rechnet für heuer im Jahresdurchschnitt mit einem Anstieg der Rendite für zehnjährige Staatsanleihen auf 5,4% (2001: 5,1%).

Das Geschehen auf den **nationalen und internationalen Finanzmärkten** wird heuer über weite Strecken noch von Vorsicht und Zurückhaltung bestimmt bleiben. Institutionelle Investoren wie auch Kleinanleger sind immer noch überdurchschnittlich risikoavers und präferieren sichere und liquide Veranlagungsformen. Diese pessimistische Grundtendenz wird sich erst gegen Jahresende verbessern. Das Finanzierungsverhalten der Unternehmen wird ebenfalls von der noch labilen Kapitalmarktsituation nachhaltig beeinflusst; die Unternehmen präferieren großteils kurzfristige vor langfristiger Finanzierung und Bankvor Kapitalmarktfinanzierung. Die konservative Präferenzstruktur der Investoren kommt allerdings dem höheren Finanzierungserfordernis der öffentlichen Hand entgegen.

Tabelle 34: Entwicklung der Finanzierungssalden 2000 bis 2002 (in % des BIP)

	2000	2001 ¹⁾	2002 ²⁾
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	-5,0	-5,1	-4,9
Finanzielle Kapitalgesellschaften	-1,0	-0,7	-0,5
Staat insgesamt	-0,6	-0,1	-0,4
<i>davon Bundessektor</i>	-0,5	-0,2	-1,0
Private Haushalte	4,2	3,4	3,6
Ausland	2,5	2,4	2,2
1) Vorläufige Daten. 2) Prognose.			

Tabelle 34 gibt einen zusammenfassenden **Überblick der sektoralen Finanzierungssalden** in Prozent des nominellen Bruttoinlandsprodukts seit 2000, einschließlich der Prognose für 2002. Der Verlauf der Salden zeigt deutlich den Einfluss der Konjunktur auf das externe Finanzierungserfordernis der einzelnen Sektoren, aber auch die Auswirkungen der Konsolidierung des Staatshaushalts sind deutlich erkennbar. Dies zeigt sich insbesondere im Rückgang des positiven Finanzierungssaldos der privaten Haushalte. Die privaten Haushalte sparen in Phasen der Wachstumsabschwächung weniger, sie passen ihr Konsumverhalten nur teilweise an die konjunkturbedingt schwächere Einkommensentwicklung an.

Tabelle 35 zeigt die sektoralen **Finanzierungssalden für 2002** auf der Grundlage der Finanzierungskonten der einzelnen Wirtschaftsbereiche. Sie gibt eine detaillierte Darstellung der zu erwartenden Änderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten entsprechend der Annahmen über das Anlageverhalten der privaten Haushalte, des Finanzierungsverhaltens der Produktionsunternehmen, der Kreditaufnahme der öffentlichen Haushalte, der Transaktionen der Unternehmen des Finanzsektors sowie der Änderungen der Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten gemäß der Juni-Prognose des WIFO.

Der Sektor der **nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften** wird heuer mit 10,6 Mrd EUR ein ähnlich hohes Finanzierungsdefizit aufweisen wie im Vorjahr. Die Kreditaufnahme insgesamt bleibt im Vergleich zu den Vorjahren verhalten, die Gesamtverbindlichkeiten wachsen mit 7,6% deutlich schwächer als 2001 (8,5%). Die Ausweitung der Verbindlichkeiten in Form von Anteilsrechten wird mit 8% deutlich unter dem langjährigen Trend bleiben.

Tabelle 35: Vorschau auf die Finanzierungsströme 2002 (Nettowerte in Mrd EUR)

	Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaftsch.		Finanzielle Kapitalgesellschaftsch.		Staat		Private Haushalte		Inland		Ausland		Insgesamt		
	Soll	Haben	Soll	Haben	Insgesamt		Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	
					Soll	Haben									
Währungsgold und SZR															
Währungsgold	-	-	-0,15	-	-	-	-	-	-	-	-	-0,15	-	-0,15	-0,15
Sonderziehungsrechte (SZR)	-	-	-0,16	-	-	-	-	-	-	-	-	-0,16	-	-0,16	-0,16
Bargeld und Einlagen															
Bargeld	-	-	+0,01	-	-	-	-	-	-	+0,01	-	+0,01	-	+0,01	+0,01
Sichteinlagen	+2,08	-	+15,03	+31,49	+1,37	-	+0,45	-	+6,03	+24,51	+31,49	+10,60	+3,63	+35,11	+35,11
Sonstige Einlagen	+0,88	-	+0,16	+2,67	+0,00	-	+0,00	+1,60	+1,60	+2,64	+2,67	-	-0,03	+2,64	+2,64
Wertpapiere und Finanzderivate															
Geldmarkt- und Kapitalmarktpapiere	+0,33	-	-0,07	+2,84	+0,29	-	+0,09	+1,47	+1,47	+2,03	+2,84	+1,29	+0,48	+3,32	+3,32
Finanzderivate	+0,86	-	+14,94	+25,98	+1,08	-	+0,36	+2,96	+2,96	+19,84	+25,98	+9,32	+3,17	+29,15	+29,15
Kredite															
Anteilsrechte	-0,49	+3,15	+14,72	+10,51	+1,57	+8,87	+1,57	-2,15	-2,15	+13,66	+22,52	+23,19	+14,32	+36,85	+36,85
Investmentzertifikate	-0,49	+3,15	+14,72	+10,51	+1,57	+8,86	+1,57	-2,15	-2,15	+13,66	+22,52	+23,19	+14,33	+36,85	+36,85
Versicherungstechn. Rückstellung															
Sonst. Forderungen/Verbindlich.	-	-0,00	+0,00	-0,00	-	+0,01	-	-	-	+0,00	+0,01	-	-0,01	+0,00	+0,00
Sektorsumme															
Währungsgold	+2,87	+11,85	+15,22	+1,22	+1,84	-4,17	+2,70	+0,01	+4,56	+19,93	+13,46	+2,77	+9,24	+22,70	+22,70
Anteilsrechte	+4,32	+4,75	+14,55	+12,64	-0,77	-	-0,77	-	-	+22,26	+17,38	+4,64	+9,51	+26,89	+26,89
Investmentzertifikate	+1,55	+4,75	+4,53	+0,39	+0,04	-	+0,04	+1,48	+1,48	+7,60	+5,14	+3,92	+6,39	+11,53	+11,52
Versicherungstechn. Rückstellung	+2,77	-	+10,02	+12,25	-0,82	-	-0,82	+2,69	+2,69	+14,66	+12,25	+0,71	+3,12	+15,37	+15,37
Sonst. Forderungen/Verbindlich.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	+4,18	+4,18	-	-	+4,18	+4,18
Finanzierungsaldo															
Finanzierungsaldo	+9,05	+19,62	+59,28	+60,35	+4,00	+4,79	+3,95	+6,12	+12,28	+84,62	+89,34	+41,44	+36,71	+126,05	+126,05
Finanzierungsaldo															
Finanzierungsaldo	-10,57	-	-1,07	-	-0,79	-	-2,17	+7,71	+7,71	-4,73	-	+4,73	-	+0,0	+0,0

Quelle: WIFO.

Der Finanzierungssaldo des **Finanzsektors** (finanzielle Kapitalgesellschaften) wird auf Grund der mäßigen Kreditnachfrage und der höheren Liquiditätspräferenz der privaten Haushalte wie im Vorjahr im negativen Bereich liegen. Von der Risikoaversion der Anleger ist vor allem die Emissionstätigkeit der Banken und der Investmentfonds negativ betroffen. Das Finanzierungsdefizit bleibt jedoch mit 1 Mrd EUR unter dem Vorjahresergebnis.

Das Finanzierungsdefizit des **Staates** wird heuer 0,8 Mrd EUR bzw. -0,4% des Bruttoinlandsprodukts betragen. Dieses Ergebnis ist primär auf das konjunkturell bedingte höhere Finanzierungserfordernis des Bundes zurückzuführen. Der Prognose liegt unter anderem die Annahme zu Grunde, dass die Finanzierungsgestaltung des Bundes weiterhin kapitalmarktorientiert bleibt und die Bankkreditverpflichtungen weiter reduziert werden. Die zu erwartenden positiven Finanzierungsbeiträge der Länder und Gemeinden sollten ein allzu weites Abdriften vom Konsolidierungspfad verhindern. Der Prognose des Finanzierungssaldos für den Gesamtstaat liegen auch weitere Verkäufe von Wohnbaudarlehen der Länder zu Grunde, die jedoch in Unkenntnis des zu erwartenden Ausmaßes implizit in Form einer technischen Annahme berücksichtigt wurden. Diese Transaktionen sind allerdings nicht unmittelbar saldenwirksam.

Die **privaten Haushalte** werden heuer auf Grund der etwas günstigeren Einkommenssituation einen höheren Finanzierungsüberschuss ausweisen als im Vorjahr. Der Zuwachs wird sich jedoch mit 0,6 Mrd EUR in Grenzen halten. Die Nettokreditaufnahme bleibt mit einem Zuwachs von 4,6 Mrd EUR sehr verhalten, das reservierte Anlageverhalten der privaten Haushalte spiegelt sich vor allem in einem im Vergleich zu den Vorjahren noch immer deutlichen Einlagenzuwachs bzw. in der abgeschwächten Präferenz nach Investmentzertifikaten wider.

Der Finanzierungssaldo gegenüber dem **Ausland** wird nur im Ausmaß des Leistungsbilanzsaldos ohne Berücksichtigung der finanzierungswirksamen Vermögensübertragungen prognostiziert. Das Leistungsbilanzdefizit wird vor allem wegen der günstigeren nominellen Importentwicklung infolge der Euro-Aufwertung mit 4,7 Mrd EUR geringfügig unter jenem der Vorjahre liegen (5,1 Mrd EUR). Vor allem die Erdöl- bzw. Energiepreise sollten heuer die Leistungsbilanz etwas weniger stark belasten als 2001. Das Interesse der ausländischen Investoren an inländischen Wertpapieren wird 2002 infolge der weltweiten Baisse-Stimmung weniger dynamisch ausfallen als in den Vorjahren. Die Auswirkungen der internationalen Kapitalmarktschwäche wirken 2002 jedoch in beide Richtungen. Trotz hoher Präferenz nach stärkerer internationaler Diversifikation werden auch die inländischen Investoren größere Zurückhaltung bei ihren Auslandsengagements üben als in den Vorjahren, vor allem die privaten Haushalte werden ihr Interesse an ausländischen Veranlagungsmöglichkeiten spürbar drosseln.

7 VORSCHAU: ÖSTERREICHISCHES STABILITÄTSPROGRAMM FÜR DIE JAHRE 2001 BIS 2005

Die Bundesregierung legte Ende November 2001 das Stabilitätsprogramm für Österreich für die Jahre 2001 bis 2005 vor, das gemäß EU-Verordnung 1466/97 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken von den Mitgliedstaaten jährlich vorzulegen ist und folgende Angaben zu enthalten hat:⁷⁶

- das mittelfristige Budgetziel für einen beinahe ausgeglichenen Haushalt oder einen Überschuss einschließlich des geplanten Anpassungspfads und der zu erwartenden Entwicklung der Schuldenquote,
- die bei der Prognose unterstellten makroökonomischen Annahmen und
- eine Sensitivitätsanalyse, die die budgetären Auswirkungen bei Änderung der makroökonomischen Annahmen aufzeigt.

Der inhaltliche Aufbau der Stabilitätsprogramme wurde zudem im Rahmen eines adaptierten „Code of Conduct“, der vom ECOFIN-Rat im Juli 2001 verabschiedet wurde, vereinheitlicht und konkretisiert.⁷⁷

Im Folgenden werden nun die budgetären Ziele des österreichischen Stabilitätsprogramms für die Jahre 2001 bis 2005 sowie die Einschätzung der EU-Kommission zur Haushaltslage in Österreich vorgestellt.

Das **aktuelle Stabilitätsprogramm für Österreich** geht von einem merklich verlangsamten Wirtschaftswachstum für die Jahre 2001 und 2002 aus, das sich gegen Ende des Prognosezeitraums beschleunigt und im „Haupt- bzw. Normalszenario“⁷⁸ eine durchschnittliche Wachstumsrate von 2 ¼% unterstellt. Trotz des schwierigeren konjunkturellen Umfelds soll der bereits im vorjährigen Stabilitätsprogramm festgelegte Konsolidierungskurs⁷⁹, der ein ausgeglichenes Budget in den Jahren 2002 und 2003 zum Ziel hatte, eingehalten werden. Für die Jahre 2004 und 2005 wird nunmehr ein leichter Budgetüberschuss von 0,2 bzw. 0,5% des BIP angestrebt.

Die sektorale Verteilung der Budgetsalden zwischen der Gebietskörperschaften im Stabilitätsprogramm entspricht dem innerösterreichischen Stabilitätspakt, der Budgetüberschüsse der Länder und Gemeinden von insgesamt jeweils 0,75% des BIP für die Jahre 2001 bis 2004 vorsieht. Für die Bundesebene wird bis 2003 ein negativer Finanzierungssaldo in gleicher Höhe erwartet, der sich 2004 auf -0,5% des BIP reduzieren soll. Da die nationalen Vereinbarungen mit Ende 2004 auslaufen, wurden keine Informationen über die sektorale Verteilung der Budgetsalden für das Jahr 2005 bekannt gegeben. Ein über den gesamten Prognosezeitraum ausgeglichener Budgetsaldo wurde für die Sozialversicherungsträger - angesichts der Ausfallhaftung des Bundes für die Pensionsversicherung - angesetzt.

Als wirtschaftspolitische Prioritäten der Bundesregierung sind im Stabilitätsprogramm folgende angeführt:

- Sicherung eines ausgeglichenen öffentlichen Haushaltes über den Konjunkturzyklus,
- Verbesserung der Wachstumsbedingungen des Wirtschaftsstandorts Österreich,
- konsequente Bekämpfung der Arbeitslosigkeit,
- Erneuerung der sozialen Netze, Sicherung der Pensionen und der Altersvorsorge,
- Reform der staatlichen Aufgaben und der öffentlichen Leistungserbringung,
- Veräußerung von Bundesanteilen an Unternehmen.

⁷⁶ Jene EU-Länder, die nicht Teilnehmer der WWU sind, haben ihre mittelfristigen haushaltspolitischen Ziele in Form von Konvergenzprogrammen darzulegen, die zusätzlich Informationen über die Inflations- und Wechselkursentwicklung enthalten.

⁷⁷ Siehe dazu: Format and Content of Stability and Convergence Programs; In: Public Finances in EMU 2002, European Economy, No 3/2002, P. 201-206.

⁷⁸ Da die Sensitivitätsanalyse des aktuellen Stabilitätsprogramms nur in Form einer Grafik zur Verfügung steht, kann die Budgetentwicklung unter alternativen ökonomischen Rahmenbedingungen (oberes und unteres Szenario) nur sehr grob abgeschätzt werden. Die Bandbreite des Budgetsaldos des Staates liegt am Ende des Prognosezeitraums bei in etwa +1% des BIP und -0,3% des BIP.

⁷⁹ Österreichisches Stabilitätsprogramm für die Jahre 2000 bis 2004 vom Dezember 2000.

Den Projektionen zufolge werden die Budgetziele der Jahre 2002 bis 2005 durch eine Eindämmung der Ausgabenentwicklung erzielt. Die Staatsausgabenquote von 52,6% des BIP im Jahr 2001⁸⁰ reduziert sich bis 2005 auf 49,8% des BIP. Die Einnahmen - gemessen am BIP - sind mit Quoten von 52,6% im Jahr 2001 und 50,3% im Jahr 2005 rückläufig.

Tabelle 36: Eckdaten des österreichischen Stabilitätsprogramms für die Jahre 2001 bis 2005

	2001	2002	2003	2004	2005
Finanzierungssaldo Staat in % des BIP	0,0	0,0	0,0	0,2	0,5
davon:					
Bundessektor	-0,7	-0,7	-0,7	-0,5	-
Länder und Gemeinden	0,7	0,7	0,7	0,7	-
Sozialversicherungsträger	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Staatseinnahmenquote (in % des BIP)	52,6	51,5	50,8	50,4	50,3
Staatsausgabenquote (in % des BIP)	52,6	51,5	50,8	50,3	49,8
Bruttoinlandsprodukt, real ¹⁾	1,3	1,3	2,4	2,8	2,8
Bruttoinlandsprodukt, nominell ¹⁾	2,8	3,5	4,1	4,2	4,3
1) %-Veränderung zum Vorjahr. Quelle: BMF; Österreichisches Stabilitätsprogramm vom November 2001.					

Tabelle 37: Bestimmungsgründe der Veränderung der Schuldenquote des öffentlichen Sektors 2001 bis 2005

	2001	2002	2003	2004	2005
Staatsschulden in Mrd EUR	130,0	129,7	129,6	129,4	128,3
Schuldenquote in % des BIP	61,8	59,6	57,2	54,7	52,1
Veränderung der Schuldenquote	-1,6	-2,3	-2,4	-2,4	-2,7
davon Beitrag ¹⁾					
des primären Saldos ²⁾	-3,4	-3,3	-3,1	-3,1	-3,3
der Zinszahlungen des Staates	+3,4	+3,3	+3,1	+3,0	+2,8
des nominellen BIP-Wachstums	-1,7	-2,1	-2,3	-2,3	-2,3
des Stock-Flow-Adjustment	+0,0	-0,2	-0,1	+0,1	+0,1
1) - = positiver Beitrag (+ = negativer Beitrag) zur Reduzierung der Schuldenquote. 2) - = Primärüberschuss. Quelle: BMF; Österreichisches Stabilitätsprogramm vom November 2001.					

Für die öffentliche Verschuldung ist unter den zu Grunde liegenden ökonomischen Annahmen und den gesetzten budgetären Zielen ein merklich rückläufiger Verlauf - gemessen am BIP - zu erwarten. Laut Stabilitätsprogramm dürfte die „Maastricht-Obergrenze“ von 60% des BIP im Jahr 2002 unterschritten werden und im Jahr 2005 nur noch 52,1% des BIP betragen. Die Höhe der öffentlichen Verschuldung in absoluten Größen verändert sich innerhalb des Prognosezeitraums demgegenüber

⁸⁰ Die hier angeführten Ergebnisse für das Jahr 2001 entsprechen jenen des Stabilitätsprogramms (Stand: Ende November 2001) und weichen von jenen des Kapitels 3 mit Stand von März 2002 etwas ab.

kaum (Ende 2001: 130 Mrd EUR; Ende 2005: 128 Mrd EUR).⁸¹

Die **EU-Kommission** bewertete das österreichische Stabilitätsprogramm vom November 2001 für die Jahre 2001 bis 2005 insgesamt positiv und kam zu folgenden Schlussfolgerungen:⁸²

- Die projizierte öffentliche Finanzlage entspricht den Anforderungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes.
- Die Haushaltsstrategie für die Jahre 2000 bis 2005 beruht primär auf Ausgabenkürzungen. Die Reformen des Pensionsystems und der öffentlichen Verwaltung dürften weiterhin zu erheblichen Einsparungen auf der Ausgabenseite führen, insbesondere 2002 und 2003. Diese Auswirkungen werden jedoch durch die Einführung eines neuen Kinderzuschusses, die 2002 erfolgen soll, zum Teil wieder aufgehoben.
- Um die Programmziele einzuhalten, bedarf es unbedingt einer strikten Ausgabenkontrolle - und zwar auf allen Ebenen des Staates. Auf der Ebene der Bundesländer müssen in den kommenden Jahren Maßnahmen zur Realisierung struktureller Einsparungen getroffen werden, um die hohen Überschüsse fortzuschreiben, die der nationale Stabilitätspakt verlangt.
- In Anbetracht des starken Anstiegs der Steuerquote im Jahr 2001 sollte die österreichische Bundesregierung eine deutliche steuerliche Entlastung zumal der Arbeit anstreben. Als ein erster wichtiger Schritt sollte die geplante Senkung der Lohnnebenkosten 2003 erfolgen. Die Steuersenkungen sollten jedoch nicht auf Kosten einer gesunden Haushaltsposition gehen.
- Um tragfähige öffentliche Finanzen zu erreichen, müssen Reformen des Pensions- und des Gesundheitssystems entschlossen fortgeführt werden. Insbesondere ist es unerlässlich, das effektive Ruhestandsalter sowie die Erwerbsbeteiligung insbesondere von älteren Arbeitnehmern und Frauen zu erhöhen.
- Zur Erhöhung des Wachstumspotentials der österreichischen Wirtschaft ist es erforderlich, mit der Reform der Produkt- und Kapitalmärkte fortzufahren, um den Wettbewerb zu steigern, die Bereitstellung von Risikokapital zu fördern und die unternehmerische Dynamik zu verbessern.

⁸¹ Eine Verminderung der Verschuldungshöhe in absoluten Größen erfordert Budgetüberschüsse und/oder finanzielle Transaktionen (Vermögenstransaktionen), die in die Position „Stock-Flow-Adjustment“ eingehen.

⁸² Ausschnitte aus der Presseausendung der EU-Kommission vom 15. Jänner 2002 (IP/02/56).

8 ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

8.1 Rahmenbedingungen und Fiskalposition des öffentlichen Sektors in Österreich 2001

- Das Berichtsjahr 2001 war von einem deutlichen, in dieser Stärke nicht erwarteten internationalen Konjunkturabschwung gekennzeichnet. Das **Wachstum der österreichischen Wirtschaft** schwächte sich ab dem zweiten Quartal 2001 ab und sollte die Talsohle im vierten Quartal 2001 mit einer Stagnation gegenüber dem Vorjahresquartal erreicht haben. Im Jahresdurchschnitt ergab sich ein Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion von real 1,1%. Das war der niedrigste Wert seit 1993 (siehe Kapitel 2.3).
- Die **Zinsentwicklung** war 2001 im Euroraum rückläufig und dürfte am Ende des Jahres den Tiefstand erreicht haben. Die Drei-Monats-Sätze auf dem Geldmarkt erreichten am Jahresanfang mit 4,8% ihren höchsten Wert und reduzierten sich im weiteren Jahresverlauf auf 3,3% (Dezember). Der 10-Jahres-Zinssatz, der im Berichtsjahr zwischen 5,3 und 4,7% schwankte, wies vor allem im zweiten Halbjahr einen Abwärtstrend auf. Der Abstand zwischen den 10-Jahres-Zinsen und den Drei-Monats-Zinsen belief sich im Jahresdurchschnitt auf rund 80 Basispunkte (siehe Kapitel 2.1).
- Die **Budgetentwicklung des öffentlichen Sektors** zeigt, dass **Österreich** bereits 2001 - ein Jahr früher als geplant - das gesetzte Budgetziel eines Nulldefizits für den öffentlichen Sektor erreicht hat (Stand: März 2002; im Sinne der budgetären Notifikation). Allerdings illustrieren die Revisionen des Budgetsaldos (siehe Tabelle 7), dass dieser keine endgültige Größe darstellt. Die Gründe dafür liegen zum einen darin, dass die Verfügbarkeit der administrativen Budgetdaten unterschiedlich ist und endgültige Ergebnisse über die Budgetgebarung aller öffentlichen Haushalte im Sinne des ESVG 95 derzeit mit einer zeitlichen Verzögerung von über einem Jahr vorliegen (endgültige Ergebnisse für das Jahr 2000 waren mit Ende März 2002 verfügbar). Zum anderen trägt das multilaterale Überwachungsverfahren dazu bei, dass länder-spezifische Besonderheiten und Buchungskonventionen hinterfragt werden, die in manchen Fällen eine Änderung der bisherigen Verbuchungspraxis erforderlich machen. Dennoch lassen die vorliegenden Informationen klar erkennen, dass im Jahr 2001 abermals ein deutlicher Fortschritt beim Konsolidierungsprozess erzielt wurde (Budgetsaldo 2001: +0,1 Mrd EUR bzw. +0,1% des BIP).
- Die **sektorale Verteilung der Salden** der öffentlichen Haushalte in Österreich ergibt (Tabelle 9), dass der Konsolidierungsprozess im Jahr 2001 von allen Sektoren ausging. Das Defizit des Bundessektors wurde von 1,6% des BIP (2000) auf 0,6% des BIP (2001) rückgeführt und die Überschüsse der Länder und Gemeinden dürften von 0,2% des BIP (2000) auf 0,7% des BIP (2001) gestiegen sein. Auch bei den Sozialversicherungsträgern sollte sich der Budgetsaldo nach vorläufigen Ergebnissen leicht verbessert haben (2000: -0,2 Mrd EUR; 2001: -0,1 Mrd EUR).
- Für die Verbesserung des Budgetsaldos im Berichtsjahr 2001 waren insbesondere folgende **Einflussfaktoren und Reformschritte** von Bedeutung:
 - Das **Steueraufkommen** wies trotz der ungünstigen Wirtschaftslage eine äußerst dynamische Entwicklung auf. Hier wirkten sich die umfangreichen steuerrechtlichen Maßnahmen der Konsolidierungspakete 2000 und 2001 sowie der Umstand, dass konjunkturelle Einflüsse auf Grund von zeitlichen Verzögerungen bei der Veranlagung von Steuern und bei der Beschäftigungsentwicklung über zwei bis drei Jahre verteilt den Abgabenerfolg tangieren, aus. Bei den steuerrechtlichen Änderungen führten vor allem die 2001 eingeführte Verzinsung von Steuer-rückständen (Anspruchsverzinsung) und die erhöhten Vorauszahlungen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer zu Mehreinnahmen, die deutlich über dem Bundesvoranschlag lagen.
 - Der Bund, die Länder und die Gemeinden verabschiedeten rückwirkend mit 1. Jänner 2001 einen **inner-österreichischen Stabilitätspakt**, über dessen Grundsätze im Zuge des Finanzausgleichs für die Jahre 2001 bis 2004 bereits Einigkeit erzielt wurde. Dieser Vertrag stellt durch festgelegte Grenzen für die Budgetsalden

der Jahre 2001 bis 2004 und Sanktionsvereinbarungen sicher, dass gemeinsam ein ausgeglichener Budgethaushalt gemäß den EU-Kriterien in den Jahren 2002 bis 2004 erreicht wird. Vorübergehende geringe Unterschreitungen der Zielvorgaben sind allerdings ohne Sanktionen zulässig.

- Die **Konsolidierungspakte 2000 und 2001** der Bundesregierung sahen Maßnahmen vor, die die Ausgabenentwicklung des Bundes und der Sozialversicherungsträger bremsen. Hier zu erwähnen sind insbesondere die Pensionsreform 2000 und Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Verwaltung, die auch ein verstärktes Personal- und Budgetcontrolling einschließen. Zudem beschränkte sich 2001 die Erhöhung der Gehälter der Bundesbediensteten auf 500 Schilling (36,3 Euro).
 - Der im Vergleich zum Vorjahr merklich höhere Budgetüberschuss der **Länder und Wiens** (gemäß ESVG zählt Wien als Gemeinde) ist schwerpunktmäßig durch Veränderungen des Förderungswesens, durch Ausgliederungen und durch einen restriktiven Budgetvollzug erzielt worden. Zur Finanzierung der Wohnbauförderung, zur Tilgung von eigenen Schulden sowie zur Veranlagung von Mitteln ist insbesondere auf Rücklagenentnahmen und Darlehensverwertungen (Verkauf der Wohnbaudarlehen an Finanzintermediäre) zurückgegriffen worden, die den Maastricht-Budgetsaldo nicht negativ beeinflussen. Darüber hinaus wurden marktbestimmte Einheiten wie Krankenanstalten ausgegliedert sowie Landesimmobiliengesellschaften (LIG) gegründet.
 - Bei den **Gemeinden** dürfte die seit 1997 verfolgte Praxis, Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit laut ESVG (Wasser-, Abwasserversorgung, Müllbeseitigung, Wohnungswirtschaft, Kongresshäuser etc.) auszugliedern, fortgeführt worden sein.
- Während die EU- Empfehlungen zur Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten sich in der Vergangenheit auf die Erreichung der im Maastrichtvertrag sowie im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegten Kenngrößen zur Budgetdisziplin (Budgetsaldo und öffentliche Verschuldung) konzentrierten, sind in jüngster Zeit zunehmend auch Koordinierungsbestrebungen im Hinblick auf die **Einnahmen- und Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte** zu beobachten, die zu einer Verbesserung der „Qualität und langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen“ führen sollen (siehe Kapitel 3.2.2).
 - Die Zunahme der Ausgaben des Staates lag leicht unter dem nominellen BIP-Wachstum, sodass ein moderat rückläufiger Verlauf der **Staatsausgabenquote** erreicht wurde (2000: 52,8% des BIP; 2001: 52,5%). Diese Entwicklung ist insofern erfreulich, als im Vorjahr das Ausgabenvolumen durch den Erlös für den Verkauf der UMTS-Lizenzen in Höhe von 0,8 Mrd EUR oder 0,4% des BIP vermindert war. Die deutliche Verbesserung des Budgetsaldos wurde 2001 jedoch vorrangig durch die dynamische Entwicklung des Steueraufkommens, das zum Teil erheblich über dem Bundesvoranschlag lag, erreicht. Dies zog sowohl einen deutlichen Anstieg der **Abgabenquote** (2000: 44,0% des BIP; 2001: 45,9% des BIP) als auch der **Staatseinnahmenquote** nach sich (2000: 51,2% des BIP; 2001: 52,4% des BIP). Allerdings war das Steueraufkommen der direkten Steuern infolge von Sondereffekten (Vorauszahlungen, Anspruchsverzinsung) im Jahr 2001 atypisch hoch (siehe Tabelle 10).
 - Tabelle 11 zeigt, dass rund 60% der **Ausgaben des Staates** für Transferleistungen an Dritte (Sozialleistungen an private Haushalte und Subventionen an Unternehmungen), in etwa 30% für die öffentliche Verwaltung (Löhne- und Gehälter, Sachaufwand) und rund 7% für Zinszahlungen der öffentlichen Verschuldung aufgewendet werden. Für Investitionsausgaben (Bruttoinvestitionen) werden lediglich in etwa 3% verwendet. Die geringe Bedeutung und der stetige Rückgang der öffentlichen Investitionen in Österreich dürften in erster Linie statistische Ursachen haben, nämlich die „Flucht aus dem Budget“. Allerdings signalisieren Spezialuntersuchungen auch, dass die Rückführung der Budgetdefizite mit einer Einschränkung der Investitionstätigkeit verbunden war. Auf der **Einnahmenseite** tragen entscheidend die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zur Finanzierung der öffentlichen Ausgaben bei. Sie decken in Summe rund 88 bis 90% al-

ler Einnahmen des Staates ab. Obwohl es in Österreich mehr als 100 Steuerarten gibt, beträgt der Anteil von zehn Steuerkategorien⁸³ in etwa 90% der direkten und indirekten Steuern.

- Die **föderale Struktur der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben** lässt erkennen (Tabelle 12), dass das Gewicht der einzelnen staatlichen Ebenen an den jeweiligen Ausgaben- und Einnahmenkategorien sowie an den Ausgaben und Einnahmen in Summe sehr unterschiedlich ist. Zwischen den vier Teilssektoren des Staates bestehen enge Verflechtungen, die sich empirisch durch das hohe Volumen an „**intragovernmentalen Transfers**“ zeigen. Obwohl die Steueranteile der einzelnen Gebietskörperschaften, die im Finanzausgleichsgesetz geregelt sind, direkt als Steuereinnahmen des jeweiligen Rechtsträgers (Empfängers) verbucht sind, decken die intergovernmentalen Transfereinnahmen der Länder rund die Hälfte und jene der Gemeinden rund ein Fünftel der jeweiligen Gesamteinnahmen ab. Bei den Sozialversicherungsträgern bedingt insbesondere der Bundesbeitrag zu den Pensionen eine intergovernmentale Einnahmenquote von mehr als 25%. Betrachtet man die Ausgabenseite, so wird ersichtlich, dass im Wesentlichen die Bundesebene Leistungen finanziert, die von anderen öffentlichen Rechtsträgern erbracht werden (z.B. Landeslehrer, Wohnbauförderung, Bundesbeitrag zur Krankenanstaltenfinanzierung).
- Die **öffentliche Verschuldung in Österreich im Sinne von Maastricht** (Tabelle 14) dürfte sich im Berichtsjahr – erstmals wieder nach 1997 - in absoluten Zahlen vermindert haben. Sie erreichte Ende 2001 nach vorläufigen Ergebnissen 130,1 Mrd EUR und lag damit um 0,2 Mrd EUR unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Davon entfielen 119,7 Mrd EUR oder 92,0% auf die Bundesebene, 9,4 Mrd EUR oder 7,2% auf Länder und Gemeinden und 1,0 Mrd EUR oder 0,8% auf Sozialversicherungsträger. Die rückläufige Entwicklung im Jahr 2001 geht auf Maßnahmen der Länder einschließlich Wiens im Vermögensbereich zurück (siehe Abschnitt 3.2). Zudem war auch der Finanzierungsbedarf des Bundes 2001 geringer als der Maastricht-Budgetsaldo. Die Verschuldungsquote des Gesamtstaates betrug Ende 2001 61,7% des BIP (2000: 63,6% des BIP).
- **Zusammenfassend** kann festgestellt werden, dass ein merklicher Konsolidierungsfortschritt im Berichtsjahr 2001 erzielt wurde und dass die Ausgaben- und Einnahmenentwicklung des öffentlichen Sektors in Österreich stark von diskretionären Maßnahmen sowie institutionellen Veränderungen geprägt ist. In Zusammenhang mit der „Qualität“ der öffentlichen Finanzen signalisieren die vorliegenden Ergebnisse - neben den zu erwartenden ökonomischen und budgetären Implikationen, die sich durch die Verschiebung der Bevölkerungsstruktur ergeben – Herausforderungen in Bezug auf die Abgabenquote, den Verlauf der Bruttoinvestitionen sowie der Budgetentwicklung von ausgegliederten Einheiten. Eine Verstärkung der beschäftigungs- und wachstumsfördernden Elemente in den öffentlichen Budgets in Österreich erscheint ohne weitere Reformschritte im Bereich der öffentlichen Verwaltung mit einer Entflechtung der Zuständigkeiten und Kostenträgung kaum realisierbar.

8.2 Finanzschuldengebarung des Bundes und Gläubigerstruktur im Jahr 2001

- Die **bereinigte Finanzschuld des Bundes** (ohne Eigenbesitz) stieg im Jahr 2001 um 0,7 Mrd EUR oder 0,6% und erreichte damit zu Jahresende die Höhe von 121,4 Mrd EUR oder 57,6% des BIP (2000: 120,7 Mrd EUR oder 58,9% des BIP). Der **Anteil der Fremdwährungsschuld** betrug Ende 2001 13,3% (2000: 13,9%). Die Finanzschuld des Bundes macht über 90% der gesamten öffentlichen Verschuldung im Sinne von Maastricht aus. Strukturdaten über die Verschuldung des Bundes liefern daher auch wichtige Hinweise über die Finanzierungsstruktur der öffentlichen Gesamtverschuldung in Österreich (siehe Tabellen 13 und 15).

⁸³ Umsatzsteuer, Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Versicherungssteuern, Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfe, Kommunalsteuer im Bereich der indirekten Steuern und Lohnsteuer, die veranlagte Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer und die Kapitalertragsteuern im Bereich der direkten Steuern.

- Die **Finanzierungsaktivitäten des Bundes** können im Berichtsjahr 2001 trotz einer geringen Zunahme der Verschuldung als rege bezeichnet werden. Sie werden immer stärker zur Feinsteuerung des Schuldenportefeuilles (Portfoliomanagement) eingesetzt und beschränken sich nicht auf die Deckung des erforderlichen Kapitalbedarfs. Dies zeigt sich insbesondere im Anstieg der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Swap-Verträgen (Tabelle 17), aber auch in den relativ hohen Konversionsvolumina (Tabelle 16) und bei der dynamischen Entwicklung des Asset-Portefeuilles an eigenen Schuldtiteln. Der Einsatz von Swaps erhöht die Flexibilität des Debt-Managements (Anpassung der Verschuldungsstruktur im Hinblick auf Zins- und Wechselkursentwicklungen, Nützung von Arbitragemöglichkeiten, Steuerung der durchschnittlichen Kapitalbindungsdauer). Ende 2001 erreichten die Verbindlichkeiten aus Cross-Currency-Swaps ein Nominalvolumen von 13,5 Mrd EUR (2000: 10,9 Mrd EUR) und der Nominalwert der Zinsswaps 16,3 Mrd EUR (2000: 8,4 Mrd EUR).
- **Neuaufnahmen** erfolgten 2001 vorrangig in Form von EUR-Bundesanleihen. Dabei wurden durch Anleiheaufstockungen die aushaftenden Volumina von österreichischen Bundesanleihen weiter erhöht, um den Zinsabstand zu den „Benchmarkanleihen“ im Euroraum möglichst gering zu halten. Von der bereinigten Finanzschuld des Bundes entfielen zu Jahresende 2001 auf EUR-Bundesanleihen 70,4% (2000: 66,1%). Der Zinsabstand Österreichs zu Deutschland verringerte sich im Berichtsjahr. Nach einem Anstieg des Zinsabstands österreichischer Bundesanleihen gegenüber jenen von Deutschland im 10-Jahressegment auf über 30 Basispunkte im Vorjahr, ging dieser insbesondere im zweiten Halbjahr 2001 wieder zurück und lag im Dezember 2001 bei 20 Basispunkten. Ähnliche Entwicklungen waren auch bei den meisten anderen WWU-Ländern zu beobachten (siehe Tabelle 15 und Grafik 2).
- Die monetären Rahmenbedingungen sprachen dafür, dass im Berichtsjahr vorrangig Finanzierungen mit fixer Verzinsung und langen Laufzeiten gewählt werden, um die relativ niedrigen Zinskosten über einen möglichst langen Zeitraum zu halten. Der **Bestand an fix verzinsten Verbindlichkeiten des Bundes** (unter Berücksichtigung der Zinsswaps) erhöhte sich um 5,6 Mrd EUR oder 5,0%, während die Verschuldung in variabler Verzinsung (einschließlich sprungfixer Verzinsung) um 3,7 Mrd EUR oder 22,6% abgebaut wurde. Von den aushaftenden Verbindlichkeiten des Bundes waren Ende des Berichtsjahres 90,3% mit einem fixen Zinssatz ausgestattet. Die durchschnittliche **Restlaufzeit des gesamten Schuldenportefeuilles** (Finanzschuld des Bundes) lag Ende 2001 mit 5,5 Jahren unter dem Vorjahreswert von 5,8 Jahren (siehe Tabellen 21 und 24).
- Die durchschnittliche **Nominalverzinsung der Finanzschuld des Bundes** verminderte sich im Berichtsjahr von 5,4% (Ende 2000) auf 5,2% (Ende 2001). Diese Entwicklung wurde durch umfangreiche Tilgungen von Schuldkategorien mit deutlich höherer Nominalverzinsung ausgelöst. Der Rückgang des Marktzinsniveaus im Jahr 2001 wirkte sich auf die Nominalverzinsung der Verschuldung des Bundes auf Grund des hohen Fixzinsanteils der Finanzschuld, geringer Geldmarktfinanzierungen und infolge der Anleiheaufstockungen dagegen kaum aus (siehe Tabelle 25).
- Der **Zinsaufwand** für die **bereinigte Finanzschuld** (ohne der Ausgabenkategorie „sonstiger Aufwand“) konnte 2001 gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Mrd EUR oder 3,0% (2000: +0,1 Mrd EUR oder +1,8%) reduziert werden und erreichte damit 6,6 Mrd EUR. Darüber hinaus verminderte im Jahr 2001 die Position „sonstiger Aufwand“ den Gesamtaufwand für die Finanzschuld des Bundes um 0,1 Mrd EUR. Gemessen am BIP lag die Zinsendienstquote (einschließlich sonstiger Aufwand) bei 3,1 nach 3,4% im Vorjahr. Maßgeblich für die rückläufige Entwicklung waren die geringe Neuverschuldung (Defizit), der Umstand, dass Schuldkategorien mit deutlich höherer Nominalverzinsung als das gegenwärtige Zinsniveau in größerem Umfang fällig wurden und Debt-Management-Aktivitäten zur Umstrukturierung der Finanzschuld (siehe Tabellen 27 und 28).
- Die Verwirklichung der WWU ging mit einem Wegfall der traditionellen Rolle der heimischen Finanzintermediäre als Hauptinvestoren für die Verschuldung des Bundes einher. Die Käufer der in EUR denominierten Bundesanleihen sind seit der WWU fast ausschließlich ausländische Primärhändler (Banken), die diese Papiere auch im Ausland (vorwiegend im WWU-Raum) platzieren. Diese Entwicklung fördert die Diversifikation des Investorenkreises von österreichischen Bundespapieren und bedeutet gleichzeitig eine dynamische Entwicklung der **Auslandsverschuldung des Bundes** (siehe Kapitel 6.1). Mit Jahresende 2001 befanden sich bereits 54,0% der Verbindlichkeiten des Bundes in EUR im Besitz

von Ausländern (Ende 2000: 47,6%). Die Auslandsverschuldung des Bundes insgesamt - unter Einbeziehung der Fremdwährungsverbindlichkeiten, die traditionell von Ausländern gehalten werden - erreichte die Quote von 58,6% (Ende 2000: 52,8%) (siehe Tabelle 18).

- Analysiert man die Struktur der Finanzschuld des Bundes im Hinblick auf ihre **Zinssensitivität**, so zeigt sich insgesamt, dass das Debt-Management des Bundes durch eine starke Nutzung von längerfristigen Fixzinsschuldformen bestrebt ist, die Zinszahlungen im Budget weiterhin kontinuierlich verlaufen zu lassen, wenngleich die Verschiebung des Fristigkeitsprofils in Richtung mittelfristige Finanzierungen (siehe Kapitel 4.2) ein etwas höheres Zinsänderungsrisiko infolge von Refinanzierungen in den kommenden Jahren impliziert. Diese prinzipiell auch vom Staatsschuldenausschuss forcierte stabilitätsorientierte Ausrichtung des Debt-Managements kann jedoch auch nachteilig sein. Portefeuilles mit langer Duration (Kennzahl für die durchschnittliche Kapitalbindung unter Einbeziehung der Zins- und Tilgungsströme) sind zwar robust in Hinblick auf die Variabilität der Zinskosten, gleichzeitig aber sensitiv bezüglich ihres Marktwerts. Der Marktwert gewinnt im Zuge einer aktiven Portefeuillesteuerung sowie bei Budgetüberschüssen an Bedeutung (siehe Anhang A1 Empfehlung des Staatsschuldenausschusses vom 14. Dezember 2001). Welchen Stellenwert die Markt- bzw. Barwertrisiken des Portefeuilles bei der Orientierung des Debt-Managements einnehmen sollten, ist international in Diskussion und dürfte primär davon abhängen, in welchem Umfang eine aktive Steuerung der Portefeuillestruktur angestrebt wird.

ANHANG

A 1 EMPFEHLUNGEN DES STAATSSCHULDENAUSSCHUSSES SEIT ERSCHEINEN DES LETZTEN BERICHTES

Empfehlung des Ausschusses für die Mitwirkung an der Verwaltung der Staatsschuld zur Budgetfinanzierung 2002

Beschlossen in der Sitzung des Arbeitsausschusses vom 10. Dezember 2001 und genehmigt in der Sitzung des Staatsschuldenausschusses vom 14. Dezember 2001.

Die Lage der Weltwirtschaft ist deutlich pessimistischer als noch im Sommer des heurigen Jahres einzuschätzen. Erstmals seit Mitte der siebziger Jahre befinden sich die drei großen Wirtschaftsräume Europa, Japan und die USA gleichzeitig im Abschwung. Die tragischen Terroranschläge vom 11. September 2001 verschlechterten die internationalen Wachstumsperspektiven und erhöhten die Unsicherheiten über die Dauer und Tiefe der globalen Schwächephase. Von den großen europäischen Ländern sind konjunkturelle Impulse zumindest bis Ende des ersten Halbjahres 2002 kaum zu erwarten. Insbesondere die deutsche Wirtschaft ist durch eine verhaltene Konsumneigung und äußerst geringe Bauinvestitionen gekennzeichnet. Das Wirtschaftswachstum in Deutschland dürfte in der zweiten Jahreshälfte 2001 zum Stillstand gekommen sein und eine Trendwende ist gegenwärtig noch nicht in Sicht.

In Österreich macht sich der Konjunkturunbruch primär in der Bauwirtschaft bemerkbar. Darüber hinaus sind auch die Auftragseingänge und die Kapazitätsauslastung in der Sachgüterproduktion zurückgegangen. Vergleichsweise robust erweist sich der private Konsum, der in Österreich den Abschwung etwas abfedern dürfte. Insgesamt bleiben angesichts der labilen internationalen Situation die Wachstumsaussichten auch für Österreich sehr gedämpft. Nach einer markanten Wachstumsverlangsamung im heurigen Jahr auf etwa 1% und einer Zunahme der Arbeitslosigkeit dürfte das Wachstum auch im Jahr 2002 gering bleiben. Eine Wirtschaftsbelebung wird ab dem zweiten Halbjahr 2002 erwartet.

Der seit Mitte des heurigen Jahres zu verzeichnende Konjunkturabschwung dürfte im Jahr 2002 die Einnahmenentwicklung der öffentlichen Haushalte durch den Wegfall von nominellen Sondereffekten (Ölpreissteigerungen, fiskalische Maßnahmen) und infolge von zeitlichen Verzögerungen deutlich stärker als im heurigen Jahr tangieren. Zudem müssen die öffentlichen Haushalte mit Mehrausgaben im Bereich der Arbeitslosenversicherung und bei den Pensionen rechnen, die jedoch durch Minderausgaben in anderen Bereichen, wie dem Zinsaufwand für die öffentliche Verschuldung, teilweise zu kompensieren sein werden.

Der Staatsschuldenausschuss empfiehlt angesichts der schwachen Konjunkturlage Folgendes:

- Die automatischen Stabilisatoren zur Gänze wirken zu lassen, indem konjunkturell bedingte Einnahmehausfälle und Ausgabensteigerungen im Budget zugelassen werden. Dieses Wirksamwerden würde zur Konjunkturstabilisierung beitragen und das wirtschaftspolitische Ziel eines über den Konjunkturzyklus ausgeglichenen Budgets des öffentlichen Sektors in Österreich nicht gefährden. Eine solche stabilitätsorientierte Finanzpolitik steht aus der Sicht des Staatsschuldenausschusses auch mit den EU-Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts im Einklang.
- Unter Beibehaltung des Konsolidierungskurses die gezielten Akzente zur Belebung der Wirtschaftsaktivitäten möglichst rasch umzusetzen, die dazu beitragen könnten, die erhebliche Konjunkturschwäche zu mildern. Die notwendigen

Strukturanpassungen sowie die Einnahmen- und Ausgabenbalance im Budget sollten dadurch nicht nachhaltig beeinträchtigt werden.

- Das Debt-Management des Bundes an die relativ niedrigen Finanzierungserfordernisse, die sich im Wesentlichen auf die Refinanzierung von Tilgungen beschränken, anzupassen. Vor diesem Hintergrund erscheint eine noch stärkere Konzentration der Schuldaufnahmen auf EUR-Bundesanleihen in ausgewählten Laufzeitsegmenten angezeigt, um marktconforme Emissionsvolumina zu erzielen und um potentielle Finanzmarktstörungen infolge eines abnehmenden Angebots an Staatsanleihen zu vermeiden.
- Beim Risikomanagement den Marktwert der Verschuldung noch stärker als bisher hervorzuheben. In Zukunft werden unter anderem nachträgliche Finanztransaktionen, wie Rückkäufe von weniger liquiden Staatspapieren oder Swaps, verstärkt durchzuführen sein, deren Kosten im Gegensatz zu den traditionellen Finanztransaktionen von den jeweiligen aktuellen Marktwerten und nicht nur von den Ausstattungsmerkmalen (Zinssatz) zum Zeitpunkt der Schuldaufnahme abhängen und die administrative Budgetentwicklung beeinflussen.

Empfehlung des Ausschusses für die Mitwirkung an der Verwaltung der Staatsschuld zur Budgetpolitik und deren Finanzierung 2002

Beschlossen in der Sitzung des Arbeitsausschusses vom 25. Juni 2002 und genehmigt in der Sitzung des Staatsschuldenausschusses vom 4. Juli 2002.

Nachdem im zweiten Halbjahr 2001 in den USA und in Europa rezessive Tendenzen zu verzeichnen waren, weisen die derzeit vorliegenden Prognosen darauf hin, dass der Konjunkturaufschwung mittlerweile eingesetzt hat. Die Wachstumsbeschleunigung in den EU-Staaten war jedoch im ersten Quartal 2002 - im Gegensatz zu den USA - noch bescheiden. Die vorausseilenden Konjunkturindikatoren lassen aber eine zunehmende Wirtschaftsbelebung im Jahresverlauf für den EU-Raum erwarten. Von den monetären Rahmenbedingungen gehen ebenso wie vom internationalen Umfeld positive Impulse aus.

Der wirtschaftlichen Entwicklung in Österreich fehlte es zu Jahresbeginn noch an Dynamik. Nach vorläufigen Berechnungen stagnierte die Sachgütererzeugung im ersten Quartal 2002 nominell auf dem Vorjahresniveau. Der Einzel- und Großhandel erholte sich leicht. Erhebliche Umsatzrückgänge waren allerdings beim Kfz-Handel zu verzeichnen. Zudem dürfte die Investitionstätigkeit der Unternehmen weiter sehr schwach gewesen sein. Relativ positiv entwickelten sich die Warenexporte und hier insbesondere in Länder außerhalb des EU-Raumes, während die Warenimporte gegenüber dem Vorjahr nominell rückläufig waren. Ferner ist auf dem Arbeitsmarkt - erwartungsgemäß - noch keine Trendwende zu erkennen. Die Zahl der als arbeitslos vorgemerkten Personen geht zwar saisonal bedingt seit Jahresende zurück, im Jahresabstand waren aber deutlich mehr Arbeitslose zu verzeichnen (Juni 2002 im Vorjahresvergleich: +29.000). Die Zahl der Beschäftigten (ohne Kindergeldbezieher und Präsenzdiener) verringerte sich im ersten Halbjahr 2002 gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres ebenfalls. Insgesamt zeichnet sich dennoch für Österreich eine primär von der Auslandsnachfrage getragene Konjunkturerholung im Jahresverlauf 2002 ab. Bedingt durch den ausgeprägten Wachstumseinbruch im zweiten Halbjahr 2001 dürfte das reale BIP im Gesamtjahr 2002 aber nicht wesentlich stärker als im Vorjahr (2001: +1,0%) zunehmen. Für das nominelle BIP ist 2002 - angesichts eines etwas geringeren Preisauftriebs - mit einem schwächeren Anstieg als im Vorjahr zu rechnen.

Der Konjunkturunbruch im zweiten Halbjahr 2001 wirkt sich im heurigen Jahr durch den Basiseffekt (verminderte Steuerbasis), durch zeitliche Verzögerungen im Bereich der veranlagten Steuern und der Beschäftigtenentwicklung sowie durch den Wegfall von Sondereffekten (Einführung der Anspruchsverzinsung) auf die Budgeteinnahmementwicklung der öffentlichen Haushalte spürbar aus. Zudem sind die öffentlichen Haushalte mit Mehrausgaben in den Bereichen Arbeitslosenver-

sicherung und Pensionen konfrontiert, die durch Einsparungen in anderen Ausgabenbereichen, wie dem Zinsaufwand für die öffentliche Verschuldung, nur eingeschränkt kompensiert werden können.

Der Staatsschuldenausschuss empfiehlt ergänzend zu den Empfehlungen vom Dezember 2001 und unter den oben skizzierten ökonomischen Rahmendingungen für 2002 Folgendes:

- Ein erwartetes geringes öffentliches Defizit für 2002, das sich durch das Wirken der automatischen Stabilisatoren ergibt, zuzulassen und nicht durch diskretionäre Gegenmaßnahmen abzufangen. Wie bereits in der Empfehlung des Staatsschuldenausschusses vom 10. Dezember 2001 hingewiesen wurde, würde dieser budgetpolitische Kurs zur Konjunkturstabilisierung beitragen, ohne das wirtschaftspolitische Ziel eines über den Konjunkturzyklus ausgeglichenen Budgets des öffentlichen Sektors in Österreich zu gefährden.
- Effizienzsteigernde Strukturanpassungen in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung, die mit einer Entflechtung der Zuständigkeiten und der damit verbundenen Kostentragung der Gebietskörperschaften einhergehen, konsequent weiter zu verfolgen, um den budgetären Spielraum für eine Verbesserung der wachstums- und beschäftigungsfördernden Rahmenbedingungen zu erhöhen. Eine Verringerung der derzeit hohen Abgabenquote erfordert zusätzliche Sparanstrengungen aller öffentlichen Haushalte.
- Den Konsolidierungskurs nicht wegen einer kurzfristig wirkenden Steuerentlastung aufzugeben, die in Folge ein Konsolidierungspaket erfordern würde. Für den Fall, dass sich ein budgetärer Spielraum ergibt, empfiehlt der Staatsschuldenausschuss eine strukturelle Steuerreform, die anhaltend positive Effekte auf die Konsumnachfrage und den Wirtschaftsstandort hat. Dies ist vor allem dann zu erwarten, wenn eine Abgabentlastung des Faktors Arbeit erfolgt, die nachhaltig gesichert erscheint, und die Eigenkapitalbildung der Unternehmen gestärkt wird.
- Bei der Gestaltung von Finanzierungsinstrumenten des Bundes auch auf spezifische Erfordernisse nationaler und internationaler Investoren Bedacht zu nehmen, um eine möglichst breite Streuung des Investorenkreises zu gewährleisten und damit das Refinanzierungsrisiko möglichst gering zu halten.
- Durch eine möglichst enge Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften im Bereich des Portfeuillemanagements als Investoren bzw. Schuldner die finanziellen Aktiva und Passiva zu akkordieren und dadurch den öffentlichen Schuldenstand des Gesamtstaates im Sinne von Maastricht zu reduzieren. Gemäß ESVG 95 sowie der EG VO Nr. 3605/93 idgF sind Transaktionen (Zinsen) ebenso wie die Verschuldung zwischen den öffentlichen Teilsektoren zu konsolidieren.

A 2 DEFIZIT UND VERSCHULDUNG ALLER ÖFFENTLICHER HAUSHALTE IN ÖSTERREICH LAUT MAASTRICHT 1984 BIS 2002

Jahre	Öffentliches Defizit ¹⁾							
	Bundessektor		Länder und Gemeinden		Sozialversicherungsträger		Staat	
	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP
1984	-2.615	-2,7
1985	-2.800	-2,8
1986	-4.185	-4,0
1987	-4.902	-4,5
1988	-5.331	-4,6	1.644	1,4	-343	-0,3	-4.031	-3,5
1989	-4.747	-3,8	1.263	1,0	-358	-0,3	-3.841	-3,1
1990	-4.532	-3,4	1.539	1,2	-249	-0,2	-3.241	-2,4
1991	-5.488	-3,8	1.202	0,8	11	0,0	-4.275	-3,0
1992	-4.444	-2,9	1.704	1,1	-248	-0,2	-2.989	-2,0
1993	-7.637	-4,9	966	0,6	15	0,0	-6.656	-4,2
1994	-8.249	-5,0	-56	0,0	93	0,1	-8.212	-5,0
1995	-8.108	-4,7	-684	-0,4	-102	-0,1	-8.895	-5,2
1996	-7.191	-4,0	241	0,1	138	0,1	-6.812	-3,8
1997	-5.225	-2,9	1.524	0,8	305	0,2	-3.396	-1,9
1998	-5.794	-3,1	1.105	0,6	176	0,1	-4.514	-2,4
1999	-4.914	-2,5	499	0,3	-43	-0,0	-4.457	-2,3
2000	-3.363	-1,6	543	0,3	-231	-0,1	-3.052	-1,5
2001 ²⁾	-1.195	-0,6	1.453	0,7	-131	-0,1	128	0,1
2002 ³⁾	-1.671	-0,8	1.671	0,8	0	0,0	0	0,0

1) Zinsaufwand unter Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen im Sinne der budgetären Notifikation.

2) Vorläufige Daten.

3) Budgetäre Notifikation (Schätzung BMF vom Februar 2002).

Quelle: Statistik Austria (Stand: März 2002) und BMF; BIP: WIFO-Prognose vom April 2002.

Jahre	Öffentliche Verschuldung ¹⁾							
	Bundessektor		Länder und Gemeinden		Sozialversicherungsträger		Staat	
	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP
1984	37.036	38,8	7.890	8,3	0	0,0	44.926	47,0
1985	41.702	41,4	7.864	7,8	0	0,0	49.567	49,2
1986	48.977	46,3	8.115	7,7	0	0,0	57.092	53,9
1987	55.615	50,6	8.324	7,6	0	0,0	63.939	58,2
1988	59.649	51,8	8.593	7,5	0	0,0	68.242	59,3
1989	63.384	51,3	8.298	6,7	0	0,0	71.682	58,1
1990	68.226	51,1	8.254	6,2	0	0,0	76.481	57,2
1991	74.067	51,7	8.226	5,7	0	0,0	82.293	57,5
1992	78.522	51,7	8.250	5,4	0	0,0	86.772	57,2
1993	87.874	56,0	9.127	5,8	0	0,0	97.001	61,8
1994	96.483	58,3	10.562	6,4	0	0,0	107.045	64,7
1995	105.028	61,0	13.507	7,8	673	0,4	119.207	69,2
1996	108.401	60,9	13.856	7,8	766	0,4	123.022	69,1
1997	106.511	58,4	10.957	6,0	671	0,4	118.139	64,7
1998	110.116	58,0	10.724	5,6	576	0,3	121.416	63,9
1999	116.373	59,2	10.483	5,3	683	0,3	127.539	64,9
2000	118.650	57,9	10.668	5,2	913	0,4	130.230	63,6
2001 ²⁾	119.650	56,8	9.404	4,5	1.017	0,5	130.071	61,7
2002 ³⁾	130.084	60,3

1) Gemäß ESVG 95 bzw. Ratsverordnung 475/2000 vom 28. Februar 2000 (Amtsblatt der EU Nr. L58/1).

2) Vorläufige Daten.

3) Budgetäre Notifikation (Schätzung: BMF vom Februar 2002).

Quelle: Statistik Austria (Stand: März 2002) und BMF; BIP 2001 und 2002: WIFO-Prognose vom April 2002.

A 3 BEREINIGTE FINANZSCHULD DES BUNDES (OHNE EIGENBESITZ) ¹⁾ SOWIE
NETTODEFIZIT DES BUNDES IN % DES BIP 1965 BIS 2001

Jahre	Nettoveränderung						Stand Jahresende			in % des BIP	
	Euroschuld ²⁾		FW-Schuld		Gesamt		Euroschuld ²⁾	FW-Schuld	Gesamt	Finanz- schuld	Netto- defizit
	in Mio EUR	in %	in Mio EUR	in %	in Mio EUR	in %	in Mio EUR	in Mio EUR	in Mio EUR		
1965	117	7,2	-46	-12,7	70	3,5	1.738	317	2.055	11,5	0,5
1966	122	7,0	-49	-15,5	73	3,5	1.860	267	2.128	10,9	0,4
1967	130	7,0	256	95,6	385	18,1	1.990	523	2.513	12,1	1,9
1968	43	2,2	339	64,9	382	15,2	2.033	863	2.895	13,0	1,8
1969	209	10,3	65	7,5	273	9,4	2.241	927	3.169	13,0	0,7
1970	182	8,1	53	5,7	252	8,0	2.441	980	3.421	12,5	0,6
1971	82	3,4	-99	-10,1	-16	-0,5	2.523	882	3.405	11,2	0,4
1972	352	13,9	-133	-15,1	219	6,4	2.875	749	3.623	10,4	0,3
1973	558	19,4	-93	-12,5	465	12,8	3.432	655	4.088	10,4	1,3
1974	45	1,3	329	50,1	374	9,1	3.478	984	4.462	9,9	1,9
1975	1.486	42,7	1.346	136,8	2.832	63,5	4.964	2.330	7.294	15,3	4,5
1976	2.218	44,7	210	9,0	2.428	33,3	7.182	2.540	9.722	17,9	4,5
1977	1.332	18,5	906	35,7	2.238	23,0	8.514	3.447	11.961	19,9	3,6
1978	1.598	18,8	916	26,6	2.513	21,0	10.112	4.362	14.474	22,8	4,1
1979	2.042	20,2	264	6,0	2.306	15,9	12.154	4.626	16.780	24,1	3,4
1980	182	1,5	653	14,1	2.201	13,1	13.702	5.279	18.981	25,4	2,9
1981	885	6,5	1.593	30,2	2.478	13,1	14.586	6.872	21.459	27,0	2,5
1982	2.363	16,2	1.002	14,6	3.365	15,7	16.950	7.874	24.824	29,0	4,0
1983	4.169	24,6	1.253	15,9	5.422	21,8	21.119	9.127	30.246	33,3	5,3
1984	4.377	20,7	-482	-5,3	3.895	12,9	25.496	8.645	34.141	35,7	4,4
1985	4.075	16,0	-17	-0,2	4.057	11,9	29.570	8.628	38.198	37,9	4,4
1986	6.204	21,0	428	5,0	6.632	17,4	35.774	9.055	44.830	42,3	5,1
1987	5.852	16,4	10	0,1	5.862	13,1	41.626	9.065	50.691	46,1	4,7
1988	3.131	7,5	441	4,9	3.572	7,0	44.757	9.506	54.263	47,1	4,2
1989	4.249	9,5	-361	-3,8	3.888	7,2	49.006	9.145	58.150	47,1	3,7
1990	3.773	7,7	692	7,6	4.465	7,7	52.779	9.837	62.616	46,9	3,4
1991	4.581	8,7	952	9,7	5.533	8,8	57.360	10.789	68.149	47,6	3,2
1992	2.221	3,9	1.721	16,0	3.942	5,8	59.581	12.510	72.091	47,5	3,2
1993	5.471	9,2	2.959	23,7	8.430	11,7	65.052	15.469	80.521	51,3	4,5
1994	5.052	7,8	3.494	22,6	8.547	10,6	70.104	18.963	89.068	53,8	4,6
1995	6.295	9,0	2.193	11,6	8.488	9,5	76.400	21.156	97.556	56,6	5,0
1996	3.602	4,7	356	1,7	3.958	4,1	80.001	21.512	101.514	57,0	3,6
1997	5.099	6,4	647	3,0	5.746	5,7	85.100	22.160	107.260	58,8	2,7
1998	-1.366	-1,6	5.709	25,8	4.343	4,0	83.734	27.869	111.603	58,8	2,5
1998 ³⁾	97.939	13.664	111.603	58,8	2,5
1999	3.257	3,3	3.115	22,8	6.372	5,7	101.196	16.778	117.974	60,0	2,5
2000	2.788	2,8	-56	-0,3	2.731	2,3	103.984	16.722	120.705	58,9	1,4
2001	1.236	1,2	-529	-3,2	707	0,6	105.220	16.193	121.413	57,6	0,7

1) Seit 1989 unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge, seit 1993 ohne im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldtitle sowie seit 1998 unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2) Verbindlichkeiten in nationaler Währung; Schillingsschuld bis Ende 1998.

3) Rückrechnung: Euroschild umfasst auf EUR und nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden; Fremdwährungsschuld Nicht-WWU-Währungen.

A 4 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES NACH SCHULDFORMEN

Bereinigte Finanzschuld nach Schuldformen 1970 bis 2001 ¹⁾ (in Mio EUR)

Jahre	Euroschild ²⁾									
	Titrierte Euroschild				Nicht titrierte Euroschild					Summe Euroschild
	Anleihen	Bundesobligationen	Bundesschatzscheine	Summe	Versicherungsdarlehen	Bankendarlehen	Sonst. Kredite	Notenbank-schuld	Summe	
1970	1.219	24	600	1.843	111	43	75	369	597	2.441
1971	1.266	19	737	2.022	130	62	85	224	501	2.523
1972	1.350	159	785	2.293	159	83	108	231	581	2.875
1973	1.432	226	1.168	2.826	172	73	105	257	607	3.432
1974	1.388	221	1.231	2.840	171	63	106	298	638	3.478
1975	1.826	750	1.653	4.230	155	197	90	292	734	4.964
1976	2.376	1.764	1.811	5.951	298	581	72	279	1.231	7.182
1977	2.858	2.422	1.696	6.977	404	800	67	267	1.537	8.514
1978	3.470	3.053	1.756	8.279	473	1.044	61	255	1.833	10.112
1979	4.198	3.671	1.818	9.686	628	1.558	54	228	2.468	12.154
1980	5.100	3.823	2.252	11.175	682	1.596	53	196	2.527	13.702
1981	5.379	3.921	2.336	11.636	742	1.990	71	149	2.951	14.586
1982	5.967	4.207	3.028	13.202	788	2.732	65	162	3.748	16.950
1983	7.073	5.079	3.425	15.577	1.196	4.103	56	187	5.542	21.119
1984	7.555	5.250	3.574	16.380	1.721	7.137	53	205	9.116	25.496
1985	8.316	5.609	3.655	17.580	2.228	9.566	44	152	11.990	29.570
1986	9.096	6.869	3.886	19.850	2.924	12.885	28	87	15.924	35.774
1987	10.024	8.479	4.437	22.940	3.416	15.208	21	42	18.686	41.626
1988	11.010	9.237	5.175	25.422	3.765	15.526	14	30	19.335	44.757
1989	13.353	8.746	6.633	28.732	4.219	16.019	9	27	20.274	49.006
1990	15.530	8.364	8.406	32.300	4.503	15.938	6	32	20.479	52.779
1991	19.408	7.773	8.903	36.085	5.160	16.076	5	33	21.275	57.360
1992	23.035	7.141	7.835	38.010	5.828	15.701	5	37	21.571	59.581
1993	28.718	6.222	8.801	43.742	6.057	15.212	5	37	21.310	65.052
1994	34.274	5.428	8.820	48.522	7.055	14.397	88	43	21.583	70.104
1995	39.788	4.885	7.870	52.543	9.065	14.788	4	-	23.857	76.400
1996	43.951	4.182	7.934	56.066	10.514	13.417	3	-	23.935	80.001
1997	50.588	2.478	9.126	62.192	10.358	12.547	3	-	22.908	85.100
1998	55.935	1.602	5.943	63.480	9.883	10.324	47	-	20.254	83.734
1998 ³⁾	68.120	1.482	7.631	77.233	9.883	10.776	47	-	20.706	97.939
1999	75.095	1.294	5.988	82.377	9.382	9.196	241	-	18.819	101.196
2000	79.796	856	5.241	85.892	8.928	9.161	2	-	18.092	103.984
2001	85.532	1.461	1.585	88.578	8.302	8.339	2	-	16.642	105.220

1) Seit 1989 unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge, seit 1993 inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldtitle sowie seit 1998 unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2) Verbindlichkeiten in nationaler Währung; Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Rückrechnung: Euroschild umfasst auf EUR und nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden.

Bereinigte Finanzschuld nach Schuldformen 1970 bis 2001 ¹⁾ (in Mio EUR)

Jahre	Fremdwährungsschuld ²⁾					Gesamtschuld				
	Titrierte FW-Schuld			Kredite und Darlehen	Summe FW-Schuld	bereinigt	Eigenbesitz			unbereinigt
	Anleihen	Schuldverschreibungen	Summe				in EUR	in FW	Summe Eigenbesitz	
1970	246	284	530	450	980	3.421	-	-	-	-
1971	259	316	575	306	882	3.405	-	-	-	-
1972	244	265	509	240	749	3.623	-	-	-	-
1973	217	242	460	196	655	4.088	-	-	-	-
1974	204	268	472	512	984	4.462	-	-	-	-
1975	399	793	1.191	1.139	2.330	7.294	-	-	-	-
1976	467	826	1.293	1.247	2.540	9.722	-	-	-	-
1977	707	1.186	1.893	1.554	3.447	11.961	-	-	-	-
1978	810	1.448	2.258	2.105	4.362	14.474	-	-	-	-
1979	822	1.612	2.434	2.192	4.626	16.780	-	-	-	-
1980	1.024	1.758	2.781	2.498	5.279	18.981	-	-	-	-
1981	1.230	2.098	3.328	3.545	6.872	21.459	-	-	-	-
1982	1.336	2.464	3.800	4.074	7.874	24.824	-	-	-	-
1983	1.739	2.778	4.516	4.611	9.127	30.246	-	-	-	-
1984	2.064	2.430	4.494	4.151	8.645	34.141	-	-	-	-
1985	2.809	2.253	5.061	3.566	8.628	38.198	-	-	-	-
1986	4.446	1.552	5.997	3.058	9.055	44.830	-	-	-	-
1987	5.424	1.332	6.755	2.310	9.065	50.691	-	-	-	-
1988	7.143	1.093	8.237	1.269	9.506	54.263	-	-	-	-
1989	7.723	770	8.493	652	9.145	58.150	-	-	-	-
1990	8.595	685	9.279	558	9.837	62.616	-	-	-	-
1991	9.200	998	10.198	591	10.789	68.149	-	-	-	-
1992	10.679	878	11.558	952	12.510	72.091	-	-	-	-
1993	13.810	910	14.719	750	15.469	80.521	77	0	77	80.598
1994	16.126	750	16.876	2.087	18.963	89.068	202	0	202	89.269
1995	18.308	861	19.170	1.986	21.156	97.556	178	401	579	98.134
1996	18.955	916	19.871	1.642	21.512	101.514	1.440	33	1.473	102.987
1997	19.816	833	20.650	1.510	22.160	107.260	1.436	0	1.436	108.696
1998	24.169	2.264	26.433	1.436	27.869	111.603	1.986	718	2.704	114.307
1998 ³⁾	11.983	696	12.679	984	13.664	111.603	2.674	30	2.704	114.307
1999	14.722	800	15.523	1.256	16.778	117.974	4.822	40	4.862	122.836
2000	14.717	892	15.609	1.113	16.722	120.705	6.239	38	6.277	126.983
2001	14.356	805	15.161	1.032	16.193	121.413	7.451	35	7.486	128.898

1) Seit 1989 unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge, seit 1993 inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldtitle sowie seit 1998 unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2) Verbindlichkeiten in ausländischen Währungen bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresultimos.

3) Rückrechnung: Schulden in Nicht-WWU-Währungen.

Anteile der Schuldfornen an der bereinigten Gesamtschuld 1970 bis 2001 ¹⁾

Jahre	Euroschild ²⁾									
	Titrierte Euroschild				Nicht titrierte Euroschild					Summe Euroschild
	Anleihen	Bundesobligationen	Bundesschatzscheine	Summe	Versicherungsdarlehen	Bankendarlehen	Sonstige Kredite	Notenbankschuld	Summe	
1970	35,6	0,7	17,5	53,9	3,2	1,3	2,2	10,8	17,5	71,3
1971	37,2	0,6	21,6	59,4	3,8	1,8	2,5	6,6	14,7	74,1
1972	37,3	4,4	21,7	63,3	4,4	2,3	3,0	6,4	16,0	79,3
1973	35,0	5,5	28,6	69,1	4,2	1,8	2,6	6,3	14,8	84,0
1974	31,1	4,9	27,6	63,6	3,8	1,4	2,4	6,7	14,3	77,9
1975	25,0	10,3	22,7	58,0	2,1	2,7	1,2	4,0	10,1	68,1
1976	24,4	18,1	18,6	61,2	3,1	6,0	0,7	2,9	12,7	73,9
1977	23,9	20,3	14,2	58,3	3,4	6,7	0,6	2,2	12,9	71,2
1978	24,0	21,1	12,1	57,2	3,3	7,2	0,4	1,8	12,7	69,9
1979	25,0	21,9	10,8	57,7	3,7	9,3	0,3	1,4	14,7	72,4
1980	26,9	20,1	11,9	58,9	3,6	8,4	0,3	1,0	13,3	72,2
1981	25,1	18,3	10,9	54,2	3,5	9,3	0,3	0,7	13,8	68,0
1982	24,0	16,9	12,2	53,2	3,2	11,0	0,3	0,7	15,1	68,3
1983	23,4	16,8	11,3	51,5	4,0	13,6	0,2	0,6	18,3	69,8
1984	22,1	15,4	10,5	48,0	5,0	20,9	0,2	0,6	26,7	74,7
1985	21,8	14,7	9,6	46,0	5,8	25,0	0,1	0,4	31,4	77,4
1986	20,3	15,3	8,7	44,3	6,5	28,7	0,1	0,2	35,5	79,8
1987	19,8	16,7	8,8	45,3	6,7	30,0	0,0	0,1	36,9	82,1
1988	20,3	17,0	9,5	46,8	6,9	28,6	0,0	0,1	35,6	82,5
1989	23,0	15,0	11,4	49,4	7,3	27,5	0,0	0,0	34,9	84,3
1990	24,8	13,4	13,4	51,6	7,2	25,5	0,0	0,1	32,7	84,3
1991	28,5	11,4	13,1	52,9	7,6	23,6	0,0	0,0	31,2	84,2
1992	32,0	9,9	10,9	52,7	8,1	21,8	0,0	0,1	29,9	82,6
1993	35,7	7,7	10,9	54,3	7,5	18,9	0,0	0,0	26,5	80,8
1994	38,5	6,1	9,9	54,5	7,9	16,2	0,1	0,0	24,2	78,7
1995	40,8	5,0	8,1	53,9	9,3	15,2	0,0	-	24,5	78,3
1996	43,3	4,1	7,8	55,2	10,4	13,2	0,0	-	23,6	78,8
1997	47,2	2,3	8,5	58,0	9,7	11,7	0,0	-	21,4	79,3
1998	50,1	1,4	5,3	56,9	8,9	9,3	0,0	-	18,1	75,0
1998 ³⁾	61,0	1,3	6,8	69,2	8,9	9,7	0,0	-	18,6	87,8
1999	63,7	1,1	5,1	69,8	8,0	7,8	0,2	-	16,0	85,8
2000	66,1	0,7	4,3	71,2	7,4	7,6	0,0	-	15,0	86,1
2001	70,4	1,2	1,3	73,0	6,8	6,9	0,0	-	13,7	86,7

1) Seit 1989 unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge, seit 1993 inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldtitle sowie seit 1998 unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2) Verbindlichkeiten in nationaler Währung; Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Rückrechnung: Euroschild umfasst auf EUR und nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden.

Anteile der Schuldfornen an der bereinigten Gesamtschuld 1970 bis 2001 ¹⁾

Jahre	Fremdwährungsschuld ²⁾					Gesamt
	Titrierte FW-Schuld			Kredite und Darlehen	Summe FW-Schuld	
	Anleihen	Schuldverschreibungen	Summe			
1970	7,2	8,3	15,5	13,2	28,7	100,0
1971	7,6	9,3	16,9	9,0	25,9	100,0
1972	6,7	7,3	14,1	6,6	20,7	100,0
1973	5,3	5,9	11,2	4,8	16,0	100,0
1974	4,6	6,0	10,6	11,5	22,1	100,0
1975	5,5	10,9	16,3	15,6	31,9	100,0
1976	4,8	8,5	13,3	12,8	26,1	100,0
1977	5,9	9,9	15,8	13,0	28,8	100,0
1978	5,6	10,0	15,6	14,5	30,1	100,0
1979	4,9	9,6	14,5	13,1	27,6	100,0
1980	5,4	9,3	14,7	13,2	27,8	100,0
1981	5,7	9,8	15,5	16,5	32,0	100,0
1982	5,4	9,9	15,3	16,4	31,7	100,0
1983	5,7	9,2	14,9	15,2	30,2	100,0
1984	6,0	7,1	13,2	12,2	25,3	100,0
1985	7,4	5,9	13,3	9,3	22,6	100,0
1986	9,9	3,5	13,4	6,8	20,2	100,0
1987	10,7	2,6	13,3	4,6	17,9	100,0
1988	13,2	2,0	15,2	2,3	17,5	100,0
1989	13,3	1,3	14,6	1,1	15,7	100,0
1990	13,7	1,1	14,8	0,9	15,7	100,0
1991	13,5	1,5	15,0	0,9	15,8	100,0
1992	14,8	1,2	16,0	1,3	17,4	100,0
1993	17,2	1,1	18,3	0,9	19,2	100,0
1994	18,1	0,8	18,9	2,3	21,3	100,0
1995	18,8	0,9	19,7	2,0	21,7	100,0
1996	18,7	0,9	19,6	1,6	21,2	100,0
1997	18,5	0,8	19,3	1,4	20,7	100,0
1998	21,7	2,0	23,7	1,3	25,0	100,0
1998 ³⁾	10,7	0,6	11,4	0,9	12,2	100,0
1999	12,5	0,7	13,2	1,1	14,2	100,0
2000	12,2	0,7	12,9	0,9	13,9	100,0
2001	11,8	0,7	12,5	0,8	13,3	100,0

1) Seit 1989 unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge, seit 1993 inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundes-schuldtitle sowie seit 1998 unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2) Verbindlichkeiten in ausländischen Währungen bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresultimos.

3) Rückrechnung: Schulden in Nicht-WWU-Währungen.

Restlaufzeit und Nominalverzinsung der Finanzschuld nach Schuldformen 1984 bis 2001

Restlaufzeit der Finanzschuld nach Schuldformen ¹⁾ (in Jahren)

Jahre	Euroschild ²⁾									
	Titrierte Euroschild				Nicht titrierte Euroschild					Summe Euroschild
	Anleihen	Bundesobligationen	Bundesschatzscheine	Summe	Versicherungsdarlehen	Bankendarlehen	Sonstige Kredite	Notenbankschuld	Summe	
1984	5,3	5,3	2,5	4,7	7,7	10,2	5,6	1,4	9,5	6,4
1985	5,4	5,5	8,7	6,1	8,8	11,5	5,4	1,0	10,8	8,0
1986	6,5	5,8	7,9	6,5	9,3	11,6	7,3	0,6	11,1	8,6
1987	6,6	6,2	7,0	6,5	9,1	11,5	4,0	0,6	11,0	8,5
1988	6,8	6,4	6,7	6,7	9,1	11,7	8,8	0,5	11,1	8,6
1989	7,2	5,2	6,4	6,6	9,4	10,9	5,9	0,5	10,6	8,2
1990	6,7	5,0	6,2	6,1	9,1	10,5	8,2	0,5	10,2	7,7
1991	6,3	4,4	5,0	5,6	8,4	9,8	8,7	0,3	9,5	7,0
1992	6,0	3,8	5,3	5,4	7,8	9,1	8,2	0,2	8,8	6,6
1993	5,6	3,2	4,9	5,1	7,4	7,7	7,7	0,3	7,6	5,9
1994	5,3	2,8	4,0	4,8	7,3	7,9	0,4	0,3	7,6	5,7
1995	5,2	2,9	4,7	4,9	8,0	7,2	6,9	-	7,5	5,7
1996	4,9	2,7	6,0	4,9	7,8	6,9	6,4	-	7,3	5,6
1997	5,0	3,1	4,9	4,9	7,1	6,1	5,9	-	6,6	5,4
1998	5,1	4,9	4,1	5,0	6,4	6,6	0,4	-	6,5	5,4
1998 ³⁾	5,7	6,9	4,1	5,6	6,4	7,3	0,4	-	6,9	5,9
1999	6,1	5,0	5,0	6,0	5,8	7,2	0,2	-	6,4	6,1
2000	6,1	4,6	3,1	6,0	5,1	6,5	4,5	-	5,8	5,9
2001	5,8	5,4	2,1	5,8	4,4	5,8	4,1	-	5,1	5,7

Durchschnittliche Nominalverzinsung der Finanzschuld nach Schuldformen ¹⁾ (in %)

Jahre	Euroschild ²⁾									
	Titrierte Euroschild				Nicht titrierte Euroschild					Summe Euroschild
	Anleihen	Bundesobligationen	Bundesschatzscheine	Summe	Versicherungsdarlehen	Bankendarlehen	Sonstige Kredite	Notenbankschuld	Summe	
1984	8,6	8,5	6,5	8,1	8,4	8,7	3,3	2,3	8,5	8,2
1985	8,5	8,4	6,2	8,0	8,3	8,3	3,9	2,3	8,2	8,1
1986	8,3	8,2	6,1	7,8	8,0	8,1	2,5	2,3	8,0	7,9
1987	8,0	7,8	5,1	7,3	7,8	7,6	2,3	2,4	7,6	7,5
1988	7,7	7,5	5,5	7,2	7,6	7,4	1,8	2,2	7,5	7,3
1989	7,5	7,4	6,8	7,3	7,6	7,7	1,2	2,0	7,7	7,5
1990	7,6	7,3	7,8	7,6	8,1	8,6	0,1	2,0	8,5	7,9
1991	7,8	7,3	8,0	7,7	8,5	8,7	0,1	2,0	8,6	8,1
1992	7,8	7,2	7,1	7,5	8,5	8,6	0,1	2,0	8,5	7,9
1993	7,4	7,1	5,4	7,0	8,3	7,7	0,1	2,0	7,9	7,3
1994	7,2	6,9	4,8	6,8	7,6	7,3	4,7	2,0	7,3	6,9
1995	7,1	6,9	4,7	6,7	7,6	7,1	0,0	-	7,3	6,9
1996	6,8	6,9	3,7	6,4	7,2	6,7	0,1	-	6,9	6,5
1997	6,5	6,9	3,9	6,2	6,9	6,3	0,1	-	6,6	6,3
1998	6,2	6,8	3,7	6,0	6,8	6,0	2,8	-	6,4	6,1
1998 ³⁾	6,1	4,8	3,7	5,8	6,8	6,0	2,8	-	6,4	5,9
1999	5,6	6,8	3,6	5,5	6,7	6,1	2,6	-	6,4	5,6
2000	5,5	7,0	4,8	5,5	6,7	6,3	0,1	-	6,5	5,7
2001	5,3	6,2	3,7	5,3	6,6	6,2	0,1	-	6,4	5,5

1) Seit 1989 unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge, seit 1993 inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldentitel sowie seit 1998 unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2) Verbindlichkeiten in nationaler Währung; Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Rückrechnung: Euroschild umfasst auf EUR und nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden.

Restlaufzeit der Finanzschuld nach Schuldformen ¹⁾ (in Jahren)

Jahre	Fremdwährungsschuld ²⁾					Gesamt
	Titrierte FW-Schuld			Kredite und Darlehen	Summe FW-Schuld	
	Anleihen	Schuldverschreibungen	Summe			
1984	5,8	2,9	4,2	5,0	4,6	5,9
1985	6,7	3,2	5,1	4,8	5,0	7,3
1986	9,4	3,1	7,8	4,1	6,6	8,2
1987	8,7	4,0	7,8	6,2	7,4	8,3
1988	8,3	4,7	7,8	8,8	8,0	8,5
1989	7,8	5,1	7,6	11,9	7,9	8,2
1990	7,8	4,8	7,6	12,2	7,9	7,7
1991	7,1	6,6	7,0	11,3	7,3	7,1
1992	7,1	6,3	7,0	7,0	7,0	6,7
1993	7,0	5,4	6,9	11,3	7,2	6,2
1994	8,7	5,5	8,5	7,9	8,5	6,2
1995	7,6	6,4	7,6	12,8	8,1	6,2
1996	7,3	8,0	7,3	14,5	7,9	6,1
1997	7,2	8,2	7,3	13,8	7,7	5,9
1998	6,6	8,8	6,8	13,0	7,1	5,8
1998 ³⁾	4,7	8,9	4,9	7,5	5,1	5,8
1999	4,4	8,4	4,6	6,7	4,8	5,9
2000	4,4	8,1	4,6	5,9	4,7	5,8
2001	4,5	7,5	4,7	4,9	4,7	5,5

Durchschnittliche Nominalverzinsung der Finanzschuld nach Schuldformen ¹⁾ (in %)

Jahre	Fremdwährungsschuld ²⁾					Gesamt
	Titrierte FW-Schuld			Kredite und Darlehen	Summe FW-Schuld	
	Anleihen	Schuldverschreibungen	Summe			
1984	6,9	6,2	6,5	5,9	6,3	7,7
1985	6,8	6,3	6,6	5,5	6,2	7,7
1986	6,4	6,7	6,5	5,4	6,0	7,6
1987	5,9	6,1	6,0	5,1	5,7	7,2
1988	5,7	6,0	5,8	5,4	5,7	7,0
1989	6,2	5,7	6,2	5,9	6,2	7,3
1990	6,5	5,4	6,5	6,0	6,5	7,7
1991	6,5	6,2	6,5	6,2	6,5	7,8
1992	6,6	6,1	6,5	6,9	6,6	7,7
1993	5,6	4,7	5,6	5,4	5,5	6,9
1994	5,2	5,1	5,2	3,8	5,0	6,5
1995	5,1	3,9	5,1	4,3	5,0	6,5
1996	5,2	3,8	5,1	4,6	5,1	6,2
1997	5,2	3,6	5,1	4,5	5,1	6,0
1998	4,9	3,0	4,7	4,4	4,7	5,7
1998 ³⁾	4,4	3,0	4,4	3,5	4,3	5,7
1999	4,3	3,1	4,2	3,3	4,2	5,4
2000	4,0	3,0	3,9	3,3	3,9	5,4
2001	3,6	2,6	3,5	3,2	3,5	5,2

1) Seit 1989 unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge, seit 1993 inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundes-schuld-titel sowie seit 1998 unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2) Verbindlichkeiten in ausländischen Währungen bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresultimos.

3) Rückrechnung: Schulden in Nicht-WWU-Währungen.

A 5 FREMDWÄHRUNGSSCHULD DES BUNDES NACH WÄHRUNGEN

Stand und Anteile der Fremdwährungsschuld nach Währungen 1980 bis 2001 ¹⁾

Jahre	U S D		D E M		C H F		N L G		J P Y		F R F		X E U		B E F	
	in Mio EUR	%- Anteil	in Mio EUR	%- Anteil	in Mio EUR	%- Anteil	in Mio EUR	%- Anteil	in Mio EUR	%- Anteil	in Mio EUR	%- Anteil	in Mio EUR	%- Anteil	in Mio EUR	%- Anteil
1980	267	5,1	2.136	40,5	2.435	46,1	327	6,2	89	1,7	-	-	-	-	24	0,5
1981	301	4,4	2.048	29,8	3.872	56,3	315	4,6	314	4,6	-	-	-	-	23	0,3
1982	189	2,4	2.579	32,8	4.477	56,9	304	3,9	325	4,1	-	-	-	-	-	-
1983	208	2,3	2.831	31,0	5.069	55,5	520	5,7	499	5,5	-	-	-	-	-	-
1984	144	1,7	2.800	32,4	4.465	51,6	707	8,2	529	6,1	-	-	-	-	-	-
1985	104	1,2	3.218	37,3	3.815	44,2	760	8,8	730	8,5	-	-	-	-	-	-
1986	76	0,8	3.546	39,2	3.420	37,8	874	9,7	1.139	12,6	-	-	-	-	-	-
1987	56	0,6	3.174	35,0	3.749	41,4	600	6,6	1.486	16,4	-	-	-	-	-	-
1988	38	0,4	3.479	36,6	3.282	34,5	491	5,2	2.215	23,3	-	-	-	-	-	-
1989	34	0,4	3.690	40,3	2.851	31,2	478	5,2	2.093	22,9	-	-	-	-	-	-
1990	8	0,1	3.440	35,0	3.503	35,6	479	4,9	2.407	24,5	-	-	-	-	-	-
1991	84	0,8	3.039	28,2	4.237	39,3	479	4,4	2.950	27,3	-	-	-	-	-	-
1992	6	0,0	3.653	29,2	5.048	40,3	341	2,7	3.461	27,7	-	-	-	-	-	-
1993	6	0,0	3.879	25,1	5.484	35,5	798	5,2	5.302	34,3	-	-	-	-	-	-
1994	4	0,0	5.066	26,7	6.749	35,6	903	4,8	6.242	32,9	-	-	-	-	-	-
1995	2	0,0	5.921	27,5	7.947	36,9	822	3,8	6.866	31,8	-	-	-	-	-	-
1996	2	0,0	6.378	29,6	7.352	34,1	1.503	7,0	6.311	29,3	-	-	-	-	-	-
1997	0	0,0	6.163	27,8	6.741	30,4	1.952	8,8	6.538	29,5	765	3,5	-	-	-	-
1998	-	-	8.496	29,7	7.210	25,2	2.520	8,8	6.483	22,7	1.219	4,3	2.658	9,3	-	-
1998 ²⁾	-	-	-	-	7.210	52,7	-	-	6.483	47,3	-	-	-	-	-	-
1999	-	-	-	-	7.479	44,5	-	-	9.339	55,5	-	-	-	-	-	-
2000	-	-	-	-	7.836	46,8	-	-	8.925	53,2	-	-	-	-	-	-
2001	-	-	-	-	8.049	49,6	-	-	8.179	50,4	-	-	-	-	-	-

1) Seit 1982 unter Berücksichtigung der Cross-Currency-Swaps.

2) Rückrechnung: Schulden in Nicht-WWU-Währungen.

**Stand und Entwicklung der Fremdwährungsschuld im engeren Sinn (vor Swaps)
nach Währungen 1992 bis 2001 ¹⁾ (in Mio Fremdwährung)**

1 9 9 2	Stand	Zugang ²⁾	Abgang ²⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn			in Mio FW	in %	Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	2.720,8	1.200,0	309,2	890,8	32,7	3.611,6
DEM	5.523,0	1.500,0	330,0	1.170,0	21,2	6.693,0
CHF	2.395,1	660,2	297,6	362,6	15,1	2.757,7
NLG	450,0	0,0	0,0	0,0	0,0	450,0
JPY	403.900,0	0,0	0,0	0,0	0,0	403.900,0
XEU	525,0	0,0	0,0	0,0	0,0	525,0
AUD	175,0	0,0	75,0	-75,0	-42,9	100,0
GBP	235,0	0,0	0,0	0,0	0,0	235,0
CAD	0,0	250,0	0,0	250,0	.	250,0
ITL	150.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	150.000,0
FRF	1.649,4	0,0	0,0	0,0	0,0	1.649,4
ESP	15.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	15.000,0

1 9 9 3	Stand	Zugang ²⁾	Abgang ²⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn			in Mio FW	in %	Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	3.611,6	850,0	141,3	708,7	19,6	4.320,3
DEM	6.693,0	900,0	800,0	100,0	1,5	6.793,0
CHF	2.757,7	1.000,0	807,9	192,1	7,0	2.949,8
NLG	450,0	1.000,0	0,0	1.000,0	222,2	1.450,0
JPY	403.900,0	156.000,0	5.000,0	151.000,0	37,4	554.900,0
XEU	525,0	0,0	325,0	-325,0	-61,9	200,0
AUD	100,0	0,0	0,0	0,0	0,0	100,0
GBP	235,0	0,0	100,0	-100,0	-42,6	135,0
CAD	250,0	300,0	0,0	300,0	120,0	550,0
ITL	150.000,0	0,0	150.000,0	-150.000,0	-100,0	0,0
FRF	1.649,4	0,0	0,0	0,0	0,0	1.649,4
ESP	15.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	15.000,0

1 9 9 4	Stand	Zugang ²⁾	Abgang ²⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn			in Mio FW	in %	Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	4.320,3	800,0	298,4	501,6	11,6	4.821,9
DEM	6.793,0	2.550,0	750,0	1.800,0	26,5	8.593,0
CHF	2.949,8	1.200,0	150,0	1.050,0	35,6	3.999,8
NLG	1.450,0	1.000,0	0,0	1.000,0	69,0	2.450,0
JPY	554.900,0	124.000,0	30.000,0	94.000,0	16,9	648.900,0
XEU	200,0	0,0	200,0	-200,0	-100,0	0,0
AUD	100,0	0,0	100,0	-100,0	-100,0	0,0
GBP	135,0	200,0	0,0	200,0	148,1	335,0
CAD	550,0	0,0	0,0	0,0	0,0	550,0
ITL	0,0	560.000,0	0,0	560.000,0	.	560.000,0
FRF	1.649,4	0,0	0,0	0,0	0,0	1.649,4
ESP	15.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	15.000,0

1) Seit 1993 inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldtitel.

2) Inklusive Konversionen.

1 9 9 5	Stand	Zugang ¹⁾	Abgang ¹⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn			in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	4.821,9	519,7	411,1	108,6	2,3	4.930,5
DEM	8.593,0	3.419,8	392,0	3.027,8	35,2	11.620,8
CHF	3.999,8	1.000,0	1.200,0	-200,0	-5,0	3.799,8
NLG	2.450,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2.450,0
JPY	648.900,0	180.000,0	69.718,0	110.282,0	17,0	759.182,0
XEU	0,0	400,0	0,0	400,0	.	400,0
GBP	335,0	0,0	0,0	0,0	0,0	335,0
CAD	550,0	0,0	0,0	0,0	0,0	550,0
ITL	560.000,0	300.000,0	0,0	300.000,0	53,6	860.000,0
FRF	1.649,4	0,0	0,0	0,0	0,0	1.649,4
ESP	15.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	15.000,0
LUF	0,0	5.000,0	0,0	5.000,0	.	5.000,0

1 9 9 6	Stand	Zugang ¹⁾	Abgang ¹⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn			in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	4.930,5	200,0	901,5	-701,5	-14,2	4.229,0
DEM	11.620,8	2.425,2	125,3	2.299,9	19,8	13.920,7
CHF	3.799,8	750,0	650,0	100,0	2,6	3.899,8
NLG	2.450,0	1.500,0	0,0	1.500,0	61,2	3.950,0
JPY	759.182,0	30.436,2	65.718,2	-35.282,0	-4,6	723.900,0
XEU	400,0	0,0	0,0	0,0	0,0	400,0
GBP	335,0	0,0	0,0	0,0	0,0	335,0
CAD	550,0	0,0	0,0	0,0	0,0	550,0
ITL	860.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	860.000,0
FRF	1.649,4	0,0	0,0	0,0	0,0	1.649,4
ESP	15.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	15.000,0
LUF	5.000,0	1.500,0	0,0	1.500,0	30,0	6.500,0

1 9 9 7	Stand	Zugang ¹⁾	Abgang ¹⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn			in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	4.229,0	110,2	751,6	-641,4	-15,2	3.587,6
DEM	13.920,7	425,0	500,0	-75,0	-0,5	13.845,7
CHF	3.899,8	0,0	450,0	-450,0	-11,5	3.449,8
NLG	3.950,0	1.000,0	200,0	800,0	20,3	4.750,0
JPY	723.900,0	0,0	24.900,0	-24.900,0	-3,4	699.000,0
XEU	400,0	0,0	0,0	0,0	0,0	400,0
GBP	335,0	0,0	0,0	0,0	0,0	335,0
CAD	550,0	0,0	0,0	0,0	0,0	550,0
ITL	860.000,0	0,0	400.000,0	-400.000,0	-46,5	460.000,0
FRF	1.649,4	5.000,0	0,0	5.000,0	303,1	6.649,4
ESP	15.000,0	0,0	15.000,0	-15.000,0	-100,0	0,0
LUF	6.500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	6.500,0
CZK	0,0	3.000,0	0,0	3.000,0	.	3.000,0
ZAR	0,0	150,0	0,0	150,0	.	150,0
PLN	0,0	100,0	0,0	100,0	.	100,0

1) Inklusive Konversionen.

1 9 9 8	Stand Jahresbeginn ¹⁾	Zugang ²⁾	Abgang ²⁾	Nettoveränderung		Stand Jahresende ¹⁾
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	3.587,6	33,6	100,5	-66,9	-1,9	3.520,7
DEM	13.845,7	9.050,0	4.700,0	4.350,0	31,4	18.195,7
CHF	3.449,8	1.300,0	0,0	1.300,0	37,7	4.749,8
NLG	4.750,0	1.500,0	250,0	1.250,0	26,3	6.000,0
JPY	699.000,0	0,0	50.000,0	-50.000,0	-7,2	649.000,0
XEU	400,0	2.651,9	400,0	2.251,9	563,0	2.651,9
GBP	335,0	250,0	0,0	250,0	74,6	585,0
CAD	550,0	0,0	0,0	0,0	0,0	550,0
ITL	460.000,0	0,0	200.000,0	-200.000,0	-43,5	260.000,0
FRF	6.649,4	3.000,0	0,0	3.000,0	45,1	9.649,4
LUF	6.500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	6.500,0
CZK	3.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3.000,0
ZAR	150,0	0,0	0,0	0,0	0,0	150,0
PLN	100,0	0,0	0,0	0,0	0,0	100,0

1 9 9 9	Stand Jahresbeginn ³⁾	Zugang ⁴⁾	Abgang ⁴⁾	Nettoveränderung		Stand Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	3.520,8	1.198,6	333,6	865,0	24,6	4.385,8
CHF	4.750,0	500,0	300,0	200,0	4,2	4.950,0
JPY	649.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	649.000,0
GBP	585,0	0,0	100,0	-100,0	-17,1	485,0
CAD	550,0	0,0	0,0	0,0	0,0	550,0
CZK	3.000,0	0,0	1.500,0	-1.500,0	-50,0	1.500,0
ZAR	150,0	0,0	150,0	-150,0	-100,0	0,0
PLN	100,0	0,0	100,0	-100,0	-100,0	0,0

2 0 0 0	Stand Jahresbeginn ³⁾	Zugang ⁴⁾	Abgang ⁴⁾	Nettoveränderung		Stand Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	4.385,8	747,9	1.049,0	-301,1	-6,9	4.084,7
CHF	4.950,0	250,0	1.500,0	-1.250,0	-25,3	3.700,0
JPY	649.000,0	0,0	40.000,0	-40.000,0	-6,2	609.000,0
GBP	485,0	0,0	0,0	0,0	0,0	485,0
CAD	550,0	0,0	0,0	0,0	0,0	550,0
CZK	1.500,0	0,0	1.500,0	-1.500,0	-100,0	0,0

2 0 0 1	Stand Jahresbeginn ³⁾	Zugang ⁴⁾	Abgang ⁴⁾	Nettoveränderung		Stand Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	4.084,7	1.750,0	671,1	1.078,9	26,4	5.163,6
CHF	3.700,0	100,0	300,0	-200,0	-5,4	3.500,0
JPY	609.000,0	7.000,0	155.000,0	-148.000,0	-24,3	461.000,0
GBP	485,0	0,0	35,0	-35,0	-7,2	450,0
CAD	550,0	0,0	0,0	0,0	0,0	550,0

1) Unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern (inklusive Rechtsträgerswaps).

2) Inklusive Konversionen.

3) Zeitreihenbruch: Schulden in Nicht-WWU-Währungen unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

4) Inklusive Forderungszu- bzw. -abnahme gegenüber Rechtsträgern und Konversionen.

A 6 FINANZSCHULD IM ENGEREN SINN UND CROSS CURRENCY SWAPS (CCS) NACH SCHULDFORMEN
IM JAHR 2001¹⁾ (in Mio EUR)

Schuldformen	Stand am 31.12.2000				Nettoveränderung				Stand am 31.12.2001				
	Finanz- Schuld i.e.S.	CCS Verbind- lichkeiten	CCS Forde- rungen	CCS Verbindl. netto	Finanz- schuld i.e.S.	CCS Verbindl. netto	Finanz- schuld i.e.S.	CCS Verbindl. netto	Finanz- schuld i.e.S.	CCS Verbind- lichkeiten	CCS Forde- rungen	CCS Verbindl. netto	Finanz- schuld
Euroschuld²⁾													
Anleihen	89.236	832	4.183	-3.351	85.885	-18	7.081	96.335	2.313	5.682	-3.369	92.966	
Bundessobligationen	1.252	0	396	-396	856	64	623	1.811	64	396	-332	1.478	
Bundesschatzscheine	4.745	645	0	645	5.391	-276	-3.806	1.215	369	0	369	1.585	
Titrierte Euroschuld	95.233	1.477	4.580	-3.102	92.131	-230	3.898	99.361	2.746	6.078	-3.332	96.029	
Versicherungsdarlehen	8.928	0	0	0	8.928	0	-627	8.302	0	0	0	8.302	
Bankendarlehen	9.161	0	0	0	9.161	0	-822	8.339	0	0	0	8.339	
Sonstige Kredite	2	0	0	0	2	0	0	2	0	0	0	2	
Nicht titrierte Euroschuld	18.092	0	0	0	18.092	0	-1.449	16.642	0	0	0	16.642	
Euroschuld²⁾	113.325	1.477	4.580	-3.102	110.223	-230	2.448	116.003	2.746	6.078	-3.332	112.671	
FW - Schuld³⁾													
Anleihen	11.493	8.920	5.658	3.262	14.755	-360	-364	11.490	10.344	7.443	2.902	14.391	
Schuldverschreibungen	477	471	56	415	892	-61	-87	451	415	61	354	805	
Bundesschatzscheine	603	0	603	-603	0	228	0	374	0	374	-374	0	
Titr. Fremdwährungsschuld	12.573	9.392	6.317	3.074	15.647	-193	-451	12.315	10.759	7.878	2.881	15.196	
Kredite und Darlehen	1.113	0	0	0	1.113	0	-81	1.032	0	0	0	1.032	
Fremdwährungsschuld	13.686	9.392	6.317	3.074	16.760	-193	-532	13.347	10.759	7.878	2.881	16.228	
F i n a n z s c h u l d	127.011	10.869	10.897	-28	126.983	-423	1.915	129.350	13.505	13.956	-451	128.898	
Abzüglich Eigenbesitz					6.277		1.209					7.486	
Bereinigte Euroschuld ⁴⁾					103.984		1.236					105.220	
Bereinigte FW-Schuld ⁴⁾					16.722		-529					16.193	
Bereinigte Finanzschuld					120.705		707					121.412	

1) Unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern zu Nominalwerten.

2) Auf EUR und nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden.

3) Auf Nicht-WWU-Währungen lautende Finanzschulden.

4) Die bereinigte Schuldentwicklung nach Schuldformen ist unter der Internet-Homepage der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur zu finden (<http://www.oebfa.co.at>).

**A 7 LANGFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN ¹⁾ VON UNTERNEHMEN DES BUNDES
UND VON MARKTBESTIMMTEN BETRIEBEN DER GEMEINDEN 1995 BIS 2001
(in Mrd EUR)**

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001 ²⁾
Unternehmen des Bundes ³⁾							
Alpenstraßen AG	0,0	0,0	0,0	-	-	-	-
ASFINAG	7,4	7,3	5,6	5,6	6,1	6,3	6,9
AUSTRO CONTROL	-	-	-	-	0,1	0,1	0,1
BIG	0,2	0,7	1,1	1,2	1,2	1,2	2,1
MUQUA	-	-	-	-	-	-	0,1
ÖBB	2,6	2,7	2,9	3,6	4,0	4,3	4,5
<i>davon ÖBB-Infrastruktur</i>	1,4	1,7	2,1	2,9	3,4	3,8	3,9
ÖIAG	3,8	3,4	3,4	3,3	3,4	2,9	2,0
ÖSAG	0,0	0,0	-	-	-	-	-
PTBG	-	3,4	3,6	3,1	2,5	-	-
SCHIG	-	-	1,8	2,1	2,3	3,3	3,9
Summe	14,1	17,5	18,3	18,9	19,5	18,0	19,5
<i>davon Bundesfinanzierungen ⁴⁾</i>	-	-	-	2,2	5,4	7,8	9,2
Marktbestimmte Betriebe der Gemeinden ^{2) 5)}							
Gemeindeverbände	.	.	.	1,5	1,7	2,0	.
Infrastrukturbetriebe der Gemeinden ohne Wien	1,2	1,5	2,2	2,9	3,3	5,7	.
Infrastrukturbetriebe der Gemeinde Wien	.	.	1,4	1,4	1,4	0,2	.
Summe	.	.	3,6	5,8	6,5	7,9	.
Insgesamt	.	.	21,9	24,7	25,9	26,0	.

Abkürzungen:

ASFINAG	Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierung-Aktiengesellschaft
AUSTRO CONTROL	AUSTRO CONTROL Österreichische Gesellschaft für Zivilluftfahrt mbH
BIG	Bundesimmobiliengesellschaft mbH
MUQUA	MuseumsQuartier Errichtungs- und BetriebsgmbH
ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
ÖIAG	Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft
ÖSAG	Autobahnen- und Schnellstraßen AG
PTBG	Post- und Telekombeteiligungsverwaltungsgesellschaft
SCHIG	Schieneinfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft m.b.H.

1) Anleihen, Kredit-/Darlehensverbindlichkeiten einschließlich Forderungszessionen an Finanzinstitutionen sowie an den Bund mit originärer Laufzeit von mindestens einem Jahr.

2) Vorläufige Daten.

3) Selbständige Einheiten, die gemäß ESVG 1995 dem Unternehmenssektor zugerechnet werden.

4) Kapitalmarktfinanzierungen im Namen des Bundes (insbesondere Bundesanleihen) für Dritte, die in Form von Darlehen an die Unternehmen weitergegeben werden und deren Schuldendienst von den Unternehmungen zu bedienen ist. Solche Drittfinanzierungen durch den Bund sind gemäß BHG seit 1998 möglich (§ 65c BHG idjF).

5) Unternehmen und Betriebe der Gemeinden mit marktbestimmter Tätigkeit. Dazu zählen die Infrastrukturbetriebe bzw. Gebührenhaushalte (Wasser-, Abwasserversorgung und Wohnungswirtschaft) sowie die Gemeindeverbände (v.a. Wasserversorgung, Umwelt, Gesundheit).

Quelle: Bilanzdaten der Unternehmungen und ST.AT.

A 8 FINANZSCHULD DER LÄNDER 1991 BIS 2000 ¹⁾ (Beträge in Mio EUR)

	1 9 9 1				1 9 9 2				1 9 9 3			
	Veränderung		Stand 31.12.		Veränderung		Stand 31.12.		Veränderung		Stand 31.12.	
	absolut	in %	in Mio EUR	%-Ant.	absolut	in %	in Mio EUR	%-Ant.	absolut	in %	in Mio EUR	%-Ant.
Burgenland ²⁾	-13,3	-11,1	106,9	1,9	-14,0	-13,1	93,0	1,7	7,5	8,0	100,4	1,6
Kärnten	50,2	17,8	332,6	5,9	60,9	18,3	393,5	7,2	87,5	22,2	481,0	7,8
Niederösterreich	-52,7	-16,1	274,7	4,9	46,1	16,8	320,8	5,9	554,5	172,8	875,3	14,3
Oberösterreich	-199,2	-27,4	526,6	9,4	-0,3	-0,1	526,3	9,6	21,0	4,0	547,2	8,9
Salzburg	-18,1	-5,2	332,3	5,9	-18,9	-5,7	313,4	5,7	-20,5	-6,5	292,9	4,8
Steiermark	25,3	2,6	996,1	17,7	10,2	1,0	1.006,3	18,4	-110,1	-10,9	896,2	14,6
Tirol	-22,1	-13,0	147,6	2,6	-25,1	-17,0	122,5	2,2	-23,7	-19,3	98,8	1,6
Vorarlberg	-1,8	-2,3	75,1	1,3	1,8	2,4	76,8	1,4	0,4	0,5	77,2	1,3
Wien	-46,7	-1,6	2.827,0	50,3	-205,6	-7,3	2.621,5	47,9	139,4	5,3	2.760,8	45,0
Summe Bundesländer	-278,4	-4,7	5.618,9	100,0	-144,8	-2,6	5.474,1	100,0	655,9	12,0	6.130,0	100,0

	1 9 9 4				1 9 9 5				1 9 9 6			
	Veränderung		Stand 31.12.		Veränderung		Stand 31.12.		Veränderung		Stand 31.12.	
	absolut	in %	in Mio EUR	%-Ant.	absolut	in %	in Mio EUR	%-Ant.	absolut	in %	in Mio EUR	%-Ant.
Burgenland ³⁾	-7,5	-7,5	92,9	1,3	74,2	79,9	167,1	1,9	-1,9	-1,1	165,3	1,9
Kärnten	104,9	21,8	585,9	8,4	147,2	25,1	733,1	8,4	119,5	16,3	852,7	9,9
Niederösterreich	-14,8	-1,7	860,5	12,4	301,1	35,0	1.161,6	13,4	142,3	12,3	1.303,9	15,1
Oberösterreich	115,3	21,1	662,6	9,5	166,1	25,1	828,6	9,5	-109,0	-13,2	719,6	8,3
Salzburg	9,3	3,2	302,2	4,4	41,3	13,7	343,5	4,0	64,9	18,9	408,4	4,7
Steiermark ³⁾	61,7	6,9	957,9	13,8	161,8	16,9	1.119,7	12,9	-83,4	-7,4	1.036,3	12,0
Tirol	16,7	16,9	115,6	1,7	38,9	33,7	154,5	1,8	-36,0	-23,3	118,5	1,4
Vorarlberg	0,1	0,2	77,3	1,1	4,2	5,4	81,5	0,9	8,7	10,6	90,2	1,0
Wien	527,7	19,1	3.288,5	47,4	801,9	24,4	4.090,4	47,1	-147,4	-3,6	3.943,0	45,6
Summe Bundesländer	813,4	13,3	6.943,4	100,0	1.736,7	25,0	8.680,1	100,0	-42,2	-0,5	8.637,8	100,0

	1 9 9 7				1 9 9 8				1 9 9 9			
	Veränderung		Stand 31.12.		Veränderung		Stand 31.12.		Veränderung		Stand 31.12.	
	absolut	in %	in Mio EUR	%-Ant.	absolut	in %	in Mio EUR	%-Ant.	absolut	in %	in Mio EUR	%-Ant.
Burgenland ³⁾	-2,0	-1,2	163,3	1,9	48,7	29,9	212,0	2,6	-2,0	-1,0	210,0	2,7
Kärnten	48,2	5,7	900,9	10,7	55,8	6,2	956,7	11,8	50,8	5,3	1.007,5	12,8
Niederösterreich	-103,0	-7,9	1.200,9	14,2	-88,0	-7,3	1.112,9	13,7	-126,2	-11,3	986,7	12,5
Oberösterreich	-147,1	-20,4	572,5	6,8	-16,8	-2,9	555,7	6,9	-9,8	-1,8	545,9	6,9
Salzburg	54,4	13,3	462,7	5,5	-26,2	-5,7	436,6	5,4	-50,7	-11,6	385,9	4,9
Steiermark ³⁾	-184,2	-17,8	852,1	10,1	-95,6	-11,2	756,5	9,3	118,9	15,7	875,5	11,1
Tirol	49,3	41,6	167,8	2,0	12,8	7,6	180,6	2,2	13,9	7,7	194,4	2,5
Vorarlberg	2,1	2,3	92,2	1,1	0,6	0,6	92,8	1,1	-4,4	-4,7	88,4	1,1
Wien	72,7	1,8	4.015,7	47,6	-222,1	-5,5	3.793,6	46,8	-212,3	-5,6	3.581,3	45,5
Summe Bundesländer	-209,7	-2,4	8.428,2	100,0	-330,8	-3,9	8.097,4	100,0	-221,8	-2,7	7.875,6	100,0

	2 0 0 0			
	Veränderung		Stand 31.12.	
	absolut	in %	in Mio EUR	%-Ant.
Burgenland ³⁾	-1,9	-0,9	208,1	3,3
Kärnten	43,4	4,3	1.050,9	16,5
Niederösterreich	-55,2	-5,6	931,5	14,6
Oberösterreich	-98,6	-18,1	447,3	7,0
Salzburg	-2,6	-0,7	383,3	6,0
Steiermark ³⁾	169,7	19,4	1.045,2	16,4
Tirol	-8,1	-4,2	186,3	2,9
Vorarlberg	-1,8	-2,0	86,7	1,4
Wien ⁴⁾	-1.537,1	-42,9	2.044,2	32,0
Summe Bundesländer	-1.492,1	-18,9	6.383,5	100,0

1) Ohne innere Anleihen. Die Verschuldung der Länder in Form von inneren Anleihen betrug Ende 1998: 3.630,5 Mio EUR, Ende 1999:

3.745,1 Mio EUR und Ende 2000: 2.596,0 Mio EUR (Rückgang gegenüber dem Vorjahr infolge der Ausgliederung von "Wiener Wohnen").

2) Bis 1992 ohne Bundesstraßen-Vorfinanzierung der SPK Oberwart.

3) Seit 1993 ohne für Dritte übernommene Schuldendienste.

4) "Wiener Wohnen" ist infolge Ausgliederung als Unternehmung nicht mehr enthalten.

Quelle: ST.AT - Gebarungübersichten; laufende Jahrgänge.

A 9 FINANZSCHULD DER GEMEINDEN 1991 BIS 2000 (Beträge in Mio EUR)

	1 9 9 1				1 9 9 2				1 9 9 3			
	Veränderung		Stand 31.12.		Veränderung		Stand 31.12.		Veränderung		Stand 31.12.	
	absolut	in %	in Mio EUR	%-Ant.	absolut	in %	in Mio EUR	%-Ant.	absolut	in %	in Mio EUR	%-Ant.
Burgenland	-4,1	-1,5	268,4	4,9	4,5	1,7	272,9	4,7	3,3	1,2	276,2	4,3
Kärnten	7,3	1,9	388,5	7,1	-2,4	-0,6	386,1	6,6	36,9	9,5	423,0	6,5
Niederösterreich	58,1	3,6	1.672,0	30,5	79,7	4,8	1.751,7	29,9	111,4	6,4	1.863,1	28,8
Oberösterreich	66,0	8,6	830,4	15,2	111,7	13,4	942,1	16,1	182,6	19,4	1.124,6	17,4
Salzburg	38,9	8,4	504,0	9,2	68,4	13,6	572,4	9,8	94,2	16,5	666,6	10,3
Steiermark	60,2	6,5	991,8	18,1	65,2	6,6	1.057,0	18,0	112,5	10,6	1.169,4	18,1
Tirol	15,5	2,9	548,4	10,0	30,4	5,6	578,8	9,9	38,6	6,7	617,4	9,5
Vorarlberg	15,2	5,8	277,3	5,1	19,1	6,9	296,3	5,1	34,0	11,5	330,3	5,1
Summe ohne Wien	257,0	4,9	5.480,6	100,0	376,6	6,9	5.857,2	100,0	613,5	10,5	6.470,6	100,0
Wien	-46,7	-1,6	2.827,0		-205,6	-7,3	2.621,5		139,4	5,3	2.760,8	
Summe mit Wien	210,2	2,6	8.307,6		171,0	2,1	8.478,6		752,8	8,9	9.231,5	

	1 9 9 4				1 9 9 5				1 9 9 6			
	Veränderung		Stand 31.12.		Veränderung		Stand 31.12.		Veränderung		Stand 31.12.	
	absolut	in %	in Mio EUR	%-Ant.	absolut	in %	in Mio EUR	%-Ant.	absolut	in %	in Mio EUR	%-Ant.
Burgenland	20,3	7,4	296,5	4,2	37,4	12,6	333,9	4,3	32,4	9,7	366,3	4,5
Kärnten	31,1	7,3	454,0	6,5	34,7	7,6	488,7	6,3	35,6	7,3	524,2	6,4
Niederösterreich	161,4	8,7	2.024,5	28,8	194,2	9,6	2.218,7	28,8	191,3	8,6	2.410,1	29,5
Oberösterreich	155,4	13,8	1.280,0	18,2	167,2	13,1	1.447,2	18,8	88,7	6,1	1.535,9	18,8
Salzburg	33,9	5,1	700,5	10,0	9,3	1,3	709,8	9,2	-2,9	-0,4	706,9	8,6
Steiermark	83,6	7,2	1.253,1	17,8	151,3	12,1	1.404,3	18,2	75,5	5,4	1.479,8	18,1
Tirol	24,4	3,9	641,8	9,1	49,2	7,7	691,0	9,0	21,1	3,1	712,1	8,7
Vorarlberg	48,1	14,5	378,4	5,4	40,4	10,7	418,8	5,4	27,1	6,5	446,0	5,5
Summe ohne Wien	558,1	8,6	7.028,8	100,0	683,7	9,7	7.712,5	100,0	468,7	6,1	8.181,2	100,0
Wien	527,7	19,1	3.288,5		801,9	24,4	4.090,4		-147,4	-3,6	3.943,0	
Summe mit Wien	1.085,8	11,8	10.317,2		1.485,6	14,4	11.802,9		321,3	2,7	12.124,2	

	1 9 9 7				1 9 9 8				1 9 9 9			
	Veränderung		Stand 31.12.		Veränderung		Stand 31.12.		Veränderung		Stand 31.12.	
	absolut	in %	in Mio EUR	%-Ant.	absolut	in %	in Mio EUR	%-Ant.	absolut	in %	in Mio EUR	%-Ant.
Burgenland	32,0	8,7	398,3	4,7	7,6	1,9	405,8	4,6	-6,2	-1,5	399,7	4,3
Kärnten	21,2	4,0	545,5	6,4	16,0	2,9	561,5	6,4	11,8	2,1	573,2	6,2
Niederösterreich	114,7	4,8	2.524,7	29,7	170,8	6,8	2.695,5	30,6	141,2	5,2	2.836,7	30,8
Oberösterreich	41,9	2,7	1.577,8	18,6	71,2	4,5	1.648,9	18,7	113,7	6,9	1.762,6	19,1
Salzburg	-14,3	-2,0	692,6	8,2	13,1	1,9	705,7	8,0	3,1	0,4	708,8	7,7
Steiermark	78,2	5,3	1.558,0	18,4	59,4	3,8	1.617,4	18,4	75,0	4,6	1.692,4	18,4
Tirol	20,1	2,8	732,2	8,6	-54,4	-7,4	677,8	7,7	43,8	6,5	721,6	7,8
Vorarlberg	15,4	3,5	461,4	5,4	25,9	5,6	487,3	5,5	39,1	8,0	526,4	5,7
Summe ohne Wien	309,1	3,8	8.490,4	100,0	309,6	3,6	8.799,9	100,0	421,6	4,8	9.221,5	100,0
Wien	72,7	1,8	4.015,7		-222,1	-5,5	3.793,6		-212,3	-5,6	3.581,3	
Summe mit Wien	381,9	3,1	12.506,1		87,4	0,7	12.593,5		209,3	1,7	12.802,8	

	2 0 0 0			
	Veränderung		Stand 31.12.	
	absolut	in %	in Mio EUR	%-Ant.
Burgenland	3,0	0,7	402,6	4,2
Kärnten	15,6	2,7	588,9	6,1
Niederösterreich	126,4	4,5	2.963,1	30,9
Oberösterreich	89,8	5,1	1.852,5	19,3
Salzburg	20,0	2,8	728,8	7,6
Steiermark	63,2	3,7	1.755,6	18,3
Tirol	16,8	2,3	738,4	7,7
Vorarlberg	38,1	7,2	564,6	5,9
Summe ohne Wien	372,9	4,0	9.594,4	100,0
Wien ¹⁾	-1.537,1	-42,9	2.044,2	
Summe mit Wien	-1.164,1	-9,1	11.638,7	

1) "Wiener Wohnen" ist infolge Ausgliederung als Unternehmung nicht mehr enthalten.

Quelle: ST.AT - Gebarungsübersichten; laufende Jahrgänge.

A 10 KENNZAHLEN ZUR STAATSVerschULDUNG IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 1992 BIS 2001 ¹⁾

Öffentlicher Schuldenstand (in % des BIP)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Belgien	131,2	138,0	136,4	133,4	130,1	124,7	119,3	115,0	109,3	107,5
Deutschland	43,1	47,2	49,4	57,1	59,8	61,0	60,9	61,3	60,3	59,8
Finnland	41,0	57,3	58,8	57,1	57,1	54,1	48,8	46,8	44,0	43,6
Frankreich	40,6	46,1	49,6	54,0	57,1	59,3	59,5	58,5	57,4	57,2
Griechenland	97,5	110,2	107,9	108,7	111,3	108,2	105,0	103,8	102,8	99,7
Irland	94,6	98,8	92,6	84,3	74,2	65,1	55,1	49,6	39,0	36,3
Italien	107,7	118,2	123,9	123,3	122,1	120,2	116,4	114,5	110,6	109,4
Luxemburg	4,7	5,8	5,3	5,6	6,1	6,0	6,3	6,0	5,6	5,5
Niederlande	78,1	79,3	76,1	77,0	75,2	69,9	66,8	63,1	56,0	52,9
Österreich	57,2	61,8	64,7	69,2	69,1	64,7	63,9	64,9	63,6	61,7
Portugal	57,8	61,1	62,0	64,1	62,7	58,9	54,8	54,2	53,4	55,4
Spanien	47,1	58,7	61,2	64,0	68,1	66,6	64,6	63,1	60,4	57,2
EU-12-Aggregat	62,4	67,5	69,8	72,9	75,4	75,3	73,7	72,6	70,3	69,2
Dänemark	66,3	78,0	73,5	69,3	65,1	61,2	56,2	52,7	46,8	44,7
Großbritannien	40,8	47,4	49,4	51,6	52,3	50,8	47,6	45,2	42,4	39,0
Schweden	65,1	75,1	77,7	76,6	76,0	73,1	70,5	65,0	55,3	55,9
EU-15-Aggregat	59,6	65,2	67,3	70,1	72,1	71,0	68,9	67,3	64,3	62,9
USA ²⁾	64,9	67,0	67,1	67,8	67,4	65,6	63,4	61,4	57,8	57,2
Japan ²⁾	50,1	53,1	58,1	62,8	67,3	70,6	82,8	93,3	101,7	115,7
Schweiz	38,6	43,1	45,7	46,9	49,3	51,5	54,5	51,4	50,0	49,6

Öffentliche Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung (in EUR ³⁾)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Belgien	23.000	25.300	26.600	27.900	27.200	26.500	26.200	26.500	26.500	26.900
Deutschland	8.400	9.700	10.700	13.200	13.700	13.900	14.200	14.700	14.900	15.000
Finnland	6.800	8.300	9.700	11.100	11.200	11.400	10.900	10.900	11.100	11.300
Frankreich	7.400	8.700	9.800	11.100	12.000	12.600	13.200	13.500	13.800	14.200
Griechenland	7.300	8.500	8.700	9.300	10.400	11.000	10.900	11.600	12.000	11.900
Irland	11.100	11.800	11.900	11.900	11.800	12.500	11.500	11.800	10.700	11.000
Italien	18.000	17.600	18.700	18.000	20.700	21.500	21.600	22.000	22.300	23.000
Luxemburg	1.200	1.700	1.700	1.900	2.100	2.200	2.500	2.600	2.600	2.700
Niederlande	13.300	14.400	14.500	15.800	15.700	14.900	14.900	14.900	14.100	14.100
Österreich	11.000	12.100	13.300	14.800	15.300	14.600	15.000	15.800	16.100	16.000
Portugal	4.400	4.600	4.800	5.300	5.600	5.600	5.500	5.900	6.100	6.800
Spanien	5.600	6.400	6.600	7.300	8.300	8.400	8.600	9.000	9.200	9.200
EU-12-Aggregat	10.300	11.200	12.100	13.100	14.200	14.400	14.700	15.100	15.200	15.500
Dänemark	15.300	18.200	18.300	18.000	17.600	17.400	16.500	16.200	15.300	15.100
Großbritannien	7.100	8.600	9.500	10.400	11.100	11.500	11.400	11.300	11.000	10.600
Schweden	12.000	13.900	15.200	16.000	16.200	16.200	16.300	15.800	14.100	14.700
EU-15-Aggregat	9.800	10.700	11.500	12.400	13.400	13.900	14.000	14.400	14.500	14.600
USA ²⁾	18.100	19.400	20.400	21.500	22.300	22.900	23.200	23.500	23.400	23.700
Japan ²⁾	16.800	17.900	19.800	21.600	23.700	25.300	29.300	32.700	35.700	39.700
Schweiz	12.900	14.500	15.700	16.200	17.100	18.100	19.600	18.800	18.900	19.200

1) Die öffentlichen Verschuldungsdaten der USA, Japan, Schweiz sowie der Nicht-WWU-Länder wurden zu durchschnittlichen Devisenmittelkursen des Jahres 2001 in EUR umgerechnet und auf 100 EUR gerundet.

2) USA und Japan: Zentralstaat einschließlich intergovernmentaler Verbindlichkeiten; USA: Fiskaljahr (September).

Quelle: Österreich, USA, Japan, Schweiz: nationale Daten; EU-Länder: EU-Kommission; EU-12 und EU-15: eigene Berechnung.

Zu- / Abnahme der öffentlichen Verschuldung (in % des Vorjahresstandes)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Belgien	8,0	10,5	5,6	5,0	-2,0	-2,5	-0,8	1,2	0,2	1,9
Deutschland	16,3	16,9	10,7	23,2	4,5	1,2	2,7	3,7	0,9	0,9
Finnland	50,8	22,5	17,6	13,8	1,8	1,8	-3,9	0,4	2,3	2,0
Frankreich	16,8	18,8	12,5	13,5	9,0	5,3	5,0	2,6	2,6	3,3
Griechenland	12,8	17,1	3,6	7,3	11,6	6,2	-1,3	7,1	3,1	3,0
Irland	4,4	7,2	1,6	0,3	-0,3	7,5	-7,3	3,7	-8,6	4,4
Italien	8,3	-2,1	6,6	-3,3	14,7	4,4	0,5	2,1	1,5	3,3
Luxemburg	32,4	36,7	3,0	13,0	12,8	6,8	13,8	3,7	4,5	3,4
Niederlande	7,0	9,0	1,6	9,3	-0,1	-4,7	0,9	0,5	-4,8	0,6
Österreich	5,4	11,8	10,4	11,4	3,2	-4,0	2,8	5,0	2,1	-0,1
Portugal	2,6	3,2	5,1	12,1	4,9	-0,1	-0,6	6,3	4,8	10,9
Spanien	10,1	14,6	4,0	9,9	14,5	0,9	2,8	5,1	3,0	1,2
EU-12-Aggregat	11,4	9,2	7,9	9,3	7,9	2,2	1,8	2,9	1,3	2,3
Dänemark	10,2	19,2	1,0	-1,4	-1,3	-1,1	-4,8	-1,5	-5,2	-1,1
Großbritannien	21,9	22,2	10,4	10,2	7,5	3,3	-0,5	-0,5	-1,8	-3,5
Schweden	26,1	16,3	10,2	5,8	1,8	-0,2	0,8	-3,0	-11,0	4,5
EU-15-Aggregat	12,2	9,6	8,2	8,3	8,0	3,9	1,6	2,7	1,5	1,1
USA ¹⁾	10,9	8,5	6,4	6,0	5,0	3,6	2,1	2,4	0,3	2,3
Japan ¹⁾	7,2	7,2	10,5	9,5	9,9	7,2	15,8	11,9	9,3	11,6
Schweiz	16,2	14,0	8,3	4,3	5,8	6,1	8,3	-3,5	1,3	2,3

Zu- / Abnahme der öffentlichen Verschuldung (in % des BIP)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Belgien	9,8	13,1	7,2	6,3	-2,7	-3,1	-1,0	1,4	0,2	2,0
Deutschland	6,0	6,8	4,8	10,8	2,6	0,7	1,6	2,2	0,6	0,5
Finnland	13,8	10,5	8,8	6,9	1,0	1,0	-2,0	0,2	1,0	0,9
Frankreich	5,8	7,3	5,5	6,4	4,7	3,0	2,8	1,5	1,5	1,8
Griechenland	11,0	16,1	3,8	7,4	11,6	6,3	-1,3	6,8	3,1	2,9
Irland	4,0	6,7	1,5	0,3	-0,2	4,5	-4,4	1,8	-3,7	1,5
Italien	8,3	-2,5	7,7	-4,2	15,6	5,1	0,5	2,3	1,6	3,5
Luxemburg	1,2	1,6	0,2	0,7	0,7	0,4	0,8	0,2	0,2	0,2
Niederlande	5,1	6,6	1,2	6,5	-0,1	-3,5	0,6	0,3	-2,8	0,3
Österreich	2,9	6,5	6,1	7,1	2,1	-2,7	1,7	3,1	1,3	-0,1
Portugal	1,5	1,9	3,0	6,9	2,9	-0,1	-0,3	3,2	2,5	5,5
Spanien	4,3	7,5	2,4	5,8	8,6	0,6	1,7	3,1	1,8	0,7
EU-12-Aggregat	6,4	5,7	5,1	6,2	5,5	1,6	1,3	2,1	0,9	1,5
Dänemark	6,1	12,6	0,7	-1,0	-0,9	-0,7	-2,9	-0,8	-2,6	-0,5
Großbritannien	7,3	8,6	4,6	4,8	3,6	1,6	-0,3	-0,2	-0,8	-1,4
Schweden	13,5	10,5	7,2	4,2	1,3	-0,1	0,5	-2,0	-6,8	2,4
EU-15-Aggregat	6,5	5,7	5,1	5,4	5,3	2,6	1,1	1,7	0,9	0,7
USA ¹⁾	6,4	5,3	4,0	3,8	3,2	2,3	1,3	1,4	0,2	1,3
Japan ¹⁾	3,4	3,6	5,5	5,5	6,1	4,8	11,3	9,9	8,6	12,0
Schweiz	5,4	5,3	3,5	1,9	2,7	2,9	4,2	-1,9	0,6	1,1

1) USA und Japan: Zentralstaat einschließlich intergovernmentaler Verbindlichkeiten; USA: Fiskaljahr (September).

Quelle: Österreich, USA, Japan, Schweiz: nationale Daten; EU-Länder: EU-Kommission; EU-12 und EU-15: eigene Berechnung.

A 11 ERLÄUTERUNGEN ZU BEGRIFFEN DER FINANZSCHULD DES BUNDES UND DES RENTENMARKTES ¹⁾

Finanzschuld

Auslandsverschuldung:

Verschuldung in heimischer Währung und in Fremdwährungen gegenüber ausländischen Gläubigern.

Bereinigte Finanzschuld:

Finanzschuld des Bundes nach Abzug von im eigenen Besitz befindlicher Bundesschuld kategorien (Bundesanleihen, Bundesschatzscheine).

Bewertungsänderungen:

Auf Wechselkursänderungen zurückzuführende Unterschiede der Eurogegenwerte der Fremdwährungsschuld. Kursgewinne (Verminderung der Eurogegenwerte) entstehen durch Abwertung, Kursverluste (Erhöhung der Eurogegenwerte) durch Aufwertung der jeweiligen Fremdwährung gegenüber dem Euro. Bewertungsdifferenzen ergeben sich für die während des Jahres unverändert gebliebenen Fremdwährungsbeträge aus der Differenz zwischen den Kursen zum Jahresende des Berichtsjahres und des Vorjahres. Bei den im Laufe des Jahres aufgenommenen Schuldtiteln kommen Bewertungsdifferenzen durch die Differenz zwischen dem Kurs am Tag der Umrechnung in Euro und dem Jahresendkurs zu Stande, für die während des Jahres getilgten Teilbeträge durch die Differenz zwischen dem Jahresendkurs des Vorjahres und dem Tilgungskurs.

Bruttozunahme der Finanzschuld:

Neuaufnahmen von Schuldtiteln einschließlich Konversionsaufnahmen und Kursverluste.

Duration (Modified Duration):

Die Duration bezeichnet die durchschnittliche Zeitdauer der Kapitalbindung von Schuldverschreibungen. Im Gegensatz zur Restlaufzeit werden beim Konzept der Duration auch die Zinszahlungsströme berücksichtigt. Die Modified Duration wird von der Duration abgeleitet und stellt ein Risikomaß dar, mit dem die Sensitivität von Schuldverschreibungen oder Portefeuilles auf Zinssatzveränderungen geschätzt werden kann.

Euroschuld:

Auf EUR oder auf nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden des Bundes gegenüber inländischen und ausländischen Gläubigern.

Finanzierungssaldo:

Veränderung der finanziellen Forderungen abzüglich der Veränderung der finanziellen Verbindlichkeiten.

Finanzschuld:

Nicht fällige Verbindlichkeiten des Bundes laut § 65a Bundeshaushaltsgesetz 1986 idgF zuzüglich der Verbindlichkeiten und abzüglich der Forderungen aus Währungstauschverträgen (Finanzschuld i. e. S. einschließlich Cross-Currency-Swaps). Zieht man davon jene Schuldtitel des Bundes ab, die sich im eigenen Besitz befinden, so ergibt sich der bereinigte Schuldenstand.

Finanzschuld i. e. S.:

Finanzschuld des Bundes ohne Berücksichtigung der Währungstauschverträge im Sinne des § 65 des Bundeshaushaltsgesetzes 1986 idgF.

Fremdwährungsschuld:

Finanzschuld in fremder Währung gegenüber inländischen und ausländischen Gläubigern. Seit Beginn der Währungsunion am 1. Jänner 1999 nur noch Nicht-WWU-Währungen. Die Umrechnung in Euro erfolgt zu Devisenmittelkursen.

Konversion:

Umwandlung eines Schuldtitels, wobei Ausstattungsmerkmale (Zinssatz, Tilgung, Laufzeit) oder die Verschuldungsform geändert werden.

1) Die Begriffe sind in alphabetischer Reihenfolge geordnet.

Nettodefizit:

Überhang der Ausgaben über die Einnahmen des allgemeinen Haushaltes laut Bundesfinanzgesetz bzw. Bundesrechnungsabschluss.

Neuverschuldung (Nettoveränderung der Finanzschuld):

Bruttozunahme der Verschuldung abzüglich Tilgungen einschließlich Konversionstilgungen und Kursgewinne.

Nicht titrierte Finanzschuld:

Verschuldung in Form von Direktkrediten und Darlehen.

Pensionsgeschäfte:

Befristete Übertragung von Wertpapieren des Pensionsgebers an den Pensionsnehmer. Der Pensionsgeber erhält für die Dauer des Pensionsgeschäfts Liquidität im Wert der Anleihe, während der Pensionsnehmer im Gegenzug eine mit dem Wertpapier abgesicherte Veranlagung zu Geldmarktkonditionen tätigt. Im Falle unechter Pensionsgeschäfte ist laut § 50 BWG der Pensionsnehmer berechtigt, aber nicht gezwungen, die Vermögensgegenstände zurückzuübertragen. Unechte Pensionsgeschäfte sind in der Bilanz des Pensionsnehmers auszuweisen.

Primärsaldo:

Budgeteinnahmen abzüglich Budgetausgaben ohne Zinszahlungen.

Rechtsträgerfinanzierungen:

Kreditoperationen im Namen des Bundes für sonstige Rechtsträger, an denen der Bund mehrheitlich beteiligt ist oder für deren Kreditoperationen der Bund die Haftung als Bürge und Zahler übernommen hat (§ 65c BHG idgF). Kreditoperationen für sonstige Rechtsträger gelten nicht als Finanzschulden des Bundes.

Restlaufzeit:

Zeitraum vom Beobachtungszeitpunkt bis zur Endfälligkeit der Verbindlichkeit. Die durchschnittliche Restlaufzeit ergibt sich aus der mit dem aushaftenden Kapital gewichteten mittleren Restlaufzeit der Verbindlichkeiten.

Schuldformen des Bundes in Fremdwährungen:

- **Anleihen:** Fremdwährungsanleihen der Republik Österreich.
- **Kredite und Darlehen:** Direktkredite und Darlehen in- und ausländischer Banken in Fremdwährung.
- **Schuldverschreibungen:** Privatplatzierungen der Republik Österreich in Fremdwährung, wobei auf öffentliche Ankündigung und Zeichnungsaufforderung des Publikums verzichtet wird.

Schuldformen des Bundes in heimischer Währung:

- **Anleihen:** Im Auktionsverfahren oder im Wege eines Bankenkonsortiums emittierte Euroanleihen (Einmalemissionen) der Republik Österreich mit fixer Verzinsung und mittel- bis langfristigen Laufzeiten.
- **Bankendarlehen:** Direktkredite und Darlehen von Banken.
- **Bundesschatzscheine:** Vorwiegend kurzfristige Schuldverschreibungen des Bundes mit fixer Verzinsung, die zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt oder direkt in die Portefeuilles der Banken übernommen werden und für die teilweise Konversionsvereinbarungen bestehen.
- **Sonstige Kredite:** Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften und Parafisci.
- **Versicherungsdarlehen:** Darlehen der Vertragsversicherungen an den Bund.

Titrierte Finanzschuld:

Verschuldung, die vom Inhaber formlos übertragen werden kann (Bundesanleihen, Bundesobligationen, Bundesschatzscheine und Schuldverschreibungen).

Währungstauschverträge (Cross-Currency-Swaps und/oder Zinsswaps):

Verträge, in denen die Vertragspartner vereinbaren, jeweils die Verpflichtungen (Zinsen- und/oder Tilgungszahlungen) aus Kreditaufnahmen der anderen Partei zu übernehmen. Die auf Grund der Marktstellung erzielten Vorteile für die Vertragspartner werden je nach Bonität und Verhandlungsgeschick aufgeteilt.

Verzinsung

EONIA:

Euro OverNight Index Average (Durchschnitt für Taggeldsatz zwischen den Banken).

EURIBOR:

Euro Interbank Offered Rate (Durchschnitt für Geldmarktsatz bis 12 Monate zwischen den Banken).

Geldmarktorientierte Verzinsung:

Als Referenzzinssatz wird ein Geldmarktzinssatz (z.B. 3-Monats-EURIBOR) vereinbart. Die Zinskondition der Verbindlichkeit entspricht sodann dem Referenzzinssatz mit oder ohne Aufschlag bzw. Abschlag.

Nominalverzinsung:

Jener Zinssatz, der sich auf den Nennbetrag der Verbindlichkeit bezieht (Kupon). Die Nominalverzinsung der Finanzschuld ergibt sich aus den gewichteten Nominalzinssätzen der aushaftenden Verbindlichkeiten des Bundes.

Primärmarktorientierte Verzinsung:

Als Referenzzinssatz wird eine Emissionsrendite gewählt.

Sekundärmarktorientierte Verzinsung:

Als Referenzzinssatz wird eine Sekundärmarktrendite gewählt.

Sprungfixe Verzinsung:

Zinsanpassung bei Überschreiten der vertraglich festgelegten Schwankungsbreite des Referenzzinssatzes (i.a. der Sekundärmarktrendite).

Rentenmarkt

Einmalemission:

Ausgabe eines bestimmten Nominalbetrags gleichartig ausgestatteter Rentenwerte, die während einer bestimmten Frist (Zeichnungsfrist) gleichzeitig zum Ersterwerb angeboten werden (Anleihen und Bundesobligationen).

Mengentender:

Auktionsverfahren mit fixem Zinssatz, bei dem die Zuteilung nach der Höhe der gebotenen Volumina der Banken erfolgt.

Zins- bzw. Renditentender:

Emissionsverfahren, bei dem die Ausstattungsmerkmale der Emission (Kurs, Nominalverzinsung) und die Zuteilung auf Grund der Renditeangebote der Teilnehmer bestimmt werden. Die Emissionstechnik bei Bundesanleihen in EUR erfolgt - wie auch das EZB-Tenderverfahren - nach dem amerikanischen Zuteilungsverfahren, bei dem der Zuteilungssatz bzw. -preis der individuellen Bietung entspricht.

Währungsbezeichnungen

ATS	=	Österreichische Schilling	GBP	=	Pfund Sterling
AUD	=	Australische Dollar	GRD	=	Griechische Drachmen
BEF	=	Belgische Francs	ITL	=	Italienische Lire
CHF	=	Schweizer Franken	JPY	=	Japanische Yen
CZK	=	Tschechische Kronen	LUF	=	Luxemburgische Francs
CAD	=	Kanadische Dollar	NLG	=	Holländische Gulden
DEM	=	Deutsche Mark	PLN	=	Polnische Zloty
ESP	=	Spanische Peseten	USD	=	US-Dollar
EUR	=	Euro	XEU	=	European Currency Unit
FRF	=	Französische Francs	ZAR	=	Südafrikanische Rand

Zeichenerklärung

- "-" : Zahlenwert ist null bzw. Eintragung ist definitorisch unmöglich.
- "." : Zahlenwert nicht ermittelbar.
- "0" oder "0,0" : Zahlenwert ist kleiner als die Hälfte der letzten angegebenen Dezimalstelle.